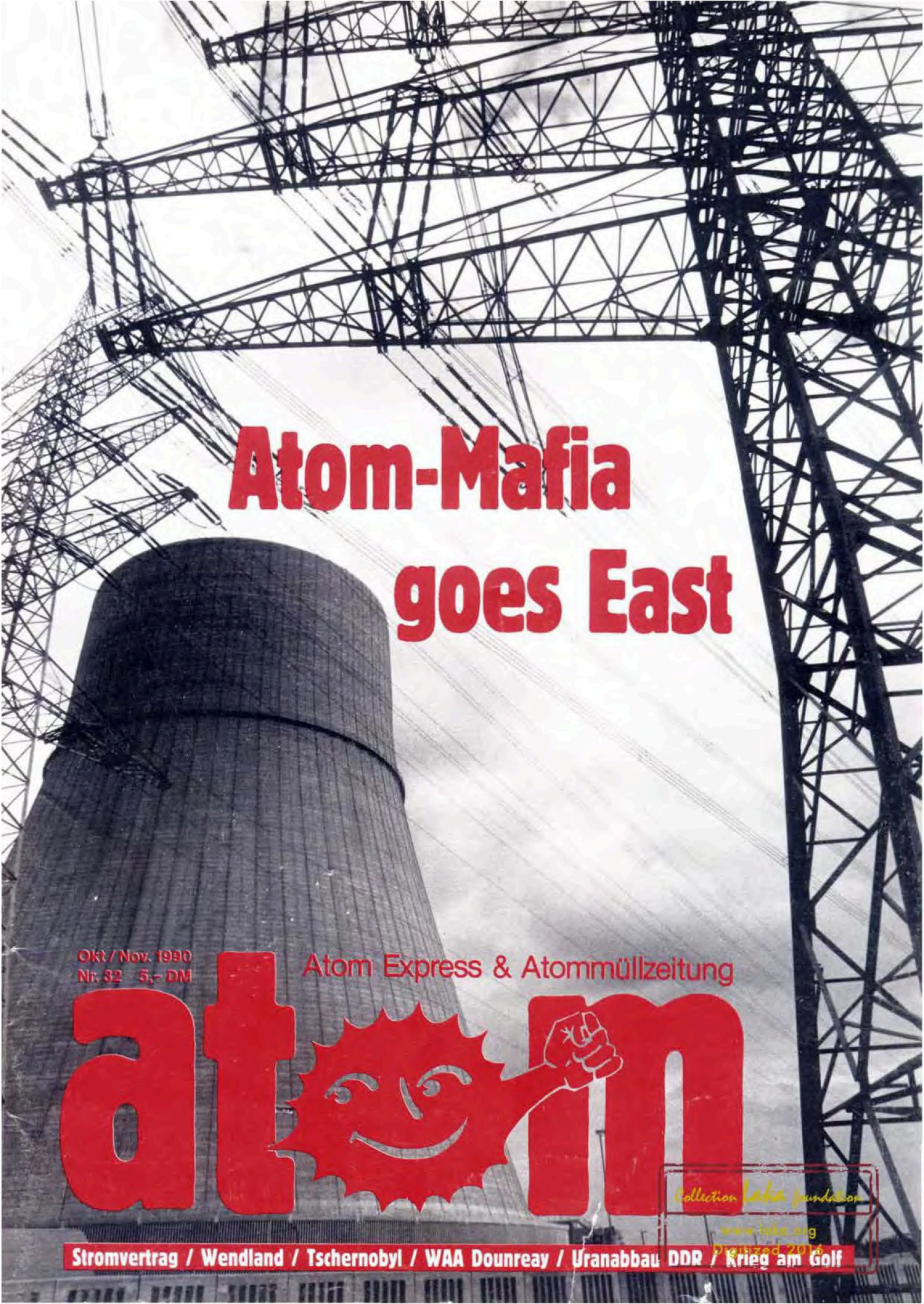


Atom-Mafia goes East

Okt / Nov. 1990
Nr. 32 5,- DM

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Stromvertrag / Wendland / Tschernobyl / WAA Dounreay / Uranabbau DDR / Krieg am Golf

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

direkte aktion

Anarchosyndikalistische Zeitung

Nicht nur
für die radikale Kritik
der herrschenden Verhältnisse,
sondern auch
für die Perspektive
einer neuen Welt
in der Schale der alten!

IG Metall:
Der Erfolg, der keiner war.
Branchen:
Von Asphaltcowboys und schweren Geburten.
Mieten:
Den Streik organisieren!
Hamburg:
Phantome und Phänomene.
Santa Fu:
Rebellion der Entrechteten.
Hannover:
EXPOnierte Kapitalistenpläne
FAU-Intern:
Pfingsten der Antiklerikalen.

Spanien:
CeNiTe auf dem Kongreß.
DDR (a:D:):
Kurzer Abriß.
Schweden:
SAC und wie das Streikverbot samt Minister fiel.
UdSSR:
Von SMOT und KAS.

Debord: Situationistisches.
Chaos: Theoretisches.

Probeheft anfordern!
Jahresabo (6 Ausgaben) DM 12.-
Postgiro Hamburg 341979-208
(F. Mohrhof)
DA, Lagerstr.27, 2000 Hamburg 36

Sackgasse?

GLOBUS zeigt Wege aus der Müllsackgasse.

○ Ich möchte gerne Näheres über die GLOBUS-Hefte wissen.

○ Ich möchte gerne das Heft zum Thema bestellen und lege DM 5.- als Verrechnungsscheck bei.

Bitte einsenden an: BUND-Umweltzentrum · Rotebühlstr. 86/1 · 7000 Stuttgart 1

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

BUND

blätter des iz3w informationszentrum dritte welt - iz3w

* **seit zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solibewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik . . .**

* **Informationen über die Hintergründe und Zusammenhänge zwischen Politik hier und den Verhältnissen in der Dritten Welt**

* **Nachrichten zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung . . .**

* **gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute**

erscheint acht mal im Jahr für DM 40,-
Einzelheft DM 5,- + 1,50 Porto
* ab 1.1.1990 DM 48,-/bzw. DM 6,-
Bezug:
iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

☐ Bitte schickt mir Eure Materialliste
☐ Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
☐ im Abonnement
☐ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM 10,-
☐ in bar
☐ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen

atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/38707 oder 37835 (tagsüber)

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Diese Ausgabe kostet 5,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 50,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898–304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh oder MS-DOS
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-DOS-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Word, Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 32, Okt./Nov. '90.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 72
atommüllzeitung Nr. 60

Druck: Steidl, Göttingen
Foto Titelseite: AKW Lingen, Theo Heimann. **Rückseite:** Martin Langer

Redaktionsschluß für die nächste atom: Anfang November 1990

Inhalt

Schwerpunkt 1: Wendland

Gorleben bebt: Aktionen gegen PKA, Endlagerpläne und Atommülltransporte, beweisen, daß der Widerstand hartnäckig bleibt.

Gorleben bebt 4
Bericht vom Sommercamp 7
Die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben 10
Besetzung des Endlagers 14
Repression im Wendland 18

Atommülltransporte:
Strahlende Touren in den Norden 22
Prozeß wegen Transportüberwachung 26

Schwerpunkt 2: Atommafia goes East

Die DDR hat(te) eine ineffiziente Energiestruktur. Ihre Sanierung ist notwendig. Doch die Chance, aus der schlimmen Situation eine ökologisch tragbarere zu machen, wird zugunsten der Profite vertan.

Deutschland einig Atomenergieland 27
Stromvertrag: Raubritter ziehen gen Osten 31
Kommunale Energieversorgung in der DDR 35
Stendal: Wiederaufbau des „Zauns" 39
Uranbergbau in Wismut 40

Internationales:
Endlagersuche in den USA 41
Protest gegen Endlagerpläne in Frankreich 44

Hahn-Meitner-Reaktor gestoppt 45
WAA Dounreay: Atommüllgrab für Europa? 48

Standorte:
Kümmel / Hanau / Hamm Uentrop / Ahaus / Gronau / Stade / Wackersdorf / Mühlheim-Kärlich / Obrigheim / Fessenheim / Schacht Konrad / Stendal / Ellweiler / GNS Duisburg 50

Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung 52
Leserbriefe 55

Tschernobyl: Kein Ende der Katastrophe 56

Krieg am Golf 61
Diskussionsbeitrag aus Berlin 62
Rhein-Main-Air-Base 65
Schlaflose Nächte in Rhein-Main 68

Schwarzes Brett 69
PAN-Foto: Wie weiter nach dem Einbruch 70
Atomwaffen-Sperrvertag 74

Kriminalisierung:
Startbahn-Prozeß 78
Luiti Hornstein 82

Gorleben bebt

Montagsblockaden vor den Atomanlagen in Gorleben

Seit der ersten Maiwoche fanden vor den Atomanlagen in Gorleben jeden Montag ab 6 Uhr morgens Blockaden statt. Das Motto: "Gorleben bebt!"
Die Idee zu einem neuen Blockadekonzept entstand im April innerhalb des Landkreises aufgrund der Einschätzung, daß die gerichtlichen Entscheidungen der vorangegangenen Monate Stück für Stück die Fertigstellung eines nuklearen Entsorungszentrums realisieren:

Nach einem Urteil des BVG Berlin vom 16. Januar konnten die Vorbereitungen zum Bau des Endlagers für zwei bis drei Jahre ungehindert weitergehen.
Die Vorbereitungen zum Bau der Pilot-Konditionierungsanlage liefen nach Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung auf Hochtouren: Jeden Tag führen Baufahrzeuge ins Gelände.
Die Möglichkeit, daß die Castortransporte ab dem 2. April rollen könne, gleichzeitig aber die Vermutung, daß die Transporte möglicherweise doch noch länger auf sich warten lassen, führte zum Entschluß, nicht tatenlos auf die Transporte zu warten, sondern schon jetzt das Thema Gorleben wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken.
Weiterer Anlaß waren die im April fast täglich rollenden Faßtransporte ins Zwischenlager.
Neben der Behinderung der Atomtransporte sowie des Baubetriebes der PKA war das Ziel der Montagsblockaden, Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet und der DDR, die sich noch nicht intensiv mit dem Thema der Atomenergie beschäftigt haben, in den Widerstand einzubinden.
Dies ist uns unserer Einschätzung nach auch gelungen: Die Resonanz auf die ersten Flugblätter war groß, Gruppen und Einzelpersonen aus dem Landkreis und dem gesamten Bundesgebiet von Lübeck bis Freiburg sowie aktive Umweltgruppen aus der DDR nahmen an den Blockaden teil. Darunter Familien aus dem Landkreis und aus der Oberpfalz, HandwerkerInnen, Holzfäller, die Intitiative "Gorlebener Gebets", die Wendland-Cooperative mit einem Bio-Marktstand vorm Zwischenlager, die Initiative "60", die Grünen, die "Lebenslaute". Christdemokraten gegen Atomkraft (CDAK) und Gruppen aus unterschiedlichsten Atomanlagenstandorten.
Die Gruppen gestalteten die Blockaden mit kulturellen Elementen oder stellten vor den Atomanlagen einen Teil ihres politischen Alltags dar. So gab es klassische Musik von der "Lebenslaute", einem bundesweiten Zusammenschluß an verschiedenen Standorten engagierter MusikerInnen, die Gruppe "Akiro Ito" aus Japan machte mit ihrem Programm elektronischer Musik "Wir haben nur eine Erde" auf ihrer Europatournee auch in Gorleben Station, "wendländische Spielleute" gaben ein Konzert mit Schalmeien und Krummhörnern. Das Pflaster vorm Zwischenlager und PKA-Gelände wurde farblich umgestaltet. Mehrfach waren auch JongleurInnen und Clowns auf dem Tor tanzend zu sehen. Verschiedene Kleinkunst- und Theatergruppen lockten auch skeptischere ZuschauerInnen und WendlandurlauberInnen an. Zur Umgestaltung der neuen Infotafel innerhalb des PKA-Baugeländes wurde ein Malwettbewerb mit anschließendem Sektfrühstück mit PolitikerInnen als Hauptgewinn auf der anschließenden Blockade veranstaltet. Das in Großfor-

Dauerblockade Zwischenlager, 5. Sept. 90, Abschluß - "Gruppenfoto"

mat neu gestaltetes Schild, das statt dem Bau der PKA einen "alternativen Lebenspark" vorschlug, wurde jedoch schon ein paar Stunden nach seiner Fertigstellung von bisher unbekannten Tätern wieder abgehängt.
SchülerInnen aus Uelzen und Lüchow-Dannenberg erteilten alternativen Schulunterricht zu den Grundlagen und Gefahren der Atomenergie, eine Ausstellung zu alternativen Energiequellen wurde von verschiedenen Gruppen aus dem Landkreis vorm Zwischenlager aufgestellt.
Familien aus Tschernobyl, die für vier Wochen im Landkreis waren, konfrontierten BlockiererInnen, OrdnungshüterInnen und Neugierige mit ihrer Lage vier Jahre nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl. Gruppen der unterschiedlichen Standorte berichteten über ihre aktuelle Arbeit.

Gegenreaktion

Trotz Hinweisen des Landkreises, daß die Blockaden "widerrechtlich" seien, und "unfriedlichen Zwecken" dienen, waren die Montagsblockaden meist sehr entspannt, und wurden größtenteils nur von 2 bis 3 Wannen begleitet.
Bei der dritten Montagsblockade, bei der wir neben dem Tor des Zwischenlagers erstmals auch das Tor des PKA-Geländes blokkierten, wurde die Blockade vorm PKA-Tor geräumt, ebenfalls in der nächsten Woche. Festnahmen gab es nicht.
Anschließend schienen sich die Betreiber auf die Blockaden eingestellt zu haben, ab jetzt rollten Montag vormittag weder Atomtransporte noch Baufahrzeuge.
Einzelne Polizisten informierten sich am Büchertisch, spielten Karten auf den Blokkadestrohballen vorm PKA-Gelände, falteten am Hiroshimatag "Hiroshima-Kraniche", ließen sich vom regelmäßig anwesenden Blockadefriseur die Haare schneiden, gegen eine Spende für "Gorleben bebt."

Dauerblockade vom 3.-5. September

Den vorläufigen Abschluß der "Gorleben bebt"-Blockaden bildete die Dauerblockade in der ersten Septemberwoche, die rund um die Uhr stattfand. Der fünfte September ist der siebte Jahrestag der erfolgreichen Verhinderung der Castortransporte. Anlaß genug, die Transporte in dieser Woche nicht nur am Montag zu behindern.
Aktuell kam der geplante Abtransport von 1290 Atommüllfässern aus dem Zwischenlager hinzu. Diese sollten zum größten Teil in Duisburg in "Konrad-gängige" Container umgepackt, anschließend wieder nach Gorleben transportiert werden. 350 aus dem Transnuklearskandal bekannte Fässer mit

unbekanntem Inhalt sollten nach Jülich transportiert und dort untersucht werden, ihr weiterer Verbleib ist unklar.
In der Woche der Blockade fand in Gedelitz die Fortsetzung des "internationale Sommercamps gegen Atom", dessen erster Teil im Juli begann, statt.
Der Landkreis schickte erneut ein Schreiben an die BI. Die "Kurve Wustrow" und das Rondel, und wies uns wieder auf den unfriedlichen Charakter der "Gorleben bebt"-Blockaden hin. Die Polizeipräsenz war während der Dauerblockade sichtbar größer als bei den vorherigen Montagsblockaden.
Am Montag wurde die Blockade vorm PKA-Tor zweimal geräumt, um einige PKW's aus dem Gelände zu lassen. Festnahmen gab es nicht.
10 Minuten nach der ersten Räumung, leider 10 Minuten zu spät, erschien eine Herde von 600 Schafen, die grasenderweise vorm Zwischenlager blockierten und der Vegetation des Walls zu Leibe rückten, bis die OrdnungshüterInnen sie eigenhändig zu vertreiben versuchten.
Etwa 100 BlockiererInnen waren an diesem Montag vor den Atomanlagen. Nach dem abendlichen Plenum tanzten die BlockiererInnen bei Musik und Sekt auf dem eigens herangekarrten Holztanzboden vorm Zwischenlager bis tief in die Nacht, einige Unentwegte übernahmen die nächtliche Überwachung.
Am Dienstag blockierten trotz strömenden Regens noch 70 AtomkraftgegnerInnen das Zwischenlager.
Mittwoch, der vorläufig letzte Blockadetag und 7. Jahrestag der Verhinderung der Castortransporte, klang einerseits mit Arbeitsgruppen, andererseits mit einem Kulturprogramm aus.
Nach den Arbeitsgruppen, die die Perspektiven möglicher weiterer "Gorleben bebt"-Blockaden sowie den Umgang mit den 1290 Fässern, die ab dem 24. Juni abtransportiert werden sollen, zum Inhalt hatten, gab der Clown Tommy Tonne eine seiner Vorstellungen.
Die vorher angekündigte Räumung des PKA-Tores fiel - scheinbar wegen Uneinigkeit in den Reihen der Einsatzkräfte - aus.
BlockadeteilnehmerInnen aus Stendal (DDR) berichteten über die dortige Situation: Der Kreistag von Stendal forderte auch mit den Stimmen der CDU einen Baustopp für die Großbaustelle des im Bau befindlichen Kernkraftwerks Stendal. Sämtliche Investitionen werden derzeit aus westlichen Finanzmitteln getätigt. Der Großteil der Belegschaft ist in "100 %-Kurzarbeit" beschäftigt, was soviel heißt wie Arbeitslosigkeit.
Am Nachmittag gab es politisches Straßentheater der Gruppe "Klaus on tour - Gruppe für ungewöhnliche Maßnahmen".
Die OrdnungshüterInnen störten den Verlauf der Blockade nur kurzzeitig, als eine Gruppe versuchte, als Abschluß der Blockade ein zweites Tor vors Zwischenlager zu stellen.
Abends fand ein Fest in Gedelitz statt, die TeilnehmerInnen des Camps blieben noch bis zum Wochenende.

Auswertung

Die OrganisatorInnen sowie der große Teil der BlockiererInnen werten den Verlauf der Blockaden trotz Schlechtwettereinbruchs als vollen Erfolg. Auch die Montagsblockaden, die 17 Mal stattfanden, haben ihr Ziel erreicht, nämlich die neusten Entwicklungen in Gorleben zum Gegenstand einer bundesweiten Diskussion zu machen.
Darüberhinaus ist es gelungen, jeden Montag Faßtransporte zu verhindern und den Baustellenverkehr zu behindern.
In Diskussionen rund um die Montagsblokkaden wurde uns oft vorgeworfen, daß unser Blockadekonzept allein als symbolische Aktion zu verstehen und aufgrund der vorherigen Ankündigung und der Regelmäßigkeit uneffektiv sei. Natürlich hätte es uns auch gefallen, mit großer Beteiligung nicht nur montags, sondern die ganze Woche rund um die Uhr zu blockieren und damit **jeden** Transport zu behindern. Trotzdem sind wir hier unserem Ziel der 0-Tage-Woche durch die Blockaden nähergekommen, indem wir immerhin die 4-Tage-Woche eingeführt haben, die Betreiber sich diesmal also auf **unseren** Zeitplan einstellen mußten.
Daneben sind Diskussionen zustande gekommen, Gruppen und Initiativen wurden neu belebt.
Die im Juli und September stattgefundenen Camps sollen in regelmäßigen Abständen fortgesetzt werden. So ist das nächste Camp schon in Planung, es soll Anfang November (7.-12.11.) stattfinden und wieder sowohl aus Arbeitsgruppen als auch praktischen Elementen bestehen.

Gorleben bebt weiter

In einer Arbeitsgruppe sowie später auf dem Plenum beschlossen wir, daß die Dauerblockade nicht der endgültige Abschluß der "Gorleben bebt"-Blockaden sein soll, sondern daß wir es sinnvoll finden, kontinuierlich weiter zu blockieren. Wir wollen hiermit die Möglichkeit erhalten, daß Gruppen und Einzelne, die sich aufgrund ihrer Situation oder räumlicher Entfernung nicht an spontanen Blockaden der Transporte, die erst kurz vorher angekündigt werden, beteiligen können oder wollen, weiterhin regelmäßig in Gorleben blockieren, sich hier über den Stand der Dinge informieren und Information und Diskussion an ihre Standorte tragen.

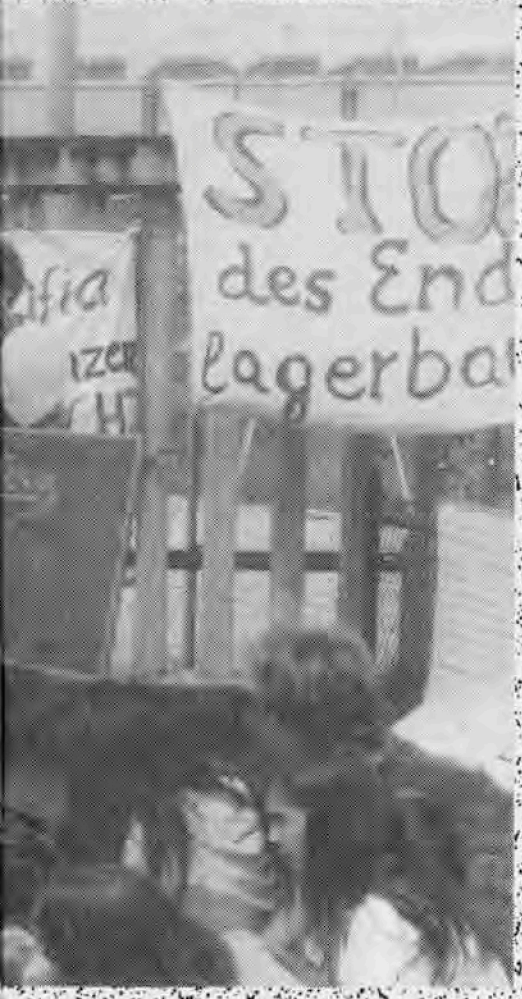
Die exakte Fortsetzung des Montagsblokkaden-Rhythmus halten wir nicht für sinnvoll, da wir der Einschätzung sind, daß nach drei Monaten "mal etwas neues kommen

muß", und wir vermuten, daß die Zahl der BlockiererInnen aufgrund der weiteren aktuellen Ereignisse auf Dauer nicht mehr zunehmen würden.
An den Standorten Würgassen, Brokdorf und Hanau finden am 6. jeden Monats Blockaden vor den Atomanlagen statt. Dieses Datum wurde deshalb gewählt, weil der 6.8. der Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima ist.
Neben den an den Standorten jeweils aktuellen Forderungen soll mit diesem Datum wieder verstärkt auf die Verbindung von ziviler und militärischer Nutzung von Atomanlagen hingewiesen werden. Die regelmäßigen Blockaden finden in Brokdorf schon seit über drei Jahren statt.

Blockaden in Gorleben am 6. jeden Monats

Ab Oktober werden wir vor den Gorlebener Atomanlagen am 6. jeden Monats blockieren und uns damit den Blockaden an den unterschiedlichen Standorten anschließen.
Wir hoffen auf weitere rege Teilnahme und sprudelnde Ideen...
Frauke Mangels
Information: Kurve Wustrow, Tel. 0 58 43 / 507.

Gorleben bebt-Blockaden,



Sommercamp im Wendland

Bericht einer Teilnehmerin

GOPI FRASSOMA hat eingeladen zu einem internationalen Sommercamp gegen Atom vom 20.-26. Juli 1990 in Gedelitz. Gekommen sind ca. 80 Leute zwischen 15 und 66 Jahren aus sämtlichen Gegenden der BRD, aus Frankreich (La Hague), der DDR (mehrere Städte), Schweden (Västeras) und den Niederlanden.
Unabhängig von der BI organisiert von einer Gruppe mit unverständlichem Namen ohne festes Programm gegen Atom; Aufrufe in taz, Atom, Flugblättern - dementsprechend unterschiedlich waren die Erwartungen, die Leute, die Vorbereitung der Einzelnen. Für einige war Anti-AKW-Arbeit ihr politischer Alltag, für andere eine Ausnahme neben ihrer Mitarbeit in anderen "Teilbereichsbewegungen" und/oder ihrem Beruf.
Es gab ein unvorbereitetes Rahmenprogramm mit Vorträgen, praktischen Arbeiten, Blockade an den Atomanlagen, Film, Diskussionsrunden. Das wurde aufgefüllt mit Berichten gut vorbereiteter TeilnehmerInnen, mit spontanen Störaktionen außerhalb der Montagsblockade und vielen Diskussionen, Gesprächen, Berichten nebenbei und zwischendurch. Viel Spaß und wenig Schlaf.
Vorträge gab es zu Windkraftanlagen (NEW Stemwede/V. König), Niedrigstrahlung und Gesundheit (IPPNW Osnabrück, Dr. T. Lob), Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung, Wendland-Widerstand seit 1977, Alternativenergien und alternativem Landbau. Dazu kamen Berichte zum "Ausstieg" in Schweden, zur Anti-AKW-Arbeit in der DDR und von der HandwerkerInnengruppe, die u.a. von der Baustellenbesetzung vom 6.5.90 erzählt haben. Der Film "Zwischenzeiten" (Geschichte des Wendland-Widerstandes mit bedenklichen soziologischen Anmerkungen zu sämtlichen Widerstandsformen/gute Diskussionsgrundlage) wurde fast jeden Tag einmal gezeigt, außerdem gab´s einen Film aus Schweden als Ergänzung zum "Ausstiegs"bericht.
Die von einem aus der Vorbereitungsgruppe initiierten, als "Forum Philosophie" angekündigten DISKUSSIONSRUNDEN gerieten an den scheinbar unpolitischen Vorgaben (Identifikation mit (Lohn-)arbeit, Zeit haben, alleine sein) zu einem Kampf um die Diskussionsleitung des "Gastgebers" bzw. deren Beseitigung. Jedesmal, auch wider Erwarten, ergab sich eine spannende Diskussion um individuelle Grundlagen politischer Arbeit.
In politischer Diskussion muß mehr möglich sein (und so ist es im camp oft gewesen) als der Austausch/das Kräftemessen von scheinbar fertigen Positionen. Vorrangig muß es um Zuhören und möglichst genaues Verstehen gehen - was Zeit braucht. Das erst gibt eine Grundlage für Diskussionen und Auseinandersetzungen, an denen dann nicht mehr nur die erprobten Kampfhähne beteiligt wären und bei denen es um die wirklichen Streitpunkte ginge, die überbleiben, wenn ein "Streit" um Mißverständnisse (bzgl. Sprachgebrauch und Auftreten z.B. - wird unwichtig, wenn deren Ursache/Funktion geklärt ist) nicht mehr nötig ist.
Wo Leute übermüdet oder angespannt in Diskussionen sitzen, mit den Gedanken sonstwo sind oder nur auf eine Gelegenheit warten, verbal einen Frust abzulassen, der mit der Diskussion nichts zu tun hat, konnte mensch sich hier jederzeit an den herumliegenden Baumstämmen für die Grillhütte oder bei den Zwischenlagerwachteln abreagieren oder auf der Wiese schlafen; Film sehen, Essen kochen, spazieren gehen etc. - ohne sich damit "auszuklinken"/"nicht wieder reinzukommen".
Neben den geplanten Diskussionen gab es die vorbereiteten Beiträge aus Schweden (abendfüllendes Referat und eine Filmdokumentation), aus der DDR (Situationsberichte) und eine Informations-/Diskussionsrunde zum Tag X.
Der Bericht aus Schweden gab einen beklemmenden Eindruck von Widerstand innerhalb der dort greifenden sozialdemokratischen Akzeptanzstrategie. Mit viel stärkerer Wirkung als in der BRD ist es dort einfach unhöflich, den sozialen Frieden zu stören, z.B. bei bürgerbeteiligenden "Informations"veranstaltungen provozierende Fragen zu stellen oder gar zu unterbrechen. Entsprechend die Blockadeform: demonstratives Auf-der-Straße-stehen und Sichwegführen-lassen. Aus der Perspektive dieser anderen Form der Auseinandersetzung (im Ergebnis genauso "erfolgreich" wie die hiesige) erscheinen die in der BRD üblichen Brutalitäten des Staates erschreckend und neu.

Die offizielle schwedische Atom-Ausstiegs-Tendenz bezieht sich lediglich (vorübergehend?) auf die Strom- und Waffenproduktion, nicht auf die Mitarbeit in einem (europäischen) Atomprogramm. So bietet sich Schweden als Atomklo Europas an. Graniteinlagerung. Die Standorte werden von den jeweiligen Befürwortern gegeneinander ausgespielt. Wer z.B. ein "End"lager in Schweden durchsetzen will, nennt bezüglich Gorleben sämtliche Argumente gegen die Stabilität von Salzstöcken. Wer an einer Einlagerung in Gorleben verdienen würde, weiß genau, warum das in Granit nicht geht. Internationaler Infoaustausch der BI´s ist da sehr aufschlußreich.

In der DDR gab es - außer illegal über die Umweltbibliothek - keine Infos zu Strahlenbelastung/Atomtechnologie.

Westinfos über Strahlenbelastung wurden offiziell als Hysterie bezeichnet und so weitgehend auch aufgenommen. Beunruhigende Informationen als überdrehter Westluxus.

Beruhigend, Anti-Atom-Strukturen sind im Aufbau. Es ist jedoch schwer, neben den vorrangigen sozialen Problemen des "freien Westens" ein Bewußtsein gegen die abstrakte Politik der Energiekonzerne (und die unsichtbare Strahlenbelastung) zu schaffen, deren Auswirkungen leider alles andere als abstrakt sind.

Tag X: Nach einem Bericht zur Geschichte (Wendlandblockade... bis 700-Leute-Konzept) wurde kurz aus den Städten berichtet. Aus der Diskussion der vorgestellten Konzepte ergaben sich einige Vorschläge und Anregungen:

- Flugblätter für jede Stadt: ein bundesweiter Text für eine Seite; die zweite Seite regional verschieden. (Wird das schon gemacht?)
- Konzepte auf unterschiedliche Situationen erweitern, da der Transport evtl. frühzeitig bekanntgegeben wird.

Pro Stadt mindestens drei Konzepte:

- für Leute, die zu Hause bleiben (evtl. alle): Flugblätter/Plakate/unterstützende Aktionen
- für längere Vorbereitungszeit (2 Tage und länger)
- für Eilaktion
- evtl. das gesamte Konzept "Tag X" neu diskutieren im Blick auf die geöffnete Grenze: neue Wege für uns/für den Transport?/polititsche Bedeutung des Standortes Gorleben verändert?

An praktischer Arbeit im Camp gab´s einiges zu tun: zuerst mal Selbstversorgung, es waren abwechselnd immer einige Leute mit einkaufen, kochen und abwaschen beschäftigt. Wer sich dafür nicht eingetragen hatte, konnte sich immer noch mit Kaffee kochen oder Wasser holen beteiligen. Die anderen Projekte - die Grillhütte und das Windrad - wurden in den ersten Tagen dagegen gründlich vernachlässigt. Mit dem Bau der Grillhütte wurde erst am Mittwoch ernsthaft begonnen. Einige Leute hatten schon Fundamente vorbereitet, die Hauptarbeit bestand nun darin, die vier sternförmig ineinanderzustellenden Stützbögen zusammenzubauen bzw. erstmal die Stämme auf die Schablone passend zuzuschneiden. Wer in Sachen Holzbau Ahnung/Ausbildung hatte, zeigte den anderen den Umgang mit den Werkzeugen, dann wurde drauflos gesägt, geschält, gestemmt usw. Dabei sind wir auf eine Zeit von einem Tag pro Bogen gekommen, was dann auch ein Grund für die Verlängerung des Camps wurde.

Der Bau des Windrades ist mehr von Wieses Hof als vom Camp getragen worden. Eine Grube von ca. 3 m Durchmesser wurde mit Beton gefüllt zum Fundament für einen Mast, an dem noch einiges zu schweißen und zu streichen war.

Wenn´s fertig ist, sollen einige Geräte direkt mit der Windenergie betrieben werden.

Ein weiteres Bauprojekt war die Einrichtung von Klos und Duschen in einem Schuppen. Das war schon vor Beginn des Camps hauptsächlich von der Vorbereitungsgruppe geschafft worden - sie konnten schon benutzt werden. Dazu kam eine von Horst Wiese eingerichtete geniale Warmwasserproduktion, von der die meisten erst merkten, als sie sich beim Händewaschen fast die Finger verbrannten: In die Wasserleitung wurde ein lager Schlauch gesetzt, der neben dem Schuppen lag und erstmal ignoriert wurde. Dann wurde er aufgerollt und unter einem Misthaufen begraben, der von einer Plane abgedeckt wurde. Ergebnis: heißes Wasser und staunende StadtbewohnerInnen. Das ganze in direkter Nachbarschaft zu den ach so lebensnotwendigen Atomanlagen. "Kontrast" wäre untertrieben.

Aktionen an den Anlagen

Mit dem Fortsetzen der regelmäßigen Montagsblockade ("Gorleben bebt") war der Anfang gemacht. Die Tore von Zwischenlager und PKA-Baustelle wurden blockiert. Die Blockaden wurden bis in den Nachmittag hineingezogen. Als uns das Gesitze an diesem öden Baustellentor zu dumm wurde und das Feuerchen unter heldenhaftem Beseneinsatz des BGS gelöscht war, gab´s am Zwischenlager noch den gemeinsamen Versuch, den Alltagsverkehr aus dem Gelände raus zu behindern, was nicht gelang und auch nicht klar abgesprochen oder sonderlich organisiert war.

1. Gorleben bebt-Blockade, 11. Juni 90, "unabhängiges HolzfällerInnenkollektiv" fertigt

9. Gorleben bebt-Blockade, 2. Juli 90, Wendland-Cooperative blockiert mit Biomarktstand das Zwischenlager

Die Nacht über zu beobachten waren vor allem die Beobachtungs(!)fahrten der Bullen; z.T. des Wachdienstes sowie einiger Firmenfahrzeuge zum "Erkundungsbergwerk".

mit Motorsägen Skulturen vor dem PKA-Tor

An diese nächtliche Beobachtung schloß sich am nächsten Vormittag (Dienstag) das Frauenforum vorm Zwischenlager an. Es gab auch eine SchülerInnenblockade, ich weiß aber nicht mehr, ob das auch am Dienstag war. Eine Blockadenräumung habe ich mitgekriegt. Das Verhalten der Blockierenden ging von "freiwillig" gehen bis wegziehen lassen. Personalien wurden nicht festgestellt, aber fleißig fotografiert aus rotem Zivil-Passat o.ä. Die Räumenden waren "normal" uniformiert, was mir inzwischen schon wie Zivil vorkommt bei den sonst üblichen Ausstaffierungen. Das dürfte der beabsichtigte Effekt sein. Gewöhnung.
Am Dienstagabend wurde unsere Nachtwache wieder aufgenommen. Um 5.00 Uhr (Mittwoch) Schichtwechsel der Wachmannschaft.
Ab Mittwoch gab es spontane Besuche an den Anlagen, im Unterschied zu den ersten Tagen sind keine gemeinsamen Blockaden oder andere Aktionen vom Camp aus gelaufen - abgesehen vom Samstagsspaziergang. Der hat einigen noch 'ne Menge Spaß gebracht. Am selben Tag kam die Nachricht, daß einer, der nur für einige Stunden auf dem Camp war, an den sich nur wenige von uns bewußt erinnern konnten, mit seinem motorisierten Dreirad einen tödlichen Unfall hatte. Alltag.

Kommt ins Wendland! Laßt weitere Camps folgen!

Die Verlängerung des Sommercamps mindestens bis zur Montagsblockade am 30.7.90 wurde von den TeilnehmerInnen des Abschlußplenums beschlossen.
Während dieser Verlängerung und darüber hinaus wurde hauptsächlich an der Grillhütte gebaut - leider mit sehr wenig Leuten. Inzwischen steht sie als Gerüst. (Falls ihr Lust habt weiterzubauen - tut euch zusammen und nix wie hin. Anmeldung ist allerdings erforderlich, es muß wer mit Plan dabei sein. Fragt im **Rondel, Tel. 0 58 46 / 766**).

Was wir politisch mit dem Camp erreicht haben? Zumindest - wie bei jeder anderen Aktion: eine Normalität der Atomtechnologie findet nicht statt. Wir akzeptieren sie auch nicht als "vollendete Tatsachen".
Die Wahl der Widerstandsmittel behalten wir uns vor.
Repräsentanten einer "Demokratie", die die Vernichtung von Menschen, Natur und Kulturen im Sinne (oder als - wie immer - bedauerliche Folge) ihrer Marktinteressen zumindest in Kauf nimmt (sozialverträglich leise billigend) sind jedenfalls die letzten, die anderen was von Gewaltfreiheit erzählen können.
Mit unserer mehrtägigen und qualitativ halbwegs unberechenbaren Anwesenheit war ständige Bullenbereitschaft provoziert - was auch für uns kein wünschenswerter Dauerzustand sein dürfte.
Das Verhalten während des Camps gegenüber der (Atom)mafia und ihres Ausläufern, entspricht dem "Diskussionsstand" weniger Tage und den sehr unterschiedlichen TeilnehmerInnen. Es ist nicht als Demonstration für eine von "uns" für (einzig) richtig gehaltene Aktionsform zu verstehen, sondern als Minimalkonsens, die (bis Anfang September) regelmäßigen Montagsblockaden des Konzeptes "Gorleben bebt" für aktiv unterstützenswert zu halten. Von den Medien (bes. radio ffn mal wieder) wurden die Blockaden relativ ausführlich aufgenommen. Viel mehr Öffentlichkeit ist wohl für solche negativ-ablehnenden Positionen nicht zu kriegen bei dieser kunterbunten Medienmondlandschaft.
Für die TeilnehmerInnen hat es wahrscheinlich mehr gebracht: die Erfahrung, Zeit zu haben und gemeinsam das Zusammensein/den Veranstaltungsalltag zu organisieren.
Damit es nicht bei der netten Erinnerung bleibt - mehr von solchen Veranstaltungen. "Selbst"versorgung (frei ab Supermarkt), mindestens 'ne Woche, verschiedene Möglichkeiten, sich auszutoben/auszuruhen/zu konzentrieren. Zelten ist nicht Bedingung, aber billig. Ansonsten gibt's Kommunen mit Tagungshäusern u.ä. Das sind beste Voraussetzungen zum Kennenlernen/für produktive Diskussionen. Als Seminar kann vielleicht auch noch Bildungsurlaub draus werden (Zeit nehmen leicht(er) gemacht).
Die nächste Gelegenheit dazu "im Landkreis" gibt's evtl. im November, ist aber noch nicht ganz geklärt. Wer Interesse hat, bitte melden (im Rondel, s.o.), dann wird deutlich, ob sich die "große Einladung"/Vorbereitung lohnt.
Denkt euch Aktionen für die Tage aus und Programmbeiträge - viel drinsitzen ist zu erwarten, wenn's Wetter schlecht ist.
Die letzte Gelegenheit für ein "Bau- und Blockadecamp war gerade vom 3.-7. September. Das beschreib ich jetzt nicht mehr.

(Anm. atom: Dieser Bericht wurde etwa um die Hälfte in Absprache mit der Autorin gekürzt.)

U./Hannover

Informationen und Anmeldung:
Rondel, Tel. 0 58 46 / 766

Die PKA Go

Am 30. Januar 1990 erteilte das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) die "Erste atomrechtliche Teilgenehmigung zur Errichtung der Pilot-Konditionierungsanlage Gorleben" (1. TG). Sie umfaßt die Feststellung der Standorteignung, den Bau der Verteidigungsanlagen (Erdwall und äußerer Zaun), den Rohbau aller Gebäude und den Einbau bestimmter Anlagenteile. Für die Erteilung der 1. TG mußte die Behörde ein "positives vorläufiges Gesamturteil" abgeben, d.h. eine Überprüfung und Beurteilung des gesamten Konzeptes einschließlich aller sicherheitstechnisch wichtigen Teile. Dieses Urteil liegt unserer Meinung nach nicht vor, weil für das Konzept unverzichtbare Bereiche nicht überprüft und beurteilt worden sind. Das NMU ordnete den "Sofortvollzug" des Genehmigungsbescheides an, d.h. die Betreiber konnten sofort mit den Arbeiten beginnen und müssen nicht erst das Ende eines meist mehrjährigen Prozesses abwarten. Zu erwähnen bleibt noch die 6-tägige Besetzung des PKA-Bauplatzes durch die BI Lüchow-Dannenberg und andere Gruppen. Nach 10 Jahren war dies die erste erfolgreiche Bauplatzbesetzung durch die Anti-AKW-Bewegung.

Zum wiederholten Male: Welchen Sinn hat die Anlage?

Darüber sind sich Betreiber (DWK und BLG), Behörden und Forscher (KfK) offenbar selbst nicht im Klaren. Insbesondere letztere und auch die Bundesregierungen gingen davon aus, daß es sich um eine Forschungs- und Entwicklungsanlage handelt, in der die Methoden zur Konditionierung von solchen Brennelementen (BE) zur Einsatzreife gebracht werden sollten, die nicht wiederaufgearbeitet werden können; also z.B. Hochabbrand-BE, HTR-BE, BE aus rezykliertem Brennstoff. So der Stand, spätestens nachdem die Bundesregierung 1985 die Wiederaufarbeitung als Entsorgungsweg für "normale" BE zur Pflicht erklärt hatte. Im Verlauf der 80er Jahre stellte sich jedoch heraus, daß die radioaktiven Abfälle, die nach der Wiederaufarbeitung von BE im Ausland wieder zurückgenommen werden müssen, nicht den Lagerungsanforderungen in der BRD entsprechen werden. Die französischen (COGEMA) und offenbar auch die englischen (BNFL) Wiederaufarbeiter waren in Verhandlungen nur zu geringen Zugeständnissen bereit. Der Zugang von bundesdeutschen Experten zu den Konditionierungsanlagen für die verschiedenen Abfälle und die Einführung eines sog. Qualitätssicherungsnachweises unter bundesdeutscher Kontrolle wurde verweigert. Es mußte in der BRD also eine Lösung gefunden werden, wie die Abfälle den eigenen Spezifikationen angepaßt werden können. Dazu bot die PKA eine Möglichkeit. So wurde in den Genehmigungsantrag auch die Behandlung von Abfällen aus der ausländischen Wiederaufarbeitung aufgenommen. Dabei handelt es sich allein aus den "Altverträgen" um 3600 HAW-Kokillen und knapp 60000 andere Gebinde, die angeblich ab 1993 zurückgenommen werden müssen. Ein Großteil dieser radioaktiven Abfälle muß nach heutigem Stand in der PKA nachkonditioniert werden. Die PKA wäre damit, die Angaben des Sicherheitsberichtes (SB) zugrundegelegt, etwa 5 Jahre voll ausgelastet. Es existiert also ein Sachzwang, der den Charakter der PKA von einer "Erprobungs- und Demonstrationsanlage" zu einer Produktionsanlage verschiebt.

Die AKW-Betreiber setzen noch eins drauf und fordern seit 1989 die Anerkennung der PKA mit vollem Jahresdurchsatz als Entsorgungsvorsorgenachweis für die Betriebsgenehmigungen der AKW's. Dies wurde vom NMU bereits ein Stück weit nachvollzogen, indem die PKA in der Genehmigung nun wieder als Anlage für einen additiven Entsorgungsweg für Leichtwasserreaktor-(LWR-)BE bezeichnet wurde. Auf die Frage, welche Aufgabe die PKA mit ihrer begrenzten Kapazität eigentlich erfüllen soll, kann also keine eindeutige Antwort gegeben werden. Neben weiteren Aufgaben sind die vier wichtigsten in den letzten Jahren genannten noch einmal zusammengefaßt:

1. Forschungs- und Entwicklungsanlage für die Konditionierung spezieller BE wie z.B. HTR- und Hochabbrand- BE.
2. Kommerzielle Anlage zur Nachkonditionnierung von Abfällen aus der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher BE im Ausland.
3. Forschungs- und Entwicklungsanlage für den Entsorgungsweg "Direkte Endlagerung", also Konditionierung "normaler" LWR-BE.
4. Kommerzielle Anlage für die Konditionierung von LWR-BE und gleichzeitig Entsorgungsvorsorgenachweis.

Kurze Beschreibung von Arbeitsabläufen

Kernstück des Hauptgebäudes der PKA sind "Heiße Zellen", in denen die Konditionierungsvorgänge hinter extra dicken Betonwänden und Bleiglasfenstern fernbedient ablaufen. Die Jahreskapazität der Anlage soll 35 t Schwermetall (Uran und Plutonium) betragen. Für die Konditionierung verschiedener Materialien sind jeweils Reinigungs- und Umbaumaßnahmen in den Zellen notwendig.

Erste Station der per LKW angelieferten Materialien ist die Behälterhalle, in die die Behälter gehoben werden und in der ein Teil der nicht-wärmeentwickelnden Abfälle für die Lagerung nachkonditioniert wird. Alle übrigen Abfallgebinde, auch die Brennelemente, werden durch einen Transportkanal in die Entladezelle transportiert. Im folgenden sollen kurz die weiteren Vorgänge beispielhaft beschrieben werden.

Konditionierung von abgebrannten Brennelementen

Nach dem Entladen der Transportbehälter werden die Brennelemente im Pufferlager 1 (max. Kapazität 6,4 t SM) gesammelt und in die Zerlegezelle gebracht. Hier werden die Brennstäbe (BS) gezogen; je nach Verfahren kommen sie entweder als ganze BS in Büchsen für Pollux-Behälter oder als BS-Abschnitte (Länge 0,88 m) in Pollux-Kokillen. Diese werden nach der Konditionierung im Pufferlager 2 gesammelt (max. Kapazität 5,4 t SM). Von dort gelangen sie in die Beladezelle, wo sie in Zwischen- bzw. Endlagerbehälter verpackt werden.

Abbildung 1 zeigt beispielhaft den Ablauf des Verpackens von LWR-BE in Pollux-Behältern.

Umladen von Abfällen aus der Wiederaufarbeitung

Für die mittel- und hochaktiven Abfälle ist laut Sicherheitsbericht in der Regel "nur" ein Umladen vorgesehen. Es gibt jedoch auch die Möglichkeit für weitergehende Konditionierungsmaßnahmen. Die Abfälle werden entweder direkt oder über das Pufferlager 2 in die Beladezelle gebracht und dort in Behälter umgeladen, die für Zwischen- oder Endlagerung geeignet sind. Über einen Transportkanal werden die beladenen Behälter wieder in die Behälterhalle transportiert und von dort auf LKW verladen. Die Umladevorgänge für HAW-Glaskokillen, bitumierte Abfälle, zementierten wärmeentwickelnden Abfall und technologischen Abfall sind bis auf die Verwendung verschiedener Behälter identisch.

Es dürfte von Interesse sein, daß für die meisten Behälter bislang weder eine Transport- noch eine Lagergenehmigung existiert. Für sämtliche Behälter des Pollux-

rleben

Systems sind noch nicht einmal Zulassungen beantragt!

Beispiel: Bitumierter Abfall

Er wird aus der WAA La Hague in Transportbehältern mit mehreren 200 l-Fässern angeliefert. Da die Verpackung in diesen Fässern nicht den vorläufigen Einlagerungsbedingungen für Schacht Konrad entspricht, werden die Fässer einzeln in Gußbehälter (Einzelfaßabschirmung) gestellt und diese dann verschlossen. 3 Gußbehälter werden in einen Container gepackt, der sowohl zur Zwischen- als auch zur Endlagerung geeignet sein soll.

Beispiel: HAW-Kokillen

Je 20 HAW-Kokillen werden in Behältern angeliefert, die weder für eine Zwischen- noch für eine Endlagerung geeignet sind. Sie müssen also entladen werden. Sind Kokillen beschädigt, sollen sie repariert oder der Glaskörper in eine neue Stahlkokille gepackt werden. Die Kokillen können bei Bedarf "vorübergehend" im Pufferlager 2 (5 in Abb. 1) zwischengelagert werden. Max. 28 Kokillen werden dann in einen Transport- und Lagerbehälter (wahrscheinlich vom Typ Castor-21) geladen und nach gegenwärtigem Stand in das Zwischenlager Gorleben gefahren (ein Antrag auf Genehmigung läuft).

Auswirkungen der PKA im Normalbetrieb

Die PKA gibt - wie jede andere Atomanlage - auch im sog. Normalbetrieb eine Vielzahl von Radionukliden über den Kamin und mit dem Abwasser ab und verursacht dadurch eine Strahlenbelastung der in der Umgebung lebenden Menschen. Außerdem tritt in unmittelbarer Nähe der Gebäude eine erhöhte Ortsdosisleistung auf, die durch Direktstrahlung verursacht wird. Nicht zuletzt erhalten die Beschäftigten während ihrer Arbeit eine erhöhte Strahlendosis.

Folgende Abgabewerte hat die DWK beantragt (in Bq pro Jahr):
Über den Kamin: Tritium: 7,4 E11; Kr 85: 1,5 E15; I 129: 8,1 E7; beta/gamma-Aerosole (Leitnuklide): 2,93 E9; alpha-Aerosole (Leitnuklide): 6,4 E 7.
Mit dem Abwasser: Tritium: 3,7 E8; beta/gamma-Aerosole (Leitnuklide): 1,3; alpha-Aerosole (Leitnuklide): 9 E 7.

Grundlage zur Ermittlung dieser Abgabewerte ist die Konditionierung von DWR-MOX-Brennelementen in Pollux-Kokillen, d.h. das Zerschneiden der Brennstäbe. Es ist bekannt, daß dieser Vorgang zu weitaus höheren Radioaktivitätsabgaben führt als andere Verfahren. Nach DWK-Rechnungen verursacht das Zerschneiden folgende Erhöhungen über den Kamin (verglichen mit dem Verpacken ganzer Brennstäbe):
Faktor 10 bei Gasen (Tritium, Krypton 85, Jod 129),
Faktor 100 bei beta/gamma-Aerosolen und Faktor 300 bei alpha-Aerosolen.

Beim Abwasser ergeben sich dagegen kaum Unterschiede zwischen beiden Konditionierungsverfahren. Das liegt vermutlich daran, daß hier eher aktive Eingriffsmöglichkeiten in Form von "Behandlung flüssiger Abfälle" bestehen, so daß letztlich die vorher festgelegten Aktivitätsgrenzen bestimmen, wieviel Radioaktivität abgeleitet wird. Es ist grundsätzlich möglich, weniger mit dem Abwasser abzugeben.

Nach DWK-Rechnungen liegt die Strahlenbelastung in der Umgebung weit unterhalb der zulässigen Grenzwerte. Zwar läßt sich nachweisen, daß sie hier "schöngerechnet" hat und von für sie günstigen Annahmen ausgegangen ist; das betrifft z.B. Rückhaltewirkungen der Abluftfilter, die chemische Form des abgeleiteten Jods, meteorologische Parameter, Transferfaktoren und Dosisfaktoren. Davon abgesehen möchten wir aber betonen, daß Grenzwerte keine Grenze der Ungefährlichkeit markieren. Zusätzlich muß hier das sog. Minimierungsgebot des § 28 Strahlenschutzverordnung zum Tragen kommen, für dessen Einhaltung die Genehmigungsbehörde zu sorgen hat. Danach durchzuführende Maßnahmen sind beispielsweise
- Verzicht auf das Zerschneiden von Brennelementen,
- Einbau von Jodfiltern,
- Rückhaltung von Krypton 85,
- Reduzierung der Ableitungen mit dem Abwasser.

Wenn darüber hinaus verzichtet wird auf das Zerlegen von Brennelementen und auf unnötige Umpackvorgänge oder sogar Nachkonditionierungen von Abfällen, dann ist die PKA selbst überflüssig.

Stör- und Unfälle

Die Palette von möglichen Stör- und Unfällen ist auch in der technisch nicht so anspruchsvollen PKA groß. Beispielhaft sollen hier einige Vorgänge genannt werden, die zu Radioaktivitätsfreisetzungen mit hohen Auswirkungen führen können:

- Ein Brand bitumierter Abfälle kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Brandlasten sind an verschiedenen Stellen vorhanden (z.B. LKW mit Kraftstoff und Ölen). Die Selbstentzündungstemperatur von Bi-

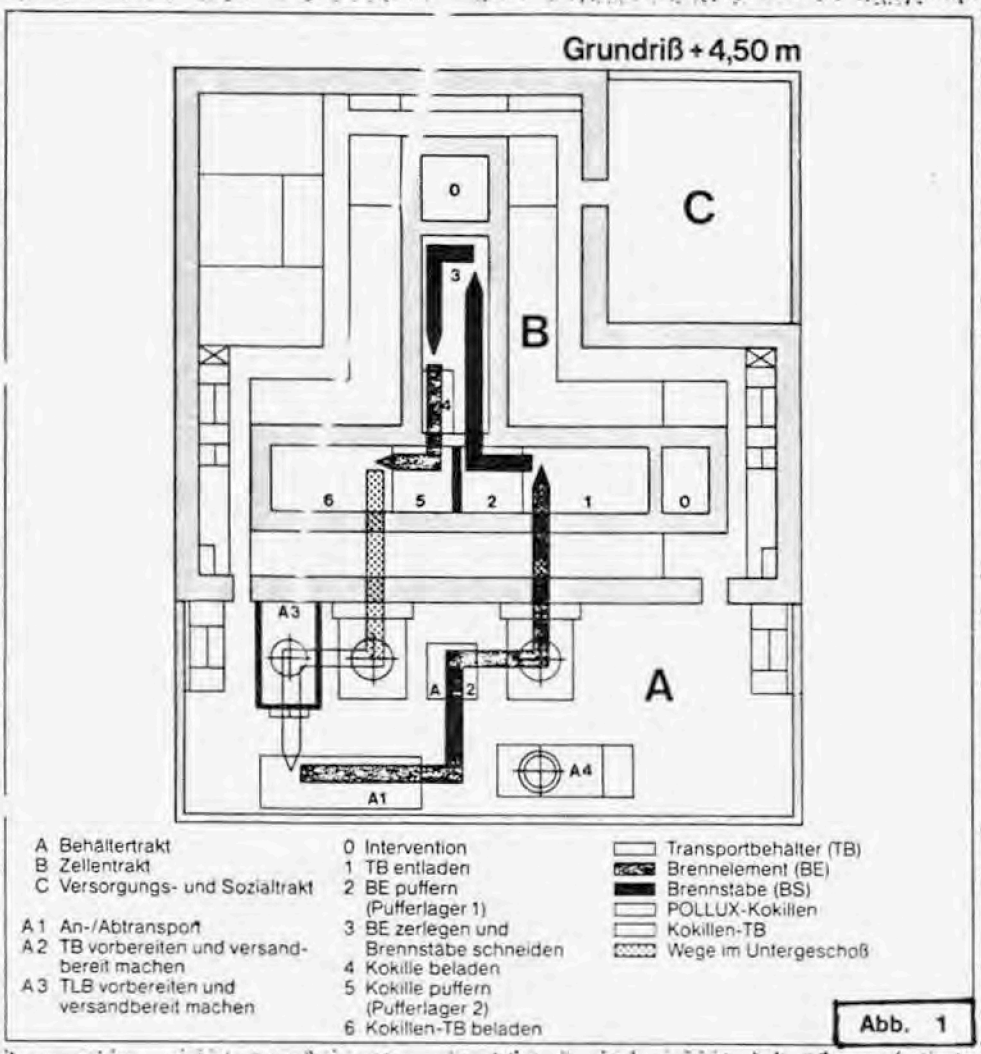


Abb. 1

tumen (ca. 400° C) ist schnell erreicht, und brennendes Bitumen ist nur sehr schwer zu löschen. Die im Bitumen eingebundenen radioaktiven Stoffe werden durch die hohen Temperaturen ausgetrieben und können je nach Ort der Freisetzung auf verschiedenen Wegen in die Umgebung gelangen.

- In den HAW-Kokillen befinden sich in Glas eingeschmolzene Spaltproduktkonzentrate. Der Zerfall der radioaktiven Isotope verursacht die Nachzerfallswärme, d.h. die Kokillen weisen eine stark erhöhte Temperatur auf. Diese permanent erzeugte Wärme muß abgeführt werden, damit es nicht zu einer Überhitzung des Gebindes kommt, was zum Schmelzen des Glases und damit zur Freisetzung von Radionukliden führen kann. Die Kühlung erfolgt in der PKA passiv (in den Pufferlagern) oder aktiv (in den Heißen Zellen). Ein Ausfall bzw. die Schädigung der Kühlsysteme ist nicht grundsätzlich auszuschließen, so daß es auch hier zu Freisetzungen in die Umgebung kommen kann.

- Die PKA ist nur in wenigen Gebäudeteilen - den Heißen Zellen - und dort auch nicht genügend gegen Flugzeugabsturz ausgelegt. Infolge verschiedener Szenarien kann es nach einem Flugzeugabsturz zu sehr hohen Freisetzungsraten kommen.

Sorgen

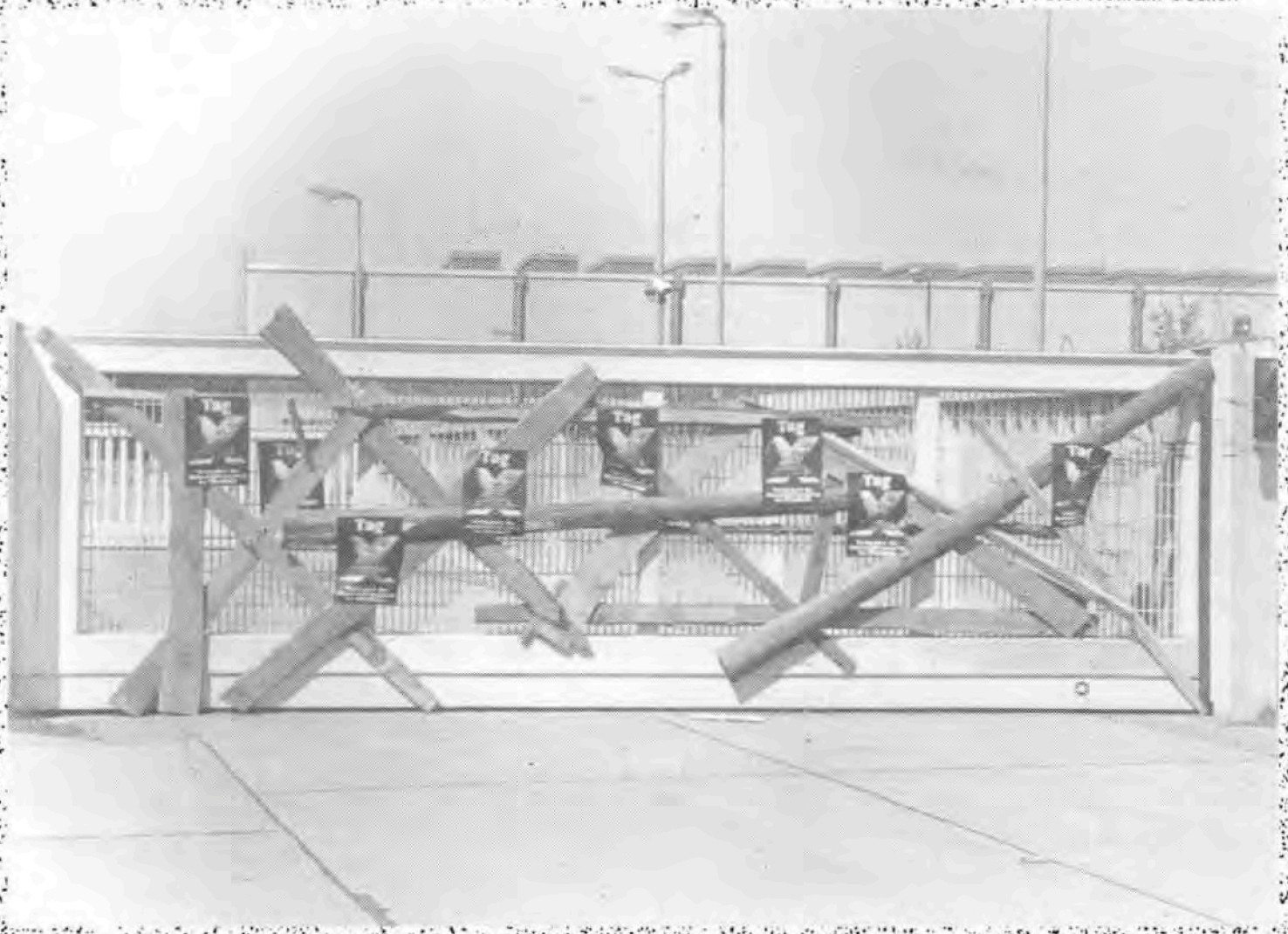
Ein besonderes Problem stellt die PKA bezüglich der Überwachung von spaltbaren Stoffen dar. Jede Atomanlage muß überwacht werden, um ein unbemerktes Abzweigen von Bombenrohstoffen wie Uran und Plutonium zu verhindern. Die Genauigkeit für atomtechnische Anlagen wie AKW und WAA wurde bisher mit 1 bis 2 % veranschlagt. Dies wurde in der Genehmigung auch für die PKA unterstellt. Bereits 1989 kam jedoch eine Industriestudie von DWK und Münchner Apparatebau zu dem Ergebnis, daß nach gegenwärtigem Stand der Technik für eine Konditionierungsanlage nur eine Überwachungsgenauigkeit von 12 % erreicht werden kann.

Dies entspricht beim geplanten Jahresdurchsatz für die PKA und einem Anteil von 1 % Plutonium in bestrahlten Brennelementen der Menge von 42 kg Plutonium, für die kein Nachweis geführt werden kann. Das heißt, theoretisch kann beim Betrieb der PKA innerhalb eines Jahres die für 5 bis 6 Atombomben ausreichende Menge verschwinden. Diese Kenntnis hinderte das Niedersächsische Umweltministerium nicht, die erste Teilgenehmigung zu erteilen.

Ebensowenig schien es sie zu stören, daß bislang ungeklärt ist, was mit den konditionierten Abfällen geschehen soll, die die PKA verlassen. Für viele "Produkte", die die PKA verlassen, gibt es nämlich nach gegenwärtigem Stand kein Zwischenlager. Ganz davon abgesehen, daß auch kein Endlager zur Verfügung steht.

Wolfgang Neumann & Ulrike Fink, Gruppe Ökologie Hannover

Abbildung 1: Ablauf des Verpackens von LWR-Brennelementen in Pollux-Kokillen (aus dem DWK-Sicherheitsbericht)



Gorleben bebt-Blockaden, Foto: Wolfram Goslich

ATOMFIRMEN:

Wir stellen vor: Atommafia im Wendland

Im Folgenden wollen wir - soweit uns bekannt - Verantwortliche und Beteiligte am Bau der Atomanlagen im Landkreis Lüchow-Dannenberg benennen.
Zuerst die Firmen, die sich in letzter Zeit besonders am Bau der Atomanlagen beteiligt haben:

Pengel, Dannenberg, Bahnhofstr., Kranverleih (Kran für die Errichtung des Sicherungszaunes gestellt) - **PKA**
Hoppe & Stolt, DAN-Prisser, Uelzenerstr. 20, Bauunternehmen Karwitz, Betonwerk (Hauptunternehmen beim Bau der Sicherungsanlagen, Betonlieferant, immer dabei) - **EL, ZL, PKA**
HEROS, Gorleben (Hauptsitz Hannover), Wachgesellschaft für die Betreiber
Matern, Lüchow, Wendlandstr. 5, Bauunternehmen (Erstellung von Baracken für Arbeiter und Bullen auf dem ZL-Gelände) - **ZL, PKA**
SPS, DAN-Prisser, Dömitzerstr. 8, Heizungstechnik (Abbau der Heizungsanlagen in den Bullenbaracken in Wackersdorf, Aufbau in Gorleben) - **ZL, PKA**
Meyer KG, Schnega Bauunternehmen (PKA-Tor im Sicherungszaun) - **PKA**
Möllmann, Hitzacker, Harlingerstr. 5, Betonfertigteile (Herstellung und Einbau der Sicherungszaunelemente der PKA) - **ZL, PKA**
Weber & Sohn, Tramm, Kieswerk (Sandtransport) - **ZL, PKA**
Bruns GmbH, Lüneburg, Goseburg 43, Bauunternehmer/ Kranverleih (Kran für Metallzaun gestellt) - **PKA**
Hentschke, Gerdau/Uelzen, Uelzenerstr. 9, Fuhrunternehmen (Schotter-, Kies- und Asphalttransporte) - **EL, PKA**
Ebstorfer Straßen- und Tiefbau GmbH, Ebstorf, Sprengelstr. 1; Munster, Sohlstr. 11 (Straßenbau zum PKA-Gelände, Bau an der Salzhalde) - **EL, PKA**
Rüdebusch, Braunschweig, Maibachstr. 2 a, Baustoffgroßhandlung (Hauptanlieferer von Schotter) - **ZL, EL, PKA**
Spedition Tust, Lüneburg, Industriegebiet Hafen (Schotter) - **PKA**
Hinderer Transporte, Hamburg 74, Werner-Siemens-Str. 13 (mit Bullenschutz) - **ZL**

Nachfolgenden Firmen unterstützen auch den Bau und Betrieb von Atomanlagen im Wendland:

Gornig, Lüchow, Bertold-Roggan-Ring, Sanitär- und Heizungsfachgeschäft - **PKA**
Trute, Lüchow, Junkerstr. 10, Heizungsanlagen - **PKA**
Schütte, Lüchow, Salzwedelerstr., Baustoffhandel - **PKA**
Raiffeisen Genossenschaft, Lüchow, Salzwedelerstr., Dieselkraftstoff - **PKA**
KDS-Schulz, Zernien, An der Sägemühle 4, Spül- und Saugwarenbetrieb - **PKA**
Lindemann, Dannenberg, Lüchowerstr. 61, Dachdecker (Barackendach) - **EL, ZL, PKA**
LüDa, Meetschow, Gartenbaubetrieb (Bepflanzung der Sicherungsanlagen) - **ZL, EL**
Dietrich, Lüchow, Seerauerstr. 23, Getränkegroßhandel - **PKA**
Vorwerk, Lüchow, Bauunternehmen (Rohrleitungsbau) - **PKA**
Stödter, Dannenberg, Marschtorstr. 1, Elektrotechnik - **ZL**
Brunsmeier, Dannenberg, Marschtorstr. 1, Gesundheitshaus - **PKA**
Baugrundlabor Scharnebeck, Hauptstr. 15 - **EL**
Butenhoff, Rosche, Uelzenerstr. 19, Fuhrunternehmen, Asphalttransport - **PKA**
Behn & Behn, Lüneburg, Bessemerstr. 11, Handelskette - **ZL**
Wäscherei Erika, Bad Bevensen, Ebstorferstr. 1 - **EL**
Heil, Gerdau, Hauptstr. 4, Landmaschinen - **PKA**
Intec, Kirchweyhe-Uelzen, Gesellschaft für Bauwerkinstandsetzung - **ZL**
Valentin Klein, Uelzen, Meisterweg 3, Spedition u. Elektrogroßhandel - **EL**
Leifert, Uelzen, Im Neuen Felde 102, Spedition - **EL**
Neumann, Hanstedt/Uelzen, Hanstedterstr. 9, Fuhrunternehmen - **PKA**
Ott, Lachendorf/Celle, Cellerstr. 14, Baumaschinen, Diamantwerkzeuge
Schulz GmbH, Hambühren, Sandddornweg 10; Soltau, Almhöhe 3; Uelzen, Im Blöh 4 (H, HH), Alarm- und Sicherungsanlagen - **ZL**
Union Schiffahrt und Lagerhaus, Celle, Hafenstr. 19, Spedition - **EL**
Wellner, Salzgitter, Bahnhofsallee 10, Spedition - **EL**
ELBE, HH 50, Leunastr. 48, Stromgeneratoren - **PKA**
Deutsche Asphalt GmbH, Kiel, Alte Lübecker Chaussee 36 - **PKA**
Geschwander, Teningen/Nimburs, Carl-Benz-Str. 4 - **PKA, EL**
Kirchner GmbH, Stadthagen, Gartenstr. 1, Ingenieurbüro - **EL**
Bugge, Wienhausen, Werkstoffprüfung, Kennzeichen E-AE 982 mit Radioaktivitätszeichen - **EL**
Prakler Seismos Mechanik, H 51, Buchholzerstr. 100 C - **EL**
Laabs GmbH, Hildesheim, Porschestr. 17, Spedition - **EL**
Igefa der Partner, H.-J. Oelker, HH 54, Wittenmoor 36 - **ZL**
BegaWerke GmbH, Bad Salzuffeln, Hoffmannstr. 36, Spedition

Schächte dicht !

Besetzung im Gorlebener Endlager

Zeitlich abgestimmt mit dem Regierungswechsel in Hannover wurden am 21. Juni 90 in Gorleben auf dem Gelände des Endlager-Erkundungsbergwerks die ca. 50 Meter hohen Bohrtürme von Schacht I und II besetzt. Gegen 8.00 Uhr morgens überwanden die BesetzerInnen mit selbstgebauten Holzleitern den Maschendrahtzaun und die dahinterliegende ca. 4 Meter hohe Mauer. Sie entrollten große Transparente mit den Aufschriften "Letzte Schicht - Schacht dicht" und "Gorleben Stop - Alle AKWs abschalten". Hier berichteten einige Beteiligte zusammen bzw. aus verschiedenen Perspektiven:
Wir haben die Regierungsübernahme von schwarz nach rot-grün zum Anlaß genommen, noch einmal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß wir den Ausstieg aus dem Atomprogramm fordern. Uns reicht es nicht, AtomkraftgegnerInnen im Landtag zu haben, sondern wir werden weiterhin massiv unsere Präsenz und unseren Widerstand vor Ort zeigen. Weil wir es nicht hinnehmen, daß das "Erkundungsbergwerk" als Entsorgungsnachweis für Atomanlagen gilt, haben wir die Bohrtürme auf dem Gelände besetzt.

Bericht vom Schacht II:

Das Überwinden des Drahtzauns und der 4 Meter hohen Mauer gelang uns blitzschnell. Auch der Spurt zur Leiter an Schacht II stellte trotz Beobachtung durch einen Wachmann keine Schwierigkeit dar. Dann ergab sich ein leises Gefühl der Enttäuschung, denn drei weitere Wachleute, die mit einem Daimler herangebraust waren, erreichten vor mir den Leitereinstieg. Zwei von uns waren schon auf der Leiter. Unten kam es zu einem Gerangel, in dessen Verlauf noch drei weiteren (so auch mir) der "Aufstieg" auf den Turm gelang. Welch ein erhebendes Gefühl ist es doch, einem mit solch großem Aufwand bewachten Gelände zu trotzen.
Wir hatten damit gerechnet, daß eine 24-Stunden-Besetzung auf dem Turm Phasen der Langeweile haben kann - aber ich war überrascht, wie wenig davon tatsächlich eingetreten ist. Auch wenn es schade ist, daß drei Menschen aus unserer Gruppe wegen der Wachleute nicht mit auf den Turm aufsteigen konnten, wurden wir durch das Erleben einer starken Verbundenheit zwischen "Turm oben" und "UnterstützerInnen unten" entschädigt. Das spontan eingeleitete Mitsommerfest (Sommerwendenfest) hat sehr viel Spaß gemacht, weil es trotz räumlicher Trennung eben ein Fest war.
Unser Konzept, beide Türme gleichzeitig zu besetzen, wobei ein Turm 24 Stunden dicht bleiben sollte, konnten wir vollständig umsetzen. Der Zeitpunkt des niedersächsischen Regierungswechsels in Zusammenhang mit der Forderung nach Abschaltung aller AKWs an die Öffentlichkeit zu bringen, wurde meiner Einschätzung nach mit dieser Aktion unterstrichen. Enttäuscht bin ich nur über die etwas magere Berichterstattung in den Medien, insbesondere in der taz und davon, daß kein Fernsehteam nach Gorleben kam. Für mich war diese Besetzung wichtig, als ein Teil meines Widerstandes gegen die menschenverachtende Atomindustrie, und ich will meine Freude über das Gelingen nicht zurückhalten. Darin steckt auch die Hoffnung, daß durch solche Aktionen insgesamt der AKW-Widerstand wieder von viel mehr Menschen aktiv gelebt wird.

Schacht II

Bericht vom Schacht I:

Am Morgen wurde abgesprochen, daß wir um 13.00 Uhr den Turm verlassen würden, weil einige Kinder hatten oder arbeiten wollten.

Dann ging´s ab: Schnell waren Zaun und Mauer überklettert, und wir landeten über den Treppen des Wasserwerfers auf dem Gelände. Wachpersonal begegnete uns glücklicherweise nicht. Niemand hinderte uns, nur ein Arbeiter stand verblüfft und demonstrativ vor der Treppe zum Turm. Wir stiegen seitwärts ein und begannen hochzulaufen. Ein Arbeiter verfolgte uns und überholte einige, die eine Verschnaufpause brauchten. Aber er tat nichts gegen uns, schien selber völlig aufgelöst. Der Überraschungseffekt, den wir erzielten, läßt mich heute noch schmunzeln.
Nach mühsamem Aufstieg waren wir vor der letzten Luke versammelt. Sie war verriegelt, und einen Moment lang schien unsere Reise zu Ende. Aber es gelang, auch das letzte Hindernis zu überwinden.
Als erstes beeilten wir uns, die Wendland-Fahne zu hissen, das riesige Transparent (8 x 8 m) mit Sandsäcken zu versehen und aufzuhängen: "Letzte Schicht - Schacht dicht!" - Die Arbeiter standen oder saßen in Grüppchen auf dem Gelände herum, wie wir beobachten konnten. Die Aussicht war grandios. Wir entdeckten die Anderen auf dem Turm II und die UnterstützerInnen außerhalb des Geländes. Wir winkten uns alle zu - das stärkste Gefühl war das der Solidarität. Ich fühlte mich eins mit denen vom anderen Turm, den UnterstützerInnen innerhalb und außerhalb des Lagers und allen SympathisantInnen, die von der Aktion hören würden.

Bald rappelte es an der Luke, nachdem Vertreter des Endlagers uns darauf hingewiesen hatten, daß wir etwas Verbotenes machten. Wer sich dort zu schaffen machte, waren wütende Arbeiter, die uns auch verbal bedrohten. Beängstigend entschlossen bearbeiteten sie die Luke. Einige von uns saßen drauf und die wurden ganz schön durchgerüttelt. Gleichzeitig hörte einer von uns die Drohungen durch die Luke: Sie sagten, wir sollten froh sein, wenn die Polizei uns zuerst erwischte, sonst würden sie uns plattmachen. Wir waren ihnen völlig ausgeliefert, denn die Scene war von unten nicht sichtbar. Wir versuchten unseren UnterstützerInnen die Situation zu signalisieren. Später erfuhr ich, daß sie es verstanden hatten. Die Arbeiter schafften es nicht, uns zu erreichen.
Wir erhielten zwei Aufforderungen durch die Polizei und verhandelten so, daß wir um 13.00 Uhr herunterkommen würden, wie es dann auch geschah.

PAN - Foto

Bericht vom (unfreiwilligen) Bodenpersonal:

Noch bevor ich über die Mauer blicken konnte, hörte ich bereits die hysterischen Schreie eines Wachmanns, wir sollten das Gelände verlassen und er würde seinen Hund loslassen. Das tat er dann auch, aber ohne Folgen.
Sowie ich über die Mauer gestiegen war, fing ich an in Richtung des Turmes über Schacht II zu laufen. Noch bevor ich die auf den Turm führende Leiter erreichte, sah ich einen Mercedes, mit drei Wachleuten bemannt, in ziemlich schnellem Tempo auf den Turm zubrausen. Als ich gerade die erste Stufe erklimmen wollte, sah ich direkt vor meinen Augen einen großen schwarzen Holzknüppel, der mich am weiteren Aufstieg hinderte. Außer mir mußten noch zwei am Boden bleiben, alle anderen schafften mit mehr oder weniger großen Mühen, zum Teil nur ohne ihre Rucksäcke, den Aufstieg. Wir drei am Boden behielten erst noch unsere Rucksäcke auf, da wir trotz der drei an der Treppe postierten Wachmänner noch auf eine günstige Gelegenheit warteten, doch noch aufzusteigen.
Die Bergleute wurden sofort aus dem Schacht geholt, damit sie vom Turm aus nicht gefährdet werden konnten. Damit stimmte vorerst das Motto "Letzte Schicht..." Wir sahen uns schnell umringt von Bergarbeitern und Höhergestellten der DBE, wobei uns die letzteren ziemlich grob aus der Nähe der Leiter wegschubsten.
Fünf von uns hatten also den Aufstieg geschafft. Ich fühlte trotz dieser Tatsache eine Enttäuschung in mir, daß ich nun unten bleiben mußte.
Die beiden anderen begannen sehr schnell, mit Arbeitern und anderen Vorgesetzten zu diskutieren, obwohl von seiten der Bergleute Beschimpfungen auf uns zukamen. "Penner holt erst mal Eure Stütze ab..." usw. Nach einiger Zeit stellten wir fest, daß sich die Situation immer mehr entspannte und daß es eigentlich wichtig war, daß wir unten geblieben sind, denn nur so konnten wir die Leute beschwichtigen und versuchen, ihnen den Sinn der Aktion klarzumachen.
Die Polizeileitung traf dann auch ein und wir wurden nach Lüchow in die Polizeikaserne gefahren. Als wir die Prozedur von Durchsuchung und erfolgloser Vernehmung hinter uns hatten, warteten vor der Kaserne schon Freunde und fuhren uns wieder nach Gorleben. Dort fanden wir eine kleine Gruppe von UnterstützerInnen am vorderen Tor. Den ganzen Tag und auch die Nacht über wechselten sich Leute ab, so daß rund um die Uhr jemand dort war.
Über Megaphon wurde Kontakt zu den Türmlern gehalten und versucht, sie trotz des Mangels an Schlafsäcken und Isomatten bei Laune zu halten. Abends waren ziemlich viele Leute dort, es wurde getrommelt und gesungen. Es war die ganze Zeit ein starkes Band zwischen uns unten und denen oben, als wären wir alle zusammen am selben Ort gewesen.

Gemeinsame Stellungnahme:

Die Darstellungen unserer Aktion durch die Presse ist in unseren Augen teilweise falsch und unzureichend. Unsere Aktion war auf Öffentlichkeit angewiesen, deshalb waren die knappen Berichte (z.B. in der taz und der regionalen Elbe-Jeetzel-Zeitung) enttäuschend.
Richtigstellen wollen wir, daß die Zeitpunkte des Abstiegs von den Türmen vorher festgelegt waren und wie geplant durchgeführt wurden.
Ach, übrigens....
Holzleitern zusammennageln kann jede/jeder. Für eine solche Aktion bedarf es weder einer langen Vorbereitungszeit noch besonderen Fähigkeiten, sondern nur einer guten Portion Entschlossenheit, denn... Alle Räder stehen still, wenn...

Die BesetzerInnen

Schacht I

STOPPT DEN DURCHMARSCH DER ATOMINDUSTRIE-WIR STELLEN UNS QUER!

1989: In Wackersdorf hat die Atomindustrie eine gewaltige Niederlage erlitten, die Europäisierung sollte deren Bankrott abwenden.
1990: Die Reaktorhersteller und Elektrokonzerne wittern Morgenluft, der "Energiemarkt" DDR und Osteuropa soll einverleibt werden.
Ballast abwerfen, neue Aufträge einsacken, die Hegemoniestellung sichern und um einen neuen "energiepolitischen Konsens" einschließlich der SPD kämpfen - das ist ihre Devise.

"Direkte Endlagerung" heißt die Zauberformel zur angeblichen Lösung des Atommüllproblems. Riskante Versuche in der Asse (Wolfenbüttel) mit US-Bombenmüll, Planfeststellung für Schacht Konrad (Salzgitter), Baubeginn der Atommüllfabrik PKA Gorleben, Abteufen der Endlagerschächte in Inbetriebnahme des Castor-Lagers in Gorleben und Ahaus (Westfalen).

Derzeit kommt es knüppelhageldick. Auch eine rot-grüne Koalition in Hannover ist keine Garantie für den Stopp der Atommülldeponien!

Wir wissen, es gibt keine sichere "Entsorgung", Atommüll läßt sich nicht sicher gegen die Biosphäre abschirmen. Atommüll läßt sich höchstens verstecken. Eine Zeitbombe! Atomtransporte erhöhen das Risiko. Deshalb sagen wir: Stillegung der AKW's sofort! Über den bisher angefallenen Atommüll reden wir erst, wenn der Ausstieg erreicht ist!

Wir unterstützen die örtlichen Bürgerinitiativen aktiv gegen den Einlagerungsbeginn. Wir beteiligen uns an der Überwachung der Atomtransportestrecken, Aufklärung und Blockadeaktionen.

G. Ottmer, Braunschweig Ulli Krauße, Moers Axel Walpersdorf, Kreuztal Dr. K. Nissen, Hamburg Hans Wenk, Berlin Ökodorf e.V., Berlin Elke Fenster, Berlin, Aktiv gegen Strahlung e.V., Berlin Norbert Mrohs, Hedwigsburg, Achim Breidenstein, Biebertal, Georg Daniels, Köln, Hannelore Eichholz, Duisburg, Heinz-Jürgen Einholz, Duisburg Michael Vogelsang, Berlin Birgit Loes, Kattbek, Peter Loes, Kattbek Jens Loes, Kattbek, Hans Loes, Kattbek Morten Loes, Kattbek Brigitte Horstmann, Hochdorf Eltern f.d. Ausstieg a.d. Kernenergie, Biberach AL-Fraktion Berlin-Stegelitz BI gegen Atomanlagen Augsburg Andrea Tschech, Augsburg Jürgen Müller, Augsburg Christoph Schmidt, Augsburg Thomas Reichler, Augsburg Dr. N. Thomsen, Grauel Françoise Delicourt, Hamburg Christopher Revett, Hamburg Elke Schacht, Hamburg Dieter Wahe, Hamburg, Michèle Schnieder, Hamburg David Erbam, Hamburg Manfred Schönfeld, Hamburg Walter Lehmann, Hamburg Harald Vieth, Hamburg Peter Schwanewilms, Hamburg Ulla Bussek, Hamburg Liselotte Gildemeister, Hamburg Friederich-Wilhelm Rahe, Hamburg Dr. I. Peters-Parow, Hamburg Chris Mößner MdBL, Nürnberg Hans-Günther Schramm MdBL, Nürnberg Manfred Beyer, Schleswig Juliane Dietel, Neuberend Andreas Jäger, Neuberend Gisela Hartwig, Schleswig, Wiebke Christophersen, Böklund Heide Braach, Fahrdorf Annette Fechter, Berend Heidrun Brunn, Lüschau Uta Willms, Maldenit, Ingeborg Tüxen, Schleswig Wolf Drayer, Schleswig Dr. Hannelore Roos, Schleswig Dr. Kurt Knolle, Schleswig Ingeborg Sacht, Schleswig Doris Schuder, Schleswig P. Mewes, Schleswig Elke Petersenn, Schleswig Dr. Gero Wilm, Schuby Bärbel Griese, Klappholz Thomas Bönig, Schleswig Markus Kurdziel, Bonn Arbeitskreis Gronau Oldenburger Energierat e.V. Dr. Barbara Meyer, Düsseldorf Initiative gegen den Atomtod Mannheim Joachim Mittelstaedt, Horn Petra Kontio, Bochum Edith Lüdke, Böklund Margot Lütje, Tolk Mütter gegen Atomkraft München Volker Groß, Hamburg Gaby Müller, Nürnberg Edeltraud Ernst, Wolfenbüttel Antje Seelmeyer-Koch, Berlin Erika Kammer, Berlin Christine Godt, Berlin Rosemarie Pfeil, Berlin Traute Bickelmann, Dietzenbach Tine Hofmann, Dietzenbach Nikolaus Dinkelacker, Göttingen Göttinger Initiative gegen Atomanlagen Tina Rogowski, Hardegsen Die Grünen KV Wolfenbüttel Charlotte Schönfeldt, Kiel Alfred Schönfeldt, Kiel Elisabeth Brühning, Kiel-Russee Johannes Brühning, Kiel-Russee Uwe Voigt, Bremen Anny Ahrens, Bremen Jens Scheer, Bremen Volker Willenbrock, Bremen Pago Balke, Bremen Dorte Lang, Schacht-Audorf Dr. Jürgen Lang, Schacht-Audorf Marta Bork, Schafflund Melsene Brodersen, Meyn Edelgard Jessen, Schafflund Jan Bork, Schafflund Elke u. Bruno Brodersen, Nordhackstedt Hans-W. Krob, Schafflund Otto Hübener, Schafflund Ruthild Bergfeld, Flensburg Ursula Bahrke, Gardelund Anke Bröcker, Sillerup Petra Janner-Schmid, Sillerup Martina Eisheuer, Sillerup H. Hentschel-Enning, Sillerup Dürten Sest, Schafflund Helga Knies, Handewitt, Dina Jepsen, Lindewitt Werner Krause, Jerrishoe Helga Koslowsky, Erkrode Hilbrandt, Wolfenbüttel Grütz, Wolfenbüttel Järkel, Wolfenbüttel Sabine Strecker L. Johns, Wolfenbüttel Lepold Goldmann, Villingen-Schwenningen Carola u. Bubba Brammer, Borgwedel Dieter u. Christa Dannenberg, Idstedt M. Merkentin, Schleswig Kurt Seifert, Tolk Liebgard Georgs, Schleswig Jörg Krabbenhöft, Schleswig A. Moritz-Thaysen, Schleswig Dorothea Orlandi, Schleswig, Randi u. Reiner Kuhnt, Schleswig Maren Biltz, Berend Peter Smesmy, Schleswig Herwart Roßkampf, Pohnsdorf Gabi Esser, Bad Schartau Ursula Godemann, Bad Schwartau Hans-Jürgen Iwitt, Lübeck Barbara Geier-Häckh, Nürnberg Hans Häckh, Nürnberg Anderas Bondzio, Münster Bernd Drücke, Münster Andreas Kühne, Münster Christoph Staben, Münster Bundesvorstand Die Grünen, Bonn Eberhard Walde, Bonn Mirko Müller, Uelzen Thorben Albrecht, Uelzen Bernd Ebeling, Suderburg Norbert Schwarz, Uelzen Christian Krieg, Masbrock Fabian Becker, Uelzen Arne Hirsch, Uelzen Gerhard Hoffmann, Nürnberg Hildegard Grau, Nürnberg Lisa Grau, Nürnberg Margit Gebhardt, Nürnberg Renate Grau, Nürnberg Gudrun Löhnert, Braunschweig Heinz G. Halbeisen, Braunschweig Michael Pelster, Bremen Clemens Köhne, Munderloh Christine Heimbucher, Munderloh Jens Böttjer, Munderloh Simone Overberg, Munderloh Regina Nienaber, Munderloh Peter Nienaber, Munderloh Udo Bugiel, Munderloh Ulrike Hillmann, Munderloh Marion Lewandowski, Escheburg Nürnberger BI g. Atomanlagen Monika Knetzer, Gräfenberg Peter Walpurgis, Flensburg Marija Schilling, Nürnberg Mütter g. Atomkraft Nürnberg Frauenkette Berlin Sylvia Kreher, Hoisdorf Christian Kreher, Ahrensburg Peter Mayn, Ahrensburg Birgit Krömer, Ahrensburg Donate Linck, Ahrensburg Heide Meister, Ahrensburg Renate Eisen-Rätsch, Ahrensburg Karin Hoffmann, Großhansdorf Andrea Hansen, Großhansdorf Klaus Winterstein, Hamburg Marina Adomat, Fischbek Florentin Adomant, Fischbek Bettina Lampmann-Ende, Nürnberg Eva Mokry-Urban, Nürnberg Anne Alber, Nürnberg Beate Leuthel, Nürnberg Katharina Walter, Nürnberg John Adam, Gosdorf Dr. Christian Lappe, Clenze Dr. Ulrike Lappe, Clenze

v.i.S.d.P.: Wolfgang Ehmke Breese a.d. Göhrde 12 3139 Zernien

365 tage gegen

antifaschistischer KALENDER 1991

Der 1. Antifa-Taschen-Kalender für 91 mit übersicht. Wochenplan, Infos, Adressen, Fascho-Lexikon, Tips und Texten, Selbstdarstellungen und Hintergrundartikeln von verschiedenen Antifa-Gruppen gestaltet. Inhaltliche Themen: • Frauenbild im Faschismus • BRD-Flüchtlingspolitik • Ausstellung: Kunst als Widerstand • Conny • • Neue Rechte • • Nie wieder Deutschland u.a.
240 Seiten, DIN A6, 9,50 + 1,50 Porto (in bar, per Scheck u./o. Briefm.) Rabatte für Wiederverkäufer/innen. Das Plakat zum Kalender gibt's für 'ne Mark dazu.
Nur gegen Vorkasse!
Kalendergruppe c/o Unrast, Querstr. 2, 4400 Münster
Der Gewinn geht an antifaschistische Gruppen.

DOKUMENTATION:

in der nacht von sa, 23.6. so, 24.6.90 haben wir die betonsilos der massgeblich am bau der atomprojekte in gorleben beteiligten firma hoppe und stolt, Karwitz unter wasser gesetzt.
schläuche und anschlüsse lieferte die firma gratis.
vertraut nicht auf rot-grüne ausstiegsversprechen, sondern ergreift weiterhin selbstbestimmt und phantasievoll die initiative gegen die atommafia!
die liste der vom atomtod profitierenden firmen ist lang.

kommando "beton, es kommt darauf an, was mensch draus macht"

Jetzt ist es *Faß*bar...

das Faßlager macht von sich reden

Wäre aus Sicht der Brennelementlagergesellschaft alles planmäßig gelaufen, dann hätten ab 9.August deren Atomarbeiter mit den Vorbereitungen für den Abtransport von 1290 Atommüllfässern begonnen. Ihr Ziel: das Betriebsgelände der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS Essen) in Duisburg-Wanheim. Dort wollte die GNS die Fässer umkonditionieren, der radioaktive Müll sollte getrocknet werden und dann in sogenannten "konradgängigen Containern" wieder ins Gorlebener Zwischenlager gekarrt werden.

Mitten im Wohngebiet hat die GNS dort in ausgedienten Thyssen-Hallen ihren Umschlagplatz eingerichtet. Wäre, hätte... schön wär's gewesen, und wer hätte sich ins Fäustchen gelacht? Nicht nur der Chef der Gorlebener BLG Reinhard König, auch der Lüneburger Staatsanwalt Müller hätte sich elegant aus der Affaire gezogen. Und wer in Hannover im Umweltminsterium auf den Coup angestossen hätte, wissen wir noch nicht so genau. Zur Erinnerung: im Januar 1988 platzte eine Nachricht mitten in den Winterschlaf des Widerstands. Bläh- und Rissfässer wurden im Faßlager Gorleben gesichtet. Reinhard König mimte noch den Ahnungslosen, als schon Fotodokumente kursierten, die den Mißstand eindeutig belegten. Auf Nachfrage wurde deutlich, daß diese Fässer via Stade von der Preussen Elektra den Weg ins Zwischenlager genommen hatten. Herkunftsort - das belgische Mol. Die Atommüllschiebereien der Transnuklear steckten dahinter. Damit war ausserdem der Verdacht gerechtfertigt, daß kernbrennstoffhaltige Abfälle in den Fässern versteckt waren. Die BI Umweltschutz erstattete Anzeige wegen illegalen Betriebs einer Atomanlage.

Nach der Blockadeaktion der Bauern im Februar und der großen Demo im März 1988 geschah...nichts. Fast nichts, denn der Staatsanwalt Müller ließ zunächst die Fässer beschlagnahmen, erst dann unternahm er nichts, ausser ab und zu mitteilen zu lassen, die Ermittlungen liefen noch. Zwar gab es keine Ermittlungsgruppe, keine Faßuntersuchungen im Auftrage der Staatsanwaltschaft. Trotzdem genügte Müller zwei Jahre später, nämlich dieser Tage, der Hinweis, daß beim Aussortieren der Fässer in Gorleben ein (1) Mitarbeiter des TÜV Hannover zugegen sei - auch in Duisburg sollte der TÜV zugucken dürfen - , um die Beschlagnahme aufzuheben. Pikant: in diesen zwei Jahren hat die GNS nach der Wackersdorfpleite die DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) geschluckt. Die BLG als Tochter der DWK schickt die Fässer also zu ihrer neuen Mutter, stiefmütterliche Behandlung braucht sie sicherlich nicht zu fürchten. "Vergleichbar wäre dies in etwa, wenn man bei Drogentätern, die im Besitz von Betäubungsmitteln angetroffen werden, diesen den Auftrag erteilt, die Menge und den Wirkstoffgehalt des Rauschgifts selbst zu bestimmen", merkt BI-Anwalt Wolf Römmig in seiner Beschwerde gegenüber dem Generalstaatsanwalt in Celle an. Im Zuge der Auslagerung sämtlicher Einzelfässer - Einzelfaßstapelung ist mittlerweile durch Containerlagerung ersetzt worden - hätte man sich zugleich des lästigen Transnuklearerbes entledigt.

Und dann kam der 8.August. Die BI hatte die grüne Bundestagsabgeordnete Lilo Wollny gebeten, eine Betriebsbesichtigung anzumelden, Fernsehteams und Presseleute drängten sich um den ungewöhnlichen Besuch. Das Umweltministerium geriet dermaßen unter Druck, daß der Staatssekretär Bulle am gleichen Tag ins Auto sprang, um sich an den Ort des Geschehens fahren zu lassen. Denn eine der ersten Amtshandlungen des frischgebackenen grünen Staatssekretärs Peter Bulle am 25.Juni war die Unterschrift unter die Auslagerungspläne der BLG, im guten Glauben, es handele sich um die geordnete Beseitigung von "Altlasten". Erst die bohrenden Fragen der Bürgerinitiative machten deutlich, daß es um weit mehr als "Altlasten" ging. Folge der bühnenreifen Intervention war ein vorläufiger Auslagerungsstopp. Zu einem "Fachgespräch" im Ministerium sollte nun auch die BI einen Sachverständigen benennen. Zu diesem runden Tisch allerdings kam es nicht, denn die unduldsame BLG begann schon vor dem anberaumten Gesprächstermin mit der betriebsinternen Auslagerung, dem Umstapeln und Messen der Fässer. Selbst der erstmögliche Transporttermin war mit dem 17. September bereits festgelegt. Wolfgang Neumann, Mitarbeiter der Gruppe Ökologie in Hannover, den die BI als Sachverständigen benannt hatte, war zudem keinerlei Akteneinsicht gewährt worden. Ihm sollten die Prüffolgepläne der BLG/GNS in jenem Fachgespräch lediglich mündlich vorgetragen werden. Erstaunlich immerhin, daß alle 302 "Mol"-Fässer nunmehr nicht mehr nach Duisburg, sondern nach Karlsruhe oder Jülich transportiert werden sollen. Kostenaufwand der Untersuchungen: rund 150.000 DM. Bleibt es bei diesem Preis, dann hätte die BLG bis zu 45 Millionen DM zu zahlen, 80 Millionen DM kostete der Bau der beiden Zwischenlager in Gorleben.

Konnte man noch annehmen, damit sei die Sache für alle Seiten mehr oder weniger glimpflich verlaufen, wurde gleich darauf die nächste Unregelmäßigkeit im Faßlager ruchbar. Der Leiter des Gewerbeaufsichtsamts Lüneburg Schwerdter-Strumpf äußerte vor der kommunalen Gorleben-Kommission den Verdacht, einbetonierte Abfälle könnten zu hohe Radiumwerte aufweisen. Inzwischen meldete sich auch die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad in Hannover zu Wort. Die simple Frage ist, warum wird das Umkonditionieren der Abfälle in Duisburg in sogenannte konradgängige Container genehmigt, wenn am Ende der Schacht Konrad, so das Programm der rot-grünen Koalition in Niedersachsen, seinen Betrieb nie aufnehmen soll? Wenn die Einlagerungsbestimmungen für ein Endlager erneut geändert werden sollten, so BLG-Chef König beim BI-Besuch am 8.August, dann müsse halt noch mal alles neu konditioniert werden...Wie war das noch mal? Atomtransporte sind gefährlich, konstatierte Monika Griefahn im Juni auf einer BI-Veranstaltung in Gorleben. Sie müßten deshalb, solange Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden können, minimiert werden. Und mit großen Anzeigen wollte die Landesregierung auf die Gefahren aufmerksam machen. Die BI zieht angesichts des zähen Ringens um die Fässer vor, mit Protesten auf die Gefahren aufmerksam zu machen und empfiehlt der Landesregierung, die Anzeige der BI als Hebel für die Schließung des Faßlagers zu nutzen.

Wolfgang Ehmke

WIDERSTAND WIRD

ERMITTLUNGEN NACH

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg eV. nimmt das Strafverfahren gegen zwei Lüchow-Dannenberger nach § 129 (Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) und die heutige Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit durch das Landgericht Lüneburg zum Anlaß, um auf die seit Jahren praktizierte Kriminalisierung der Anti-Atom-Bewegung hinzuweisen.
Die Tradition von Staatsanwaltschaft und Polizei, AtomkraftgegnerInnen systematisch zu bespitzeln, ihr Privatleben zu durchleuchten und über die Observations-Ergebnisse umfangreiche Dateien anzulegen, ist auch nach der behaupteten Schließung der sog. "SPUDOK"-AKTEN ungebrochen.

Ermittlung gegen BI-Vorstandsmitglieder: "Gründung einer terroristischen Vereinigung"

Einblick in die Praktiken besonders der Lüchower Kriminalpolizei zeigt das Ermittlungsverfahren nach § 129 a (Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung), das in den Jahren 1988 und 1989 gegen zwei Vorstandsmitglieder der Bürgerinitiative und andere Atomkraftgegner geführt wurde und das im Frühjahr dieses Jahres eingestellt worden ist:
Im Februar 1989 bereiteten Atomindustrie und Polizei den ersten Transport von abgebrannten Brennelementen in das Zwischenlager Gorleben vor. Da die Bürgerinitiative Umweltschutz von einem unbekannten Informanten rechtzeitig unterrichtet worden war, konnte die geplante erste Einlagerung von hochaktivem Müll in letzter Minute per Gerichtsbeschluß verhindert werden. Die anonyme Information brachte aber auch etwas anderes an den Tag: Im Vorfeld des geplanten Castor-Transportes waren die Telefonanschlüsse zweier Vorstandsmitglieder der Bürgerinitiative sowie anderer Atomkraftgegner durch die Polizei abgehört worden. Begründet und legitimiert wurde dieser Übergriff durch ein seit April 1988 laufendes Ermittlungsverfahren nach § 129 a.

§§ 129 a als Mittel der Kriminalisierung

Ein Blick auf die umfangreichen, im Ergebnis aber äußerst banalen Ermittlungsergebnisse der letzten Jahre belegt, daß sich die Lüchower Beamten bei ihrer Schnüffeltätigkeit weniger von kriminalistischen Notwendigkeiten, als vielmehr durch politische Motive haben leiten lassen. Ziel der Observationen war nicht die behauptete "terroristische Vereinigung", sondern die Anti-Atom-Bewegung als politischer Gegner. Der Paragraph 129 a mit seinen Möglichkeiten, fundamentale Bürgerrechte einfach außer Kraft zu setzen, wurde auch hier als politisches Mittel zum Zweck benutzt.

Bespitzelung nach STASI-Manier

Die Bürgerinitiative Umweltschutz hat allen Grund zu der Annahme, daß die Einstellung der Ermittlungsverfahren im Frühjahr dieses Jahres nicht das Ende der Bespitzelung bedeuten. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß sich der "Apparat" der Lüchower Kriminalpolizei längst verselbständigt hat und die Beamten das wahllose Sammeln von Informationen und das gezielte Interpretieren sogenannter Erkenntnisse auch weiterhin fortsetzen.
Opfer der breit angelegten Bespitzelung waren in der Vergangenheit nicht nur erklärte AtomkraftgegnerInnen, sondern auch viele ahnungslose Bürger.
Die folgende Darstellung soll einen Einblick in Art und Umfang der damaligen Ermittlungen geben und die Notwendigkeit sofortigen politischen Handelns unterstreichen:
Ziel der Ermittlungen war und ist die Anti-Atom-Bewegung und der Widerstand gegen die geplanten Transporte von hochaktivem Atommüll in das Zwischenlager Gorleben.
Auf systematisch durchgeführten "Aufklärungsfahrten" notierten die Beamten die PKW-Kennzeichen aller Teilnehmer von BI-Veranstaltungen zum sog. "300-Leute-Konzept/Wir stellen uns quer!" Der erste "Ratschlag" der BI in einem Wirtshausgarten in Gedelitz wurde ebenso observiert (und die Teilnehmer aus einem vorbeifahrenden PKW fotografiert) wie spätere, ebenfalls öffentlich angekündigten Treffen. Auch PKW, die in der Nähe der Privatwohnungen von Atomkraftgegner abgestellt waren, wurden systematisch erfaßt. Die Ergebnisse dieser Observationen schlagen sich in seitenlangen Auflistungen nieder, in denen nicht nur die Namen der Fahrzeughalter, die von der Polizei vermuteten Fahrzeugnutzer, sondern zum Teil auch die Vorbesitzer mit persönlichen Daten genannt sind. Bei öffentlichen Versammlungen der Bürgerinitiative ermittelten Kripobeamte verdeckt im Saal, notierten Teilnehmer, die sie vor dem Lokal erkannten und scheuten sich bei anderer Gelegenheit auch nicht, von außen durch Gaststättenfenster zu sehen, um Teilnehmer von Treffen zu identifizieren und ggf. als "amtsbekannte Person" zu notieren.
In einem Fall führte eine der "Aufklärungsfahrten" nacheinander an 17 über den Landkreis verstreute Orte, wobei der "Aufklärungsbericht" Uhrzeiten, Kfz-Kennzeichen und Personen festhält, aber auch "keine besonderen Vorkommnisse" oder läppische Beobachtungen wie "Hoflicht brennt" oder "Wohnung ist erleuchtet" notiert.
Als der Pressesprecher der Bürgerinitiative an einem Vormittag mit einem anderen als dem eigenen PKW in Lüchow gesehen wurde, war selbst das den Beamten ein Aktenvorgang wert: Datum, Uhrzeit, Ort, Fahrzeugtyp und -Nummer wurden protokolliert.
Ein Einzelfällen ging der Ermittlungseifer der Beamten so weit, daß die Lebensumstände von Atomkraftgegner komplett ausgeforscht wurden. Selbst der Vermieter eines "Verdächtigen" und seine Familie wurden dabei Gegenstand der Nachforschungen: Namen und Daten von Großeltern und minderjährigen Kindern des Vermieters finden sich ebenso in den Akten wie die bei Nachbarn eingezogenen Erkundigungen über die wirtschaftliche Lage des Vermieters.

Beobachtungen "zweckdienlich" gemacht

So nichtssagend die zusammengetragenen Informationen für sich genommen sind, so brisant und gefährlich werden sie durch den Zusammenhang, in den sie gestellt werden. Selbst wenn der jeweils ermittelnde Beamte sich einer schriftlichen Schlußfolgerung enthält, so läßt sich die unterstellende Absicht mühelos aus den Akten herauslesen: was anderes als eine Unterstellung beinhaltet eine Aktennotiz über die wirt-

WEITERHIN BESPITZELT

§ 129 a IM WENDLAND

schaftliche Lage eines Landwirtes, der seine Wohnung an einen Landwirtschaftsgehilfen und Atomkraftgegner vermietet, ohne daß sein Hof angeblich einen solchen Gehilfen tragen könnte? Dies sind die Methoden eines totalitären Staates: politische Absicht fertigt aus belanglosen Informationen Aktenvorgänge, stellt sie in vermutete oder konstruierte Zusammenhänge und suggeriert allen weiteren "Nutzern" der Akte den konkreten Verdacht.
Besonders gefährlich wird die Sammelwut der Lüchower Beamten durch ihren Ehrgeiz, alle noch so nichtigen Beobachtungen "zweckdienlich" zu machen, um die Behauptung von der Existenz einer "terroristischen Vereinigung" zu untermauern.

Gezielte Unterstellungen

Alle Zeitungs-Anzeigen der Bürgerinitiative sowie verschiedene Artikel in Presseorganen der Anti-Atom-Bewegung wurden systematisch gesammelt und auf eine Bestätigung des behaupteten Verdachts hin analysiert. Und keins der aktenkundig gemachten Indizien, das nicht eine Unterstellung wäre: Zusammenhänge werden behauptet, Vermutungen werden als Beweis gewertet, und falsche Schlußfolgerungen sind die Grundlage für ganze "Beweisketten". Es ist, als schneide jemand die Teile eines Puzzle-Spiels auf ein einheitlich rechteckiges Format zurecht, um diese dann wunschgemäß zusammensetzen zu können.
Dem Autor eines Artikels über das Blockade-Konzept der Bürgerinitiative wurden die inhaltlich konträren Anmerkungen des Setzers (als solche gekennzeichnet und in Klammern gesetzt) als persönliche Aussage untergeschoben und als Beweis für die ihm unterstellte Gewaltbereitschaft gewertet. Selbst ein satirischer Artikel, der sich mit der fiktiven Selbsthilfegruppe "Anonyme Schlaffsäcke" beschäftigt, muß als Beleg für die Militanz seines Autors herhalten: "Wenn der CASTOR kommt, der wird sich wundern!"
Im Laufe der Ermittlungen wandeln sich von der Bürgerinitiative verwendete Begriffe wie "CASTOR-Treffen" für die Kripo nach und nach zu Synonymen für die planmäßige Vorbereitung von Straftaten. Das auch in BI-Anzeigen häufig benutzte Wort "Aktion" wird für die Akten schließlich gleichbedeutend mit "Anschlag" oder "Sabotage".
Das von der Bevölkerung breit mitgetragene BI-Konzept "Wir stellen uns quer" soll nach Auffassung der Polizei einen legalen und friedlichen Charakter "nur suggerieren". Ein Kriminalbeamter, der das BI-Büro aufsuchte und das erklärt gewaltfreie Konzept persönlich mitunterzeichnete, tat dies (wie sich jetzt herausstellte) nur, um daraus einen Aktenvorgang zu machen.

"Terroristische Vereinigung als Obsession"

Die Fixiertheit der Lüchower Kriminalpolizei auf einen behaupteten terroristischen Gegner ist längst zu einer Obsession geworden. Sie führte u.a. dazu, daß ein vorgetäuschter Anschlag auf eine Strecke der Bundesbahn bei Unterlüß und ein mit "die Gruppe" unterzeichnetes Bekennerschreiben einer regionalen Gruppe zugeordnet wird, die sich "die Heidegruppe" nennt. Auf den Namensbestandteil "Gruppe" und das von beiden Gruppen verwendete Wort "Aktion" gründete sich monatelange polizeiliche Observation.
Allein die Tatsache, daß "amtsbekannte" Personen bei einem Leer-Transport eines CASTOR-Behälters gesehen wurden, gelten als "bestätigendes Indiz" für die Mitgliedschaft dieser Personen in der behaupteten "terroristischen Vereinigung". In einer nachträglichen Rechtfertigung der Telefonüberwachung vom Februar 1989 äußert sich die Kripo Lüchow bereits über "Täter" - sie spricht von "Tätern mit erheblicher krimineller Energie".
Die Mißachtung demokratischer Rechte gehört in Lüchow-Dannenberg seit Jahren zum Alltag. Der Realitätsverlust einzelner Beamten ist dabei nicht zu übersehen. Mehrere Male wurde versucht, die Ermittlungsergebnisse durch dramatisierende Interpretation aufzubauschen und das Verfahren karrierefördernd der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe anzudienen - jedesmal wurde eine Übernahme durch den Generalbundesanwalt zurückgewiesen!

Politisches Handeln ist gefragt!

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg fordert die sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen Atomkraftgegnerinnen!
Sie fordert das Ende jeder Bespitzelung und die Offenlegung und anschließende Vernichtung aller Dateien und Fotoarchive.
Die politische Ermittlungstätigkeit der Lüchower-Kriminalpolizei gegen Atomkraftgegnerinnen muß sofort beendet werden!
Die Paragraphen 129/129 a als Instrumente politischer Disziplinierung und Einschüchterung gehören abgeschafft!

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

§ 129 - Verfahren eingestellt

Zu diesem Artikel: Das Verfahren gegen Michael und Hansel aus dem Anti-AKW-Widerstand im Wendland wurde am 28.8. gegen Zahlung von je 700,- DM Geldbuße eingestellt! Die Taten seien spätestens seit Tschernobyl anders zu bewerten, meinte das Gericht, und sowieso gestalte der weit zurückliegende Zeitraum die Wahrheitsfindung schwierig.
Die Wendländerinnen fordern jetzt, daß der Haftbefehl gegen Martin D., der im Ausland lebt und gegen den ein abgetrenntes Verfahren in der gleichen Sache anhängig ist, sofort aufgehoben wird. Wir dokumentieren hier die Presseerklärung aus dem Wendland, die zum Prozeß verbreitet wurde:

Gorleben, den 24.8.90
Vor der 4. Strafkammer (Staatsschutz) des Landgerichtes Lüneburg beginnt am 28.8.90 um 9.00 Uhr der Prozeß gegen Michael Golmann und Hansel Sauerteig, beide aus Lüchow-Dannenberg.
Vorgeworfen wird ihnen "gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr" (Paragraph 315 StGB) und "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" (Paragraph 129 StGB).
Ziel dieser Vereinigung sei, so die Anklage, die Atommülltransporte nach Gorleben zu verhindern.
Es sind vorerst 12 Verhandlungstage angesetzt und 28 Zeugen bislang vom Gericht geladen.
Seit Ende 1983 fanden mehrere Anschläge gegen die Einrichtungen der Atomindustrie in Lüchow-Dannenberg statt.
Am 30.4.1984 wurden zeitgleich mehrere Anschläge auf die Bahnschienen, auf denen Atommüll ins "Atomare Zwischenlager" Gorleben rollen sollte, verübt. Es bekannte sich eine Gruppe mit dem Namen "Jim Knopf und die Wilde 13" zu den Anschlägen. Gleich am drauffolgenden Tag fand eine Krisensitzung auf höchster Ebene der Bezirksregierung statt. Es wurde beschlossen, das niedersächsische Landeskriminalamt (LKA) mit den Ermittlungen zu beauftragen. Dort wurde die 40-köpfige Sonderkommission SOKO 602 (Gorleben) gebildet.
Die SOKO bekam den Auftrag, eine kriminelle Vereinigung und deren Mitglieder zu ermitteln, die für die genannten Anschläge verantwortlich zu machen sein könnten. Observationen, Telefonüberwachungen, nächtliche Verfolgungsfahrten, permanente Verkehrskontrollen und nächtliches Ausleuchten der Höfe wurden seitdem zur Regel. Die SOKO 602 benutzte bei ihren Ermittlungen ein SPUDOK-System (Spurendokumentations-Datei). Hierbei handelt es sich um ein Datenbanksystem im Computer des LKA, bei dem die vom Gesetzgeber vorgegebene Trennung zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit verwischt wird. In dieser Datei waren Daten von zeitweise 3000 Menschen gespeichert. Gesammelt wurden sämtliche Erkenntnisse, sowohl straftatsbezogene als auch solche aus verdeckter und offener Observation, persönliche Daten und politische Funktionen usw.
Wir gehen davon aus, daß diese Daten heute noch benutzt werden. Es folgten etwa 18 Hausdurchsuchungen und es wurde zum damaligen Zeitpunkt gegen 26 Lüchow-Dannenberger wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" ermittelt.
Im Oktober 1986 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei Personen wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung". Ihnen wird vorgeworfen, in der Zeit von März bis Oktober 1984 in wechselnder Besetzung an Bahn- bzw. Brandanschlägen beteiligt gewesen zu sein. Die restlichen 23 Verfahren wurden unter dem Gesichtspunkt Paragraph 129 nicht weiter verfolgt. Gegen einen Angeklagten, der im Ausland lebt, wurde ein Haftbefehl ausgestellt. Das Verfahren gegen ihn wurde abgetrennt.
Am 12.10.1988 wurde das Verfahren gegen M. Golmann und H.-E. Sauerteig erstmals eröffnet. Wegen eines Besetzungsfehlers der 4. Strafkammer Lüneburg mußte der Vorsitzende den Prozeß schon am zweiten Tag abbrechen.
Nach einer Unterbrechung von zwei Jahren wird nunmehr der Prozeß am 28.8.1990 unter neuem Vorsitz neu beginnen. Seit 1977 gibt es im Wendland hartnäckigen Widerstand gegen die geplanten und errichteten Atomanlagen. In diesen bis heute 13 Jahren sind immer vielfältigste Formen der Ablehnung dieser Atommüllprojekte praktiziert worden:

- parlamentarischer Weg mit Petitionen,
- Bürgeranhörungen,
- fachliche Kritik,
- demonstrative Aktionen, Demonstrationen, Menschenketten,
- direkte Eingriffe, Platzbesetzungen, Blockaden, Tag X,
- Anschläge auf Betreiber- und Baufirmen.

Dieser Widerstand hat seinen Ausgangspunkt in der Ablehnung der Atommüllprojekte und wird bis heute weiter kriminalisiert. Nach wie vor werden - heute auf Grundlage des Paragraphen 129 a - Observierungen, Hausdurchsuchungen und Telefonabhörungen praktiziert. Die Logik dieser Kriminalisierung ignoriert die politische Dimension. Die Berechtigung des Widerstands soll bei dieser Kriminalisierung keine Rolle spielen. Nach Staatsschutzlogik wird nach "Rädelsführern und Fingerabdrücken" gesucht. Jedoch ist die Berechtigung des Kampfes gegen das Atomprogramm mit jedem Tag, mit jedem Jahr, und mit jedem Ereignis immer offenkundiger:
- Transnuklear, der sogenannte "Skandal" um Bestechung und illegale Atommüllschieberei weitete sich zur Krise der gesamten Atomindustrie aus. Sogar Umweltminister Töpfer sah sich genötigt, den gesamten Atomkomplex umzustrukturieren, um die illegalen Machenschaften von Transnuklear und Nukem zu verschleiern! Es zeigte sich, daß für die Atomindustrie Gesetze und sonstige Bestimmungen nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen.
- Die Katastrophe von Tschernobyl und deren fatale Auswirkungen auf ganz Europa, sowie die vielen "kleinen" Unfälle zeigten, daß es die vielbeschworene Sicherheit nicht gibt. Ein Schutz der Bevölkerung ist nicht möglich.
- Wildester Atommülltourismus durch ganz Europa, erstmals gestoppt in Lübeck durch eine breite Beteiligung aller Bevölkerungs-

schichten...
- Im atomaren Zwischenlager Gorleben lagern Blähfässer aus dem Hahn-Meitner-Institut Berlin sowie plutoniumhaltige Fässer aus dem belgischen Mol, deren weiteres Hin- und Hertransportieren demnächst durch weitere Blockade-Aktionen verhindert werden soll.

Aktionen wie die, über die jetzt verhandelt werden soll, finden nach wie vor statt, vor allem deshalb, da nun sogar eine Einlagerung von Castor-Behältern nach Gorleben bis zum Jahre 2023 genehmigt und verwaltungsgerichtlich abgesegnet worden ist. Und selbst im rot-grünen Landtag wird die Inbetriebnahme der Atomprojekte in Gorleben abgelehnt.

Der Worte sind nun genug gefallen, jetzt wollen wir Taten sehen. Wenn es die Landesregierung mit ihrer Ablehnung ernst meint, erwarten wir:

- die Rücknahme aller Strafbefehle
- die Einstellung aller Verfahren
- die Auflösung der Sonderkommission der Polizei
- die Auflösung der politischen Polizei
- die Schließung der Atommüllager
- die Abschaffung aller AKWs.

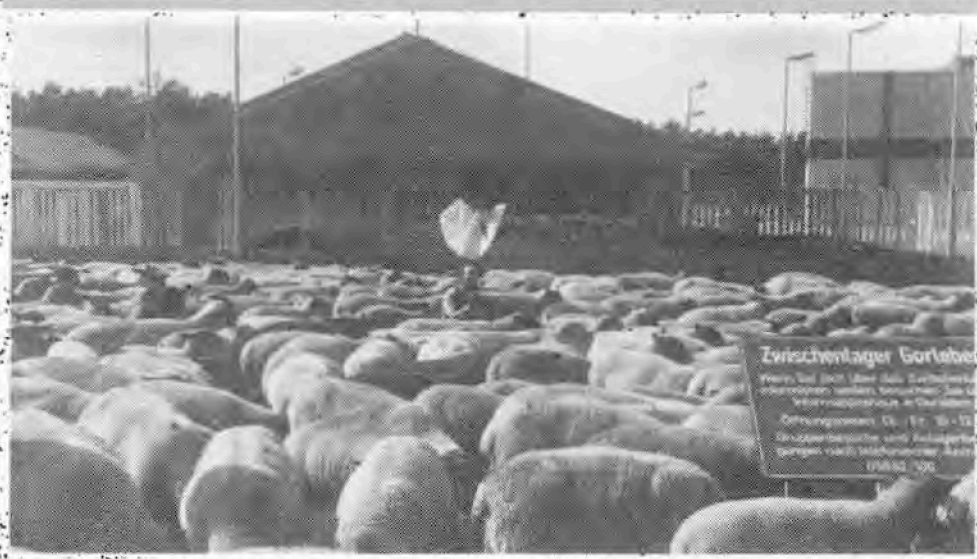
Sollte es zum Prozeß kommen, wird sich zeigen, daß die Anklage nach Paragraph 129 absolut absurd ist, da der Widerstand gegen die Atomindustrie gerade wegen der Absurdität des Atomprogramms nicht organisiert zu werden braucht und der Vorwurf, den Bahnverkehr zu gefährden, auf die Betreiber selbst zurückfällt.

Der Anti-AKW-Widerstand im Wendland und das Untergrundamt der Freien Republik Wendland

Veranstaltung zu § 129 (a) am 13.10.90 im Wendland mit anschließendem Bahnspaziergang

Vor dem Landgericht Lüneburg ist ein § 129-Prozeß gegen Hansel und Michael aus dem Wendland gegen Geldbuße eingestellt worden. Der Prozeßverlauf täuscht über die andauernde Ausforschung des Widerstands gegen Gorleben hinweg. Darüberhinaus ist der Haftbefehl gegen Martin, der sich im Ausland aufhält, nicht aufgehoben worden. Deshalb findet am 13.10.90 nicht der reguläre Waldspaziergang der BI statt, sondern eine Veranstaltung in Platenlaase, Cadé Grenzbereiche, um 14.00 Uhr. Bei Kaffee und Kuchen gibt es Informationen und Einschätzungen zum eingestellten § 129-Verfahren. Aber auch der Haftbefehl gegen Martin muß aufgehoben werden!
Berichtet wird schließlich über die **andauernden** Praktiken der Ausforschung des Widerstands gegen Gorleben und die Rolle des § 129 (a). Kommt der Castor per Bahn, werden Bahnsparziergänge schnell wieder aktuell. Deshalb werden wir im Anschluß an die Veranstaltung wie einst am legendären 13.10.84 - darauf bezog sich die Anklage gegen Michael und Hansel - auch heute die Sicherheit des Schienenweges bei Pudripp oder anderswo überprüfen.

Kontakt:
BI-Büro: Tel.: 05841/4684



Dauerblockade, 3. Sept. 90, Eine Schafherde blockiert das Zwischenlager

Verfassungsschutzbericht

Einflußnahme von Linksextremisten auf die "Anti-Kernkraft-Bewegung"

Ein herausgehobenes Thema der Linksextremisten war auch im Berichtsjahr die Be- oder Verhinderung von "Atomtransporten" auf Schiene und Straße. Entsprechende "Kampagnen" wurden auf mehreren bundesweiten "Konferenzen" der Kernkraft-Gegner beschlossen, an der auch Linksextremisten teilnahmen.

Seit der Aufgabe des Standortes Wackersdorf für eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und der damit einhergehenden Verlagerung der Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente nach La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) gehörte die "Internationalisierung der Atomwirtschaft" zu den bevorzugten Themen der "Anti-Kernkraft-Bewegung".

In Niedersachsen konzentrierten sich die Aktivitäten zunächst auf die Behinderung von Castor-Transporten in das Zwischenlager Gorleben. Erheblichen Widerstand löste die Planung einer Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) aus, in der abgebrannte Brennstäbe und sonstige radioaktive Abfälle in eine endlagerfähige Form gebracht werden sollen. Bei Baubeginn kam es zu vielfältigen Aktionen von Kernkraftgegner unter linksextremistischer Beteiligung. Auch der Schacht Konrad in Salzgitter-Watenstedt als geplantes Endlager für radioaktiven Abfall, das Versuchs-Endlager "Asse" und das Erkundungsbergwerk in Gorleben (Prüfung des Salzstockes auf Endlagerfähigkeit für hochradioaktive Stoffe) gaben erneut Anlaß zu Protesten.

Der Deutschen Bundesbahn wurde auf Plakaten und Aufklebern vorgehalten, alles zu transportieren, sogar Bomben, Giftgas, Munition und Atommüll. In der Nacht zum 15. März wurde auf der Bundesbahnstrecke zwischen Celle und Uelzen eine Sprengstoffanschlag auf eine 100 KV-Leitung vorgetäuscht. Die Tatbekennung enthielt den Hinweis, daß sich die Aktion gegen den Transport von Atommüll und gegen die Deutsche Bundesbahn als "Atommülltransporteur" richte und bei zukünftigen Transporten scharfe Sprengvorrichtungen Verwendung finden würden.

Auf den "Atomrouten" kam es zu mehreren Sabotagehandlungen und Sachbeschädigungen.

(entnommen aus: Nieders. Verfassungsschutzbericht 1989, Überschrift: "Linksextremismus")

Atomtransporte:

An der Frage der Atomtransporte-Daten hat sich in den letzten Monaten einiges geändert. Informationen über zurückliegende Touren mit "Kernbrennstoffen" werden inzwischen von den Aufsichtsstellen der Bundesländer im Norden großzügiger veröffentlicht. Dabei ergeben sich von Land zu Land zwar sehr unterschiedliche Praktiken, aber es lassen sich zumindest die Häufigkeiten, die Stoffe und zum Teil auch die Transportstrecken aus diesen Daten erkennen. Hier soll ein Überblick über die Daten zu Atomtransporten durch Hamburg, Schleswig Holstein und Niedersachsen erfolgen. Dabei soll auf einige bemerkenswerte Aspekte eingegangen werden.

Ausdrücklich sei hier darauf hingewiesen, daß die angeführten Daten und Statistiken weder über die "Atom" noch über den "Autor" zu beziehen sind. Am Ende des Artikels werden die zuständigen Stellen für Öffentlichkeitsarbeit bei den Bundesländern genannt. Nicht zuletzt aus politischen Gründen sollten Anfragen über Atomtransporte an diese Stellen gerichtet werden.

An dieser Stelle noch ein kleiner Wink mit dem Zaunpfahl an die BremerInnen. Eine kleine Anfrage in der Bremer Bürgerschaft, die nach der Zahl, den Transportterminen, den Stoffen, den Genehmigungsnummern etc. fragt, wäre doch eine überaus günstige Gelegenheit, die verbleibende Lücke in den Atomtransportedaten in Norddeutschland zu schließen!

Hamburg: Abschied von der Godewind

Hier sollen nur einige neuere Ereignisse angeführt werden. Über grundsätzliche Daten und Fakten zu den Atomtransporten durch Hamburg sei auf frühere Ausgaben der "Atom" verwiesen. Außerdem hat die Gruppe Ökologie in Hannover gerade ein umfangreiches Gutachten über die "Sicherheit von Kernbrennstofftransporten durch die Hansestadt Hamburg" abgeschlossen. Das Gutachten ist im Auftrag der Umweltbehörde erstellt worden und dort zu beziehen.(siehe auch Kasten)

Der Atomfrachter Godewind, der in den vergangenen zwei Jahren regelmäßig frische Brennelemente vom Hamburger Hafen nach Schweden transportiert hat, hat seinen Pendeldienst eingestellt.

Statt dessen rollen seit dem 24. April frische Brennelemente nunmehr auf LKWs durch den Elbtunnel in Richtung dänische Grenze (Grenzübergang Elund) und von dort über eine Fährverbindung in Frederichshavn nach Göteborg. Nach Angaben von Silke Baumgarten, Pressesprecherin der Hamburger Umweltbehörde, wurden insgesamt 10 Atomtransporte abgewickelt und gingen zu den schwedischen Atomkraftwerken Oskarsham und Ringhals.

Zwar existieren immer noch Transportgenehmigungen für die Godewind und den Hamburger Hafen, doch scheint das Siemens Brennelemente Werk in Hanau, Absender der radioaktiven Transporte, davon keinen Gebrauch mehr machen zu wollen. Auf Anfrage, ob eine Verlagerung stattgefunden habe, wollte Siemenssprecher Dr. Rainer Jend mit Hinweis auf mögliche Blockaden jedoch keine Angaben machen.

Die Gründe für die Umlagerung der Transporte mit frischen Brennelementen von der Godewind auf die Straße sind vielfältig. Mehrfach ist das Verladen von Atomkraftgegnerinnen für mehrere Stunden blockiert worden. Jeder der Transporte mußte daher von einem größeren Polizeiaufgebot begleitet werden. Hinzu kam, daß bei Kontrollen der Umweltbehörde festgestellt wurde, daß die Godewind in drei Fällen mehr Atombrennstoff an Bord hatte, als die entsprechende Genehmigung erlaubte. Die Folge war eine Strafanzeige, die erst vor wenigen Wochen von der Staatsanwaltschaft in Hanau eingestellt worden ist. Im März schließlich war die Godewind in einen schweren Unfall auf der Ostsee verwickelt (ohne Kernbrennstoffe an Bord). Nach Angaben der Wasserschutzpolizei rammte sie offenbar schuldhaft ein mit Mais beladenes Schiff. Die Umweltbehörde unterrichtete über diesen Vorfall die zuständige Genehmigungsbehörde für Atomtransporte, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und äußerte "Zweifel an der atomrechtlichen Zuverlässigkeit" der beteiligten Unternehmen. Ein Sprecher des BfS gab noch vor einigen Wochen an, daß man abwarten müsse, ob es zu Verurteilungen komme. Gleichzeitig hatte er aber betont, daß nicht unbedingt ein Entzug der atomrechtlichen Genehmigungen die Folge sein müßte. Vielmehr hätte der Antragsteller auch die Möglichkeit, die Godewind künftig nicht mehr einzusetzen. Diesen Weg haben Siemens und der Antragsteller, die Deutsche Bundesbahn, jetzt offenbar eingeschlagen.

Damit sind die Atomtransporte nach Schweden zwar nicht eingestellt, aber Hamburger AKW-Gegner beurteilen dies dennoch als Erfolg. Immerhin zeige sich, daß die Atommafia bei den Atomtransporten äußerst leicht zu treffen ist.

Strahlende Touren im Norden

Schleswig Holstein: Halbzeitbilanz

Insgesamt 76 Atomtransporte sind im ersten Halbjahr 1990 durch das Bundesland Schleswig Holstein gegangen. Dies geht aus einer Aufstellung des Kieler Energieministeriums hervor. Auffallend ist dabei, daß durch den Nord-Ostsee-Kanal keine radioaktiven Frachten mehr verschifft werden. In der Vergangenheit wurde vor allem Uranhexafluorid häufig von Frankreich in die Sowjetunion und umgekehrt durch den Nord-Ostsee-Kanal transportiert. Das Ausbleiben der Atomtransporte durch den Kanal ist vermutlich auf die Ankündigung der SPD-Landesregierung zurück zu führen, die 1988 erklärt hatte, jeden Atomtransport durch den Kanal zu kontrollieren. Seitdem, so heißt es in der Kieler Energiebehörde, finden Atomtransporte durch den Kanal nur noch selten statt.
In 42 Fällen war das Land Schleswig Holstein Empfänger oder Absender radioaktiver Stoffe. Unbestrahlte Uran-Brennelemente wurden dabei 24 Mal zu den drei AKWs Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel gefahren. Weitere fünf Transporte mit plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen wurden aus Hanau nach Brokdorf geschafft. Brunsbüttel erhielt Brennelemente aus Schweden, die per LKW über den deutsch-dänischen Grenzübergang Ellund mit acht Transporten angeliefert wurden.
Die hochgefährlichen bestrahlten Brennelemente wurden auf der Schiene in 10 Fällen durch Schleswig Holstein transportiert. Sechsmal stammte die gefährliche Fracht aus dem AKW Brunsbüttel und viermal aus dem AKW Krümmel. Zielort für die bestrahlten Brennelemente ist die Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Frankreich.
Stark angestiegen ist die Zahl der Transit-Transporte durch Schleswig Holstein. Nach dem der Umschlag von unbestrahlten Brennelementen mit der "Godewind" im Hamburger Hafen nicht mehr sicher schien, entschlossen sich die Siemens-Brennelemente-Werke in Hanau und Karlstein die radioaktiven Frachten per LKW über die Autobahn durch Schleswig Holstein bis zum dänischen Grenzübergang Ellund zu transportieren. Von dort geht es weiter bis Frederichshavn und mit der Fähre nach Schweden. Seit April haben bereits 10 solcher Transporte stattgefunden.
Bei 21 Atomtransporten wurde Schleswig Holstein lediglich auf der Elbe bzw. in der 3 Meilen-Zone berührt.
Unerwähnt bleiben in der im Rahmen einer kleinen Anfrage zusammengestellten Auflistung des Energieministeriums sämtliche Transporte mit leicht- und mittelaktiven Atommüll. Dieser Atommüll wird entweder über Putgarden ins schwedische Studsvik oder über Hamburg zur Kernforschungsanlage Karlsruhe gebracht. Darüber hinaus sind die Angaben des Energieministeriums über die Transporte relativ spärlich. So fehlen in der Auflistung beispielsweise das jeweilige Transportdatum, die Genehmigungsnummern und die Absender- und Empfängerfirmen. Der sozialliberale Hamburger Senat veröffentlicht entsprechende Daten seit rund eineinhalb Jahren. Gustav Sauer vom Energieministerium erklärte auf Anfrage, daß man in Kiel derzeit prüfe, ob man die Transportdaten künftig entsprechend der Hamburger Praxis bekannt geben wird. Vermieden werden soll jedoch, den Atombeteibern eine Gelegenheit für Strafverfahren gegan die Landesregierung zu geben.

Niedersachsen: Rot-grüne Mühlen...

In einer ersten, noch unvollständigen Auflistung hat das niedersächsische rot-grüne Umweltministerium auf Anfrage nun erstmals einen Überblick über die Zahl und Art der Atomtransporte in Niedersachsen gegeben. Die Umweltministerin Monika Griefahn hatte unmittelbar nach der vergangenen Landtagswahl mehrfach erklärt, über diese zum Teil hochgefährlichen atomaren Frachten umfangreich informieren zu wollen. Um die Geheimniskrämerei der Atomindustrie zu beenden, hatte die Ministerin erklärt, auch die Transportstrecken und -termine vorab bekanntzugeben.
Nach den Angaben des Umweltministeriums sind vom 1. Januar bis zum 15 Juli insgesamt 204 der nach §4 Atomgesetz anmeldepflichtigen Atomtransporte durch Niedersachsen gerollt. Der größte Teil der Atomtransporte steht mit der Brennelementefabrik der Advanced Nuclear Fuels (ANF) in Lingen, Tochter einer us-amerikanischen Siemens-Holding, in Zusammenhang. In 47 Fällen wird Lingen als Absender, in 60 Fällen als Empfänger der spaltbaren Atombrennstoffe angeführt. Mit frischen Brennelementen beliefert die ANF die AKWs in Biblis, Unterweser und Grundremmingen sowie AKWs in Schweden und Frankreich. Außerdem kommt und geht Uranhexafluorid (UF6) und Urandioxid (UO2) von und nach Lingen. In fünf Fällen lieferte die ANF das UO2, ebenso wie UF6 ein Zwischenprodukt bei der Brennelementefertigung, nach Hanau. Aus der niedersächsischen Auflistung nicht zu ersehen, aber wahrscheinlich, daß der dortige Empfänger das Siemens-Brennelemente Werk ist. Allerdings wurden insgesamt 13 Transporte mit UO2 von Hanau aus nach Lingen geschafft. Bemerkenswert an der Auflistung sind auch sieben Transporte mit frischen Brennstäben vom AKW Unterweser zum AKW Philippsburg. Sinn dieses Zwischenhandels könnte sein, daß das AKW Unterweser in Philippsburg ein Lager für Brennelemente angemietet hat.
Die Hanauer Atombetriebe sind mit insgesamt 61 Transporten als Empfänger oder Absender am radioaktiven Tourismus in und durch Niedersachsen beteiligt. Mit frischen Brennelementen wurden die AKWs in Grohnde und Emsland (Lingen) aus Hanau versorgt.

Interessant auch einige Transporte mit bestrahlten Brennelementen zwischen Karlstein und dem AKW Brunsbüttel und dem in Würgassen. In Karlstein steht ein Zweigwerk der Siemens-Fabrik-Hanau. Insgesamt viermal lieferte das AKW Würgassen bestrahlte Brennelemente per LKW nach Karlstein. Inhalt der Fracht: 2,4 Kilogramm Uran 235 und 1,224 Kilogramm Plutonium 239 und 241. Aus Brunsbüttel ging eine Ladung nach Karlstein. Inhalt unter anderem ca. 500 Gramm Plutonium 239. Während das niedersächsische Umweltministerium in ihrer Auflistung kein Transportdatum angeben, erbrachte eine Nachfrage bei der Umweltbehörde Hamburg, daß es sich bei dem Transport aus Brunsbüttel um Brennstabsegmente handelte, die am 12. Juni nach Karlstein gefahren wurden. Während Niedersachsen einen Rücktransport von bestrahlten Brennelementen aus Karlstein nach Brunsbüttel (ohne Datum) auflistet, gibt die Hamburger Behörde an, daß ein solcher Transport mit Brennstabsegmenten zwar für den 16. Juli angekündigt, dann aber am 11. Juli abgesagt worden ist.

Und schließlich ergab eine kleine Anfrage an den Hamburger Senat, daß es weder um Brennelemente noch um Segmente sondern um 30 Brennstäbe ging, die zur KWU Siemens nach Karlstein gingen. Dort sollen sie zersägt und zur Wiederaufarbeitung nach Karlsruhe gebracht werden. Genaueres zu diesen recht brisanten Transporten und was bei KWU damit passiert, ist bisher noch nicht bekannt.

Insgesamt 31 weitere Atomtransporte standen nach Angaben des niedersächsischen Umweltministeriums im Zusammenhang mit Karlstein, überwiegend mit frischen Brennelementen.

Im Bereich der radioaktiven Abfälle, deren Transport nicht immer genehmigungs- und meldepflichtig ist, wurden in Niedersachsen 11 Transporte registriert. Darunter ein Transport mit Betriebsabfällen aus dem AKW Philippsburg ins TBL Gorleben (Transport-Behälter-Lager). Atommüll aus Stade ging in vier Fällen zur Kernforschungsanlage Karlsruhe und in drei Fällen mit Mischabfällen und Metallschrott zur Gesellschaft für Nuklear Service (GNS) nach Duisburg.

Auffallend an dieser ersten niedersächsischen Liste ist, daß sämtliche Atomtransporte auf der Schiene fehlen. Der Grund dafür, so der grüne Staatssekretär Peter Bulle, liegt darin, daß die Bahn als Bundesbehörde nicht der Aufsicht des Umweltministerium untersteht. Bedeutsam ist dieses Defizit im Hinblick darauf, daß die Umweltministerin Monika Griefahn gerade die Transporte mit bestrahlten Brennelementen, die überwiegend auf der Schiene abgewickelt werden, vorab bekannt geben will.

Unerwähnt blieb in der Erläuterung des Umweltministerium zur Auflistung der Atomtransporte denn auch, daß zwar sie selbst nicht von Schienentransporten durch die Bahn informiert werden muß, daß aber die Bahn eine vorherige Benachrichtigung über Atomtransporte an das Lagezentrum des Innenministeriums schicken muß. Von daher ist das Land grundsätzlich über Schienentransporte unterrichtet. Inzwischen wird das Umweltministerium durch das Lagezentrum des Innenministeriums unmittelbar über Schienentransporte informiert. So ergab eine spätere Anfrage, daß dem Umweltministerium eine Genehmigung für den Transport bestrahlter Brennelemente aus dem AKW Grohnde nach La Hague vorliegt. Transporte, so Pressesprecherin Barbara Mussack, habe es bis Anfang September jedoch noch nicht gegeben. Die Zahl der Transporte aus dem AKW Unterweser nach Sellafield und andere Daten über Schienentransporte mit bestrahlten Brennelementen konnte das Ministerium ebenfalls mitteilen. Trotzdem hat das Umweltministerium bislang keinen einzigen Atomtransport, weder auf Schiene noch auf Straße vorab bekannt gemacht. Noch immer sei unklar auf welchem Weg die Bekanntgabe erfolgen solle. Außerdem gäbe es noch "polizeirechtliche Bedenken". Vielleicht zeigt sich schon an dieser für die Atommafia im Vergleich zur "Stillegungs-Drohung" recht bedeutungslosen Frage, über welche Courage die rotgrüne Regierung verfügt und was vom amtlichen Ausstieg zu erwarten sein wird?

Ungeachtet dieser Problematik zeigte die Statistik der Niedersachsen aber auch noch viele andere Mängel und Defizite, was den Informationsgehalt betrifft. So wurden das Datum des Transports, die benutzten Verkehrsmittel, die Empfänger- und Absenderfirmen, die Genehmigungsnummern und einiges mehr nicht aufgelistet. Daten, die der sozialliberale Senat in Hamburg seit etwa eineinhalb Jahren auf Anfrage veröffentlicht. Mussack sagte dazu, daß auch Hannover künftig auf dem Hamburger Niveau informieren werde.

Inzwischen hat der grüne Staatssekretär Peter Bulle die Verwaltung angewiesen, eine entsprechende Statistik zu erstellen. Die Daten sollen auf Anfrage künftig mitgeteilt werden.

Dirk Seifert

Kontakte:

Pressestellen:
Hamburg, Umweltbehörde 040 / 2486 - 3248
Schleswig Holstein, Energieministerium 0431 / 596 - 5016
Niedersachsen, Umweltministerium 0511 / 104 - 3234

Gutachten über die "Sicherheit von Kernbrennstoffen" in Hamburg veröffentlicht

Ein Gutachten über die "Sicherheit von Kernbrennstofftransporten" auf dem Gebiet der Hansestadt hat die Hamburger Umweltbehörde vorgestellt. Kernbrennstoffe machen etwa zehn Prozent der gesamten Transporte im Bereich der radioaktiven Stoffe aus. Im Jahr 1989 waren es rund 140 solcher Atomtransporte. Die Gruppe Ökologie (GÖK) aus Hannover, die das Gutachten erstellte, kommt zu dem Ergebnis, daß bei einem Unfall ein "Verlust der Integrität" der verwendeten Transportbehälter möglich ist. Für die Kernbrennstofftransporte, die Hamburg auf der Schiene, der Straße und zu Wasser durchlaufen, analysieren die Gutachter eine Reihe von Gefahrmomenten. Auf der Straße: viele über 10 Meter hohe Brücken müßen überquert werden, unübersichtliche Verkehrssituationen und hohe Verkehrsdichten. Auf der Schiene: viele Zwischenstopps auf Stadtgebiet, das Durchfahren vieler (S-)Bahnhöfe und zum Teil unbeschrankter Bahnübergänge. Transporte mit hochradioaktiven bestrahlten Brennelementen aus dem Atomkraftwerk Krümmel führen über eine längere Strecke im Abstand von nur 15 Metern an Wohnhäusern vorbei. Im Hafenbereich: Behälter mit Kernbrennstoffen werden von Kränen mit erheblichen Hubhöhen gehändelt. Da im Hamburger Hafen auch die Zwischenlagerung von zum Beispiel Uranhexafluorid vorkommt, sehen die Gutachter ein großes Gefahrenmoment durch Brände. Mehrstündige Feuer mit Temperaturen von über 1000 Grad Celsius sind im Hafen mehrfach vorgekommen. Angesichts der hohen Zahl von radioaktiven Umschlägen im Hafen wird dem Hamburger Senat ein dosimetrisches Überwachungsprogramm für die Beschäftigten der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) empfohlen. Die senatseigene HHLA ist das größte Umschlagsunternehmen im Hafen.

Das größte Risiko nach einem Unfall mit Freisetzung von Radioaktivität geht von bestrahlten Brennelementen und Uranhexafluorid aus.

Bei einem Unfall mit bestrahlten Brennelementen kommen die Gutachter unter günstigen Wetterbedingungen zu dem Ergebnis, daß der Störfallgrenzwert der Strahlenschutzverordnung in einem Gebiet von einem Kilometer bis mehr als neun Kilometer vom Unfallort entfernt überschritten wird. Unter ungünstigen Wetterverhältnissen findet eine Überschreitung dieses Grenzwertes noch in mehr als 10 Kilometer Entfernung statt. Die Folge eines solchen Unfalls ist die Umsiedelung der Bewohner und die anschließende Dekontamination des betroffenen Stadtgebietes in bis zu 6 km vom Unfallort entfernt. Eine Maßnahme, die die Umweltbehörde als praktisch nicht durchführbar bezeichnet hat.

Bei einem Unfall mit Freisetzung von Uranhexafluroid können akute Todesfälle die Folge sein. "Beim schwersten Unfall verursacht ein zehnminütiger Aufenthalt noch in 2 km Entfernung gesundheits- und lebensbedrohende Folgen."

Nicht untersucht werden in dem Gutachten die Möglichkeiten, Atomtransporte einzuschränken oder gar zu verbieten.

- Eine Zusammenfassung des Gutachtens ist erhältlich bei:
Umweltbehörde Hamburg
Steindamm
2000 Hamburg 1
Tel: 040 /2486-3248

Vorwärts und nicht(s) Vergessen !

Verurteilung wegen Teilnahme an Blockadeaktion gegen MOX-Transporte über Lübeck

In der Nacht vom 24. auf den 25.11.87 fand der vorletzte Atommülltransport über Straße im Rahmen des deutsch-schwedischen Atomgeschäfts statt. Von den AKW´s über Lübeck bis Schweden wurde der Transport von vielfältigen Widerstandsaktionen begleitet. Doch auch die Bullen waren nicht untätig: Unzähligen wurden die Personalien abgenommen, Einige festgenommen, Autos sichergestellt.
4 AKW-Gegnerinnen wurde schließlich der Prozeß gemacht. Während sonst das Verfahren gegen Auflagen eingestellt wurde, traf es Cheesy am härtesten.

Cheesy und Ute aus Osnabrück wurden nach einem höchst gefährlichen polizeilichen Anhaltemanöver aus dem Wagen gezerrt und verprügelt. Beim Zuschlagen brach sich ein Bulle die Hand.
Cheesy wurde als Fahrer am 6.12.88 vom Amtsgericht Vechta wegen Gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr, Nötigung, Widerstand und Körperverletzung zu 4 Monaten Knast auf 3 Jahre Bewährung verknackt. Nach den üblichen dreisten Verfahrensweisen, die auch schon in diesem Strafprozeß angewandt wurden, wurde die Berufung einfach nicht zugelassen. Darüberhinaus wird es sehr teuer:
Zusätzlich zu Staatsanwaltschaften und Gerichten (AGe Vechta, Tecklenburg, Osnabrück, LG Oldenburg) fordert der Bulle Geld für seine Verletzung. Das Verfahren ist jetzt vor kurzem abgeschlossen worden; 4.200 DM bekommen der Bulle und sein raffgieriger Anwalt.
Den größten Batzen will das Land Niedersachsen. Der Bulle hat 5 Monate krankgefeiert; Cheesy soll die Lohnfortzahlung und die auf ihm vom Bullen zerschlagene Kelle (81,54 DM) bezahlen. Bis vor kurzem war nicht klar, ob es nach der rosa-grünen Wende in Niedersachsen programmgemäß weitergehen würde (ab November wäre die Forderung verjährt gewesen). Unbeirrt wurde jedoch jetzt das Mahnverfahren eingeleitet.
Damit sind insgesamt Kosten in Höhe von ca: 30.000 DM entstanden. Bezahlt ist bisher Cheesy´s Anwalt.
Wir haben lange überlegt, ob wir überhaupt mehr als die Anwaltskosten bezahlen sollten. Entscheidend war letztendlich der Gedanke, daß wir zwar alle sehr gut von "prinzipiellen Entscheidungen" reden konnten, dafür die Folgen aber an Cheesy alleine hängenbleiben würden. Die Aktion gegen die Atomtransporte wurde von Vielen getragen. Daß Einzelne gezielt herausgegriffen wurden, die seit vielen Jahren in ihrer Region und anderswo regen Widerstand (nicht nur gegen Atomprojekte) leisten, ist im Rahmen einer Strategie zu sehen, die einen breiten Konsens im Widerstand verhindern will. Da der Staat eine Bewegung nicht (oder nur selten) in ihrer ganzen Breite angreifen kann, pickt er sich Aktivistinnen heraus, um sie exemplarisch - als Abschreckung für andere - zu kriminalisieren.
Immer wieder an die Öffentlichkeit zu gehen, auf diese Strategie hinzuweisen, ist die beste Möglichkeit als Teil einer Bewegung der Repression zu begegnen. Nur eine öffentliche Kampagne kann verhindern, daß die Kriminalisierung ihr Ziel erreicht.

Prozeßgruppe Cheesy

Kontaktadresse:
Prozeßgruppe Cheesy, c/o. Infoladen Zett, Alte Münze 12, 4500 Osnabrück.

Wie oben beschrieben, kostet die ganze Schweinerei sehr viel Geld. Natürlich sind wir dementsprechend (und auch weil es ALLE angeht) auf Spenden angewiesen.
Kto.-Nr.: 1552 482 520, Osnabrücker Volksbank (Inh.: D. Ahrens)

argus, Blockade der Atomtransporte, Lübeck, 21.01.88

Deutschland,

einig Atomenergieland,
einig Energieland,
einig ...

Die Jubelfeiern sind vorbei. Der Kater dessen, was da im Schweinsgalopp zusammengeschustert wurde, zeigt sich nach und nach. Bei dem im Sommer 1990 an den Tag gelegten Tempo dieser sogenannten Vereinigung wurden viele Pferdefüße gar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen. Jetzt beginnt die Arbeit mit diesem Regelwerk, daß gesetzlich im Eilverfahren beschlossen wurde. In der Praxis wird sich erst richtig herausstellen, was da so schnell übers Knie gebrochen wurde und woran wir uns jetzt möglicherweise die Zähne ausbeißen dürfen. Dieses betrifft natürlich auch die Fragen der Atomenergienutzung und die gesamten der "DDR" aufgestülpten Energieversorgungsstrukturen.

DDR-Atomanlagen wurden in die Einheit gerettet

Atomminister Töpfer streute im September auf einer eigens angesetzten Pressekonferenz mal wieder in seiner alt bewährten Art der Öffentlichkeit Sand in die Augen mit seinen Beteuerungen: "Kein Sicherheitsrabatt für Kernkraftwerke in der DDR" und in seinen weiteren Ausführungen sprach er von reinen Spekulationen über die Chancen der Verwirklichung von Nachrüstmaßnahmen. Die Presse wartete dementsprechend mit ihren Schlagzeilen auf. DDR-Atomkraftwerke wahrscheinlich vom Netz oder den Kernkraftwerken der DDR droht das Ende. Jedenfalls in der Öffentlichkeit mußte der Eindruck zurückbleiben, daß die Sache mit den DDR-Reaktoren wohl gelaufen sein dürfte und es eigentlich nur noch um die Formalitäten der Beerdigung geht. Leider verhält sich die Sache aber etwas anders. Nicht nur alle im Betrieb oder im Bau befindlichen Atomkraftwerke auf dem Gebiet der DDR, sondern auch das Endlager Morsleben und der Uranbetrieb "Wismut" im Süden der DDR wurden mit einer rechtskräftigen Bestandsgenehmigung in die Einheit gerettet. Und dieses, obwohl die Reaktoren in Greifswald, die Reaktorbaustellen in Stendal, das Endlager Morsleben und der Uranabbau der Wismut seit Monaten in der Schußlinie massivster Kritik standen und stehen. Selbst gemessen an den laxen Sicherheitsbestimmungen der bundesrepublikanischen Atomgesetzgebung sind die in der DDR angelegten Sicherheitsnormen und -standards eine Katastrophe, wo auch ein Atomminister Töpfer nicht umhin kommt, die Hände über den Kopf zusammenzuschlagen. Ein Zustand, der zwangsläufig aus sicherheitstechnischen und genehmigungsrechtlichen Gründen am 3.10. zur endgültigen Stillegung aller atomtechnischen Anlagen auf dem Gebiet der DDR hätte führen müssen. Nur da war die Bundesregierung vor.

Atomgesetzänderung im Einigungsvertrag:

Bereits mit der Verabschiedung des Umweltrahmengesetzes hatte die DDR zum 1.7.90 das Atomgesetz der BRD übernommen. Allerdings mit wesentlichen Einschränkungen: Es wurden Übergangsregelungen für die Fortgeltung alter Genehmigungen eingebaut. 5 Jahre für Reaktoren, 2 Jahre für Atomtransporte und 10 Jahre für alle sonstigen atomtechnischen Anlagen. Wäre das nicht erfolgt, dann wären bereits zum 1.7. alle Genehmigungen hinfällig gewesen. Nur, wie erläuterte ein Beamter des Bundesumweltministeriums bereits damals sinngemäß: Das kann ja wohl nicht Sinn der ganzen Übung sein, deshalb werden diese Übergangsregelungen gemacht. Im Einigungsvertrag nun wurde diese Übung fortgesetzt. Ohne großes Aufsehen wurde im Handumdrehen das bundesdeutsche Atomgesetz geändert bzw. mit einer Ergänzung versehen, die diese Übergangsregelungen des alten Umweltrahmengesetzes nun im Atomgesetz festschreiben. Seit dem 3.10.90 gibt es den neuen § 57 a im Atomgesetz, der da lautet:

" Genehmigungen und Erlaubnisse für Kernkraftwerke werden mit Ablauf des 30.6.95, für Beförderungen radioaktiver Stoffe mit Ablauf des 30.6.92 sowie alle sonstigen Genehmigungen, Erlaubnisse und Zulassungen mit Ablauf des 30.6.2000 unwirksam, soweit in den genannten Genehmigungen, Erlaubnissen und Zulassungen nicht eine kürzere Befristung festgelegt ist; die Genehmigungen, Erlaubnisse und Zulassungen gelten mit diesen Befristungen als Genehmigungen nach den entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen fort. Eine Genehmigung zur wesentlichen Veränderung einer Anlage oder ihres Betriebes im Sinne des § 7 Abs. 1 läßt eine Genehmigung nach
Satz 1 insoweit unberührt, als die Genehmigung sich auf Teile der Anlage bezieht, die nicht von der Änderung betroffen ist."

Im Klartext bedeuten diese Regelungen, daß zunächst einmal allen Atomanlagen der DDR eine Bestandsgarantie gewährt wird. Auch wenn die anderen Paragraphen des Atomgesetzes greifen und damit die Möglichkeit besteht aus Sicherheitsgründen Auflagen zu erlassen bzw. wie im Falle der Reaktorblöcke 1-4 in Greifswald eine Stillegung anzuordnen, bleibt die grundsätzliche Genehmigung doch weiterhin bestehen. Das ist natürlich von großer Bedeutung, wenn z.B. im Falle von Nachrüstungen das gesamte Genehmigungsverfahren nicht neu aufgerollt werden muß. Ausdrücklich werden die alten per Verordnung erlassenen Genehmigungen in den Stand oder mit dem gleichen Status von Genehmigungen in der BRD gesetzt. Das heißt: auch nachträglich wird die fehlende Öffent-

Deutschland,
einig Atomenergieland,
einig Energieland,
einig ...

lichkeitsbeteiligung, die Genehmigung eines Endlagers ohne Planfeststellungsverfahren sanktioniert und die Bevölkerung ihrer eh spärlichen Beteiligungsrechte im Laufe eines Genehmigungsverfahrens beraubt. Selbst im Falle von Nachrüstungen bei den Reaktoren stellt Atomminister Töpfer eine Öffentlichkeitsbeteiligung in Frage. Sollte es dazu kommen, dann müßte zwar eine Genehmigung nach § 7 Atomgesetz erfolgen, aber eben nur bezogen auf die betreffenden Änderungen der Anlage und nicht bezogen auf die Gesamtanlage und eben nur "voraussichtlich mit Öffentlichkeitsbeteiligung". (Töpfer auf Pressekonferenz am 11.9.90)

Mit den Regelungen im neuen § 57 a des Atomgesetzes handelt es sich folglich nicht zwangsläufig um die Herstellung eines Atomfriedhofes auf dem Gebiet der DDR, was sich dann "nur" als Milliardengrab für den Steuerzahler/in erweist, sondern um das Offenhalten aller denkbaren Wege. Und quasi über Nacht wurde der BRD ein genehmigtes Endlager für schwach- und mittelaktive Atomabfälle beschert. Zumindest der Atommüll der alten DDR kann dort für weitere 10 Jahre eingelagert werden. Was mit den Abfällen aus der bisherigen BRD ist.....? Die Begehrlichkeiten der Bundesregierung auf das Endlager Morsleben dürften naturgemäß groß sein, allein schon wenn man die Probleme bei der Genehmigung von Schacht Konrad bedenkt. Bei einem vorhandenen Hohlraumvolumen von 300.000 m³, technisch erschlossenen 75.000 m³, lagern z.Zt. ca. 15.000 m³ Atomabfälle in Morsleben. Insgesamt sollen ca. 5 Millionen m³ Hohlraum erschlossen werden können. "Ein Vergleich der Sicherheitsanforderungen in der DDR mit den bundesdeutschen 'Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Salzbergwerk' ergab, daß im wesentlichen Übereinstimmung in den Schutzzielen besteht." (Bundestagsdrucksache 11/7661) Diese Behauptung der Bundesregierung hält zwar einer Überprüfung nicht stand, deutet aber auf die wohlwollende Bewertung seitens der Bundesregierung bzgl. der Sicherheit des Endlagers Morsleben hin. Warum sollte dann also die Bundesregierung großartig Probleme mit der Vorstellung haben, Morsleben als gesamtdeutsches Endlager zu nutzen?

Sonderregelungen für die Wismut:

Der Komplex des Unternehmens Wismut, das eine Reihe von Uranerzabbaubetrieben, Uranaufbereitungsanlagen und anderen Versorgungsunternehmen umfaßt, wurde im Einigungsvertrag in besonderer Weise bedacht. War die Wismut in der bisherigen DDR seit über 40 Jahren bereits exterritoriales Gebiet, so setzt sich diese Tradition auch nach der Einigung fort. Speziell für das Gebiet der Wismut wurde die bundesdeutsche Strahlenschutzverordnung außer Kraft gesetzt. Das heißt: Es gelten nicht die Grenzwerte des § 45 Strahlenschutzverordnung, es gilt nicht das Minimierungsgebot. Selbst wenn man kein Anhänger der bundesdeutschen Atomrechts- und Strahlenschutzregelungen ist, weil sie allesamt Regelungen zugunsten des Betriebes und der Nutzung der Atomenergie sind, werden mit den Sonderklauseln bzgl. der Wismut die Menschen im Süden der DDR einer radiologischen Sonderbehandlung ausgesetzt. Durch den Einigungsvertrag wurde die Strahlenschutzverordnung um einen § 89 a ergänzt. Demnach wird für die Wismut die Strahlenschutzverordnung außer Kraft gesetzt. Stattdessen gilt speziell für das Gebiet der Wismut das alte Strahlenschutzgesetz der DDR fort. Eine Gegenüberstellung der relevanten Paragraphen macht deutlich, was dort den Menschen zugemutet wird:

- § 45 der bundesdeutschen Strahlenschutzverordnung sieht 0,3 mSv/a effektive Dosis für die Bevölkerung als zulässige Strahlenbelastung vor. Das bedeutet, daß nach dem Luft- und Wasserpfad getrennt das sogenannte 30 Millirem-Konzept nicht überschritten werden darf.

- § 11, Abs. 1.3. der DDR Verordnung über die Gewährleistungen von Atomsicherheit und Strahlenschutz vom 11.10.1984 sieht für die Bevölkerung eine effektive Dosis von 5 mSv/a als zulässige Strahlenbelastung vor. Das bedeutet mit einer zulässigen Strahlenbelastung von 500 Millirem pro Jahr darf auch in Zukunft der Bevölkerung in der Umgebung der Wismut eine 17 fache Überschreitung des zulässigen BRD-Grenzwertes zugemutet werden.

- Bei den Organdosiswerten darf der Wert im Verhältnis zu den BRD-Werten sogar um das 55 fache überschritten werden. BRD: 90 mrem/a; Umgebung der Wismut:5000 mrem/a.

Die hohe Strahlenbelastung im Gebiet der Wismut ist mittlerweile bekannt. Besonders die ungeschützten Uranabraumhalden tragen zu einer hohen Strahlenbelastung der Bevölkerung bei. Klar ist, daß eigentlich ein Sofortprogramm ergriffen werden müßte, um die Bevölkerung und die Umgebung vor weiteren Belastungen zu schützen. Selbst Töpfer schloß in einem Interview in der "Welt" vom 1.9.90 Evakuierungen nicht aus." ...die Untersuchungen, die systematisch weitergeführt werden, können durchaus zu dem Ergebnis führen, daß wir sagen: In Bereichen, die schwer belastet sind, müssen wir zu diesem äußersten Mittel greifen, um die Menschen, die dort leben, vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren."
Nur, so etwas ist teuer und dürfte zur Unruhe in der Bevölkerung führen. Die Zahlen für die Sanierung der Wismut schwanken zwischen 4 und 40 Milliarden DM. Würde die Strahlenschutzverordnung gelten, wären Sofortmaßnahmen von Rechtswegen erforderlich. Mit der Sonderbehandlung im Einigungsvertrag wurde das Problem allerdings vertagt und vermieden, das Gebiet der Wismut zum radiologischen Notstandsgebiet zu erklären. Schaut man sich darüberhinaus die bergrechtlichen Sonderregelungen im Einigungsvertrag und in Ergänzung die Bestimmungen des § 57 a Atomgesetz an, dann wurde auch den alten Genehmigungen der Wismut eine Bestandsgarantie gewährt. Solange man also auch hier nicht weiß, was weiterhin mit den Uranbetrieben geschehen soll, wurde erst einmal der Status quo festgeschrieben. Es könnte ja eventuell von Vorteil sein, im Besitz genehmigter Uranaufbereitungsanlagen und Uranbergbaue zu sein. Schließlich werden die Vorräte der in Ausbeutung befindlichen Uranerzgruben auf mindestens 66000 Tonnen geschätzt. Weitere 50000 Tonnen an Ressourcen sollen noch nicht erschlossen sein. Auch wenn allgemein die Ansicht vertreten wird, daß sich die Ausbeutung wirtschaftlich, gemessen an den Weltmarktpreisen, nicht rechne, so könnte die Ausbeutung dieser Ressourcen zivil wie militärisch für Deutschland irgendwann einmal interessant werden.

Verfassungswidrigkeit der Regelungen im Einigungsvertrag

Obwohl mit dem Beitritt der DDR zur BRD am 3.10.90 in Gesamtdeutschland das Grundgesetz gilt und damit auch die Bevölkerung der ehemaligen DDR die gleichen grundgesetzlich verbürgten Rechte hat, macht es sich die Bundesregierung bzgl. der verabschiedeten atom- und strahlenschutzrechtlichen Sonderbestimmungen für die DDR einfach. Bereits in der Antwort auf die Anfrage der grünen Bundestagsabgeordneten Lilo Wollny im August 1990 ,wie denn die im Umweltrahmengesetz getroffenen atomrechtlichen Übergangsbestimmungen verfassungsrechtlich bei der Vereinigung abgesichert werden sollten, stellte die Bundesregierung nur lakonisch fest: "Zeitlich befristete Übergangsregelungen der im Umweltrahmengesetz getroffenen Art sind, da sachlich notwendig, verfassungsrechtlich unbedenklich." (Bundestagsdrucksache 11/7661). Da nun diese Regelungen sich im § 57 a Atomgesetz wiederfinden, wird folglich auch die Aushebelung des Grundgesetzes mit einer sachlichen Notwendigkeit begründet. Warum eine Bestandsgarantie für nachweislich schrottreife Atomanlagen "sachlich notwendig" sein soll, mögen vielleicht die Götter wissen oder Atomminister Töpfer. Das Grundgesetz garantiert allerdings in Artikel 2,2 jedem "das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" und das Grundgesetz geht grundsätzlich vom Gleichheitsgrundsatz für alle BürgerInnen aus. Dagegen wird durch die Übergangsregelungen allerdings massiv verstoßen. Denn vergleicht man die zugrundegelegten Sicherheitsstandards für die Genehmigung der Atomanlagen der DDR auch nur mit denen der BRD, dann ist ganz schnell ersichtlich, daß diese nicht erfüllt werden. Auch haben die DDR-BürgerInnen ihre Rechte in keinem Verfahren geltend machen

können und sollen es auch nachträglich nicht dürfen. So werden die BürgerInnen der DDR zu StaatsbürgerInnen zweiter Klasse, denen die Rechte der BRD-Bevölkerung versagt bleiben. Sie werden einem größeren Gefährdungspotential ausgesetzt als die Bevölkerung der BRD und das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit wird plötzlich teilbar. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Staat eine Schutzpflicht auferlegt, um die Bevölkerung vor den Gefahren der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu schützen. Im Kalkar-Urteil hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich herausgestellt, daß auch das Atomgesetz vorrangig - vor der Förderung der Atomenergienutzung - bezwecke, Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren der Atomenergie zu schützen. Um dieses zu erreichen, darf deshalb eine Genehmigung auch nur erteilt werden, wenn nach Stand von Wissenschaft und Technik die erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch Errichtung und Betrieb der jeweiligen atomtechnischen Anlage gewährleistet ist. Dabei gilt nach der geltenden Rechtssprechung der normative Grundsatz der bestmöglichen Gefahrenabwehr und Risikovorsorge. Ohne hier an dieser Stelle in weitere Details zu gehen, dürfte auch für einen Laien deutlich werden, daß diese Standards durch Nachrüstungen oder sonstige Auflagen bei den DDR-Atomanlagen rein praktisch nicht zu erreichen sind. Alle Regelungen, die einen Fortbestand der DDR-Atomanlagen gewährleisten, sind deshalb verfassungswidrig. Nun ist diese Argumentation zwar eine immanente Argumentation, die sich an den Standards in der BRD entlang hangelt, aber nichtsdestotrotz m.E. von großer Bedeutung, wenn sich darüber die Übergangsregelungen für die DDR-Atomanlagen anfechten lassen und eine endgültige Stillegung und ein Genehmigungsentzug erreichen läßt. Um die Reaktorunsicherheit und das Gefährdungspotential der BRD-Reaktoren in diesem Zusammenhang nicht zu verniedlichen, soll an dieser Stelle nur kurz auf die Reaktorsicherheitsstudie Phase B der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) verwiesen werden. Immerhin wurde im Abschlußbericht im Sommer 1990 festgestellt, daß die Wahrscheinlichkeit eines Kernschmelzunfalles (Supergaus) bei den BRD-Reaktoren mit 1% in 20 Jahren angenommen werden muß. Es ist also nur eine Frage der Zeit, wann uns eines dieser Dinger um die Ohren fliegt. Morgen, vielleicht schon heute, oder doch erst übermorgen.

DDR-Atomanlagen und das EG-Recht

Die Übergangsregelungen im § 57 a Atomgesetz verstoßen gegen geltendes EG-Recht (Euratom). In der Richtlinie der EG vom 15.9.80 "Zur Änderung der Richtlinien, mit denen die Grundnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlen festgelegt wurden" (80/836/Euratom) wurden Grundsätze zum Schutz der Bevölkerung und der Beschäftigten in Atomkraftwerken und entsprechende Grenzwerte festgelegt. Diese Grundnormen werden von den Anlagen in der DDR nicht eingehalten. Aus dem Grunde wurde auch bereits im August von Seiten der EG-Kommission festgestellt, daß die DDR-Atomanlagen mit dem Beitritt der DDR zur BRD und damit auch zur EG stillzulegen seien. In der Stellungnahme der EG zur deutschen Einheit werden z.B für die DDR-Atomanlagen keine Übergangsregelungen empfohlen. Vielmehr wird dort gefordert, daß unmittelbar das Gemeinschaftsrecht gelten müsse und die "materiellen Probleme müssen in kürzester Frist geregelt werden, und zwar entweder durch eine Gesamtbewertung des Strahlenschutzsystems ... oder durch Stillegung der Anlagen.... "Atomminister Töpfer wies im September das Ansinnen der EG zurück, indem er die Einhaltung der EG-Grundnormen im Bereich der Strahlenbelastungen für gegeben unterstellte. Den Nachweis ist die Bundesregierung bisher schuldig geblieben bzw. sie verweist lediglich auf die Angaben und Berichte des bisherigen Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) der DDR. Deren Angaben und Glaubwürdigkeit muß allerdings mehr als bezweifelt werden. Es gibt Informationen, daß fast alle leitenden Personen dieser Behörde ihren Job nicht wegen fachlicher Kompetenz, sondern wegen besonderer Linientreue zur SED erhielten. Die gute Kontaktpflege zur Stasi, die eigens im Hauptgebäude der SAAS ein Kontaktbüro unterhielt, und die politische Indoktrination gehörten demnach mit zu den wesentlichen Aufgaben dieser Personen. Sozusagen als Belohnung für die bisher geleistete Arbeit wurden nach dem 3.10. ca. 150 Leute der SAAS in die neugegründete Außenstelle des Bundesamtes für Strahlenschutz übernommen und dürfen damit ihre "vertrauenerweckende" Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Auftrage Töpfers fortsetzen.

Deutschland,
einig Atomenergieland,
einig Energieland,
einig ...

Die atompolitischen Optionen für die ehemalige DDR

Würde die Bundesregierung, würden die EVU's, würde die Atomindustrie und hier speziell Siemens/KWU mit den DDR-Atomanlagen nicht etwas im Schilde führen, dann hätte man sich die ganzen rechtlichen Verbiegungen und akrobatischen Leistungen sparen können und den Laden wirklich zum 3.10. dicht gemacht. Was macht also die DDR-Atomanlagen so interessant, daß keine Kosten und Mühen gespart werden?
Zunächst einmal hat die Bundesregierung dafür gesorgt, daß die Option auf die Atomreaktoren der DDR offen gehalten wird. Seit dem 3.10. befinden sich die Reaktoren in Greifswald und Stendal in Staatshand. Aus Steuergeldern müssen die Anlagen zumindest gewartet und konserviert werden bis eine Regelung gefunden ist. Die Regelungen des Einigungsvertrages bedeuten für die Reaktoren, daß zunächst Warteschleifen gefahren werden, daß der Staat sozusagen für die zögerlichen EVU's die Anlagen bereit hält. Bisher haben sich die großen westdeutschen EVU's wie Preussen Elektra, Bayernwerke und RWE abwartend verhalten. Im Stromvertrag mit der DDR haben sie eine Übernahme der Anlagen 1-4 in Greifswald explizit ausgeschlossen und bezüglich der Blöcke 5-8 in Greifswald und I und II in Stendal nur eine Managementberatung vereinbart. Erst wenn die Genehmigungsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen erwiesen ist, haben sie Interesse zur Übernahme signalisiert. Solange darf die Treuhandanstalt und damit der Bundesfinanzminister sich Besitzer der Reaktoren nennen und für alle anfallenden Kosten aufkommen. Dabei wird sicherlich der Bau oder der Betrieb nicht in Staatsregie fortgeführt werden. Aus Stendal ist z.B. zu hören, daß dort bis zum Ende des Jahres noch Konservierungsarbeiten durchgeführt werden sollen und dann nach Äußerungen der Betriebsleitung mit einer zwei- bis dreijährigen Stillstandspause gerechnet wird bis alle notwendigen Genehmigungen und Um- bzw. Nachrüstkonzepte auf dem Tisch liegen, um mit dem Bau fortzufahren. Siemens/KWU soll ganz heiß auf die entsprechenden Aufträge sein und ist ebenfalls scharf auf den Bau von Stendal III und IV als Konvoianlagen (wie Lingen etc..). Töpfer wartet jetzt auf das Signal potentieller Betreiber und im Prinzip hat er die EVU's im September aufgefordert Konzepte für die Fortführung der Bauten auf den Tisch zu legen. Selbst die Wiederinbetriebnahme der aus sicherheitstechnischen Gründen stillgelegten Blöcke 1 bis 4 in Greifswald (Block I soll definitiv zum 15.12.90 vom Netz gehen) will Töpfer nicht ausschließen. "Der Betreiber ist aufgefordert worden, alsbald ein Konzept zur Behebung der festgestellten schwerwiegenden Sicherheitsmängel vorzulegen und die sich daraus ergebenden Nachrüstmaßnahmen zu beantragen, wenn er sich nicht für eine Stillegung entscheidet." (Pressekonferenz Töpfer, 11.9.90). Es ist im Moment zwar unklar, wen er mit Betreiber gemeint haben könnte, (vielleicht Finanzminister Waigel?) aber Töpfer zeigt großes Entgegenkommen.
Unter den jetzt gegebenen Bedingungen können also die EVU's in Ruhe Konzepte erarbeiten, Wirtschaftlichkeitsberechnungen anstellen, die Lage analysieren und sich mit der Genehmigungsbehörde, sprich BMU, zusammensetzen und die Zukunft beraten. Sollte sich dabei herausstellen, daß sich die genehmigungsrechtlichen Fragen einvernehmlich regeln lassen und auch die finanzielle Seite durch großzügige Investitionszulagen des Staates und besondere steuerliche Regelungen attraktiv gestaltbar ist, warum sollten die EVU's dann noch nein sagen? "Einem geschenktem Gaul schaut man schließlich nicht ins Maul".
Es gibt allerdings auch noch ganz andere und zwar übergeordnete Gründe, weshalb die Atomgemeinde fast nicht umhin kommt alles daran zu setzen, die DDR-Reaktoren zumindest zum Teil wieder flott zu machen oder weiterzubauen. Zum einen könnte am Beispiel der DDR-Anlagen die Akzeptanzkrise der Atomenergienutzung in Deutschland überwunden werden und zum anderen sind die DDR-

Deutschland,
einig Atomenergieland,
einig Energieland,
einig ...

Anlagen ein Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der deutschen Atomindustrie im Zusammenhang mit Aufträgen im Ausland.

Zum Akzeptanzargument:

Sollte es der Bundesregierung und den Betreibern gelingen, daß die haarsträubenden Übergangsregelungen für die DDR-Atomanlagen auf Dauer Bestand haben, dann haben sie auf der rechtlichen Ebene sicherlich einen wertvollen Sieg davon getragen. Wenn diese Regelungen unangefochten bestehen bleiben können und auf dieser Basis Nachrüstungen und ein Weiterbau bzw. Betrieb möglich sind, dann werden damit die Sicherheitsnormen ganz entscheidend geschwächt, was auch entsprechende Rückwirkungen auf die Reaktoren in der BRD haben dürfte. Sollte es trotz der massiven Kritik und nachgewiesenen Risiken der DDR-Anlagen möglich sein diese Anlagen ans Netz gehen zu lassen, dann dürfte das von der Atomgemeinde seit Jahren beweinte Akzeptanztal überwunden sein und sie könnten sich berechtigte Hoffnungen auf eine Renaissance der Atomenergienutzung in Deutschland machen. Und es dürfte auch klar sein, daß dieses psychologische Ausstrahlungen ins Ausland haben dürfte. Insofern dürfte es für die Atomgemeinde eine reizvolle Herausforderung sein, an diesen Anlagen ihre Durchsetzungskraft zu messen und neuen Mut zu gewinnen. Zumal im Moment auch in der DDR selbst das atomkritische Potential noch relativ schwach ausgebildet ist. Die Menschen dort beschäftigen sicherlich auf längere Sicht noch ganz andere existentielle und soziale Fragen, die die Einheit mit sich bringt. Zumindest aus heutiger Sicht brennt den Menschen dort die grundsätzliche Frage der Atomenergienutzung noch nicht so sehr auf den Nägeln, daß mit einer breiten Anti-Atombewegung zu rechnen ist. Aber auch im Westen scheint die mögliche Tragweite des weiteren Werdegangs der DDR-Anlagen für einen Gesamtausstieg bisher noch nicht so richtig realisiert worden zu sein.

Über die DDR-Reaktoren die Exportgeschäfte sichern

Die Reaktoren in Greifswald und Stendal sind sowjetischen Bautyps mit den allseits bekannten Sicherheitsdefiziten, die auch selbst von den härtesten Atombefürwortern im Westen heute nicht mehr hingenommen werden. Seit Tschernobyl haben sich die Sowjetunion und die anderen Staaten in Osteuropa zwangsläufig für westliche Sicherheitsstandards öffnen müssen. Durch die Zusammenarbeit mit der IAEO hat sie sich auch sicherheitstechnischen Nachrüstungen ihrer Altanlagen nicht mehr verschließen können, sodaß man heute gemeinsam über die Realisierungschancen von Nachrüstungen berät und von der IAEO entsprechende Konzepte erarbeitet werden. Will der Westen nicht auch noch den letzten Rest an Akzeptanz verlieren, muß er zwangsläufig auf höhere Sicherheitstandards in Osteuropa drängen und damit demonstrieren, daß man auch die schlimme Sowjetunion mit ihren unzulänglichen Sicherheitsstandards in die "saubere" Atomgemeinde integrieren kann. In den Ländern mit sowjetischen Reaktoren ist seit Tschernobyl der Widerstand gegen die Atomreaktoren kräftig geworden. Dieses betrifft insbesondere die Sowjetunion selbst, wo bereits etliche im Bau befindliche Projekte gestoppt werden mußten und auch den im Betrieb befindlichen Reaktoren das Aus droht, wenn nicht mit sicherheitstechnischen Nachrüstungen die Bevölkerung beruhigt werden kann. Unter diesen Bedingungen steht für die Reaktoren in Osteuropa ein großes Nachrüstgeschäft ins Haus. Je nach dem, welche Reaktortypen einbezogen werden, handelt es sich um 29 bis zu 64 Reaktoren. Gleichzeitig wird in diesen Ländern besonders der deutschen Reaktorbautechnik ein hohes Leistungsniveau beigemessen. Wenn nicht Siemens/KWU, wer sonst sollte diese Aufgabe leisten können? Eventuell noch die Franzosen. So ist denn besonders Siemens/KWU praktisch über Nacht unter gewissen Leistungsdruck geraten. An den Reaktoren in Greifswald und Stendal kann man jetzt seine Leistungsfähigkeit beweisen und zeigen, daß man sogar entsprechend den deutschen Sicherheitsnormen solche Schrottreaktoren nachrüsten kann. Gelingt dieses, hat man die Aufträge praktisch schon in der Tasche und es winkt mit Sicherheit ein lukratives Nachrüstgeschäft. Gelingt es nicht, dann wäre vermutlich das Geschäft futsch, aber auch die Anti-Atombewegung in diesen Ländern würde noch mehr an Stärke gewinnen. Insofern stellt sich die Nachrüstung der DDR-Reaktoren als Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen dar. Atomminister Töpfer hat das Problem natürlich schon längst erkannt, wenn er auf der bereits oben zitierten Pressekonferenz vom 11.9. abschließend feststellt: "Zahlreiche andere Kernkraftwerke in osteuropäischen Staaten sind vom gleichen Typ wie die Kernkraftwerke in der DDR. Auch dort finden Überprüfungen statt und sind Verbesserungen geplant. Unsere Ergebnisse und Vorgehensweisen sind zwar nicht in jedem Fall unmittelbar übertragbar. Der Bundesumweltminister stellt aber sicher, daß alle erzielten Ergebnisse und Schlußfolgerungen auch den anderen Staaten zur Verfügung stehen und mit diesen erörtert werden können. Er hat gleichzeitig Initiativen bei der Internationalen Atomenergieagentur und bei der europäischen Gemeinschaft in enger Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich ergriffen, damit die weiter erforderlichen Schritte möglichst breit getragen und abgesichert werden." Die deutsche Atomindustrie braucht sich also keine Sorgen zu machen, daß Töpfer sie möglicherweise hängen läßt oder sogar ihre Interessen verrät. Nein er fädelt auf der politischen Ebene die entsprechenden Maßnahmen ein, damit doch ein lukratives Geschäft draus werden möge. Und die Franzosen werden auf dem direktem Wege eingebunden, so kann man sich den Kuchen teilen und braucht nicht in lästige Konkurrenz zu einander treten. Der Batzen ist groß genug, sodaß Siemens/KWU und Framatome ihn sich teilen können. Man sieht, die deutsch-französische Nuklearkooperation klappt hervorragend. Frankreichs Staatspräsident Mitterrand hat denn auch Mitte September bei seinem Staatsbesuch in der CSFR bereits mit der dortigen Regierung über die Nachrüstung der CSFR-Reaktoren verhandelt.

Was liegt an?

Will man verhindern, daß die DDR-Atomanlagen das Einfallstor für eine Renaissance der Atomenergienutzung nicht nur in Deutschland, sondern möglicherweise in ganz Europa werden, dann muß sich die Anti-Atombewegung, aber auch alle anderen atomkritischen Gruppen und Menschen schleunigst etwas einfallen lassen. Sollte es gelingen diese Anlagen zu Fall zu bringen, dann erweist man nicht nur sich selbst einen Gefallen, sondern übt auch Solidarität mit dem Widerstand in den osteuropäischen Staaten. Die Vereitelung aller weiteren Planungen der Atomlobby bzgl. der DDR-Atomanlagen könnte ein wichtiges und nicht unerhebliches Signal für die weitere Geschichte der Atomenergienutzung setzen. Denn auch das dürfte absehbar sein, solange diese Anlagen nicht endgültig vom Tisch sind, wird sich die öffentliche Diskussion im Wesentlichen auf den Werdegang der DDR-Anlagen beziehen und die Probleme der BRD-Anlagen verlieren sich aus dem Blickfeld öffentlicher Wahrnehmung. Die Erfahrungen dieses Jahres sprechen ganz für diese Annahme. Darüberhinaus dürfte auch die Beendigung aller atomtechnologischen Optionen und Winkelzüge der Atomlobby im Bereich der ehemaligen DDR neue Kraft für die Auseinandersetzung mit den Anlagen im Westteil dieser Republik geben. Damit es dazu kommt, sind sicherlich alle politischen, aktionistischen und juristischen Möglichkeiten auszuloten. So dringend es notwendig ist, sich von westlicher Seite dem Problem der DDR-Atomanlagen zu widmen, sollten doch die spezifischen Situationen in der DDR und die Sensibilität im Umgang miteinander nicht überrollt werden. Ost und West haben nun einmal einige Jahre eine unterschiedliche Lebenssituation durchlaufen, die sich nicht über Nacht nivellieren läßt, aber diese Unterschiede können auch produktiv sein. Andererseits ist es allerdings auch Fakt, daß die DDR-Anlagen nun seit dem 3.10. auch "unser" aller Anlagen sind, egal wie man nun zum "Einig Vaterland" steht. Was nun für die Wessis gilt, gilt genauso für die Ossis.

Heinz Laing
Mitarbeiter, die Grünen im Bundestag

STROM-VERTRAG DDR

Die Raubritter ziehen gen Osten

Der Ausgangspunkt

Die DDR Energieversorgung ist uneffektiv. Sie zeichnet sich aus durch hohen pro Kopf Primärenergieverbrauch, uneffiziente Kraftwerke, 80% Braunkohleanteil, fehlende Wärmedämmung in Häusern, Heizung nach dem Prinzip "Mach auf das Fenster". Organisatorisch ist die Energieversorgung strukturiert durch 15 regionale VEB-Energie, 3 große VEB für Großkraftwerke, Verbundnetz und Atomkraftwerke.

Insgesamt zwar eine im Vergleich zur BRD uneffiziente Energiebilanz, die aber gerade wegen der gesamten maroden Struktur die Chance für eine neue, dezentrale und ökologisch orientierte Energieversorgung geboten hätte. Seit Anfang des Jahres wurden, soweit es möglich war, aufgrund der zum Teil unvollständigen Datenlage, Studien für eine dezentrale und effiziente Energieversorgungsstruktur erstellt. Besonders viele Kommunen zeigten großes Interesse und waren willens die Energieversorgung in die eigenen Hände zu nehmen. Rekommunalisierung, wovon im Westen seit Jahren gesprochen wird, aber wegen des Energiewirtschaftsgesetzes nur teilweise umgesetzt werden kann, war greifbar nahe und damit - ausgehend von der DDR - die Chance für eine neue, dezentrale, effiziente und ressourcenschonende Energieversorgungsstruktur für Gesamtdeutschland ein Stück näher gerückt.

Rechtlich wurden in der DDR im Laufe des Jahres die gesetzlichen Grundlagen für die Realisierung einer Rekommunalisierung geschaffen, sowohl bezüglich der Kompetenzen als auch bzgl. der Eigentumsrechte der Kommunen im Bereich der Energieversorgung.

- Seit dem 17. Mai 1990 gilt in der DDR die Kommunalverfassung, daß der kommunalen Selbstverwaltung weitgehende Rechte einräumt. Bzgl. der Energieversorgung heißt es u.a.: § 2, Abs. 2 "Zu den Selbstverwaltungsaufgaben gehören vor allem die harmonische Gestaltung der Gemeindeentwicklung einschließlich der Standortentscheidung unter Beachtung der Umweltverträglichkeit und des Denkmalschutzes, die Bauleitplanung, die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe, die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs, die Versorgung mit Energie und Wasser, die schadlose Abwasserableitung und behandlung sowie...." Damit ist die Energieversorgung als kommunale Aufgabe definiert. Nach § 60 des Kommunalverfassungsgesetzes darf die Gemeinde "Verträge über die Lieferung von Energie in das Gemeindegebiet sowie Konzessionsverträge, durch die sie einem Energieversorgungsunternehmen die Benutzung von Eigentum der Gemeinde... überläßt, nur abschließen, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht gefährdet wird und die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohner gewahrt sind. Hierüber soll der Gemeindevertretung vor der Beschlußfassung das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen vorgelegt werden."
- In der Kommunalverfassung ist ausdrücklich festgehalten, daß die Kommune zur Durchführung ihrer Aufgaben wirtschaftliche Unternehmen gründen kann. Die Gründung von kommunale Energieversorgungsunternehmen ist ausdrücklich gewünscht. Wurde über die Kommunalverfassung den Kommunen eine hohe Selbstverwaltungsgarantie zugestanden und damit eine konsequente Lehre aus der 40jährigen zentralstaatlichen Verwaltung und Bevormundung gezogen, ergänzt das Kommunalvermögensgesetz vom 6.7.90 diese Aufgaben auf materieller Ebene. Demnach wird in § 1 geregelt, daß volkseigenes Vermögen, das kommunale Aufgaben und Dienstleistungen dient, den Gemeinden kostenlos übertragen werden soll. § 2 des Kommunalvermögensgesetzes regelt: "In das Vermögen der Gemeinde und Städte gehen über a) alle volkseigenen Betriebe, Einrichtungen und Anlagen, die zur Erfüllung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben gemäß § 2 des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR benötigt werden, unabhängig von ihrer bisherigen Unterstellung..."

Mit diesen beiden Gesetzen (Kommunalverfassungsgesetz und Kommunalvermögensgesetz) wurden die Ansätze, Überlegungen und Konzepte für eine rekommunalisierte Energieversorgung auf dem Gebiet der DDR rechtlich umgesetzt. Im Laufe des Sommers wurde von Seiten westlicher Fachleute wie z.B. des Ökoinstitutes Freiburg, aber auch der Vereinigung kommunaler Unternehmen (VKU), wo alle Stadtwerke etc. vereinigt sind, tatkräftige Aufklärungs und Unterstützungsarbeit in den DDRKommunen geleistet und Umsetzungsstrategien für eine kommunale Energieversorgung entwickelt. Die VKU bot den DDRKommunen auf dem Wege von Partnerschaften auch finanzielle Unterstützung an, da die DDRKommunen praktisch mit leeren Taschen an die Arbeit gehen müssen. Ca. 5 Milliarden DM waren bis zum Juli als Kredite etc. zugesagt. Viele DDRKommunen stellten gemäß dem Treuhandgesetz und auf Grundlage des Kommunalvermögensgesetz bei der Treuhand, die seit Mai 1990 unter Leitung westdeutscher Manager, das gesamte DDR-Volksvermögen verwaltet, Anträge auf Übereignung des ihnen per Gesetz zustehenden Vermögens, wie eben auch der entsprechenden Energieversorgungseinrichtungen. Die Anträge wurden allerdings von der Treuhand nicht bearbeitet, sondern verschleppt. Allerdings nicht wegen Überarbeitung, sondern aus politisch, taktischen Gründen.

Die westdeutschen Strommonopole machen ihre eigene Politik

Nun ist der gesamte sogenannte Einigungsprozess nichts anderes als eine Vereinnahmung der DDR gewesen. Die westdeutschen EVU's haben allerdings mit dem Stromvertrag das Ganze auf die Spitze getrieben und sich skrupellos mit tatkräftiger Unterstützung von Ost und Westpolitikern und der CDU/FDP DDRVolksvermögen

STROM - VERTRAG DDR

Die Raubritter ziehen gen Osten

angeeignet. Die Raubritter des Mittelalters würden sicherlich den Hut ziehen und "Donnerwetter" sagen. Gemeinhin würde man ja annehmen, daß die EVU's mit viel Geld ihren Coup landen konnten. Aber nicht einmal das ist der Fall. Was an Geldern fließen wird, ist für die in Geld schwimmenden westlichen EVU's nicht mehr als ein kleines Taschengeld. Ca. 2 Milliarden vertraglich zugesagter Investitionen. Das war es. Die Übernahmekosten für Verbundnetze und Kraftwerke werden erst nach dreimal bereinigten Bilanzen festgelegt. Und wie die Rechnung aussehen wird, kann man heute schon ahnen. Das den Kommunen und der DDRBevölkerung zustehende Vermögen eignen sich die West Monopole für eine Appel und ein Ei an. Ein klassischer Raub, der mit Hilfe bestimmter Leute in der de Meziere-Regierung, der Bundesregierung, des Kartellamtes und der Treuhand möglich wurde.

Auf DDR-Seite hat sich besonders das Ministerium für Energie und insbesondere der Staatssekretär Uwe Bautz als Hauptdrahtzieher hervorgetan. Die weitere Karriere dieses Typen wird sehr wahrscheinlich in irgendwelchen Chefetagen der EVU's sich fortsetzen. Bereits im Frühsommer munkelte man, daß die drei großen EVU's PreussenElektra, RWE und Bayernwerk wegen der Übernahme der gesamten DDR-Energiewirtschaft verhandeln würden. Als dann Ende Juni Auszüge aus dem Vertragsentwurf des Stromvertrages öffentlich wurden, gab es allerseits helle Aufregung. Bundestag und Volkskammer wiesen diesen Vertrag als Diktat zurück. Der 1. Entwurf beinhaltete, daß sich die Drei den gesamten Kuchen allein teilen und vom Staat sogar noch den Ausgleich für mögliche Verluste festgeschrieben haben wollten. Es kam zunächst nicht zur Vertragsunterzeichnung und die EVU's versprachen Besserung und signalisierten Bereitschaft zu Nachverhandlungen.

Am 22.8.90 ist dann alles Paletti. Das Kartellamt hat keine Bedenken mehr. Diese Meldung ist noch keine 3 Stunden über den Ticker gelaufen, da haben DDR-Regierung, Treuhand und EVU's den Stromvertrag unterzeichnet.

Das Ergebnis:

RWE, PreussenElektra, Bayernwerke bekommen 75% Kapitalanteil des DDR-Verbundnetzes. 75% Kapitalanteil an allen großen Kraftwerken. Ferner teilen sich die Drei 11 der bisherigen regionalen EVU's mit einem 51 prozentigen Mindestkapitalanteil untereinander auf und haben damit 60% des DDR Strommarktes in ihrer Hand. (PreussenElektra erhält die Bezirke Rostock, Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Potsdam und Magdeburg. RWE erhält die Bezirke Sachsen mit Ausnahme von Dresden. Bayernwerk erhält Thüringen)

Die restlichen 40% teilen sich die anderen EVU's aus der BRD auf. (Das sind die Bezirke Halle, Dresden, Schwerin und Ostberlin).

Die Überlassung dieser 4 Bezirke an andere EVU's war auch das einzige Zugeständnis der Drei im Vergleich zum 1. Entwurf vom Juni 90. Aber immerhin reichte dieses, um die Zustimmung des Kartellamtes zu erhalten, weil jetzt das Kartellamt der Ansicht ist: " die wettbewerblichen Schäden des ursprünglichen Konzeptes würden so gering wie möglich gehalten".

Mit dem Stromvertrag haben sich die Drei den größten Batzen der regionalen Energieversorgung gesichert, sie haben eine Rekommunalisierung verhindert und vor allem sich des gesamten Verbundnetzes bemächtigt. Über die zum Teil bereits gebauten bzw. bis zum Ende 91 geplanten Trassen im Norden, in der Mitte und im Süden wird die DDR voll an das bundesrepublikanische Stromnetz angeschlossen und dann kann der überschüssige Atomstrom der Drei munter vom Westen gen Osten fließen. Damit dieses in die Tat umgesetzt werden kann, hat man sich per Stromvertrag auch die entsprechende Abnahmepflicht für diesen Strom sichern lassen. Die regionalen EVU's werden verpflichtet mit einer Laufzeit von 20 Jahren 70% ihres Strombedarfs aus dem Verbundnetz zubeziehen. Ferner eine Befreiung von den Altlasten und die Pflicht der Kommunen zum Abschluß von Konzessionsverträgen mit 20-jähriger Laufzeit. Genauso einen Finanzausgleich vom Staat, solange die Profite noch nicht das Niveau der BRD erreicht haben. Und weil die mehrheitliche Kapitalbeteiligung der westlichen EVU's an dem Verbundnetz und allen bisherigen DDR-EVU's natürlich gegen die DDR-Kommunalverfassung und das Kommunalvermögensgesetz verstößt, hat man sich auch hier abgesichert. Da die EVU's erst zum 1.1.91 die DDR Anlagen kapital- und wirtschaftsmäßig übernehmen, agieren sie bis dahin als sogenannte Geschäftsbesorgungsgesellschaft. Damit Treuhand, Regierung etc. in der Zwischenzeit keine "Dummheiten" machen, gibt es auch dafür eine vertragliche Absicherung.

Einige Paragraphen aus dem Stromvertrag zwischen DDR, Treuhand und RWE, PreussenElektra und Bayernwerke:

"§ 7: Sicherstellung der Druchführung

1. Die DDR stellt entweder selbst oder über die Treuhand sicher, daß die Geschäftsbesorgungsgesellschaft bei der Durchführung der ihr abliegenden Aufgabe nicht behindert wird und daß die DDR-EVU die von der Geschäftsbesorgungsgesellschaft vorgeschlagenen Maßnahmen und Entscheidungen durchführen. Zu diesem Zweck wird die DDR ihre Befugnisse im Hinblick auf die DDR-EVU im Einvernehmen mit der Geschäftsbesorgungsgesellschaft ausüben.
2. Bei Maßnahmen und Entscheidungen der DDREVU, zu denen eine Zustimmung der Treuhandanstalt erforderlich ist, wird diese für das vorherige Einvernehmen mit der Geschäftsbesorgungsgesellschaft sorgen.

§ 9: Umweltaltlasten

Nach Maßgabe des Umweltrahmengesetzes werden Anträge auf Freistellung von Umweltaltlasten bei den zuständigen Behörden gestellt. Über die Anträge wird nach den gleichen Kriterien wie über die Anträge sonstiger fortzuführender Industriebetriebe kurzfristig entschieden.

§ 12:Sonstige Vereinbarungen

1. Die Partner gehen davon aus, daß für Preisstellung und Wettbewerb die in der Bundesrepublik geltenden Rechtsvorschriften Anwendung finden. Soweit und solange diese Rechtsvorschriften zu Lasten der DDR-EVU nicht oder nur eingeschränkt anwendbar sind, wird die DDR einen entsprechenden Ausgleich an die DDREVU leisten.
4. Die DDR wird dafür sorgen, daß die regionalen DDR-EVU mit der Verbundnetz AG Stromlieferungsverträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren über 70% ihres jeweiligen Strombedarfs abschließen. Vergleichbare regionale EVU werden in den wirtschaftlichen Bedingungen gleich behandelt.
6. Die DDR wird soweit rechtlich möglich dafür sorgen, daß die DDR-EVU die in ihren gegenwärtigen Verantwortungsbereichen befindlichen Energieversorgungsanlagen dauerhaft zu Eigentum erhalten.
7. Die DDR wird, soweit ihr das rechtlich möglich ist, dafür sorgen, daß der Bestand an Rechten der DDREVU zur Mit benutzung fremder Grundstücke für Energieverteilungsanlagen (Energiefortleitungsanlagen) auf Dauer unverändert erhalten bleibt. Dasselbe gilt für die Rechte zur Beschränkung der Nutzung fremder Grundstücke.
8. Die Partner sind sich einig, daß die DDR-EVU nicht mit den Risiken aus Altlasten vorgelagerten Marktstufen, insbesondere der Braunkohle-Tagebaue, belastet werden.

§ 15:Entflechtung

Nach Abschluß der Sanierungsphase, frühestens 20 Jahre nach Wirksamwerden dieses Vertrages, wird geprüft, wie wirtschaftlich und technisch sinnvoll auf der Verbundebene entflochten werden kann."

Neben diesem Vertrag, werden in einem weiteren Vertrag die spezifischen Regelungen für die Übernahme der regionalen DDR-EVU's festgeschrieben. Diese Verträge sind mit dem Ersten weitestgehend identisch, stellen aber u.a. insbesondere auf eine Einschränkung der kommunalen Rechte ab.

"§ 12 Sonstige Vereinbarungen (aus RWE-Vertrag mit DDR)

5. Die DDR wird, soweit rechtlich möglich, dafür sorgen, daß die kommunalen EVU mit dem jeweiligen regionalen DDR-EVU Bedarfdeckungsverträge mit einer Laufzeit von 20 Jahre abschließen, soweit sie ihren Strombedarf nicht durch Eigenerzeugungsanlagen decken, über die sie zum Zeitpunkt des Abschlusses die-

ses Vertrages verfügen, und soweit nicht Energieerzeugungsmöglichkeiten aufgrund regenerativer Energiequellen oder durch wärmegeführte Heizkraftwerke geschaffen werden.
6. Die DDR wird darauf hinwirken, daß das regionale DDR-EVU die in seinem gegenwärtigen Verantwortungsbereich befindlichen Energieversorgungsanlagen dauerhaft zu Eigentum erhält, die Kommunen nach dem Kommunalvermögensgesetz nur Geschäftsanteile an dem regionalen DDR-EVU erhalten und dadurch das Recht des westdeutschen EVU nach § 11 Abs. 1 nicht beeinträchtigt wird, sowie das Vermögen des regionalen DDR-EVU durch sonstige Herausgabe oder Entschädigungsansprüche um nicht mehr als 10% vermindert wird." Falls dieses nicht erreicht wird, ist das westdeutsche EVU berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten.

Die führnehme Zurückhaltung bei den DDR-Atomkraftwerken

So skrupellos fordernd und diktatorisch die EVU's im Stromvertrag bzgl. des gesamten Energiemarktes der DDR sind, so zurückhaltend gebährden sie sich bzgl. der DDR-Reaktoren. Wohlwissend, daß es sich um Schrottreaktoren handelt und eine Genehmigung trotz Nachrüstung z. Zt. nicht als 100 %ig gesichert angenommen werden kann, auch durch die Bestandsgarantie des neuen § 57a Atomgesetz nicht. So sollen denn auch die Blöcke 14 in Greifswald in eine eigene Kapitalgesellschaft überführt werden, woran sich kein DDREVU beteiligen darf, welches von westdeutschen EVU's übernommen wird. Bezgl. der Blöcke 58 in Greifswald und Stendal I und II werden die EVU's zunächst nur eine beratendes Management übernehmen, um erst einmal die prinzipiellen Fragen der "Genehmigungsfähigkeit, der Genehmigungsverfahren, der Wirtschaftlichkeitsberechnung" zu klären. Das heißt also keine grundsätzliche Abneigung, aber Vorsicht und vor allem Abwälzung der atomaren Altlast auf den Staat. Zuschlagen will man allerdings spätestens dann, wenn " für einzelne Objekte eine vollziehbare Dauerbetriebsgenehmigung nach Atomgesetz" vorliegt. " Bei der Preisfindung für das zu übernehmende Objekt werden die Partner sicherstellen, daß ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist." (§ 2,2 a und b des Stromvertrages)
Wunschdenken der EVU's ist also, daß der Staat dem gehören seit dem 3.10. die Reaktoren ihnen ein schlüsselfertiges AKW hinstellt. Man darf gespannt sein, ob Finanzminister Waigel als Besitzer oder Töpfer als Reaktorminister demnächst als Baustellenleiter in Stendal und Greifswald rumturnen.

Die Beteiligung der EDF und der europäische Strommarkt

Laut Vertrag können sich westeuropäische EVU's bis zu maximal 15% am DDR-Verbundnetz und den überregionalen EVU's (Großkraftwerke) beteiligen. Das Angebot richtet sich ausdrücklich an die französische EDF. Bedingung ist allerdings, daß den westdeutschen EVU's im Gegenzug eine Beteiligung an der EDF ermöglicht wird. (§ 12,12 des Stromvertrages) Ein geschickter Schachzug. Zum einen steckt dahinter der Versuch möglichen Einwänden der EG, daß der Stromvertrag den freien Markt in der EG behindere, von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zum anderen und das scheint viel wichtiger, soll die EDF mit diesem Angebot in die eigenen Pläne und Expansionsbestrebungen integriert werden. Die EDF nicht mehr als Konkurrent, sondern als Partner bei der Eroberung des Strommarktes in Europa. Die deutschen EVU's wahren dabei ihre Vormachtposition und gewinnen möglicherweise im Gegenzug direkten Einfluß auf die Politik der EDF, wenn sie sich auf diesen Handel einlassen sollte. Es ist seit längerem zu beobachten, daß die deutschen EVU's heute die EDF nicht mehr als Konkurrenten nehmen, sondern durch gezielte Zusammenarbeitsangebote mit Ihnen gemeinsame Sache machen. Bei der Verabschiedung der EG-Strom-Transitrichtlinie im Frühsommer wurde dieses deutlich. Die EVU's gaben ihren Widerstand gegen diese Richtlinie, die die Möglichkeit der Stromlieferung über das Netz Dritter in ein anderes Verbundnetz erlaubt, auf, nachdem die EDF von ihrem Bestreben nach einem Common Carrier System Abstand nahm. (Common Carrier = Stromlieferungen z.B. der EDF an Großkunden wie Bayer Leverkusen wären über das Netz der RWE möglich und nicht zu verhindern)

STROM - VERTRAG DDR

Die Raubritter ziehen gen Osten

Ähnlich wie in anderen Bereichen, (WAA, Reaktorenentwicklung, Sicherheitsstandards, Nachrüstgeschäfte etc.) die deutschfranzösische Zusammenarbeit funktioniert, wird siejetzt auch auf dem Stromabsatzmarkt verbessert. So sichern sich beide gemeinsam die absolute Vorherrschaft auf dem Stromsektor in der EG. Aber nicht nur das und das ist die zweite Botschaft: Mit der totalen Vereinnahmung der DDR-Energiewirtschaft haben sich die EVU's auch das Sprungbrett für den Energie und Strommarkt in Osteuropa gesichert. Bisher ist das DDR-Stromnetz noch mit dem RGW-Netz verbunden. Von daher bestehen auch die vertraglichen und technischen Möglichkeiten diese bisherigen Beziehungen unter der Federführung von RWE, Preussen-Elektra und Bayernwerk nicht nur zu übernehmen, sondern auf Dauer auszubauen. Wie sagte doch Hermann Krämer, Chef der Preussen-Elektra in einem Interview der "Siegtech": " Mit dem deutschdeutschen Stromvertrag wird Europa auch stromwirtschaftlich noch mal ein Stück kleiner. Transeuropäischer Stromaustausch ist für mich in der Zukunft keine Utopie mehr."

Die Politik: In gehorsamster Pflichterfüllung

Man kommt nicht umhin festzustellen, daß die Strommonopole " ihre Jungs" in der Regierung und den Parteien im Osten wie im Westen fest im Griff haben. Substanzielle Forderungen wurden, wie von den EVU's verlangt, über den Einigungsvertrag rechtlich abgesichert. Die 1. Fassung des Einigungsvertrages sah eine Änderung der DDR-Kommunalverfassung vor. Demnach hätten die Kommunen keine Möglichkeit mehr zum Aufbau selbstständiger Energiebetriebe gehabt. Nach heftigem Protest aus den Ländern, den Kommunen und auch von Teilen der Regierungsparteien, stellte selbst Kanzler Kohl fest, daß die DDR durch den Stromvertrag über den Tisch gezogen wird und deshalb nachgebessert werden müsse. Gesagt, getan und diese Nachbesserung war gründlich. Die Kommunalverfassung blieb unangetastet. Dafür wurde das Kommunalvermögensgesetz so gründlich und wesentlich geändert, daß die EVU's ihre Wünsche erfüllt bekommen, die Kommunen aber enteignet werden.

Per Einigungsvertrag wurde das Kommunalvermögensgesetz mit folgenden Passagen bereichert:
" a: Den Gemeinden, Städten und Landkreisen ist nur das ihren Verwaltungsaufgaben unmittelbar dienende Vermögen (Verwaltungsvermögen) und das sonstige Vermögen (Finanzvermögen) in Übereinstimmung mit Art. 10 Abs. 6 und Art. 26 Abs. 4 des Vertrages vom 18.Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs Wirtschafts und Sozialunion sowie den Artikeln 21 und 22 des Vertrages zu übertragen.
b: In § 4 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt: Soweit die Summe der Beteiligungen der Gemeinde, Städte und Landkreise 49 vom Hundert des Kapitals einer Kapitalgesellschaft für die Versorgung mit leitungsgebundenen Energien überschreiten würde, werden diese Beteiligungen anteilig auf diesen Anteil gekürzt."
Mit diesen Bestimmungen wird ausgeschlossen, daß die Gemeinden und Städte Energieversorgungsunternehmen übernehmen können (Ziffer a), da diese nicht mehr zum unmittelbaren Verwaltungs oder Finanzvermögen gehören und daß sich Ge meinden beherrschend an einem Energieversorgungsunternehme beteiligen können. Der Aufbau von eigenen Energieversorgungunternehmen, wo die Gemeinden die Kapitalherrschaft halten ist damit nicht mehr möglich.

Um die EVU's in ihrem Machtstreben nun auch vollends zu befriedigen, wurde weiter im Einigungsvertrag festgeschrieben, daß die EVU's bis zum 31.12.2010 alle Nutzungsrechte an den entsprechenden Gebäuden, Grundstücken und Leitungsnetzen uneingeschränkt erhalten. Die Kommunen werden gezwungen bis zum

STROM - VERTRAG DDR

Die Raubritter ziehen gen Osten

31.12.91 Konsessionsverträge abzuschließen.
Mit der Zustimmung zum Einigungsvertrag am 20.9.90 durch SPD, CDU, FDP ist Ost und West und mit den Stimmen aller Bundesländer im Bundesrat am 21.9.90 wurde der Raubzug der EVU's besiegelt. Die Politiker haben einmal mehr gehorsamst die Aufträge des Kapitals gewissenhaft ausgeführt

Ausblicke

Zunächst scheint es so, daß die EVU's einmal mehr eine wichtige Entscheidung für sich haben verbuchen können. Die VKU und insbesondere einige DDRKommunen, wie z.B. Rostock haben eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt. Schließlich wird über den Stromvertrag und die Änderung des Kommunalvermögensgesetzes die fortgeltende Kommunalverfassung der DDR materiell unterlaufen. Damit bleibt nach einer verlorenen politischen Schlacht der gerichtliche Instanzenweg als Bewegungsspielraum. Es wäre allerdings fatal sich mit dieser Ebene zu begnügen und jetzt die politische Auseinandersetzung resignierend aufzugeben. Wo könnten also Ansätze für eine politische aber auch aktionsorientierte Auseinandersetzung liegen?

- Die Kommunen müssen durch sachliche und fachliche Beratung und Konzepte in den Stand versetzt werden, daß eine kommunale Energiewirtschaft ökonomisch, materiell und ökologisch geboten ist.
- Die Kommunen müssen in der Frage des Abschlußes von Konsessionsverträgen beraten werden und überlegen, ob sie solche Verträge nicht verweigern können und damit eigenen Spielraum zurückgewinnen.
- Bei der Planung neuer und Restaurierung alter Kraftwerke in der DDR haben die Kommunen planerisch und genehmigungstechnisc Einflußmöglichkeiten. Über aktive Unterstützung von BI 's und Gruppen vor Ort müssen Konzepte einer dezentralen Energieversorgungsstruktur politisch gestützt werden.
- Noch sind die Stromtrassen von der BRD in die DDR nicht gebaut (mit Ausnahme der Trasse Helmstedt bis Wolmierstedt bei Magdeburg), auch hier sollten Betätigungsmöglichkeiten bestehen.
- Eines dürfte auf Grund der DDR-Erfahrungen und dem Raubzug der West-EVU's nun endgültig klar sein:
  Auf die politische Tagesordnung gehört die Forderung:

Enteignet die Strommonopole!

Heinz Laing
Mitarbeiter Die Grünen im Bundestag

Der 14.Taschen-KalendA der autonomen Anti-AKW-Bewegung ist da!
Themen: Texte und Infos aus der Anti-Atom- und autonomen Szene, Adressen, und und und...
228 Seiten, schwarz-rotes Cover,
Einzelpreis: 9 DM plus 2 DM Porto gegen Vorkasse, WiederverkäuferInnen erhalten 30 - 50 % Rabatt.
Der Atomkraft NEIN!-Kalender 91 kann bestellt werden bei: Umwälzzentrum, Scharnhorststr.57, D-4400 Münster.
Der Gewinn fließt in den Widerstand gegen Atomanlagen.

"...wir fordern jeden Wehrpflichtigen auf, den Kriegsdienst total zu verweigern!"

ENDLICH DA!!

Stellungnahme der totalen Kriegsdienstverweigerer in der BRD zur aktuellen Diskussion um eine Entmilitarisierung

Inhalt: Grundsätzliche Fragen, Zur Frage der Kriminalisierung, Aktuelle Fragen, Was können wir tun?, Die "Deutsche Frage", Schlußfolgerungen, 12 S., gegen Rückporto (1,-) erhältlich bei:
Koordinationsausschuß totaler Kriegsdienstverweigerer (BRD)
Christian Herz
Birkenstraße 12
1000 Berlin 21
Tel.: 030/3942662

Warum brauchen die Städte und Gemeinden der DDR eine kommunale Energieversorgung?

Den folgenden Artikel haben wir einer Studie des Öko-Instituts/Ufu entnommen. Darin sollen die wesentlichen Gründe dargestellt werden, weshalb die Städte und Gemeinden der DDR ihre Energieversorgung nicht den überregionalen Energieversorgern bzw. den regionalen Energiekombinaten überlassen dürfen. Der Text mag u.a. den AKW-Gegnerinnen in der DDR als Argumentationshilfe dienen.

1. Zur Situation

Die Energiewirtschaft der DDR ist im Umbruch:

- bundesdeutsche Unternehmen kaufen sich über Beteiligungen und Joint-venture in den Energiesektor der DDR ein.
- Bayernwerk und PreussenElektra planen den Bau von vier Hochspannungstrassen, die bereits im Winter 1992/93 fertiggestellt sein sollen. Eine Leitung soll von Bayern nach Sachsen, eine weitere von Hessen nach Thüringen und die dritte nach Wolmirstedt führen.

Die Stromtrassen sollen nach Angaben der Energieversorgungsunternehmen für eine Übergangszeit zur Stromlieferung bzw. zur Bereithaltung von Reserveleistung in die DDR dienen, und die Integration der DDR in das westeuropäische Verbundnetz ermöglichen. Daß damit gleichzeitig die Infrastruktur für den Zubau von Großkernkraftwerken - zwei Atomkraftwerke sind in der Diskussion - geschaffen wird, wird der Öffentlichkeit allerdings nicht mitgeteilt.

- Bayernwerk und PreussenElektra trafen Vereinbarungen über eine verstärkte Zusammenarbeit mit den vier übergeordneten Energiekombinaten Kernkraftwerke "Bruno Leuschner", Braunkohlekraftwerke, Verbundnetze Energie und dem Kombinat Kraftwerksanlagenbau sowie mit der Intrac Handelsgesellschaft. Diese Unternehmen sollen in Kürze gemeinsame Gesellschaften gründen, wobei unter anderem der Bau von zwei Steinkohl-Kraftwerksblöcken (mit Wärmeauskopplung im beschränkten Umfang) sowie eines Pumpspeicher-Kraftwerks in Thüringen vorgesehen ist.
- Der VEB Verbundnetz Gas Böhlitz/Ehrenberg in Leipzig gründete Ende April zusammen mit der Ruhrgas AG Essen das Gemeinschaftsunternehmen "Erdgasversorgung GmbH". Gleichzeitig wurde die Lieferung von 2 Milliarden Kubikmeter Erdgas vereinbart. (Berliner Zeitung, 26.4.90).
- Energiekombinate der Bezirksebene versuchen mit den Städten Konzessionsverträge abzuschließen. So hat z.B. das VEB Energiekombinat Leipzig der Stadt Leipzig einen Konzessionsvertrag angeboten. Darin sollte die Stadt vertraglich verpflichtet werden, die Versorgung der Stadt für Strom, Gas und Wärme bis zum Jahr 2040 (!) ausschließlich dem Energiekombinat Leipzig zu überlassen.

Parallel dazu plant das Energiekombinat ein Joint-venture mit dem RWE. In der Absichtserklärung werden als gemeinsame Aktivitäten die Versorgung Leipzigs durch unterausgelastete Kraftwerke der RWE sowie der Bau von Gemeinschaftskraftwerken genannt (taz, 11.4.1990).
In Dresden hat die Stadt einen Konzessionsvertrag des Energiekombinats Dresden abgelehnt.
Die Konsequenzen dieser Kooperationsprojekte scheinen auf den ersten Blick nur Vorteile für die ökologische Situation der DDR zu haben: Die bundesdeutschen Unternehmen bringen Kapital für den Aufbau neuer Kraftanlagen und Netze mit in die Kooperationsgeschäfte mit ein. Durch die Substitution von Strom aus Braunkohlekraftwerken durch Strom aus bundesdeutschen Kraftwerken nehmen die Emissionen ab.
Bei genauer Betrachtung erweist sich diese Entwicklung jedoch als sehr problematisch und unter ökologischen Gesichtspunkten als unerwünscht.
Das neue Stromversorgungssystem der DDR wird damit - wie in der Bundesrepublik - in Zukunft nahezu ausschließlich auf Kondensationskraftwerken erzeugten Strom ausgerichtet sein. Zudem wird sich die Zielsetzung der großen Versorgungsunternehmen - wie in der Bundesrepublik zu beobachten - auf die Bereitstellung der Energieträger und auf die Absatzsteigerung konzentrieren.
Die Folgen:

- hohe spezifische CO^2-Emissionen pro erzeugte kWh
- inhärenter Zwang zum Wegkonkurrieren der Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung
- eine gezielte Preispolitik, um die Stromeinsparung zu behindern sowie die Stromeigenerzeugung (z.B. in Industriebetrieben oder in den Kommunen) zu unterbinden.

2. Aufbau einer kommunalen Energieversorgung statt Ausbau der Großkraftwerksstrukturen

Eine Geschäftspraxis der EVU, die auf Absatzsteigerung und Erzielung hoher Profite ausgerichtet ist, können wir uns heute jedoch nicht mehr leisten. Die weltweite Klimaveränderung zwingt zum schnellen Umdenken und Handeln. Die CO^2-Emissionen, die bei jeder Verbrennung von kohlenstoffhaltigen Brennstoffen entstehen, müssen in den Industrieländern um mehr als 50 % reduziert werden, um die Klimaveränderung in Grenzen zu halten.
Die Atomenergie kann hierzu keinen wesentlichen Beitrag leisten:

- die Atomenergie kann aus Kostengründen nur für die Stromerzeugung eingesetzt werden
- der Ausbau der Atomenergie benötigt zuviel Zeit und ist zudem ineffizient, das heißt, die Kosten pro eingespartes kg Kohlendioxid liegen im Verhältnis zu anderen Maßnahmen (z.B. rationelle Energienutzung oder Kraft-Wärmekopplung) wesentlich höher.

Entscheidend jedoch ist, daß mit dem Einsatz der Atomenergie unverantwortbare Risiken verbunden sind. So z.B. das sogenannte Restrisiko eines schweren Reaktorunfalls, das ungelöste Endlagerproblem und die Gefahr der Proliferation von spaltbarem Material. Jedes Risiko für sich genommen

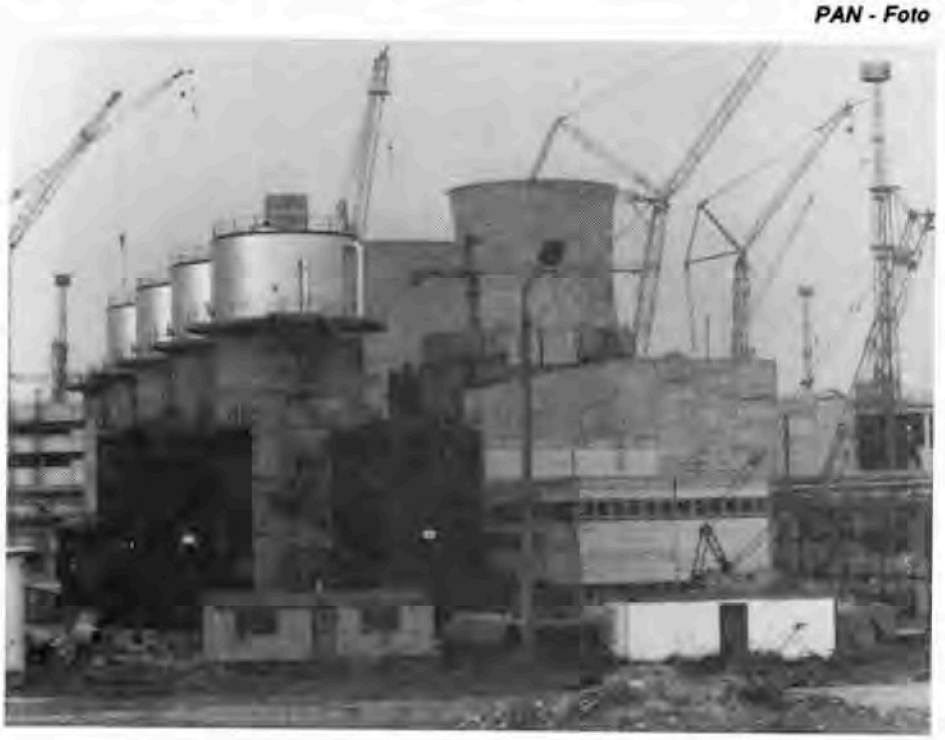
ist alleine schon unakzeptabel.
Der Schlüssel zur Lösung der Energie- und Klimaprobleme ist in der konsequenten Nutzung folgender drei Potentiale zu sehen:
- rationelle Energienutzung bei Wärme- und Stromanwendungen (Effizienzsteigerung),
- rationelle Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen,
- Nutzung regenerativer Energiequellen.

Den drei Bereichen ist gemeinsam, daß diese Energiequellen da genutzt werden müssen, wo die Energie eingesetzt und verbraucht wird, also direkt vor Ort. Rationelle Energienutzung und Umwandlung sowie die Nutzung regenerativer Energiequellen sind deswegen sozusagen "kommunale Energiequellen". Diese Energiequellen systematisch zu erschließen (zum Beispiel durch Beratungsleistungen, durch Finanzierungshilfen, durch eine entsprechende Zielvorgabe für die kommunalen EVU, durch warmmietenneutrale Wärmedämmkonzepte) ist weitgehend eine kommunale Aufgabe, denn nur im überschaubaren Gebiet einer Kommune kann ökologisch sinnvolle, klimaverträgliche und ressourcenschonende Energieversorgung geplant und umgesetzt werden.
Die Praxis zeigt, daß diese Potentiale nur dann umgesetzt werden, wenn die Kommunen oder ihre Stadtwerke diese Potentiale gezielt erschließen. So hat es sich z.B. gezeigt, daß kleine Wasserkraftwerke für Verbundunternehmen unattraktiv sind und selbst funktionierende Anlagen in der Regel dem Verfall preisgegeben wurden. Im Rahmen kommunaler Energiekonzepte werden hingegen solche Anlagen planmäßig erschlossen und reaktiviert.

3. Warum kommunale Energieversorgungsunternehmen? oder warum es keine Märkte für Energiedienstleistungen gibt!

Eine ganze Reihe von Studien belegen, daß Investitionen in Effizienzsteigerungen kosteneffektiver sowie umwelt- und ressourcenschonender sind als der weitere Ausbau des Energieangebots und daß mit der Nutzung dieser Potentiale wesentliche gesamtgesellschaftliche Gewinne erzielt werden können.
Dennoch werden diese Investitionen in effizientere Technologien nur in geringem Umfang getätigt. Große, wirtschaftlich nutzbare Potentiale der rationellen Energienutzung und -erzeugung (z.B. Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen) werden nicht ausgeschöpft, da Marktbarrieren verschiedener Art bestehen, die eine Umsetzung dieser Potentiale behindern. Alleine die wirtschaftlich nutzbaren Stromeinsparpotentiale liegen in der BRD im Haushaltsbereich bei etwa 50 %, im Gewerbe und bei der Industrie bei 20 bis 30 % des heutigen Stromverbrauchs der jeweiligen Kundengruppe, die jedoch bei den bestehenden Hemmnissen in der BRD nicht realisiert werden. Diese Marktbarrieren reichen von falschen Preissignalen (Tarifgestaltung, Einspeisebedingungen, Preise für Sondervertragskunden oder Elektroheizungen) über mangelnde Verbraucherinformation, begrenzte Verfügbarkeit von Kapital bei den Verbrauchern, bis zur Nutzer/Investor-Problematik (z.B. im Mietwohnungsbau) und zu der Disparität der Verzinsungsansprüche zwischen Versorgungsunternehmen und den Energienutzern (Industrie, Gewerbe, Haushalte).
Es seien hier nur einige konkrete Beispiele für die Wirkungsweise der Hemmnisse genannt:

PAN - Foto



- Haushaltsgeräte
Im Bereich der Haushaltsgeräte existiert ein sehr hohes Einsparpotential. Die marktbesten Geräte, die auf dem deutschen Markt sind, verbrauchen je nach Gerät 15 bis 60 % weniger Strom, als neue durchschnittliche Geräte. Dabei sind diese Geräte nur unwesentlich oder gar nicht teurer. Dennoch werden sie nur in einem geringen Umfang gekauft. Die Gründe hierfür sind im wesentlichen:
- fehlendes Energiesparbewußtsein der Verbraucher
- fehlende Marktübersicht
- mangelhafte Produktinformation
- mangelhafte Kaufberatung
- fehlendes Wissen über die Wirtschaftlichkeit von effizienten Geräten/Schwierigkeiten bei der Berechnung der Kosteneinsparung durch unübersichtliches Tarifsystem
- subjektive Präferenzen für kurze Amortisationszeiten
- Verfälschung der Wirtschaftlichkeitsrechnung durch Grundpreistarif
- Auseinanderklaffen von Käufern und Nutzern (Ausstatter für Mietwohnungen kümmern sich nicht um Energieverbrauch von Einbaugeräten; z.B. Herd, Kühlschrank)

- Mietwohnungsbau/Krankenhäuser
Für den Mietwohnungsbau besteht im Bereich der Wärmesanierung (Wärmedämmung, Heizungsanlage) keine Marktsituation, da der Investor (i.d.R. der Vermieter) nicht die Vorteile (niedrige Heizungskosten) der Investition erfährt, sondern der Mieter (Heizungskosten). Der Vermieter kann lediglich einen bestimmten Anteil der Investitionen auf die Miete aufschlagen. Bei Krankenhäusern müssen z.B. höhere Investitionskosten für die rationelle Energienutzung von dem Träger (Stadt, Land, Bund) aufgebracht werden, während die erreichbaren Kosteneinsparungen in die Pflegesätze eingehen und somit in erster Linie den Krankenversicherungen zugute kommen.

- Kommunale Kraftwärmekopplung
Die kommunale Kraftwärmekopplung, die gegenüber der Stromerzeugung in Kondensationskraftwerken wesentliche ökologische und ökonomische Vorteile besitzt, wird häufig durch restriktive Einspeisebedingungen und günstige degressive gestaltete Bezugsverträge wirtschaftlich unattraktiv gemacht, obwohl diese Anlagen bei einer "ehrlichen" Kalkulation deutlich wirtschaftliche Vorteile aufweisen.

- Anforderung an Amortisationszeit
Industriebetriebe erwarten eine kurze Amortisationszeit für ihre Investitionen. Während Industrieunternehmen eine Amortisationszeit von zwei bis drei Jahren erwarten, rechnen die Energieversorgungsunternehmen mit Amortisationszeiten von 15 bis 25 Jahren. Hierdurch wird die Abwägung zwischen Investitionen in Einspar- und Eigenerzeugungsmaßnahmen bei den Betrieben auf der einen Seite und dem Bau von Kraftwerksanlagen bei den EVU auf der anderen Seite verzerrt. Mit anderen Worten:

Maßnahmen der rationellen Energienutzung können zwar wirtschaftlich wesentlich rentabler sein als der Zubau neuer Kraftwerkskapazitäten, werden jedoch aufgrund der anderen Kalkulationsmethode (bzw. Erwartungen an die Amortisationszeit) nicht durchgeführt. Stattdessen wird die Stromerzeugung ausgebaut.

- Finanzierung von Investitionen
Während die Versorgungsunternehmen in der Regel für den Ausbau der Versorgungskapazitäten kaum Finanzierungsprobleme kennen, kann die Finanzierung für die Einsparmaßnahme ein entscheidener Engpaß sein. Der Kunde muß sich einen Überblick über den Kreditmarkt beschaffen und entsprechende Sicherheiten hinlegen können.

4. Verbraucher überfordert - Kommunale Versorgungsunternehmen müssen Unterstützung leisten

Die Instanz "Verbraucher" (Haushalte und Gewerbe) ist bei den beschriebenen Hemmnissen und den derzeitigen Rahmenbedingungen für die Realisierung der volkswirtschaftlich optimalen Kombination von Energieträgern und Nutzungstechnologien überfordert. Daher muß diese Instanz durch Information über die Produkte, durch Information über das Energiesystem, durch Beratung, Anreize und finanzielle Hilfe gestärkt werden.
Die bestehenden Barrieren, die einer Nutzung der wirtschaftlichen Energiesparpotentiale entgegenstehen, müssen durch gezielte Einspar- und Förderungsprogramme (z.B. warmmietenneutrales Wärmedämmkonzept, Marketingkonzept für effizientere Haushaltsgeräte, Finanzierungshilfen) überwunden werden.
Hierzu bedarf es allerdings der Änderung der Zielsetzung bei den Stromproduzenten und bei den kommunalen Unternehmen.

5. Kunden brauchen Energiedienstleistungen - keine Energieträger

Die Kunden der Versorungsunternehmen (Haushalte, Gewerbebetriebe, öffentliche Einrichtungen) haben im Prinzip keinen Bedarf an Energieträgern. Sie haben keinen Bedarf nach einer bestimmten Menge an kWh Strom oder Heizöl um ihrer selbst willen. Sie haben vielmehr einen Bedarf nach Energieleistungen (z.B. warme Wohnung, angenehmes Licht oder kühles Bier). Der Kauf von Energieträgern ist also nur Mittel zum Zweck. Die Energiedienstleistung selbst ergibt sich technisch immer aus einer Kombination von Umwandlungstechnologien und dem Einsatz eines Energieträgers. Das Interesse des Konsumenten ist es nun, ein "Paket" aus Umwandlungstechnologien und Energieträgern angeboten zu bekommen, bei dem die Energiedienstleistung so billig, sicher und sauber wie möglich geliefert wird.
Weiterhin sei darauf hingewiesen, daß gerade die optimale Versorgung mit Dienstleistungen im Strom- und Wärmebereich nicht für den einzelnen Kunden gelöst werden kann, sondern eine Abstimmung zwischen den einzelnen Kunden und Kundengruppen notwendig macht (z.B. Nahwärmeversorgung über ein Blockheizkraftwerk, Abwärmenutzung aus Industriebetrieben).
Wir vertreten den Ansatz, daß es Ziel und Aufgabe der Versorgungsunternehmen sein muß, die Verbraucher mit möglichst kostengünstigen und umweltschonenden Energiedienstleistungen zu versorgen. Dementsprechend müssen Aufgaben und Zielsetzung gegenüber der in der Bundesrepublik üblichen Praxis geändert werden: Die Unternehmen müssen die Gesamtoptimierung hinsichtlich Energiezuführung (Energieträger) und rationeller Energieumwandlung (z.B. Heizungssystem, effiziente Haushaltsgeräte) anstreben. Die Einsparung von Energie sollte eine zumindest gleichrangige Aufgabe neben der Versorgung einnehmen. Kommunale Energiedienstleistungsunternehmen in den Städten der DDR hätten die Chance, von Anfang sowohl Organisation der Geschäftsbereiche und die Auswahl der Mitarbeiter im Hinblick auf die neue Zielsetzung auszurichten und echte Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) aufzubauen.

6. Dieselben Fehler wie in der BRD machen?

Schauen wir uns die Energieversorgung in der Bundesrepublik an, müssen wir feststellen, daß in den seltensten Fällen die - wirtschaftlich, sozial wie ökologisch - optimale Kombination von Energieträgern und Nutzungstechnologie installiert ist. Das liegt zum einen sicher daran, daß die größte Gruppe der Wärme-Verbraucher, die Mieter, nicht selbst über ihre Heizungsanlage verfügen. Der entscheidene Grund dürfte aber sein, daß die Energieversorgungsunternehmen (EVU) die optimale Nutzungstechnologie nicht anbieten. Die EVU sind nämlich in der Regel nur am Verkauf einer möglichst großen Menge Strom, Erdgas etc. interessiert. Ein Unternehmen, das Strom zum Heizen verkaufen will, muß dazu versuchen, die anderen Wärme-Anbieter (Öl, Gas, Fernwärme) vom Markt zu verdrängen. Es gehorcht dabei dem Gesetz der Marktwirtschaft. Denn in einer Marktwirtschaft hat die Ware "Energie" wie jede Ware einen Gebrauchswert (die Ware hat einen Nutzen: das Erbringen der Energiedienstleistung) und einen Tauschwert (die Ware ist zum Verkauf auf dem Markt produziert: sie hat einen Preis). Während der Verbraucher nur am Gebrauchswert der Ware Energie interessiert ist, hat das privatwirtschaftlich organisierte EVU nur ein Interesse an ihrem Tauschwert. Denn das EVU muß versuchen, das in die Energieversorgung investierte Kapital maximal zu verwerten: Es muß für seine Produkte einen möglichst hohen Preis erzielen. Der Energie-Markt funktioniert aber offenbar nicht so, wie es die marktwirtschaftliche Theorie annimmt: daß das Profitinteresse der vielen konkurrierenden Anbieter letztlich "zum Wohl aller" zusammenwirkt. Stattdessen beherrschen wenige

Monopolunternehmen heute die Energiewirtschaft der Bundesrepublik. Doch "mehr Wettbewerb", wie ihn manche "Marktwirtschaftler" fordern, wird die Wende hin zu einer ökologisch und sozial verträglicheren Energiepolitik nicht bewerkstelligen. Denn durch den freien Wettbewerb um neue Absatzgebiete ist es gerade zu der enormen Konzentration der Macht in den Händen weniger gekommen. Entgegen der marktwirtschaftlichen Theorie hat der Wettbewerb also das Gegenteil einer volkswirtschaftlich optimalen Energieversorgung bewirkt. Es ist auch nicht das freie Spiel der Marktkräfte, das die weitere Entwicklungsrichtung auf dem Energiesektor vorgibt. Es sind die Planungen der marktbeherrschenden Verbund EVU, die weitgehend bestimmen, wo es lang geht. Geplant wird also; die Frage ist nur, von wem geplant werden soll. Demokratische Kontrolle, so meinen wir, ist hier erforderlich.

7. Warum kommunale Energiedienstleistungsunternehmen?

Im Bereich der Energieversorgung ist nicht die "Privatisierung der Energieversorgung", sondern die "Kommunalisierung" das Gebot der Stunde. Denn die Kommune ist der geeignete politische Ort und ein kommunales Energiedienstleistungsunternehmen die geeignete Organisationsform für eine sozial, ökologisch und demokratisch orientierte Energiepolitik.

Einige gewichtige Gründe sind hierbei ausschlaggebend:
a) Die Kommune hat die erforderliche Planungskompetenz
Nur im überschaubaren Gebiet einer Kommune kann eine ökologisch sinnvolle Energieversorgung geplant werden. Es lassen sich nämlich erstens Energiesparprogramme am effektivsten auf kommunaler Ebene organisieren, wie Studien, beispielsweise des Wissenschaftszentrums Berlin, ergeben haben. Zweitens ist die Energie, die aus Biomassenutzung und Kraft-Wärme-Kopplung - zwei für eine ökologische Energieversorgung unabdingbare Erzeugungstechnologien - gewonnen wird, nur beschränkt transportierbar. Und drittens ist die optimale Gestaltung der Wärmeversorgung - hier bestehen die meisten Möglichkeiten zum

PAN - Foto

Energiesparen - abhängig von der jeweiligen Raum- und Siedlungsstruktur.
Gerade die Kommune (bzw. kommunale Zusammenschlüsse) ist aber die Planungsinstanz, die durch ihre Versorgungsunternehmen, ihre Bauleit- und Stadtentwicklungsplanung, durch Modernisierungs- und Sanierungsvorhaben sowie durch ihren eigenen Gebäudebestand und die Geschäftspolitik kommunaler Wohnungsbaugesellschaften die Rahmendaten für den Energieverbrauch und -bedarf setzt. Daß die Kommunen der BRD sich heute verstärkt mit örtlichen Energieversorgungskonzepten befassen, bestätigt dies.

b) Nur kommunale Energieunternehmen können Nah- und Fernwärmenetze aufbauen

Nur wenn Energieversorgungsunternehmen als reine Stromproduzenten betrachtet werden, erscheinen Großkraftwerke und eine Ausrichtung auf große überregionale Märkte rentabel. Für die Verbraucher - Haushalte wie Industrie - ist es jedoch kostengünstiger, wenn Strom und Wärme gleichzeitig in Heizkraftwerken erzeugt (Kraft-Wärme-Kopplung) wird. Zudem können hierdurch Schadstoffemissionen drastisch reduziert werden. Der Aufbau von Nah- und Fernwärmenetzen, die aus Heizkraftwerken gespeist werden, verlangt aber eine Energienutzungsplanung, die nur vor Ort, eben in den Kommunen und Kreisen möglich ist. An die Stelle privatwirtschaftlich orientierter überregionaler Energieversorgungsunternehmen müssen also kommunale Energiedienstleistungsunternehmen treten.

c) Die Kommune ermöglicht öffentliche Kontrolle

Eine ökologische und soziale Energiepolitik läßt sich nicht anhand weniger, leicht umsetzbarer Grundsätze organisieren. Vielmehr müssen hierbei viele verschiedene Kriterien berücksichtigt werden. Ein umfassender Katalog muß Werte wie ökologische Verträglichkeit, geringer Rohstoffverbrauch, Sozialverträglichkeit, Erhaltung der Arbeitsplätze, Sicherheit und Anpassungsfähigkeit des Energiesystems in den technischen und gesellschaftlichen Wandel mit einbeziehen. Eine solch umfassende Optimierung des Energiesystems geht weit über das Selbstverständnis traditioneller, auch kommunaler Versorgungsunternehmen hinaus. Gerade weil nicht mehr Energiekauf und Gewinn im Vordergrund stehen dürfen, vermag nur eine mit ausreichender Planungs- und Entscheidungskompetenz ausgestattete öffentliche Instanz diese Aufgabe zu lösen und dabei die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Gruppen von Energieverbrauchern angemessen abzuwägen. Die hierbei erforderliche öffentliche Kontrolle, Transparenz und Legitimation kann nur im überschaubaren Bereich der Kommune erreicht werden. Neben diesen Vorzügen, die die kommuale Energieversorgung bietet, sprechen noch einige andere Gründe für eine eigenständige, kommunale Energieversorgung:

- Der geringe Abstand zwischen Kunde und Unternehmer erleichtert die Kommunikation.
- Abstimmung von Stadtentwicklung, Versorgungsplanung und Umweltschutz können innerhalb städtischer Behörden und Unternehmen miteinander abgestimmt werden.
- Da alle Sparten der Energiebereitstellung unter einem Dach versammelt sind (Strom, Fernwärme: der sogenannte Querverbund) läßt sich die rationelle Energienutzung besser planen.
- Die im Energiedienstleistungsbereich erzielbaren Überschüsse kommen im vollen Umfang der Stadt zugute.
- Kommunale Versorgungsunternehmen schaffen nicht nur Arbeitsplätze bei den Stadtwerken, sondern vor allem im Bereich der rationellen Energienutzung (Bauhandwerk, Installateure, Motorenbau, Herstellung von Isoliermaterial).
- Über diese positiven Arbeitsplatzwirkungen gehen indirekte Effekte auf das Steuereinkommen der Städte und Gemeinden aus.
- Eine saubere Stadt (Reduzierung der Luftbelastung) erhöht die Attraktivität und führt somit zu einer Zuwanderung, zu wachsender Wirtschaftskraft und verbesserten Handlungsspielräumen in der Kommune.

8. Empfehlung

Aus den dargelegten Gründen sollten die Kommunen sich gegen die derzeitige Vereinnahmungsstrategie von bundesdeutschen Verbundunternehmen und Energiekombinaten zur Wehr setzen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Übernahme der Leitungsnetze in die Hände der Kommune. Hierbei galt es eine wichtige Frist zu beachten: Städte und Gemeinden, die früher eigene Stadtwerke besaßen, mußten vor dem 30.6.1990 bei der Treuhandgesellschaft der DDR ihre Eigentumsansprüche (z.B. an Strom-, Fernwärme oder Gasnetzen) geltend machen. Auch wenn sie den Aufbau eigener Stadtwerke nicht anstreben, so wäre es für die Gemeinde dennoch vorteilhaft, die Ansprüche auf die Netze anzumelden, da dies die Verhandlungsposition Ihrer Gemeinde bei späteren Verhandlungen mit den Energieversorgern über den Abschluß von Konzessionsverträgen wesentlich stärken wird.
Auch den Kommunen, die vormals über keine eigenen Stadtwerke verfügten, empfehlen wir aufgrund der undefinierten Rechtslage bezüglich des Eigentums der Netze, Eigentumsansprüche geltend zu machen. Es ist nicht einsichtig, weshalb die Energiekombinate automatisch in den Besitz von Netzen und Anlagen gelangen sollen.
Weiterhin möchten wir die Kommunen warnen, vorschnell Konzessionsverträge zu unterzeichnen, die den Handlungsspielraum der Städte bei der Energieversorgung einschränken und die rationelle Energienutzung behindern. Eine Unterschrift unter solche Verträge, die sich durch lange Laufzeiten auszeichnen, können langfristig wirtschaftliche Nachteile für die Kommunen mit sich bringen. Zudem sollten Entscheidungen mit so weitreichender Bedeutung für die Kommune einen Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung unterzogen werden.

Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Friedrichstr. 165, Berlin, DDR 1080
und
Öko-Institut, Binzengrün 34 a, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/473031

PAN - Foto

STENDAL

Ehemaliger Grenzzaun wird am Atomkraftwerk wiederaufgebaut

Günter Zint
Juni 1990

In den letzten Monaten habe ich einige Besuche an der Atombaustelle Stendal absolviert. zuerst war ich erschreckt und empört über die chaotischen Verhältnisse dieser nun schon seit über 16 Jahren dahinrostenden Bauruine. Allmählich wünsche ich mir die Zustände kurz nach der Grenzöffnung zurück. Warum? Viele Mitarbeiter haben damals die Einschätzung gehabt: *"Das Ding wird eh nicht fertig, aber wir haben hier noch eine langfristige Beschäftigung."* Die Baupläne wurden alle paar Jahre grundlegend geändert und ein rundes Dutzend Zulieferer werkelten jeder für sich, ohne zuverlässige Informationen über das Gesamtwerk. Zuletzt nach Tschernobyl wurden die Pläne wiederum geändert.

Seit Anfang 1990 wird auf dem riesigen Rost-Komplex aber emsig gearbeitet. Die Baustelle ist aufgeräumt, die Wege asphaltiert, ein 6 Millionen West-Mark teurer Kran überragt sämtliches Ost-Gerät. Auf dem Parkplatz vor der Baustelle stehen immer häufiger große Mercedes-Limousinen mit Chauffeuren und BRD-Kennzeichen. Auch die Trabbis und Wartburgs der Bauarbeiter werden schon zusehends von Westfabrikaten abgelöst. Noch vor der ersten DDR Wahl konnte ich mit einigen Kollegen eine ausführliche Baustellenbesichtigung, unter Führung des technischen Direktors, mitmachen. Auf die Probleme mit der Entsorgung des Atomabfalles angesprochen, zeigte sich Herr Vehma noch ganz zuversichtlich. *"Unsere sowjetischen Partner nehmen die Brennelemente zurück, darum müssen wir uns keine Kopf machen."* Inzwischen ist man zurückhaltender geworden. Es gab ja auch schon einige Aktionen gegen Stendal.

Nach der Demo vom 11.3.90 bekamen die Grünen in Stendal eine Rechnung über 33.000 Mark für einen völlig verrosteten Maschendrahtzaun, der angesichts der anrückenden Demonstranten schon fast von alleine umgefallen ist. Auch die Beule, die der agressive Chauffeur eines VOPO-Wagens "eingefangen" hatte, wurde den Grünen penibel berechnet. **Seit Mai wird der überflüssig gewordene *"Antifaschistische Schutzwall"* an der Grenze demontiert und landeinwärts um die Atom-Baustelle verlegt.** Als ich in der Woche vor Pfingsten Fotos von diesen Bauarbeiten machen will, werde ich von der Torwache und einem "Dispatcher" regelrecht angefallen und an meiner Arbeit gehindert. Ich fühlte mich in früheste Gorleben Zeiten zurückversetzt, als anrückende Holzfäller gegen uns handgreiflich wurden. Glücklicherweise kamen nach kaum fünf Minuten drei Volkspolizisten in einem LADA-Geländewagen angebraust um die Rauferei zu schlichten. Nachdem die VOPO´s die Torhüterin in ihr Häuschen zurückgeschickt hatten und dem "Dispatcher" klargemacht hatten, daß er nur im Werksgelände, aber nicht außerhalb zu sagen habe, kamen sie zu mir und fragten freundlich, ob ich eine Entschuldigung der Rüpel wünsche. Ich verzichtete. Mit dem Bautrupp kam ich dann noch in eine Diskussion über ihren Arbeitsplatz. Sie hatten alle Angst vor der ungewissen Zukunft der DDR und fühlten sich aber mit dem Arbeitsplatz in Stendal schon privilegiert gegenüber den anderen Kollegen in Landwirtschaft und Produktion.

Die Führungsspitze der Riesenbaustelle wird zur Zeit teilweise ausgetauscht. Es geht das Gerücht, daß schon 20 Führungskräfte aus der ehemaligen SED-Regierung auf wichtigen Posten sitzen. Das Stühle und Büromöbelrücken im Verwaltungsbau der 10.000 Mitarbeiter zählenden Baustelle ist auch für Außenstehende nicht zu übersehen. Mitte Januar 1991 sollen die Reaktorkuppeln geschlossen sein. Diese Vorgabe haben die West-Partner gemacht, damit vielleicht doch noch der Richtkranz über den Rost siegt. Die Chancen stehen nach dem äußeren Augenschein nicht sehr gut, aber doch besser als noch vor einem halben Jahr. 1994 sollen vier Reaktoren mit der Stromgewinnung beginnen. Aus der hoffnungslosen Bauruine von 1989 wird dank der West-Hilfe ein neuer Hoffnungsträger der Atom-Industrie.

PAN - Foto

Uranbergbau in der DDR

Die Wismut mauert weiter

Die Stasi-Akten sind nicht die einzigen Dokumente, die im deutsch-deutschen Annektierungsprozeß für politischen Wirbel sorgen. Die Frage, was mit den medizinischen Daten und Krankheitsstatistiken der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut passieren soll, vor allem aber, wer in Zukunft Einsicht in das brisante Material nehmen darf, bewegte vom 20. bis 23. September die Teilnehmerinnen eines Kongresses über den Uranabbau in der DDR und seine Folgen. Zu der Tagung waren rund 150 Wissenschaftlerinnen und Leute aus Bürgerinitiativen und Umweltgruppen, aber auch hochrangige Wismut-Funktionäre und Vertreter des in Auflösung begriffenen »Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz« der DDR, in die ostthüringische Kleinstadt Ronneburg gereist.

Über die genaue Zahl der in den vergangenen Jahrzehnten an Krebs erkrankten oder gestorbenen Uranbergleute bewahrten die Wismut-Manager auch auf wiederholtes Nachfragen Stillschweigen. Der Leiter des betriebseigenen»Arbeitshygieneinstitutes«, Martin Jönsson, erklärte lediglich, daß sich zwischen 1952 und 1989 6.800 Arbeiter mit Lungen- oder Bronchialkrebs in den Wismut-Krankenstuben gemeldet hätten. 5.100 Fälle - »damit haben wir eine ganz hohe Anerkennungsrate« - seien als entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt worden. Jönsson räumte ein, daß unter anderem wegen der großen Latenzzeit von Lungenkrebsen »natürlich nicht alle« aufgetretenen Krankheiten erfaßt werden konnten. Endgültige Aussagen über die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen des Uranbergbaus ließen sich ohnehin erst treffen, wenn alle jemals in der Branche Beschäftigten gestorben und ihre Todesursachen analysiert worden seien. Die Bundesregierung hatte Ende Juni in Beantwortung einer Parlamentsanfrage der Grünen den Tod von 61 Wismut-Arbeitern durch ein »strahlungsbedingtes Lungenkarzinom« bestätigt.

Daß an die Wismut-Daten so schlecht heranzukommen ist, hat v.a. mit der Geschichte und Bedeutung dieses Unternehmens zu tun (vgl. hierzu auch die letzte atom). 1947 von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründet und zehn Jahre später, mit einer 5%-Beteiligung der DDR, in eine »Deutsch-Sowjetische Aktiengesellschaft« (SDAG) überführt, entwickelte sich die Wismut schnell zu einem »Staat im Staate«, einem unabhängigen System mit eigenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen. Der Betrieb, der zu Hochzeiten der Uranproduktion in den 50er und 60er Jahren mehr als 100.000 Menschen gutbezahlte Arbeitsplätze bot, hatte eine eigene SED-Parteileitung, eine eigene Polizei und sogar einen eigenen Stasi. Direkte Kontakte von staatlichen Institutionen und Betrieben der DDR erforderten eine Sondergenehmigung der »Abteilung Wismutangelegenheiten« beim jeweiligen Rat des Bezirkes. Die Wismut betrieb in Eigenregie Kaufhallen, Gaststätten und Kulturhäuser. »Betriebssportgemeinschaften« wie die Fußballmannschaft »Wismut Aue« waren ebenso Bestandteil des Firmenimperiums wie ein komplettes Sozialversicherungssystem. Zum »Gesundheitswesen Wismut« gehörten ein knappes Dutzend Bergarbeiterkrankenhäuser, Ambulatorien in allen Teilbetrieben und drei Erholungsheime im Erzgebirge. Die Krankheitsgeschichte der Uranbergleute schrieben ausschließlich Wismut-Ärzte.

Außer den medizinischen Karteien hält die Wismut auch die von ihr selbst erhobenen Meßdaten über die radioaktive Belastung der Uranregion unter Verschluß. Alle Informationen über das mögliche Ausmaß der Verseuchung stammen von »auswärtigen« Wissenschaftlerinnen. Bei dem Ronneburger Kongreß stellte die Unabhängige Meßstelle Westberlin des »Strahlentelex« den Anwesenden die Ergebnisse ihrer Untersuchung vor. Von Mai bis September hatten die Forscherinnen die Radonbelastung von 25 Wohnhäusern in Schneeberg, einer Stadt im Zentrum des erzgebirgischen Uranreviers, gemessen. Nur in drei der untersuchten Objekte, so das erschreckende Ergebnis, betrug die Belastung weniger las 250 Bequerel pro Kubikmeter. Acht Wohnungen wiesen mehr als 1.000 Bequerel auf. Den Höchstwert von mehr als 100.000 Bequerel stellten die Berliner Wissenschaftlerinnen im Keller eines Hauses fest, daß direkt über einem alten Uranstollen errichtet worden war. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik ist ein Kubikmeter Raumluft durchschnittlich mit 50 Bequerel Radon belastet.

SAAS-Vizepräsident Walter Röhnsch kündigte für die »nahe Zukunft« eine umfassende radiologische Schadenserhebung in den Bergbaugebieten an. Unter Federführung des Bonner (bald Berliner) Umweltministeriums soll mit einem ehrgeizigen Langzeitmeßprogramm die radioaktive Belastung der Luft, des Wassers, des Bodens und der Vegetation in dem knapp 10.000 Quadratkilomter großen Areal ermittelt werden, das vom westlichen Erzgebirge bis nach Ostthüringen reicht.

Das im Mai von Töpfer-Beamten, Wismut-Kadern und SAAS-Fachleuten festgeklopfte Projekt ist aber nur der Auftakt für ein größeres Engagements »Gesamtdeutschlands« für die Bewältigung der Hinterlassenschaften aus dem Uranbergbau. Bereits im kommenden Jahr soll mit dem Abtrag der riesigen Abraumhalden und der Verfüllung der Tagebaugruben und Schlammabsetzbecken begonnen werden. Die Kosten für die Sanierung der Region - soweit vonb Sanierung in Anbetracht der radioaktiven Verseuchung überhaupt zu denken ist - bezifferten Wismut-Vorständler am Rande der Tagung mit 15 bis 20 Milliarden Mark. Ausdrücklich im Zusammenhang mit den Sanierungsplänen wurden auch »Kontakte« zur westdeutschen STEAG und zur französischen COGEMA bestätigt.

Stillgelegtes Schlammabsatzbecken, Foto: B. Morell

Die große Ratlosigkeit -

Endlagersuche in den USA

Im Frühjahr besuchte eine Delegation der Grünen, unter ihnen die Bundestagsabgeordnete Lilo Wollny aus Vietze, die USA. Ziel war es, sich vor Ort einen Überblick über den Stand der nuklearen Endlagerpläne zu verschaffen. Auch der Besuch der Atombombenfabrik Hanford stand auf dem Programm. Von dort sollen hochaktive Glaskokillen für experimentelle Zwecke in das Kalibergwerk "Asse" bei Wolfenbüttel verfrachtet werden. Diese brisanten Kokillen sollen nach Abschluß der Untersuchungen in Gorleben zwischengelagert werden. Frau Wollnys Reisebericht ist Grundlage des atom-Beitrags.

Als es Anfang der 40er Jahre darum ging, so schnell wie möglich die Bombe zu bauen, spielte das Abfallproblem keine Rolle. Leicht- und mittelaktive Abfälle wurden z.T. in Pappkartons verpackt und oberflächennah verbuddelt. Hochaktive Abfälle wurden in betonierte Gräben geschüttet und dann mit Erde abgedeckt. Viele dieser Gräben sind im Laufe der Jahre - durch Regenwasser aufgefüllt -übergelaufen. Hochaktive Säure aus der Wiederaufarbeitung wurden in Tanks gefüllt. 161 Tanks dieser Art rotten allein Hanford vor sich hin, weiß Lilo Wollny zu berichten. Sie stellen ein unglaubliches Erbe der Nuklearrüstung dar, ihre "Sanierung" bereitet heute den Experten Kopfzerbrechen.

Das Department of Energy (DOE), zur Zeit des kalten Krieges in den 50er Jahren Staat im Staate, kaschierte die Probleme unter dem Deckmantel der Geheimhaltung. Erst mit dem Start der kommerziellen Nutzung der Atomkraft für die Stromproduktion setzte in den USA eine Debatte über das Abfallproblem ein. Gesetzesinitiativen und zahllose Erkundungsprogramme verpufften jedoch immer wieder.

Ursprünglich wurde die Idee verfolgt, jeweils ein Endlager im Osten, ein zweites im Westen der USA zu bauen. Die hohe Zahl der Erkundungsprogramme in den USA hat zum einen damit zu tun, daß verschiedene Wirtgesteine (Salzstöcke, Salzbetten, Basalt, Granit und Tuff) vergleichenden Untersuchungen unterzogen wurden. Sobald jedoch mit Aufschlußbohrungen begonnen werden sollte, formierte sich politischer Widerstand in den betroffenen Staaten, z.T. sogar von offizieller Seite. So wurden immer neue, letztlich erfolglose Initiativen zur Durchsetzung der Endlagerpläne gestartet. In den USA liegt die Verantwortung für die nukleare Endlagerung - ähnlich wie in der BRD - beim Bund. Als 1982 unter Reagan der "*waste policy act*", das US-Entsorgungsgesetz, endlich vom Kongress angenommen wurde, mußte den Staatsregierungen der Länder dennoch ein weitgehendes Mitspracherecht eingeräumt werden. Die Gouverneure können ihr Veto einlegen und damit ein Projekt zu Fall bringen.

Das *waste policy act* sieht zudem vor, daß abgebrannte Brennelemente für 100 Jahre rückholbar gelagert werden. Zwei Gründe werden dafür geltend gemacht: die Sicherheitproblematik und die Option auf eine spätere Wiederverwertung. Man erinnere sich: die kommerzielle Wiederaufarbeitung der Brennelemente wurde unter Präsident Carter ausgesetzt. Das DOE, mit der Endlagersuche beauftragt, hielt es für am aussichtsreichsten, eine Zustimmung an einem Ort zu erlangen, wo das fragliche Gelände im Staatsbesitz ist, zweitens die Bevölkerung an Atomanlagen gewöhnt ist und drittens die nukleare Belastung der Umgebung bereits so hoch ist, daß eine spätere Besiedlung eh ausgeschlossen sei. Drei Orte schienen dafür prädestiniert: Hanford, Granitformationen im Osten der USA (im Staate New York) und Yucca Mountain.

Dieses "zynische Verhalten", so Lilo Wollny, habe zunächst dazu geführt, daß das Basaltgestein in Hanford, eben auf dem Gelände der dortigen Atombombenfabrik, favorisiert wurde. Ein Gelände, das in der Tat hochgradig verseucht ist. Basalt ist ein vulkanisches Gestein, das von wasserführenden, sandigen Spalten durchzogen ist und kaum Aussichten auf ein trockenes Endlager bietet. Der Columbia River liegt ganz in der Nähe, der Grundwasserspiegel ist hoch. Die hohe Fließgeschwindigkeit des Grundwassers würde kontaminiertes Wasser erst nach 10.- bis 20.000 Jahren an die Oberfläche dringen lassen, behauptete die DOE steif und fest, während Kritiker 1000 Jahre für realistisch hielten. Jahrelang hielt die DOE an der "Eignungshöffigkeit" Hanfords fest. Ein Mitglied der NRC (Nuclear Regulatory Commission), die für die Genehmigung zuständige Kommission, vertraute Frau Wollny an, es hätte große Anstrengungen gekostet, DOE und die Hanford-Betreiberfirma Rockwell von der Unmöglichkeit des Plans zu überzeugen und sie zur Aufgabe zu bewegen.

Standort Nummer zwei erledigte sich aus wahltaktischen Gründen. Die in New York regierenden Republikaner hatten Angst vor der politischen Unruhe und fürchteten, Wählerstimmen zu verlieren. So blieb Yukca Mountain.

Yucca Mountain ist eine Tuff-Formation am Rande des Atombombenversuchsgeländes in der Wüste von Nevada. Es befindet sich innerhalb der Nevada Test Site, ist also verstrahlt und praktisch unbewohnbar. Das ausgespähte Gelände selbst ist wüst und spärlich bewachsen, liegt 500 bis 750 m hoch am Rande eines vulkanischen Grabens. Der Grundwasserspiegel befindet sich fast 1000 m unter der geplanten Deponie, deshalb folgte man dem Rat des staatlichen Geologen Eugene Roseboom, in der "ungesättigten Zone", also oberhalb des Grundwasserspiegels, das unterirdische Endlager zu projektieren. Da sich Nevadas Fläche - überwiegend Wüsten - insgesamt zu 90% in Staatsbesitz befindet, hofft die DOE hier ihre Endlagerpläne endlich realisieren zu können.

-we-

Interview mit Lilo Wollny

atom *:Frau Wollny, hat die DOE mit Yucca Mountain einen Durchbruch in der jahrzehntelangen Endlagersuche erzielen können?*

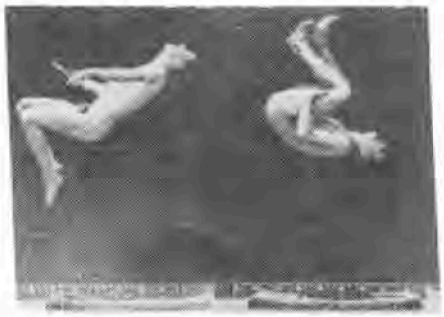
Lilo Wollny: Weit gefehlt. Wir haben uns einen Eindruck von dem gespenstischen Gelände verschaffen können. Das Vorhaben wurde uns von Geologen vor Ort vorgestellt. Außer einigen Bohrungen sind bisher nur Berechnungen angestellt worden. Die Geologen behaupten, die Formation habe sich über Millionen Jahre unverändert erhalten und das würde würde auch in Zukunft so bleiben. Die Gegner von Yucca Mountain machen darauf aufmerksam, daß sich direkt am Fuß des Gebirgszuges ein Grabenbruch befindet und weisen auf die große Gefahr von Erbeben hin. Sie wiesen beispielsweise nach, daß der letzte Ausbruch eines Vulkans, der angeblich seit Jahrtausenden erloschen sein soll, nur 10.000 Jahre zurückliegt.
Im vorigen Jahr wurden die Untersuchungen der DOE vom Kongress in Washington verworfen, weil nur die positiven Gesichtspunkte untersucht sein, die negativen aber außer acht gelassen wurden. DOE wurde angewiesen, noch einmal von vorne anzufangen.

atom*: Gibt es in so einem menschenleeren, wüsten Gebiet überhaupt Widerstand?*

Lilo Wollny: Da sind zum einen die Gegner und Gegnerinnen der Nukleartests, aber nun streiten außerdem DOE und der Gouverneur von Nevada vor Gericht, der gegen den Endlagerbau sein Veto eingelegt hat. Nach dem *wast policy act* ist dies aber erst möglich, wenn ein Standort definitiv als Endlager benannt ist. Der Gouverneur ist der Meinung, daß dies der Fall sei, da Yucca Mountain als einziger Standort übriggeblieben ist. DOE behauptet, es handle sich um die Erforschung und eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Ich fühlte mich da stark an die juristischen Auseinandersetzungen um das Endlager Gorleben erinnert. Wie sich die Bilder gleichen!
Da man bereits für das Jahr 1998 Abnahmeverträge mit den Elektrizitätsunternehmen abgeschlossen hatt, mußten diese auf das nächste Jahrtausend vertagt werden.

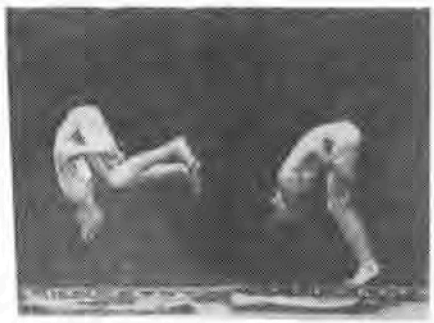
atom *: Hat die Atomlobby nicht mit dem WIPP-Projekt (Waste Isolation Pilot Plant) in New Mexico ein zweites Eisen im Feuer?*

Lilo Wollny: Hier sollen ausschließlich transurane Abfälle aus militärischen Anlagen endgelagert werden. Ursprünglich sollte WIPP auch hochradioaktive Abfälle aus kommerziellen Anlagen aufnehmen, nachdem jedoch die Wiederaufarbeitung aufgegeben wurde und der Kongress beschloß, daß hochradioaktive Abfälle für einen Zeitraum von 100 Jahren beobachtet und rückholbar sein sollten, wurde diese Idee aufgegeben.
WIPP wurde in einem Salzbett errichtet. Es liegt ebenfalls in einem Wüstengebiet, in dem seit langem große Mengen von Kali



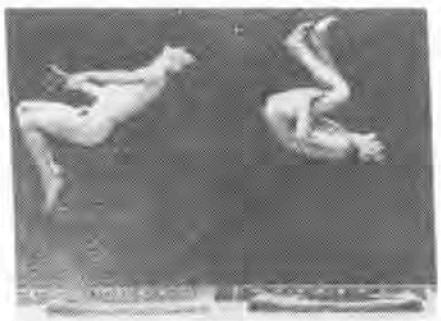
abgebaut werden. Zu Beginn der Untersuchungen stellte man fest, daß das ehemals riesige Salzbett weitgehend abgelaugt war, und es erwies sich als schwieriger als erwartet, ein Salzlager zu finden, daß groß genug ist, um das Lager aufzunehmen. Natürlich habe ich das WIPP-Projekt mit besonderem Interesse besucht, weil in Gorleben ja auch Salz als Wirtgestein für atomare Abfälle in Betracht gezogen wird.

atom *: Bekannt ist, daß vor Ort das Projekt wohlwollend aufgenommen wurde. 1989 sollte doch der Betrieb aufgenommen werden, warum intervenierte der Kongress, was ist dazwischengekommen?*



Lilo Wollny: Das geplante Endlager besteht aus Gängen und Kammern, in welche die Kanister mit den Abfällen eingelagert werden sollen. Bisher sind nur wenige Kammern zu Versuchszwecken angelegt. Zwei Kammern sind bereits mit Barrieren abgesperrt

und dürfen nicht mehr betreten werden. Dort kann man das "Kriechverhalten" des Salzes bewundern. Es hat sich zum Erstaunen der Wissenschaftler als wesentlich schneller als angenommen erwiesen. Boden und Decke in diesen Räumen bewegen sich mit solcher Geschwindigkeit aufeinander zu, daß man gar nicht erst zur Einlagerung von Versuchsfässern gekommen ist.
In einem gesonderten Raum wird jetzt gemessen, wie schnell das Salz unter Wärmeeinwirkung kriecht. Daß die Fässer diesem Druck letztlich nicht standhalten, wird nicht bestritten. In dem Wärmeraum fielen uns weitere Risse, diesmal in vertikaler Richtung auf. An einer Ecke ist bereits ein ganzer Pfeiler von etwa 40 cm x 40 cm von der Wand abgelöst und wird mit Maschendraht am Abbrechen gehindert. Von den Decken löst sich das Salz wie Schuppen, es wird zur Sicherheit immer wieder abgeschlagen. Außerdem füllten sich bei Bohrungen die Bohrlöcher in kurzer Zeit mit Lauge.



Es ist schwierig, den Widerstand vor Ort zu organisieren, das stimmt. Der Widerstand wird in erster Linie getragen von einem Zusammenschluß von Wissenschaftlern, dem *South West Research Institute*, das auch für uns Anlaufstelle in Albuquerque war. Die dort beschäftigten Leute haben immer wieder die Probleme aufgedeckt.
Übrigens, das muß ich noch nachtragen, werden im WIPP-Projekt auch Versuche mit Stahl- und Titanbehältern durchgeführt. Versuche mit radioaktiver Beladung dürfen in den USA nicht gemacht werden."Um Gottes Willen", wurde uns gesagt, "da würde der Kongress Kopf stehen". Ich habe mich gefragt, sollte das der Grund sein, weshalb die USA so bereitwillig 8 Millionen Dollar ausgegeben haben, um sich an den gefährlichen Versuchen in der "Asse" zu beteiligen?
Man plant nun, in Bunkern - oberirdisch oder unterirdisch - Behälter mit schwachaktiven Abfällen zu stapeln, Zwischenräume mit

Sand auszufüllen, die Bunker zu versiegeln und nach der Versiegelung mit einem Erdhügel abzudecken. Man rechnet damit, daß die Erinnerung daran, was dort verbuddelt ist, sich für 100 Jahre erhalten läßt, der Rest ist Vergessen.

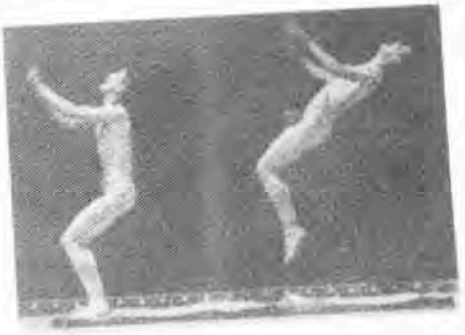
Laut Gesetz muß ab 1992 jeder Staat eine Deponie für schwachaktive Abfälle einrichten, weil dann grenzüberschreitende Atommülltransporte nicht mehr zulässig sind.

atom : *Darauf kommen wir gleich zurück. Sie haben außerdem West Valley besichtigt, wo ein Endlager für schwachaktive Abfälle aus medizinischen und kommerziellen Anlagen eingerichtet werden soll. Welche Konzepte gibt es in den USA für die Beseitigung dieser Atommüllberge?*

Lilo Wollny: "West Valley" steht für die erste und bisher einzige kommerzielle WAA der Vereinigten Staaten. Die Firma machte 1976 Pleite und ließ eine verwahrloste und kontaminierte Anlage zurück. Bilder von herumliegenden, verrosteten Fässern gingen durch die Presse, Abfälle verseuchten den Bach, der durch die Anlage fließt. Seit 1980 ist West Valley eine vom Staat betriebene Pilotanlage für das staatliche Clean-up-Programm. Im Grunde ist das die Pilot-Konditionierungsanlage der USA. Die größten Sorgen bereiten 3 große unterirdische Tanks mit flüssigen hochradioaktiven Abfällen aus der WAA. Mindestens einer dieser Tanks ist leck. Zur Zeit werden die Flüssigkeiten aus den Tanks abgepumpt und sollen stabilisiert werden. Eine Verglasungsanlage ist in Bau. Neben diesen Problemen gibt es auf dem Gelände ein großes Gebiet, auf dem leichtaktive Abfälle z.T. in Pappkartons vergraben wurden.

atom : *In Seattle im Staate Washington haben Sie Aktivisten von Greenpeace, Grüne und Leute der Umweltorganisation "Heart of America" getroffen. Was konnten Sie über die Bombenmüll-Transporte in die Bundesrepublik in Erfahrung bringen?*

Lilo Wollny: Wir hatten gehofft, von unseren Gesprächspartnern etwas über die Verschiffung der Glaskokillen aus Hanford zu erfahren. Aber die Rollenverteilung verkehrte sich völlig, denn die städtischen Behörden in Seattle wußten noch nichts davon, daß ihr Hafen Ausgangshafen für den Abtransport sein sollte. Entsprechend interessiert zeigten sich die Medien. Im Stadtrat wurde eine Resolution gegen den Transport eingebracht, die vom gesamten Stadtrat getragen wird. Die Hafenarbeitergewerkschaft hat inzwischen erklärt, sie würde die Transporte nicht verladen. Die Gewerkschaft hat durch eine solche Weigerung im Jahre 1986 schon einmal erreicht, daß ein Transport von abgebrannten Brennelementen nach Taiwan zurückkehren mußte. Freimütig wurde uns von den Herren in Hanford der zwischen der BRD und den USA 1984 abgeschlossene Vertrag gezeigt, er umfaßte anfangs 10 Glaskokillen. Im Laufe der Jahre wurde die Zahl dann auf insgesamt 32 Stück erhöht. Auch der Preis erhöhte sich ständig. Auf unsere Frage, welche Vorteile die USA von dem Vertrag hat, nachdem sie von der Lagerung von hochaktiven Abfällen



im Salz offensichtlich Abstand genommen hat, wurde uns geantwortet, mit dem Geld aus der BRD hätte man die Verglasungsanlage ausbauen können. Für die Entseuchung in Hanford ist diese bitter nötig.

atom : *Wie lautet Ihr Resümée?*

Lilo Wollny: Fest steht, daß die USA, trotz der immensen Probleme hinsichtlich der Unmengen von Abfällen aus der Waffenproduktion und 180 kommerziellen Anlagen, obgleich in dem riesigen Land alle denkbaren Endlagermedien zur Verfügung stehen, bisher keine Lösung gefunden haben und wenig Aussicht besteht, daß sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern könnte.

atom : *Vielen Dank für das Gespräch*

Das Interview führte:
Wolfgang Ehmke

Protest gegen Endlagerpläne in Frankreich

Non à la poubelle atomique...

Über 15.000 AtommüllgegnerInnen versammelten sich am 2. September zum alljährlichen Festival in der Nähe von Neuvy-Bouin (Deux-Sèvres). Der eindrucksvolle Protest gegen Endlagerpläne in Frankreich widerlegt das weitverbreitete Bild, bei unseren Nachbarn sei die Atomkraft nach wie vor hoch im Kurs.

Régis Beaujault, Bürgermeister des Dorfes Neuvy-Bouin, lädt alle vorbeiflanierenden Kundgebungsteilnehmer zu einem kleinen Suchspiel ein. Sämtliche Kommunen des Départements Deux-Sèvres sind auf einer überdimensionalen rot-weiß gefleckten Karte eingetragen. Über 200 rote Farbtupfer signalisieren, hier hat der Gemeinderat sich bereits gegen die Endlagersuche auf dem Gemeindegebiet von Neuvy-Bouin ausgesprochen. Aber es gibt noch zahlreiche weiße Einsprengsel. Monsieur Beaujault gibt sich siegessicher. "Die Leute müssen ihren gewählten Volksvertretern nur den Text unserer Resolution unter die Nase halten, nächstes Jahr hängt dort eine rote Karte".

Was sich hier - und nicht nur hier! - in dem industriefernen Landstrich südlich der Loire an politischen Auseinandersetzungen in den vergangenen zwei Jahren abgespielt hat, läßt sich nur erahnen. Am 20. Februar 1987 teilte die staatliche ANDRA (Agence Nationale pour le Gestion des Déchets Radioactifs) den Bürgermeistern im Département Deux-Sèvres mit, die Granitformationen unter Neuvy-Bouin sollten als erstes von insgesamt vier möglichen Standorten für die Tiefenlagerung hochaktiver Abfälle erkundet werden. Parallel dazu sollten Bohr- und Meßtrupps der ANDRA in Bourg-d'-Iré (Maine-et-Loire), St. Julien-Reyssouze (Ain) und Montcornet (Aisne) ihre Arbeiten aufnehmen. Damit wollte sich die ANDRA den Anschein größtmöglicher Sorgfalt bei der Auswahl des Atommüllagers geben, denn an den anderen prospektiven Standorten sollte Schiefer, Salz bzw. Ton als geologische Formation untersucht werden. Am 9. Februar 1990 verkündete der französische Premier Michel Rocard ein etwa einjähriges Moratorium, die Erkundung wird vorläufig gestoppt.

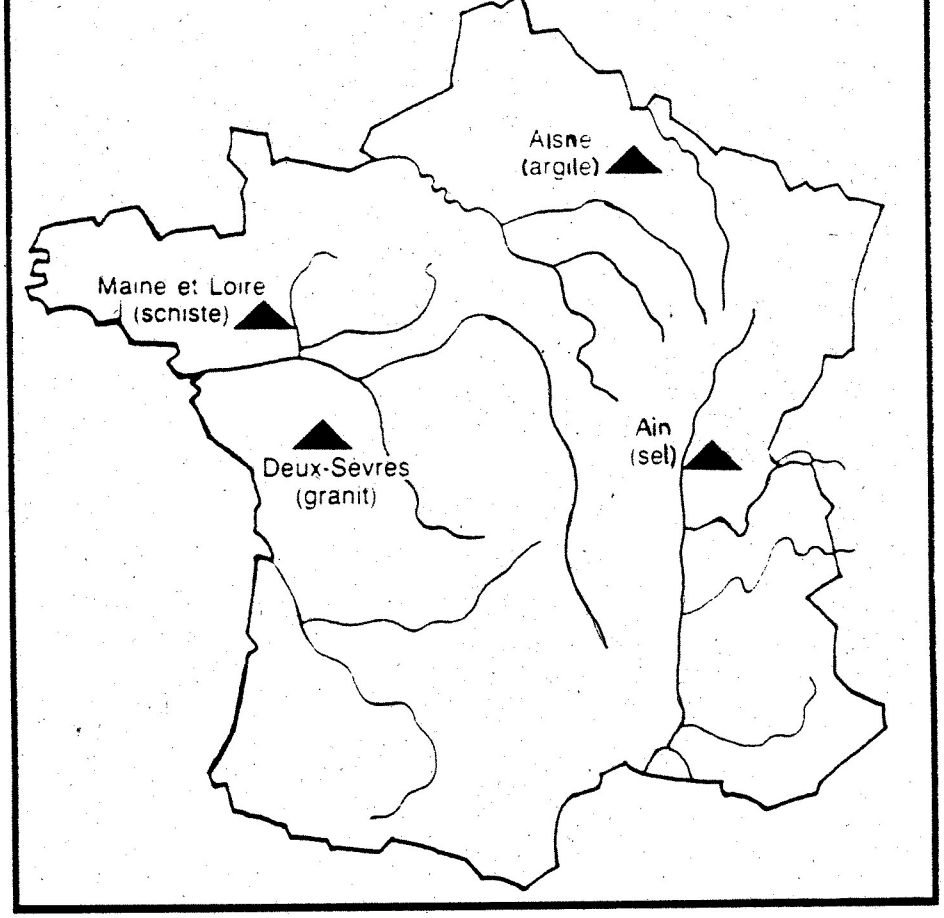
Stattgefunden hatte sie sowieso nur im Ton von Montcornet, dort blieb der Protest verhalten. In den drei weiteren Regionen herrschte Bürgerkrieg. Der sozialistische Parlamentarier Michel Bataille, der zur Halbzeit des Moratoriums federführend an einem Zwischenbericht zur Endlagersuche arbeitet, vertraute dem wirtschaftsinternen Pressedienst *Enerpresse* im Juli an, die politische Atmosphäre in den Regionen sei völlig vergiftet. Man stelle sich vor: "Vierhundert Bereitschaftspolizisten auf 4 Bohrfahrzeuge!" Die Leute in Bourg-d'-Iré, so seine Informationen, seien drauf und dran "ihre Gewehre zu fetten und die Traktoren zu panzern", sollten die ANDRA-Trupps wieder auftauchen. An den anderen Standorten sehe es nicht viel besser aus.

In Deux-Sèvres zum Beispiel, dem Kundgebungsort, war es gar nicht erst zu Flachbohrungen gekommen, vom 13. Dezember 89 bis zur Verkündung des Moratoriums hielten Anwohner die Barrikaden besetzt, die den Bohrtrupps und Bereitschaftspolizei die Zufahrt zum Testgelände versperrten. Im Rahmen der EG-weiten Arbeitsteilung bei der Endlagersuche namens PAGIS hatte Frankreich Granit als Wirtgestein eindeutig den Vorrang gegeben. Das weißt man vor Ort. Und unter Neuvy-Bouin wird Granit in Tiefen bis zu 3000 Metern vermutet. Der blanke Fels ragt hier und da in der leicht hügeligen Landschaft hervor, mächtige Granitbrocken im Tal des Flüßchens Sèvres säumen den Kundgebungsplatz. GRANIT heißt auch eine der beiden Bürgerinitiativen vor Ort. Ihr Sprecher Max Alleau: "Wir machen uns keine Illusionen, das Moratorium soll nur die Gemüter kühlen."

Es lohnt sich, die Vorstellungen Michel Batailles näher zu studieren. Der möchte nämlich den Anschein aufrecht erhalten, daß eine Standortentscheidung nicht gefallen sei. In besagtem Interview mit *Enerpresse* plädiert er am Ende für Versuchslabore wie in dem Salz der Asse bei Wolfenbüttel oder im Granit des schweizerischen Grimsel an allen vier Standorten. Irgendwo müsse das Zeug ja hin. "Ja", meint Max Alleau, "bei über 70% Atomstrom im eigenen Land haben wir es schwer, den Widerstand frankreichweit zu popularisieren". Aber seit Tschernobyl habe auch im Mekka der Atomindustrie ein Umdenkungsprozess begonnen. Und die Beschäftigung mit den unlösbaren Problemen der Atommüllagerung trage enorm dazu bei.

Ein anderen Vorschlag unterbreitete mittlerweile Cogéma-Direktor Hugues Delaunay aus La Hague im Gespräch mit *Ouest-France* Ende August: enorme Zwischenlagerkapazitäten für die verglasten hochaktiven Abfälle der Wiederaufarbeitung könnten für einige Jahrzehnte Luft schaffen. Und warum sollte man nicht in Barfleur, in der Nähe der WAA La Hague ein Endlager bauen?

Mit dem Verzicht auf geologische Kriterien bei der Endlagersuche läge Frankreich allerdings voll im Trend. Derartige Pläne kennt man schon aus den USA, Belgien und Großbritannien.



Wolfgang Ehmke

Forschungsreaktor

AL-Senatorin verweigert Betriebsgenehmigung für HMI-Reaktor. Ende, Wende oder nur das Bellen der Karawanenhunde?

Die grüne Umwelt- und Atomsenatorin, Michaela Schreyer, hat Anfang August dem neuen Atomreaktor im Hahn-Meitner-Institut (HMI) die Betriebsgenehmigung verweigert – eine Entscheidung, die bundesweit Aufsehen erregte. Auch die Konsequenzen dieser Entscheidung werden bundesweit zu spüren sein. Zum ersten Mal hat eine deutsche Atomaufsichtsbehörde die Betriebsgenehmigung für einen Atomreaktor verweigert, weil nach 30 Jahren ziviler Atomkraftnutzung niemand weiß, wie und wo der für Jahrtausende tödlich strahlende Atommüll letztlich bleiben soll – im Beamtendeutsch: »Eine gesicherte Entsorgung des Forschungsreaktors wurde nicht nachgewiesen.«

In den vergangenen zehn Jahren hatten sich die bundesdeutschen Behörden mit einer Schein-Lösung des Entsorgungsproblems beholfen. Die 1980 verabschiedeten »Grundsätze zur Entsorgung von Kernkraftwerken« sahen als vorrangige Option einer »schadlosen Entsorgung« die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennstäbe vor. Schließlich sollte der verbleibende Atommüll (mit höherem Volumen) in einem Salzstock, angepeilt war Gorleben, endgelagert werden, während der wiederaufgearbeitete Brennstoff zurück in die Reaktoren sollte. Die WAA in Wackersdorf und das Endlager Gorleben waren zwar nur geplant, aber ihre rechtzeitige zukünftige Verfügbarkeit wurde von der Verwaltung fraglos akzeptiert. Nach der Vereitelung der WAA in Wackersdorf und der Ankündigung der rot-grünen Koalition in Niedersachsen, die Endlagerpläne für hochaktiven Müll in Gorleben zu torpedieren, war der Entsorgungsschein der vergangenen 10 Jahre auch öffentlich diskreditiert. Die bundesdeutsche Atomentsorgung lag im Koma - Senatorin Schreyer war couragiert genug, dieses Koma amtlich festzustellen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Nachdem eine Atomverwaltung amtlich gemacht hat, daß es keine Entsorgung für den bundesdeutschen Atommüll gibt, liegt die Konsequenz auf der Hand. Eine Produktion, die nicht weiß, wohin mit ihren Abfallstoffen, muß geschlossen werden.

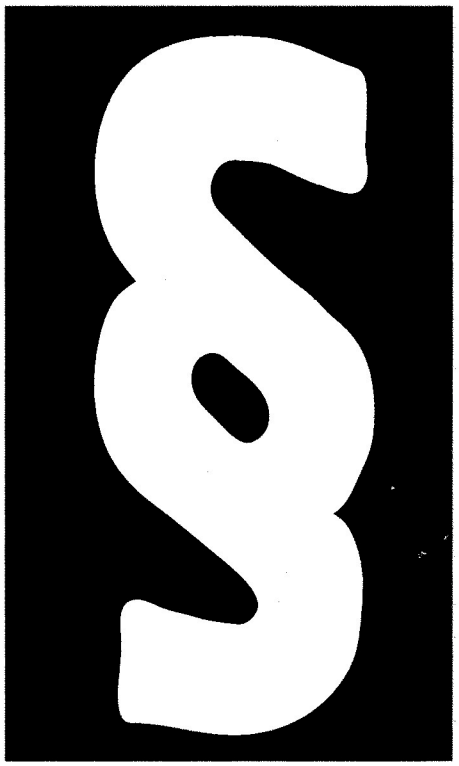
Dieser Zusammenhang - und nicht die Auseinandersetzung um hundert Millionen an Forschungsgeldern und 500 Arbeitsplätze - ist das Politikum im Berliner Streit um den HMI-Reaktor. Doch diese Konsequenzen Schreyers Entscheidung geriet in der personalisierten Auseinandersetzung zwischen »König Momper« und der AL-Senatorin fast völlig in den Hintergrund.

Zur Erinnerung: Einen Konflikt um die Genehmigung des HMI-Reaktors hatte es schon in den Koalitionsverhandlungen zwischen AL und SPD gegeben. Das Ergebnis: Der Umweltsenat als Genehmigungsbehörde sollte »nach Recht und Gesetz« das Genehmigungsverfahren durchführen und die bis 1989 aufgekommenen Zweifel an der Reaktorsicherheit von unabhängigen Sachverständigen erneut prüfen lassen. Das magere Verhandlungsergebnis hätte vermutlich (auch) bei der zuständigen AL-Senatorin nicht ausgereicht, um den Reaktor zu kippen und der AL eine weitere Niederlage beschert. Geholfen hat schließlich der Verzicht der Energiewirtschaft auf die WAA und der rot-grüne Wahlsieg in Niedersachsen.

Trotzdem hatte Momper mit der Unterstützung der SPD-Forschungssenatorin Riedmüller im Senat versucht, Schreyer zu verpflichten, den Reaktor zu genehmigen. Andernfalls werde ihr die Kompetenz entzogen, drohten die Genossen. Wie schon 1987 in Hessen, schien die SPD auch die rot-grüne Koalition Berlins an der Atomfrage platzen lassen zu wollen.

Doch nach einer Wochenendkrisensitzung mit der SPD-Fraktion steckte Momper zurück - nicht ohne die Dimension des Konflikts zu verschleiern. Es handele sich um einen »begrenzten Konfliktfall um unterschiedliche Rechtsauffassungen«. Der regierende Bürgermeister schwenkte damit auf die Linie seiner Fraktion ein.

Verantwortlich für den Sinneswandel der SPD und ihres regierenden Bürgermeisters



Der juristische Pfad zum Ausstieg

Im Reaktorstreit sind die politischen Prügel, die die Berliner Genossen Ende Juli, Anfang August bezogen haben. Im Forschungsausschuß des Berliner Abegeordnetenhauses erhob der Justiziar der Justizverwaltung »erhebliche Bedenken« gegen Mompers Versuche, Schreyer die alleinige atompolitische Kompetenz zu entziehen - eine Rechtsauffassung, der sich im Laufe der Woche auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen in Berlin anschlossen. Der Kieler Atomminister Günther Jansen rüffelte die Berliner Genossen, mit der Erlaubnis zur Wiederaufarbeitung, wie sie im Vertrag des HMI mit Dounray vorgesehen sei, würden sie den Entsorgungskonsens der SPD regierten Länder, nämlich das Drängen auf die direkte Endlagerung, unterlaufen.
Für schlimmer noch hielt besonders die berliner SPD-Fraktion die Frage der Wahlarithmetik. Die Fraktion war der Meinung, daß die Genehmigung gegen Schreyers Willen und damit ein mögliches Ende der Koalition nicht opportun sei. »Die SPD müßte mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn sie der AL hier den Fanfarenritt aus der Koalition erlauben würde«, soll ein ungenannter SPD-Parlamentarier in der entscheidenden Fraktionssitzung mit Momper bemerkt haben. Das Kalkül: Nach der Rechts-Links-Polarisierung in Westberlin seien die zwei Prozent, die die AL als »harte« Anti-Atompartei am linken Rand der SPD gewinnen könnte, von den Genossen rechts nicht zurückzuholen.
Ergänzt wurden die politisch taktischen Motive durch die offensichtlich mangelhafte Qualität der als Entsorgung für die abgebrannten HMI-Brennstäbe vorgesehenen Atomanlage Dounray. Der Kieler SPD-Energieminister Jansen rüffelte die SPD-Genossen, Dounray an der schottischen Nordküste sei als Entsorgung »zweifelhaft«. Gegen Transport, Lagerung und Wiederaufarbeitung dieses Atommülls in Dounray protestierten zudem die Umweltminister in Norwegen, Island und Dänemark. Greenpeace beschuldigte Momper gar, »die radioaktive Verseuchung der Nordsee und der Umgebung von Dounray« sei ihm gleichgültig. Der Dachverband atomfreier Kommunen (Nuclear Free Zone Scottland) flog eigens vier Vertreter nach Berlin, um dem Senat die Ablehnung der HMI-Atommüll ans Herz zu legen. Dem Dachverband gehören 35 Gemeinden mit über 90% der schottischen Bevölkerung an.
1987 hatte das Umweltmagazin »Natur« vor der Anlage in Dounray gewarnt. Zwischen 1975 und 1985 zählten die Kontrolleure über 2.000 Störfälle. Zweimal, Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre, sei sogar ein ganzer 220 cm langer hochradioaktiver Brennstab verloren gegangen. Und selbst im Normalbetrieb ließ Dounray 1985 125.000 Kubikmeter flüssigen Atommüll in die Nordsee. Die Umweltbelastung durch Dounray faßte »Natur« damals so zusammen: »Im Dunstkreis der Atomfabrik Dounray ist praktisch alles radioaktiv: Meer und Luft, Seegetier und Strand, Bussitze und Straßen. Und ein Großteil der Arbeiter pinkelt Plutonium.«

Hermann

Endlich ist zum ersten Mal eine Betriebsgenehmigung wegen fehlenden Entsorgungsnachweises abgelehnt worden!
Dabei folgt die Argumentation des Bescheides im wesentlichen der »herrschenden Meinung« (»h.M.«) und umschifft dennoch das Dictum Töpfers, daß sechs Jahre Zwischenlagerung für den Entsorgungsnachweis nach §9a Atomgesetz (AtG) ausreichend seien.
Doch zuvor sei kurz skizziert, welche anderen HMI-Verfahren uns in diesem Jahr beschäftigen.

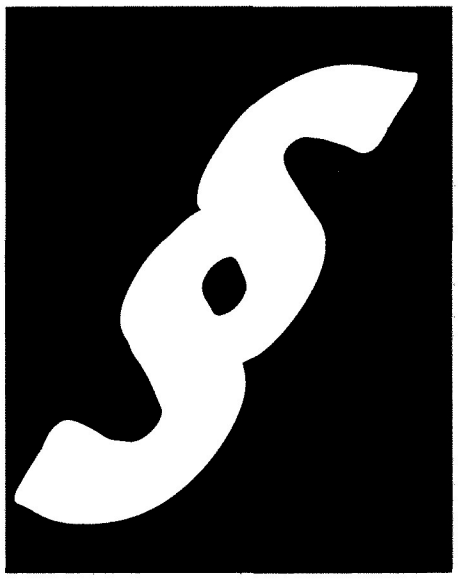
1. Der verlorene Prozeß gegen die Errichtungsgenehmigung

Am 6. Juni 1990 mußten die Berliner eine Schlappe vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) hinnehmen: Die Klage, mit der sich die Anwohner des Hahn-Meitner-Instituts seit vier Jahren gegen den Ausbau des Reaktors zur Wehr setzten, wurde abgelehnt. Die Errichtungsgenehmigungen des damals noch zuständigen CDU-Wirtschaftssenators seien fehlerfrei erteilt worden.
Der Prozeß drehte sich vor allem um die Auslegung der Anlage, nur nebenbei, im Rahmen des sog. vorläufigen positiven Gesamturteils, wurde die Entsorgung verhandelt. Im Vordergrund stand das fehlende Containment des Forschungsreaktors, die unzureichende Überprüfung des Baugrunds (just zwei Tage vor Verhandlungsbeginn wurden zwei Granaten aus dem zweiten Weltkrieg auf dem Gelände gefunden), die Anwendbarkeit des 30-mrem-Konzepts (§ 45 Strahlenschutzverordnung (StSchVO) und der übliche Rest wie Rohre, Stopfen und Ventile.
Ungewöhnlich war der Verhandlungsauftakt: Die Vertreter der inzwischen zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz erklärten, daß sie die Genehmigung zum damaligen Zeitpunkt nicht erteilt hätten! Doch von solchen Einsichten ließ sich das OVG nicht beirren: rein formal stellte das Gericht nur auf den Zeitpunkt der damaligen Behördenentscheidung ab. Den zahlreich erschienen Technikern des HMI's gelang es alsbald die Bedenken der Kläger zur unzureichenden Auslegung der Anlage vom Tisch zu wischen, da sie ohne eigene Sachverständige erschienen waren. Ebenso schnell wurde das Gericht mit der inzwischen offenen Entsorgungsfrage fertig. Denn 1986 hatten noch die USA dem HMI die abgebrannten Brennelemente ohne Rücknahmeverpflichtung (!) abgenommen und ließen sie in der militärisch genutzten Wiederaufarbeitungsanlage Savannah River verschwinden. Die allerdings ist seit Oktober 1989 geschlossen. Da aber maßgebend auf die Entscheidungslage im Jahr 1986 abzustellen sei und Entsorgung im Rahmen des vorläufigen positiven Gesamturteil »nur möglich erscheinen«, nicht aber nachgewiesen sein muß, beließ es das Gericht bei der Feststellung, die damalige Behörde »habe nicht ermessensfehlerhaft entschieden« ...
Doch wer hätte etwas anderes von einem Gericht erwartet, das Radionucleide mit Pistolenkugeln vergleicht. Richter Columbus: Die zukünftige erhöhte Strahlenbelastung verhalte sich zum 30-mrem-Grenzwert doch so, wie ein verringerter Sicherheitsabstand bei einem Schießstand. Dort sei es ja auch egal, ob der Abstand zu den benachbarten Häusern von 1000 auf 800 m verringert werde, wenn die Kugeln nur 500 m weit fliegen können. Genauso verhielte es sich mit dem Ausbau des HMI. Solange der Grenzwert von 30 mrem nicht überschritten werde, sei

eine erhöhte Strahlenbelastung doch ungefährlich. Soweit zum Strahlenminimierungsgebot.
Noch Fragen?

2. Das nachgeschobene Beteiligungsverfahren

Noch im Juni, kurz nachdem das OVG über die Genehmigungen entschieden hatte, rang Umweltministerin Schreyer der SPD-Fraktion eine Beteiligung der betroffenen DDR-BürgerInnen ab. Im Koalitionsgerangel blieb allerdings von der geforderteten förmlichen Beteiligung nur ein informelles Verfahren übrig. Die DDR-BürgerInnen durften zwar Akteneinsicht nehmen und Einwendungen schreiben, aber ein Klagerecht bekamen sie nicht.



3.Die abgelehnte Betriebsgenehmigung

Unterdessen prüften Schreyers MitarbeiterInnen den Antrag des HMIs auf eine Betriebsgenehmigung. Da, wie gesagt, das HMI seit Oktober 1988 den Müll nicht mehr in die USA abschieben kann, mußte es nun einen Entsorgungsnachweis beibringen, ohne den die Behörde im Rahmen des ihr zustehenden Ermessens gemäß § 9a AtG keine positive Entscheidung fällen kann. Aber den konnte das Hahn-Meitner-Institut nicht beibringen.
Schreyer und ihre pfiffigen MitarbeiterInnen Biedermann und Arzt bereiteten die Ablehnung vor, indem sie in der Wochenendausgabe des *Tagesspiegels* vom 5. August 1990 ihre Rechtsauffassung ganzseitig darlegten. Hier erläuterten sie in Breite, warum der Müll des »kleinen« Forschungsreaktors schwerer entsorgbar sei, als der aus »normalen« Atomkraftwerken (dazu später) und warum die Entsorgungsbemühungen des HMIs nicht den Anforderungen des § 9a des AtG entsprechen. Abgesehen davon ist dieser Paragraph mit dem darin formulierten Vorrang der Wiederaufarbeitung vor der Endlagerung nach Wackersdorf endgültig veraltet.

Die am 10. August folgende amtliche Ablehnung (übrigens: zu beziehen bei der AL Pressestelle 030/25862398) ist denn auch damit begründet, daß dem § 9a Abs. 1 AtG nicht genügt worden ist, denn er stellt fest:
»Wer Anlagen, in denen mit Kernbrennstoffen umgegangen wird, errichtet, betreibt, sonst innehat, wesentlich verändert, stillegt oder beseitigt (...) hat dafür zu sorgen, daß anfallende radioaktive Reststoffe (...)
1. den in § 1 Nr.2 bis 4 bezeichneten Zwecken entsprechend **schadlos verwertet** werden oder,
2. soweit dies nach Stand von Wissenschaft und Technik nicht möglich, wirtschaftlich nicht vertretbar oder mit den in § 1 Nr.2 bis 4 bezeichneten Zwecken unvereinbar ist, als radioaktive Abfälle **geordnet beseitigt** werden.«

»Unzureichende Verwertung« und die »nicht mögliche Endlagerung« sind damit Schlüsselworte der Ablehnungsentscheidung.

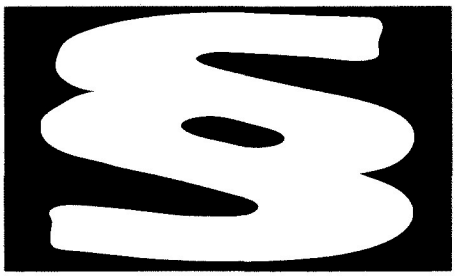
Zur Verwertung

Im Ablehnungsbescheid stellt Schreyer fest, daß das »Verwertungsgebot« nach § 9a AtG nicht nur »Wiederaufarbeitung«, sondern auch »Rückführung in die Reaktoren« meint: und zwar beides »schadlos«.
- Damit steht fest, daß allein ein Nachweis über eine mögliche Wiederaufarbeitung (WA) in Dounreay nicht ausreicht. Mag das HMI sich in dem Vertragsentwurf mit der UKAEA auch die Option einräumen lassen, nach der WA zu entscheiden, ob das wiederaufbereitete Material in dem BER II wiedereingesetzt oder verkauft wird. Diese in ferne liegende Möglichkeit ist aber kein Rückführungsnachweis, zumal physikalisch ungeklärt ist, ob die wiederaufbereiteten Brennelemente recyclebar sind.
- Außerdem muß die Wiederaufbereitung schadlos sein. Daß daran grundsätzlich Zweifel bestehen, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Wesentlich ist, daß Schreyer sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Wiederaufbereitung auch im Ausland »schadlos« sein muß und dies der Überprüfung der Genehmigungsbehörde unterliegt. Mit einer schadlosen WA in Dounreay ist nicht zu rechnen.

Das hätte an sich für die Ablehnung schon ausgereicht. Stattdessen setzt Schreyer noch einen drauf:

Zur Endlagerung (beamtendeutsch: »geordnete Beseitigung«)

Angenommen der Müll würde in Dounreay wiederaufbereitet, dann müßte das HMI laut § 9a Abs.1 Nr.2 AtG nachweisen, daß die Reststoffe »geordnet beseitigt werden«.
- Das fassen die Grundsätz zur Entsorgung von Kernkraftwerken (GEK) von 1980 präziser. In GEK II 2.2.2. b) heißt es:
Der Entsorgungsnachweis ist zu konkretisieren
»durch die Vorlage von Verträgen mit ausreichend ausgestatteten Vertragspartnern (...)
- zur Wiederaufarbeitung im Ausland mit der Verpflichtung, die erzeugten Abfälle, sofern sie in die Bundesrepublik zurückgeliefert werden sollen, erst zu einem Zeitpunkt zurückzuliefern, zu dem ihre sichere Behandlung und Beseitigung gesichert ist (...)«
Im Klartext: Solange es keine Endlagerung im Inland gibt, soll es auch keine Wiederaufbereitung mit Rücknahmeverpflichtung im Ausland geben.
- Nun spricht aber GEK II 2.2.1. von einem ausreichenden Nachweis einer sechsjährigen Zwischenlagerung.
Diesen Einwand entkräftet Schreyer mit folgenden Argumenten:
»Da die GEK im technischen Bereich für Leichtwasserreaktoren (LWR) ausgelegt sind, können sie auf die in dem BER II verwendeten Brennelemente (BE) der Art »MTR« nicht unmittelbar angewendet werden. Im Gegensatz zu Leichtwasserreaktoren mit einem Anreicherungsgrad von 2-4%, haben MTR-Brennelemente 98%. Die internationale Atomenergie Agentur (IAEO) betrachtet Uran mit einem Anreicherungsgrad von mehr als 20% als waffentauglich. Damit ist das Uran aus den Brennelementen »bestes waffentaugliches Material«. An die Lagerung dieses Materials müssen höhere Ansprüche gestellt werden.
Außerdem haben MTR-BE einen wesentlich höheren absoluten Abbrand als BE aus LWR; das ist die thermische Energiemenge, die in einer Tonne Brennstoff durch Spaltung von Uran-235 freigesetzt wird.«
Schreyer sagt ausdrücklich, daß sie eine sechsjährige Zwischenlagerung nicht für eine »Entsorgung« im Sinne des § 9a Abs.1 Nr.2 AtG hält, wenn nichtmals Anhaltspunkte für eine Beseitigung vorliegen. Daran ändert dann auch nichts, wenn das HMI einen Verbleib für 29 Jahre in Dounreay nachweisen kann.
Ob die GEK von 1980 heute noch die Länder binden könnte, scheint überdies zweifelhaft, da sie noch auf dem sog. »integrierten Entsorgungskonzept« basierten, von dem sich die Bundesregierung spätestens 1985 mit der einseitigen Festlegung auf die Wiederaufarbeitung gelöst hat.



Soweit zur juristischen Argumentation, mit der Schreyer dem Hahn-Meitner-Institut die Betriebsgenehmigung versagt.
Daß sich hinter all dem **zum einen** der Streit um die Prioritäten des § 9a AtG (Wiederaufbereitung und Entsorgung), **zum anderen** das Gerangel um die Neufassung der Entsorgungsgrundsätze (GEK; 1980) zwischen Bund und Ländern und **schließlich** der Kampf um Gorleben verbirgt, wird jeder/m klar sein.

Chr.

Atomzentrum Dounreay, Foto: Natur

WAA Dounreay

Atomgrab für Europa?

Weil das Uranangebot nach dem Zweiten Weltkrieg knapp war, trieb Großbritannien die Brüterentwicklung voran. 1953 wählte die Regierung Dounreay an der schottischen Nordküste als Standort für den ersten britischen Brüter. Dounreay lag weit genug von der nächsten größeren Stadt entfernt, sodaß mann wenige Opfer erwartete, wenn es trotz »niedriger Wahrscheinlichkeit zu einer Explosion kommen sollte«. Und Dounreay lag an der offenen See, sodaß mann wie in Windscale/Sellafield das radioaktive Abwasser direkt ins Meer pumpen konnte.
1955 wurde der Standort eingeweiht, 1958 ein Forschungsreaktor (DMTR) und 1959 der erste britische Brüter (DFR - 60 MW Leistung) fertiggestellt. 1974 folgte der Prototyp eines neuen Brüters (PFR) von 250 MW und wurde in Betrieb genommen.
Dounreay wurde außerdem mit zwei WAAs für den Brütermüll (1960 und 1979) ausgestattet. Die neuere WAA hat auch Verträge mit dem Kernforschungszentren Karlsruhe und dem Kalkar-Betreibern. **Interessant für den Müll des HMI und der PTB in Braunschweig: Die Anlage verfügt über eine dritte, dreißig Jahre alte, 1990 modernisierte Extra-WAA für abgebrannte hochangereicherte Brennstäbe aus Forschungsreaktoren. Diese WAA war schon bis 1972 »Entsorger« für diverse europäische Forschungreaktoren, verlor aber die Verträge dann an die USA.** Eine 1989 in Betrieb genommene Konditionierungsanlage darf bisher nur »intermediaten« (d.h. hochradioaktiv ohne Wärmeentwicklung) Atommüll aus Dounreay verarbeiten.

In Wirtschaftlichen Nöten

Die Britische Atomenergiebehörde (UKAEA) forciert die Nutzung der modernisierten Forschungsmüll-WAA, weil für die Gesamtlage in Dounray die staatliche Finanzierung auszulaufen droht und eine Eigenfinanzierung gesichert werden muß.
Großbritannien hat sein Brüterforschungsprogramm in Dounray, für das bis 1988 Jahr für Jahr über 100 Millionen Pfund Sterling ausgegeben wurde, zusammengestrichen und will sich in Zukunft nur noch an der gemeinsamen europäischen Brüterforschung beteiligen. Die Brüterforschung war aber in den vergangenen Jahren die einzige verbliebene Existenzberechtigung für die 1986 teilprivatisierte UKAEA.

Im Oktober 1989 erhielt die UKAEA zwar eine Vorgenehmigung für eine neue Brüter-WAA. Die zur Privatisierung anstehende Energieindustrie scheint aber nicht gewillt, die verlangt größere Beteiligung an einem Brüterprogramm zu leisten. Und nur wenn in Europa in den nächsten Jahren ein neuer Brüter gebaut werden sollte, könnte Dounreay in die Wiederaufarbeitung für diesen europäischen Brüter einsteigen. Das verzweifelte Dounreay-Management sieht sich seitdem auf dem Entsorgungweltmarkt nach neuen Möglichkeiten zur Auslastung und Aufrechterhaltung seiner Anlage um. Der Müll von 51 Forschungsreaktoren wurde für die modernisierte Spezial-WAA ins Auge gefaßt - australischer und deutscher Atommüll (HMI und die PTB in Braunschweig) soll bis zu 600 Jobs retten ...

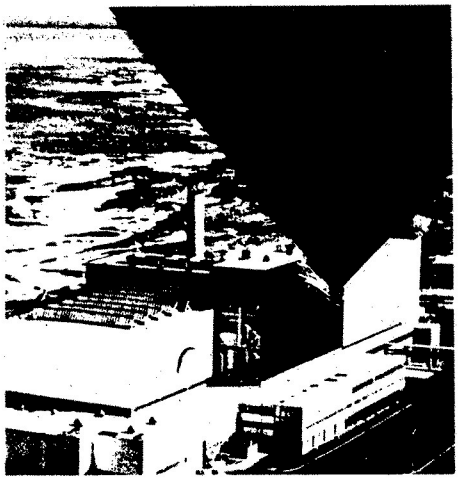
Dounreay als Europäisches Endlager

Anfang der achtziger Jahre ließ die britische Regierung das erste Mal der Suche nach einem Endlager in den zerklüfteten Granit unter Dounreay bohren. Die Regierung gab die Suche wegen der politischen Opposition auf. Die von der Atomindustrie getragene Nirex versuchte später für die Regierung Standorte zu finden und kam zu dem Schluß, den niedrig- und mittelradioaktiven Müll an bestehenden Standorten endzulagern. Dabei erscheint der Granitfels unter Dounreay trotz aller Klüfte sicherer als der Boden unter Sellafield. 1990 erhielt Nirex die Bohrerlaubnis in Dounreay vom Schottlandminister. Bei einer Entscheidung für Dounreay würde es für die Atomindustrie

Sinn machen, daß »Entsorgungszentrum« mit Endlager auch für hochradioaktiven Müll nach Dounreay zu verlegen. Sollte es in den nächsten Jahrzehnten zu einer weitgehenden politischen Vereinigung Europas kommen, hätte mann in Dounreay am äußersten Zipfel Europas ein vortrefflich gelegenes Europöisches »Entsorgungszentrum« - auch für die deutsche Atomindustrie.

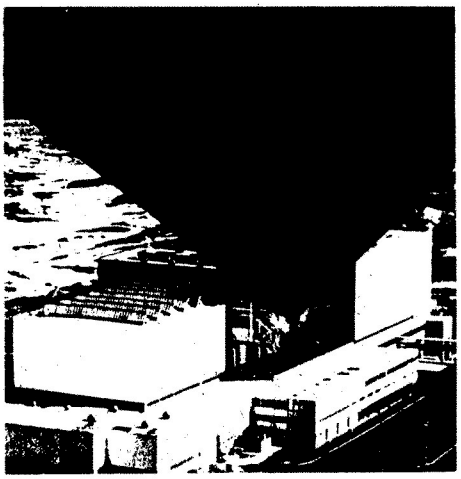
Anlagensicherheit

In Dounreay hat es eine Reihe von Unfällen gegeben, darunter verschwundene Brennstäbe und Explosionen. Die Anlage ist um nichts sauberer als Sellafield. Zudem gibt es Hinweise, daß in Dounreay »coprocessing«, d.h. die gemeinsame Aufarbeitung von militärischem und zivilem Atommüll betrieben worden ist und damit auch mit ausländischem Atommüll betrieben werden könnte.Rund um Dounreay hat es erhöhte Raten von Leukämie bei Kindern gegeben. Die Betreiber bestreiten aber weiterhin jeden Zusammenhang.



Der Dounreay-Faktor

Dounreay ist der größte Arbeitgeber in diesem Teil Schottlands. Die Mehrheit der Bewohner ist von der Anlage abhängig, die Mitte der achtziger Jahre 2.100 Jobs bereitstellte. Heute sind es etwa 1.800 und bis zum Jahr 2000 könnte die Zahl der Jobs auf einige hundert sinken, wenn keine neue Nutzung gefunden wird. Die Gewerkschaften in Dounreay sind zwar nicht glücklich über ausländischen Atommüll, bestreiten aber jeden Zusammenhang mit der möglichen Wahl als Endlager. Die Lokalpolitiker und Behörden stehen nicht mehr bedingungslos hinter der Anlage. Forschungs-und Entwicklungsarbeiten werden weiter gutgeheißen, aber auswärtigen Atommüll und die Bohrungen lehnt mann ab.
Die lokalen Kompetenzen sind allerdings sehr beschränkt. Die Lokalbehörden können zwar Erweiterungen und Veränderungen der Anlage ablehnen, eine solche Ablehnung kann aber vom Schottlandminister der Regierung rückgängig gemacht werden, wie zuletzt bei der Erlaubnis für Endlagerprobebohrungen geschehen.



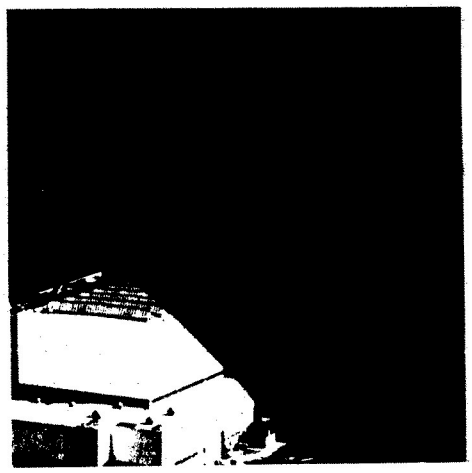
Für die Lagerung und Aufarbeitung des deutschen Forschungsmülls sind keine unmittelbaren Veränderungen notwendig. Mitteifristig werden eine Vitrifikation und neue Abklingbecken gebraucht werden. Doch hat der Schottlandminister auch hier das letzte Wort.

Verbündete

Verbündete im Kampf gegen die Verbringung des deutschen Atommülls nach Schottland können die britischen und holländischen Hafenarbeitergewerkschaften sein. Sie haben schon früher die Verklappung von Atommüll auf hoher See und den Transport von Atommüll auf Passagierfähren verhindert. Solche Aktivitäten werden allerdings durch die schwächer werdende Organisation der britischen Hafenarbeiter und den fertiggestellten Kanaltunnel langfristig unterlaufen werden können.
Die deutsche Anti-Atom-Bewegung sollte alles daran setzen (jawoll d. setzerin!), die Verbringung von Atommüll nach Dounreay zu verzögern. Gleichzeitig sollte weiter versucht werden, die Zwischenlagerung im Ausland für ungesetzlich erklären zu lassen. Wenn der Müll einmal in Dounreay ist, dann wird er wahrscheinlich aufgearbeitet und es ist unwahrscheinlich, daß er zurückkehrt.

Ian

(Literaturangaben und Hintergrund beim Anti-Atom-Büro Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30)



Atommüll soll nach Schottland

Braunschweig (lni/Th)
Der radioaktive Abfall des Forschungsreaktors der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig soll im schottischen Dounreay zwischengelagert und dort wiederaufgearbeitet werden. Dies ist nach Angaben der PTB vom Montag vertraglich vereinbart worden. Der Vertrag sei bereits am Freitag von der Bundesanstalt unterzeichnet worden, teilte Reaktor-Betriebsleiter Hein-Jürgen Kriks mit. Er rechne nicht mit einer Stillegung des Forschungsreaktors. Es sei nicht richtig, daß der Reaktor jahrelang am Atomgesetz vorbei gearbeitet habe.
Nach Ansicht des PTB-Betriebsleiters gelten die Grundsätze für die gesicherte Entsorgung radioaktiver Abfälle aus dem Jahre 1980 nur für Kernkraftwerke, nicht aber für kleine Forschungsreaktoren. Als seit Ende 1988 „verbindliche Verträge mit den USA" platzten, sei zwischenzeitlich eine gesicherte Entsorgung für den 1-Megawatt-Reaktor nicht gegeben gewesen, räumte Kriks ein.
Das Umweltministerium in Hannover untersucht derzeit, ob Fragen der Entsorgung seinerzeit bei der Genehmigung des Forschungsreaktors vernachlässigt wurden. Atommüll ins Ausland zu exportieren, sei keine Lösung, sagte die Sprecherin des Umweltministeriums, Barbara Mussack. Zudem sei die Anlage in Schottland bekannt für hohe Emissionswerte und eine Vielzahl von Störfällen, der Strahlenschutz sei unzureichend.

Hannoversche Allgemeine, 11.9.90

Standorte

Krümmelstörfall:

Am Montag, dem 23.Juli 1990 wurde das Atomkraftwerk Krümmel wegen eines schweren Störfalls abgeschaltet. Es war die erste Betriebsstörung in Krümmel, die vom schleswig-holsteinischen Energieministerium in die Kategorie S (Sofortmeldung) eingestuft wurde. Die Betreibergesellschaft HEW beharrte allerdings darauf, daß der Störfall lediglich in der Kategorie,N einzustufen sei.
Bei dem Störfall gelangten ca. 200 Kubikmeter mit radioaktivem Tritium belasteten Kühlwasser ins Erdreich. Das Leck in einer unterirdischen Kühlleitung wurde einige Tage später gefunden. Es handelt sich nach Angaben aus dem Kieler Ministerium um ein fünfmarkstückgroßes Loch, das durch Korrosion entstanden war. Das Wasser stammt aus einem Zwischenkreislauf zur Kühlung von Maschinen außerhalb des Reaktorzentrums. Tritium wird in Kraftwerken - nicht nur in Atomkraftwerken - in kleinen Dosierungen in die Kühlleitungen der großen Generatoren gegeben, damit Leckagen per Sonde schnell erkannt werden können. Bei unterirdischen Leitungen macht das allerdings keinen Sinn. Die Herkunft des Tritiums ist nach wie vor ungeklärt. Aus dem Primärkühlsystems des Reaktors kann es nicht stammen, da man in diesem Falle Gammastrahlung hätte feststellen müssen. Inzwischen ist das AKW Krümmel wieder am Netz - leider!

Hanau:

Die Kettenreaktion Hanau organisiert am 6.September eine gewaltfreie Blockade vor den Siemens-Brennelementfabriken in Hanau. Die Aktion soll den Blick auf die Opfer von Tschernobyl lenken und die Verantwortlichen und Täter benennen, die Atomkraftwerke in aller Welt mit Brennelementen versorgen.

Kontakt:
Kettenreaktion Hanau c/o U.Kerntke, Zeißelstr.10 in 6 Frankfurt/M Tel.069/ 5961707

Hamm-Uentrop: Presseerklärung zu den Problemen bei der Stillegung des THTR

Fast ein Jahr nach der endgültigen Abschaltung des Hochtemperaturreaktors haben weder die HKG noch die Landes- und Bundesregierung ein Konzept vorzuweisen, wie die Stillegung dieses Reaktors aussehen soll. Es ist ein Skandal, daß keinerlei ausgereifte Pläne existieren, die den vielbeschworenen sicheren Einschluß des radioaktiven Materials für Jahrtausende gewährleisten. Die Bürgerinitiativen sind der Meinung, daß es keine sichere Lösung geben kann. Jedoch müssen die Verantwortlichen im Interesse der Bevölkerung nach der am wenigsten schädlichen Alternative suchen. Es gibt im wesentlichen zwei Problemkreise, die wir im folgenden vorstellen:
1. Die radioaktiven Kugelbrennelemente werden zum Teil im Core belassen und der Rest im kraftwerksinternen Lager untergebracht.
Vorteile: der Reaktor ist besser gegen Flugzeugabsturz gesichert als die Transportbereitstellungshalle oder das Zwischenlager in Ahaus.
Nachteile: Der THTR wird nicht endgültig stillgelegt, sodaß die Möglichkeit für eine zukünftige Wiederinbetriebnahme oder Forschungsexperimente offengehalten wird. Durch den Verbleib von radioaktiven Brennelementen im Reaktor sind Störfälle durch Rekritikalität weiterhin möglich. Brand oder Wassereinbruch sind nicht auszuschließen. Für das Core besteht die Gefahr eines langsamen Aufheizstörfalls, da eine ausreichende Kühlung unter Umständen nicht mehr gewährleistet ist. Teile des Sekundärkühlsystems sind bereits konserviert. Es bestehen Zweifel, ob die Kühlung über den Liner ausreichend zuverlässig ist.
2. Die Brennelemente werden vollständig aus dem Core entnommen und außerhalb des Reaktors gelagert. Hieraus ergeben sich folgende Probleme:
- Die Entnahme der Brennelementkugeln dauert ca. 1 Jahr, da lediglich 1.000 Kugeln in der Stunde entnommen werden können. Damit der Reaktor bei der Ausschleusung der Kugeln unkritisch gehalten werden kann, muß ein spezielles Corestabfahrprogramm entwickelt werden. Dabei besteht die Gefahr, daß die Stäbe verbiegen und nach innen gedrückt werden.
- Ca. 2.000 Brennelementkugeln sollen laut Betreiber in eine "Kanne" gefüllt werden. Diese werden in Castorbehälter eingelagert, welche nur eine einzige Sicherheitsbarriere haben. Die technischen Möglichkeiten für eine Verbesserung und Weiterentwicklung der Castorbehälter bestehen heute schon, wurden aber aus finanziellen Gründen nicht genutzt. Es kann nicht sichergestellt werden, daß das enorm hohe radioaktive Potential für viele Jahrtausende sicher von der Biospäre ferngehalten werden kann. Die Castorbehälter sind nur für 30-40 Jahre ausgelegt.

Sowohl in Ahaus als auch in Gorleben kann für uns eine Endlagerung der THTR Brennelemente - aus sicherheitstechnischen Gründen - nicht akzeptiert werden. Die Auslegung des Lagers in Ahaus kann bei einem großen Unfall nicht sicherstellen, daß die Nachzerfallswärme in geregelter Form abgeführt wird und die Freisetzung radioaktiver Stoffe über die Höchstgrenzen der Strahlenschutzverordnung hinaus verhindert wird. Diese Gefahr wird erhöht durch die Tatsache, daß sich das Lager unter einem militärischen Tiefstfluggebiet befindet. Auch eine sichere Einlagerungsmöglichkeit gibt es nicht. Vielmehr wachsen die Bedenken gegen den vorgesehenen Standort in Gorleben immer mehr.

Die Frage, welches die am wenigstens schädliche Alternative darstellt, ist für die Bürgerinitiativen nicht zu beantworten. Die Betreiber sowie die Landes- und Bundesregierung müssen ihre Konzepte endlich auf den Tisch legen. Eine genauere Kenntnis über den jetzigen Zustand des Reaktors und die offiziellen Lösungsvorstellungen sind notwendig. Es ist zu befürchten, daß sich die Verantwortlichen für die billigste Lösung entscheiden wollen, weil sie die Sicherheit der Bevölkerung als zweitrangig ansehen. Um dies zu verhindern, werden die Bürgerinitiativen engagiert die Stillegungsdiskussion verfolgen und die Beteiligung auch von anerkannten Wissenschaftlern - z.B. Öko-Institut Darmstadt - fordern.

BI "THTR stillegen"
Bürgerinitiative Umweltschutz
Hamm, Postfach 1242, 4700 Hamm

Standortberichte auf der deutsch-niederländischen Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland (EuKo):

BEZ Ahaus:

Mitte Juni fand in Ahaus ein Erörterungstermin statt, bei dem es um die Einlagerung von abgebrannten Brennelementen aus dem THTR Hamm-Uentrop in das BEZ Ahaus ging. VertreterInnen der BI Rheine und der WigA (Widerstand gegen Atomanlagen) Münster berichteten: Hauptergebnis ist, die Erörterung muß wiederholt werden, da die NiederländerInnen nicht korrekt eingeladen wurden. Neuer Termin wird im September sein.

UAA Gronau:

Entgegen allen anderslautenden Gerüchten hat sich der AKU nicht gespalten. Im Gegenteil: Aus Anlaß der 5 jährigen Inbetriebnahme der UUA organisiert der AKU am 2.September eine Aktion mit Luftballon usw. Einige munkeln, es handele sich um den **50zigsten Sonntagsspaziergang**, aber nichts genaues weiß man nicht, auch nicht die atom.
Demnächst ist mit der Genehmigung der Inbetriebnahme mit einer Kapazität von 530 statt bisher 400 tonnen pro Jahr zu rechnen. Der AKU Gronau will versuchen, die "organisierten Ärztinnen gegen Atom" in Nordrheinwestfalen und Niedersachsen für den Widerstand zu gewinnen.

Kontakt:
AKU Gronau, Viktoriastr.4 in 4432 Gronau

Doch halt: wir wissen dank der vorzüglichen Pressearbeit des AKU Gronau doch was genaueres: Am Sonntag dem 2.9.90 versammelten sich ca. 50 Personen - darunter auch einige Kinder - zum 50. Protest - Sonntagsspaziergang an der Gronauer Atomfabrik UAA. Luftballon und Postkartenaktion sollen Findern derselbigen zeigen, daß sie in einer möglichen Abluftfahne der Anlage wohnen. Nähere Informationen gibt es bei einer zweiten Kontaktadresse:

AKU Gronau, Siedlerweg 7 in 4432 Gronau.

Außerdem bringt der AKU eine **eigene Zeitung heraus, die "Löffelente"**, in der ausführlichere Informationen zu finden sind. Auch hier noch die **Kontaktadresse:**

AKU Gronau, Löffelente
Wolfgang Leuders, Tannenbergstr.61 in 4432 Gronau.

Lingen:

ANF: Die Euratom hat ANF unter eine viermonatige Zwangsaufsicht gestellt. Die Überwachung beginnt am 15.August und beschränkt sich auf den nuklearen Umschlagsbereich. Zum ersten Mal seit Gründung der IAEO im Jahre 1957 hat die EG-Kommission damit eine Zwangsmaßnahme nach § 83 des Euratomvertrages verhängt. Aus diesem Grund wird das niedersächsische Umweltministerium vorerst keine Genehmigung für die geplante Betriebserweiterung (Trockenkonversion) erteilen. Eine Genehmigung wird daher frühestens 1991 erwartet. Diese Entscheidung ist vor allem auch ein Erfolg der Arbeit der Kiebitz-Fraktion und der BEgA. Diese hatten schon frühzeitig das Umweltministerium aufgefordert, die Erweiterungsgenehmigung, die ja unterschriftsreif vorliegt, angesichts der derzeitigen Verhältnisse bei ANF auf gar keinen Fall zu erteilen.

BEZ Ahaus:

Möglicherweise stehen Transporte von Brennelemente aus Hamm nach Ahaus bevor. Die Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH in Hamm besitzt mehrere funkelnagelneue sechsachsige Waggons der Gattung "Saimns" mit vierteiliger Haube, deren Einzelteile verschiebbar sind. Die Waggons sind 15 Meter lang und für den Transport von Brennelementbehältern für THTR-Kugeln bestimmt.
Aufschrift der Waggons: HKGmbH Siegenbeckstr.10, 4700 Hamm 1 Telex 0828884 Bahnhof Schmehausen, Ladegut: Transportbehälter und andere Güter.
Transportiert werden die Brennelemente in Behältern vom Typ CASTOR THTR-A, der 2.100 Kugeln fassen kann. Um die rund 675.000 Brennelementkugeln aus dem Reaktor nach Ahaus zu schaffen, müssen also mehr als 100 Waggons auf die Reise geschickt werden.
Ab August werden die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens zum Brennelementzwischenlager Ahaus erwartet und daher mit dem unmittelbaren Beginn der Einlagerung von THTR-Brennelementkugeln gerechnet. Es ist möglich, daß bereits die ersten Vorbereitungen laufen. Es ist daher wichtig, die Standorte und Bewegungen der HKG-Waggons genau im Auge zu behalten. Kontakt:

Anti-Atom-Büro, Am Oelpfad 25 in 4600 Dortmund 30 oder
Aktion gegen Atomanlagen Kamen/ Bergkamen, Lüner Höhe 2 in 4708 Kamen

Stade

Die Preußen-Elektra AG will das Atomkraftwerk Stade an der Unterelbe mitnichten stillegen, sondern am liebsten bis ins Jahr 2000 hinein betreiben, so Hermann Kremer, Vorstandsvorsitzender und einer der dienstältesten und ätzendsten Atomlobbyisten, den mensch hierzulande finden kann. In schöner Eintracht mit dem Stader CDU Bürgermeister und dem Stader Chemiewerk Dow Chemical sieht die Mafia den angekündigten Sicherheitsüberprüfungen durch die rot-grüne Koalition in Niedersachsen offensichtlich gelassen entgegen. Die Arbeitsplätze sinds mal wieder. Dow Chemical nimmt allein 400 der 650 Megawatt Atomstrom aus dem Stader AKW ab und scheint dabei gerne über Versprödungen im AKW hinwegzusehen. Die Einschätzungen vieler AKW-GegnerInnen, Stade solle sowieso stillgelegt werden, um der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Schröder-Regierung nicht unnötig zu reizen, könnte möglicherweise eine Fehleinschätzung gewesen sein.

Schwandorf/Wackersdorf:

Die Adresse Info-Büro "Freies Wackerland" in Altenschwand gibt es nicht mehr. Wir Oberpfälzer WiderständlerInnen wollen aber den Informationsaustausch, der über dieses Büro gelaufen ist, weiter führen. Ein Ziel ist es, die Kräfte, die sich seit dem Aus der WAA im Dornröschenschlaf befinden, wieder über bundesweite Aktionen zu informieren und zu aktivieren. Deshalb arbeiten wir weiter.
Wer Interesse an einem Infopaket (10.- DM) hat, wende sich an:

Anti-Atom-Büro-Oberpfalz
Kröblitz, Ziegelhütte 7
8462 Neunburg vorm Wald
09431-42454

Mühlheim Kärlich

Umweltminister Beth hat am 20.7.90 eine neue 1.Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für das Atomkraftwerk Mühlheim-Kärlich ausgesprochen. Hiergegen haben die Rechtsanwälte Wolfgang Baumann und Gerd Klöckner, die außer den Städten Koblenz, Bendorf und Bad Ems, den Verbandsgemeinden Rhens und Braubach, dem Rhein-Lahn-Kreis und dem Kreis Limburg-Weilburg auch fünf Privatklägerinnen und -kläger vertreten, unverzüglich die Klagen beim Oberverwaltungsgericht Koblenz eingereicht.
Weiterhin hat die RWE einen Antrag auf Sofortvollzug dieser 1.TEG gestellt, um trotz der anstehenden Klagen das AKW so schnell wie möglich wieder ans Netz zu bringen. Wird diesem Antrag stattgegeben, so werden die Anwälte dagegen ein Eilverfahren anstrengen.
Vor allem die Privatkläger brauchen dringend finanzielle Unterstützung, um den Klageweg durchstehen zu können. Spenden bitte auf das Konto Joachim Scheer, Konto-Nr.2500 Volksbank Lahnstein, BLZ 570 928 00. Jeder Betrag ist wichtig.

Kontakte:
Karin Schneider, Lossenweg 26 in 5413 Bendorf, Helga Battermann, Falkenhorst 7a in 5414 Vallendar, Christiane Hedemann, Friederichsbergerweg 1 in 5450 Neuwied 21 und Michael Meyer, Brunnenstr.2 in 5451 Ehlscheid.

Obrigheim

21 Jahre lang lief das Atomkraftwerk Obrigheim in Baden-Württemberg ohne atomrechtliche Genehmigung. Das entschied im Mai der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof. Eine Genehmigung zum Dauerbetrieb gibt es also bis heute nicht. Zur Zeit liegt das AKW still - solange, bis das Wirtschaftsministerium eine Dauerbetriebsgenehmigung erteilt habe oder das Bundesverwaltungsgericht entscheiden sollte, daß eine solche bereits vorliegt - so die Worte von Umweltminister Vetter. In Gang gekommen ist das Ganze 1987 durch die Wühlarbeit grüner Landtagsabgeordneter in den Genehmigungsunterlagen des Atomkraftwerks Obrigheim.
Nach der vorgezogenen technischen Revision wollen die Betreiber nun einen Antrag auf Wiederinbetriebnahme stellen. Insgeheim richten sie sich aber auch auf ein endgültiges Aus ein - über eine Änderung des Gesellschaftervertrages sollen die beteiligten Stromunternehmen auf eine finanzielle Beteiligung an den Stillegungskosten verpflichtet werden. Die hierfür atomrechtlich vorgeschriebenen Rücklagen belaufen sich auf 1,3 Milliarden. Angeblich sind aber erst 750 Millionen zurückgestellt. Ohne Widerstand wollen die Stromkonzerne ein mögliches Aus jedoch nicht hinnehmen. Wenn es doch so käme, soll die Schuld der CDU-Landesregierung gegeben werden mit entsprechenden Schadensersatzansprüchen. Betreiberanwalt Klaus-Peter Dolde sitzt schon in den Startlöchern und ist optimistisch. Schließlich hat er vor nicht gar so langer Zeit im berühmt-berüchtigten Nudel-Prozess der Landesregierung das Nachsehen gegeben und Birkel eine saftige Entschädigung aus der Steuerkasse verschafft.

Fessenheim: Die alltägliche Gefahr - täglich verdrängt.

Vom April bis September letzten Jahres dauerte die "10 Jahres-Inspektion" von Block I des AKW Fessenheim, dem ältesten von 30 französischen Reaktoren der 900 Megawatt-Linie. Dannach ging der Schrott-Reaktor wieder in Betrieb. Seit Februar diesen Jahres läuft die Inspektion des Block II. Es ist vorauszusehen, daß auch dieser Reaktor wieder angeschaltet wird, um "bis an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit" (Kraftwerkschef Bonnet) weiterbetrieben zu werden. Eine große Zahl von Störfällen, gravierende Konstruktionsfehler, die in internen Untersuchungen der Betreiber sogar benannt werden, sprechen eine andere Sprache. Fessenheim muß stillgelegt werden, Kommunen und die Stadt Freiburg müssen mehr unternehmen, um dies auch zu erreichen. Eine andere Energiepolitik muß her.

Kontakt:
Wolfgang Roos, Gäsle 4 in 7800 Freiburg Te.0761-442489
und Wyhl-Info-Zentrum c/0 Fabrik, Habsburgerstr.9 in Freiburg. Dort kann auch ein ausführlicheres Papier angefordert werden.

Schacht Konrad

Eine ausführliche Dokumentation vom Treffen der Bürgerinitiativen gegen Schacht Konrad vom 30.6. - 1.7.1990 in Hannover ist jetzt von der AG gegen HTR fertiggestellt worden. Gegen einen Unkostenbeitrag und Porto kann sie bezogen werden über:

AG gegen HTR, c/o BIU, Stephanusstr.25 in 3 Hannover 91 Tel.0511-443303 oder 445212.

Anti-AKW-Herbstkonferenz 16.-18.11.90 in Bremen

Liebe Anti-AKW-Gegnerinnen,

der Stand der Vorbereitung unserer Herbstkonferenz ist mau. Außer einzelnen Anfragen und drei Beiträgen/Zusagen ist bisher nichts bei uns eingegangen:

— Niedrigstrahlung (Anna Masuch)
— Phönix aus der Asche (Heiko Ziesel, Jens Scheer)
— Atomtechnologie - Verletzung der Menschenrechte - Überlegungen zum Ausstieg (Traute Kirsch)

Auf dem 1. Vorbereitungstreffen wurden einige Vorschläge für AG's gemacht, die aber alle noch ungeklärt sind.

1. Entwicklung in Osteuropa/DDR (Altlasten, AKW's, Uranhalden, Uranabbau, Endlager, Stromvertrag);
2. Energiemonopole kontra dezentrale Energieversorgung;
3. Atomwirtschaft am Ende;
4. Handlungsperspektiven der Anti-AKW-Bewegung (Vernetzung mit anderen Gruppen?);
5. Rolle der Parteien — die Rotgrün-Hoffnung?;
6. Kriminalisierung;
7. Ozon-Klima-Diskussion;
8. Hanau — nach dem Skandal wie eh und je?
9. Gruppe 57 (höhere Sterberate der 1957 Geborenen);
10. Neue und weiterhin geplante Atomanlagen (PKA, Endlager, HTR-Modul, Kernfusion);
11. Perspektiven der internationalen Anti-AKW-Bewegung;
12. Stromtrassen in Europa;
13. Uranabbau;
14. Zwischen-, Endlager;
15. Tschernobyl-Ausmaße (2. Strahlenopfer-Konferenz);
16. Bedeutung von Forschungsreaktoren.

Auf dem Vorbereitungstreffen bestand Einigkeit, daß die Einverleibung der DDR-Energiewirtschaft und die Rot-Grün-Hoffnung besonderen Raum erhalten sollen.

Bisher steht aber von alledem noch nichts!! Bitte übernehmt also baldmöglichst Verantwortung für eine AG, schickt dazu Beiträge für den Reader. **Redaktionsschluß für den Reader ist der 19.10.90!!!**

Das nächste (und letzte) Vorbereitungstreffen findet am 13.10.90 ab 12.00 Uhr im BBA-Laden statt. Das wär's, Alles Gute.

Bremer Bürgerinitiativen geg. Atomanlagen

Bremen, den 25.9.90

AKW Stendal

Bericht von der Kreistagssitzung

Liebe Freunde!
Am 14.7.1990 tagte der Kreistag Stendal. Die Tagesordnung enthielt als wichtigsten Punkt eine Anhörung zum Kernkraftwerk Stendal. Die Abgeordneten waren trotz Sommerferien der Schulkinder und Urlaubssaison recht zahlreich erschienen. Die Zuhörer waren jedoch mit ca. 30 Personen trotz öffentlicher Bekanntmachung weit in der Minderheit und kannten sich fast alle.
Als erste Redner kamen Befürworter der Kernenergie und des weiteren Baus am KKW Stendal zu Wort. Nach einer sachlichen aber weitgehend blassen Vorstellung des Hauptgeschäftsführers der Kernkraftwerk Stendal GmbH, Herrn Glatzke, äußerten sich je ein Vertreter des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz und des Ministeriums für Umwelt, Reaktorsicherheit und Energie.
Was sie anzubieten hatten, blieb jedoch hinter Glatzkes Beitrag zurück und so konnte man insgesamt den Eindruck gewinnen, daß die drei Herren von vornherein wußten, wie schlecht ihre Karten an diesem Tage und Orte waren.
Die Gegner der Kernkraftwerke zeigten demgegenüber wesentlich mehr Engagement und Feuer. Herr Sailer vom Öko-Institut in Darmstadt war sicherlich die beste Waffe der Gegner der Kernenergienutzung auf technischem Gebiet. Seine Kenntnisse von der Situation in Niedergörne und der daran gelegte Maßstab bundesdeutscher Forderungen und Vorschriften waren sicherlich für die Befürworter niederschmetternd. Wesentliche Aussagen sind:

- Das KKW war mit seinem Projekt bereits bei dessen Erarbeitung Anfang der 80er Jahre hinter dem Weltstand zurück (speziell Leittechnik, Brandschutz usw.)
- Die Qualität der Ausführung ist unzureichend. Zeitliche Störungen im Ablauf und bei der Materialversorgung verstärken die Probleme.
- Die wirtschaftliche Kalkulation geht von international bisher kaum erreichten günstigen Werten aus. Vergleichbare Kalkulationen in der BRD und anderen technisch weit entwickelten Ländern gingen ebenfalls nicht auf.
- laut bundesdeutschem Recht sind Eingriffe in das Genehmigungsverfahren - auch bei Bestandsschutz - möglich.
- Klagen gegen das KKW werden die wirtschaftliche Situation weiter verschlechtern. (Ich glaube der letzte Hinweis ist sehr wichtig, für Menschen, die bisher nie gegen den Staat oder die "Großen" klagen konnten und durften!)

Sein Beitrag endete mit der Empfehlung, das ohnehin knappe Geld der DDR für zukunftsträchtige Projekte auszugeben.
Der Volkskammerabgeordnete Reinhard Weis, SPD aus Stendal, erklärte eindeutig, daß ein Kernkraftwerk trotz Einsatz modernster Sicherheitstechnik nicht zu akzeptieren ist. Er setzt langfristig auf alternative Energiegewinnungsverfahren und kurz- und mittelfristig auf umweltschonende Heizkraftwerke moderner Bauart, verlustarme Übertragungsverfahren, sparsame Technik und Energieverbund.
Bei einem Baustopp in Niedergörne eingesparte Mittel könnten für Weiterentwicklung solcher Technologien und Errichtung der Anlagen sinnvoll genutzt werden. ... Beeindruckt waren Abgeordnete und Zuhörer von den Ausführungen S.Pflugbeils, der nach technischen Details und juristischen bzw. ökonomischen Darlegungen die Folgen von Kernkraftwerksunfällen für die Menschen in den Mittelpunkt rückte.

Seine Schilderungen, wie Tschernobylkinder, die ihre Ferien in der DDR verbringen, Milch heimlich wegschütten und Gemüse nicht essen, weil sie aus Gewohnheit radioaktive Verseuchung befürchten und seine Zitate aus Briefen dieser Kinder, sollten eigentlich auch den letzten, wenn nicht gleich zum KKW-Gegner, so doch zum intensiven Nachdenken veranlassen.

PDS für Weiterbau von Stendal !

Daß nicht alle Anwesenden so dachten, wurde jedoch bald ersichtlich. **Der Sprecher der PDS sprach sich für den Weiterbau aus.** Ja, er verglich unter dem Protest des Auditoriums, sogar den Widerstand gegen das Kernkraftwerk mit der Ablehnung und der Furcht vor der ersten Eisenbahn.
Erika Drees übergab an den Kreistag ca. 900 Unterschriften gegen den Weiterbau in Niedergörne. Ihre kurze Darstellung zu der zögernden Halten der Bürger bei dieser Unterschriftensamlung und die geringe Zahl von Unterschriften belegen Unkenntnis der Gefahren, Verdrängung der Angst durch die täglichen Sorgen und auch Gleichgültigkeit. Die Präsidentin verlas auch einen Brief der Kreissynode mit der dringenden Bitte nach Einstellung der Arbeiten.
Die Sprecher der Fraktionen - außer der PDS - sprachen sich unmißverständlich für die Beendigung der Bauarbeiten aus. Die Verantwortung der Abgeordneten bei einem solchen Schritt, durch den Wegfall von 7000 Arbeitsplätzen im Kreis und negative Auswirkungen bei vielen Zulieferfirmen, ist sehr hoch. Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an einer Konzeption zur Nutzung der Anlagen und andere Maßnahmen zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, äußerte der Sprecher der SPD, Michael Kriester, sicherlich stellvertretend für alle Fraktionen.
Zum Abschluß der Anhörung verabschiedeten die Abgeordneten einen Beschluß über die offizielle Forderung nach Baustopp im Kernkraftwerk Stendal.

Olaf Hartmann
Str.-der-Oktoberrevolution 23
Stendal 6
3500

Erlangen/Siemens/Stendal

Ihren entchlossenen Widerstand haben im Juli AKW-Gegner aus Stendal in einer mehrstündigen Diskussion mit Vertretern von Siemens/KWU für den Fall eines Weiterbaus des dortigen Atomkraftwerks angesagt. Die Abordnung der Bürgerinitiative "Energiewende Stendal" machte deutlich, man wolle nach der Stornierung des Baus der 1000 Megawatt Blöcke 3 und 4 durch die UDSSR keinen Weiterbau durch die KWU/Siemens. Auf einer Veranstaltung der Erlanger Grünen im Anschluß wurde eine enge Zusammenarbeit beim Aufbau einer ökologischen und dezentralen Energieversorgung in der DDR vereinbart. Als konkreten Schritt wollen die ostdeutschen AKW-Gegner die Schaffung von Stadtwerken als kommunale Energiedienstleistungsträger in möglichst vielen Gemeinden durchsetzen.

Erhöhte Leukämierate um Urananlage Ellweiler

In Rheinlandpfalz gibt es erneut Streit darüber, wie Untersuchungen über die Leukämierate in der Nähe der Urananlage Ellweiler zu bewerten sind. Während das Umweltministerium alle Befürchtungen ausgeräumt sieht, sieht sich die Bremer Physikerin Inge Schmitz-Feuerhake in ihrer Einschätzung bestätigt, es gäbe auffällig viele Erkrankungen in der Nähe der Anlage. Es kommt eben auf die Bewertung an: Fakt ist jedenfalls, daß nach dem statistischen Mittel im Umkreis von 5 km um die Anlage 1,1 Leukämiefälle wahrscheinlich wären. Aufgetreten sind aber 4 bzw. 5 Leukämiefälle, was das Umweltministerium auch zugibt bzw. bestätigt. Nur schließt es weiterhin, daß die Zahlen insgesamt so klein wären, daß aus der Erhöhung keine signifikanten Schlüsse gezogen werden könnten. Diese Interpretation findet wohl nicht nur Frau Schmitz-Feuerhake dreist. Schließlich ist es nicht das erste Mal, daß es in der Umgebung von Atomanlagen erhöhte Leukämiezahlen gibt. In der Region Ellweiler bestehen in vielen Häusern erhebliche Strahlenpegel durch das radioaktive Edelgas Radon. Man weiß auch, daß Abraummaterial von der ehemaligen Urananlage, ein feiner, strahlender Sand, in Häusern verbaut worden ist.

Gesellschaft für Nuklearservice - "Entsorgung" im Freistil

Seit 5 Jahren hat die GNS in Duisburg Wanheim, auf dem Thyssengelände Hallen gemietet, in denen Atommüll konditioniert wird. Der Begriff "konditionieren" meint im weitesten Sinne Volumen reduzieren, durch verschiedene Abfallbehandlungen. Das Verpressen von verseuchten Putzlappen, Anzügen, Handschuhen, Asche... erscheint für die Volumenreduktion durchaus geeignet.

Radioaktive Stahlträger im Krankenhaus

Etwas spannender sieht es schon mit dem Metallschrott aus, also Ventile, Rohrleitungen,... - was halt so kaputtgeht im Atomkraftwerk. Gemäß einer Empfehlung von Reaktorminister Töpfer, werden bei der GNS Metallteile zerschnippelt und nach Strahlenintensität sortiert.
Das, was doller strahlt, wird in Krefeld eingeschmolzen, und angeblich in den atomaren Kreislauf zurückgeführt. Woher der strahlende Stahlträger im Klinikum Münster kommt, kann sich aber keiner erklären.
Da, was ein bisschen weniger doll strahlt, kommt in den normalen Rohstoffkreislauf, denn, so Töpfer sinngemäß, die Hälfte des Atomschrotts ist noch zu gebrauchen.

Transnuklear Skandal - Folgen für Duisburg

Im März '88 wird der Transnuklear nach der Schmiergeldaffäre die Betriebsgenehmigung entzogen. (Es wurden falsch deklarierte Fässer mit brisantem Inhalt unter Müll der Kategorie "schwach- und mittelradioaktiv" gemogelt).
Der einzigen Transnuklear-Konkurentin, der GNS, wird durch Töpfers Atom-"Ent"filzungsorgie, die Behandlung des gesammten "schwach- und mittelradioaktiven" Mülls der BRD überlassen. Das entspricht rund 90 % des anfallenden Atommüll! Dazu der TN-Sprecher Pompetzki: *"Was war bei denen (GNS) anders als bei uns?"* (1)
Die Transporte sollte, nach dem Töpferkonzept, die Bundesbahn übernehmen. Daß die Rheinkraftspedition ständig mit strahlender Fracht durch Duisburg fährt, scheint weiter niemanden zu irritieren.

TN - Skandal, 2. Akt Keine Gorleben-Fässer nach Duisburg!

Im August dieses Jahres hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg die rund 1.300 beschlagnahmten Fässer im Faßlager Gorleben freigegeben.
Die GNS soll diese Fässer in Duisburg aufmachen, ***"nachkonditionieren"***, den genauen Inhalt feststellen, und den ganzen Müll in Konrad-Container packen, damit er endlagerfähig ist.
Die Sache hat jedoch 2 Haken:
1. Ein Endlager Schacht Konrad existiert nicht!
2. Die Fässer dürfen nicht in Duisburg behandelt werden.

Annahme in Duisburg illegal

Die Annahme der Fässer mit ungeklärtem Inhalt, die laut Strahlenschutzverordnung der Annahme von kernbrennstoffhaltigem Abfall gleichkommt, ist ein Verstoß gegen die Betriebsgenehmigung der GNS. Den exakten Plutoniumgehalt kann man in Gorleben nicht feststellen.

Lustige Meßmethoden

Der TÜV Hannover erzählt derzeit, daß man über den Cäsiumgehalt (2) Rückschlüsse auf den Plutoniumgehalt ziehen kann. Diese Methode löste bei einem Atomphysiker des Öko-Institutes Darmstadt eine gewisse Belustigung aus: *"Die haben ja immer tollere Ideen"*.

In Stichproben wurden 1988 in einigen Fässern, die kein Cäsium enthielten, Plutonium gefunden. Damit wäre ein Rückschluß von Cäsium auf Plutonium wohl hinfällig.

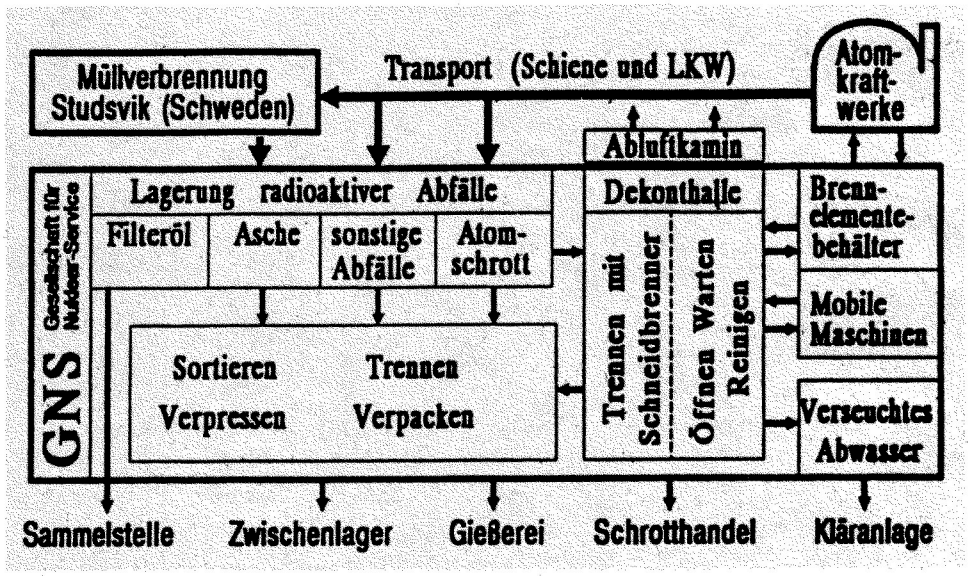
Blechbüchsenkontrolle und Lethagie

Seit dem letzten Herbst versucht die Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung die zuständigen Stellen darauf aufmerksam zu machen, daß die Skandalfässer illegal nach Duisburg gebracht werden.
Ab zu zu mißt die Gewerbeaufsicht unsere Demo-Tonnen mit Strahlenmeßgeräten.
Ansonsten herrscht Ratlosigkeit, Ahnungslosigkeit und Lethagie.

Eva Stegen

Fußnoten:
(1) der ehemalige TN-Geschäftsführer Baatz ist heute GNS-Geschäftsführer
(2) Plutonium kann man durch Messungen von außen nicht feststellen, weil es energiearme Gammastrahlen hat. Cäsium hat energiereichere Gammastrahlen und kann von außen festgestellt werden.

Kontakt:
Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung, c/o. H. Menser, Wanheimerstr. 479, 4100 Duisburg 28,
Tel.: 0203/707424



Gesucht: Atommüll aus dem Transnuklearskandal

Wer weiß, was mit den Atommüllfässern passiert ist, die aus Mol in die bundesdeutschen AKW's bzw. Zwischenlager geliefert wurden? Stehen die noch da, sind sie beschlagnahmt oder sind sie schon weiter verschoben worden? Hinweise bitte an obige Adresse.

Liebe Leute,

daß Ihr mich im Bericht über den Kongreß der (?) radikalen (?) Linken erwähnt habt, hat mich aufgerichtet. Ich war nämlich ganz geknickt, daß alle sonstigen Berichte über den Kongreß mich nicht der Erwähnung wert gefunden hatten.
Offenbar haben wir aber lange nicht über solche Dinge geredet, sonst wäre Euch nicht entgangen, daß ich seit über 10 Jahren Ernst Bloch zu meinem Zieh- und Übervater in Sachen politischer Ökologie gemacht habe.
Eben darum aber schmeckt mir nicht, wenn mensch ihn auf das unselige Zitat über Atomenergie reduziert, denn darin war er - wie alle anderen übrigens auch - in den 40er und 50er Jahren zeitbedingt getäuscht, und derlei sachliche Fehleinschätzungen tangieren nicht notwendig eine philosophische Gesamtsicht.
Denn Bloch steht ja für viel mehr. Seine Stichworte »Allianztechnik, Koproduktion, Technische Gestaltung durch Menschen als Freundinnen und Partnerinnen der Natur« sind ja inzwischen in Ökokreisen weitverbreitet, allerdings - und darauf reite ich seit langem herum - ihrerseits verkürzt, weil sie die dazu notwendige gesellschaftliche Umwälzung vergessen.
Denn, wie ich in Köln zitiert habe:
»Naturströmung als Freund, Technik als Entbindung und Vermittlung im Schoß der Natur schlummernden Schöpfungen, das gehört zum Konkretesten an konkreter Utopie. Doch auch nur der Anfang dieser Konkretion setzt zwischenmenschliches Konkretwerden, das ist soziale Revolution, voraus; eher gibt es nicht einmal eine Treppe, geschweige eine Tür zur möglichen Naturallianz.« Und: »Je mehr gerade statt der äußerlichen eine Allianztechnik möglich werden sollte, eine mit der Mitproduktivität der Natur vermittelte, desto sicherer werden die Bildkräfte einer gefrorenen Natur erneut frei.«
»Und erst wenn das Subjekt der Geschichte, der arbeitende Mensch, sich als Hersteller der Geschichte erfaßt, folglich das Schicksal in der Geschichte aufgehoben hat, könnte er auch dem Produktionsherd in der Naturwelt nähertreten.«
Zur Möglichkeit von technischen Unfällen und ökonomischen Krisen schreibt er: »und trotzdem entsprechen sich beide Katastrophen tiefliegend, denn beide stammen letzthin aus einem schlecht vermittelten, abstrakten Verhältnis der Menschen zum materiellen Substrat ihres Handelns.«
Also: Die Hemmnisse, die einem guten Umgang mit der Natur entgegenstehen, sind zutiefst gesellschaftlich verwurzelt. Sie haben damit zu tun, daß in der durch Privateigentum und Warentausch zusammgehaltenen Gesellschaft die Beziehungen der Menschen untereinander abstrakt, pervers sind, letztlich auf cash reduziert sind. Und daß das tief unser Denken prägt, damit auch die Wissenschaft von der Natur ein tieferes Verstehen verhindert, und damit jede auf Verstehen gründende Allianz.
Derartige Hemmnisse sind nicht durch Verstaatlichung bei Beibehaltung von Ware und Wert, zu beheben. Vielmehr ist ohne tiefgehende Umwälzung, Revolutionierung aller zwischenmenschlichen Beziehungen, Naturallianz nicht zu haben.
Aber auf der Revolutionierung gründet sich die Hoffnung einer Neuen Welt, auf die »wahrhafte Aufhebung des Widerspruchs zwischen den Menschen und mit der Natur«, wie Marx den Kommunismus bestimmte.
Diese Message von Ernst Bloch ist gerade für eine perspektiv- und trostlose Linke von unschätzbarer Bedeutung.

Schöne Grüße!

Jens Scheer

Bericht über das Sommercamp in Gorleben/Gedelitz im Juli 1990

Vom 20. - 26.Juli 1990 fand in Gedelitz ein internationales Sommercamp gegen Atom... statt. Es nahmen insgesamt über 100 Menschen teil, vorwiegend aus der BRD, aber auch einzelne aus Schweden, Frankreich, den Niederlanden und aus der DDR.
Ich selbst war vom 21.-23. vor Ort. Immerhin kein absoluter Neuling in der norddeutschen Anti-Atom-Bewegung, überraschte mich die große Anzahl der (vorerst) unbekannten Gesichter. Ein Zustand, der sich, auch auf Grund der freundlichen Rahmenbedingungen, bald änderte. Das Zeltlager mit Info- und Küchenzelt, mit großem Saal zum Diskutieren, mit Öko-Dusche und Sonnenschein, fand ich nett und gelungen.
Im Camp ging es vorrangig um miteinander Zeit haben und Erfahrungen austauschen. Es war durchaus fruchtbar, ohne alte Grabenkämpfe(r) zu diskutieren und abseits der gerade aktuellsten Schweinereien die Gedanken grundsätzlich zu sortieren. Aber für einen Menschen, wie mich, der bei Diskussionen auch einem Ergebnisanspruch zugeneigt ist, trat dann als Frustschutz mehr der Entspannungsaspekt in den Vordergrund. Die Voraussetzungen und Geschichte der TeilnehmerInnen waren sehr unterschiedlich, nicht nur durch die unterschiedlichen Gruppen und Nationen bedingt.
Es wurde u.a. über die Anti-AKW-Bewegung und die aktuelle Situation in Gorleben diskutiert ebenso wie über die Atommafia in Schweden und die Bewegung dort. Interessannt zweifellos auch die Berichte der Menschen aus DDR Anti-Atom-Gruppen. Es war sehr viel Informationsbedürfnis vorhanden und wenig gemeinsame Erfahrungen. Vielleicht ist es auch dadurch zu erklären, daß kaum Diskussionen über die Perspektive des Widerstandes oder auch konkrete Aktivitäten zu derzeitigen Themenschwerpunkten stattfanden.
Im Rahmen der "Gorleben bebt Blockaden" fanden am Montag eine Frauen-Blockade vorm PKA-Tor und eine gemischte Blockade vor dem Zwischenlagertor statt, streng gewaltfrei wie immer. Einige TeilnehmerInnen entschlossen sich, nicht wie üblich um 12.00 Uhr "Schicht" zu machen, sondern die Blockade noch ein wenig zeitlich zu eskalieren. Es wurde noch richtig gemütlich, die Staatsmacht zeigte sich von soviel Flexibilität verunsichert und räumte zwischenzeitlich eine Ausfahrspur vor dem Zwischenlager. Im Laufe des Nachmittags wurden die Blockaden dann beendet.
Von den weiteren Aktivitäten des Sommercamps berichten hoffentlich andere Menschen. Mein Gesamteindruck dieser Tage ist eingeschränkt positiv, das Konzept hat viele Neu/Wiedereinsteiger Innen angesprochen. Die weitgehende Abwesenheit der "alten" und "radikalen" Bewegung läßt sich mit dem Begriff der verpaßten Chance bewerten. So wird mensch auch weiterhin Infos und Ideen per Post/Medien austauschen und sich unter Zeitdruck auf Konferenzen treffen.
Die Frage eines Folgetreffens des Camps im Herbst dieses Jahres schwirrte in einigen Köpfen herum. Eine Wiederholung des Konzepts - inhaltlich sehr vage und offen, Kennenlerncharakter - erscheint mir nicht sinnvoll, weil jetzt im Juli ein Grundstein gelegt wurde, der einer Weiterentwicklung bedarf. Anknüpfend an den Infoaustausch wären AGs ein Rahmen, in dem thematische Vertiefung möglich wäre. Der persönliche Charakter des Camps sollte jedoch unbedingt beibehalten werden, um eine angenehme Atmosphäre zu erreichen.
Allen, die dieses Treffen ermöglichten, nochmals ein Dankeschön!

R. aus H. (ungekürzter Leserbrief)

Die Katastrophe von Tschernobyl ist noch lange nicht vorbei

Die Katastrophe von Tschernobyl ist noch lange nicht vorbei. Es wird befürchtet, daß der Betonsarkophag, der 1986 nach dem katatrophalen Reaktorbrand in aller Eile um den Strahlenkoloss herumgegossen worden ist, undicht wird und somit radioaktive Spaltprodukte austreten. Hohe Temperaturen von über 200 Grad Celsius, ständiger Strahlenbeschuß aus dem Inneren des Betonsarges und Schlampereien bei der Bauausführung lassen den Beton spröde werden. Besonders gefährdet ist das Dach, das vom Einsturz bedroht ist. Die Folgen davon wird sich niemand ausmalen können.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) hatte erschreckende Werte gemessen. Im Umkreis von 100 bis 300 Kilometern lag die Höhe der radioaktiven Strahlung nahezu genauso hoch wie am Reaktor selbst.

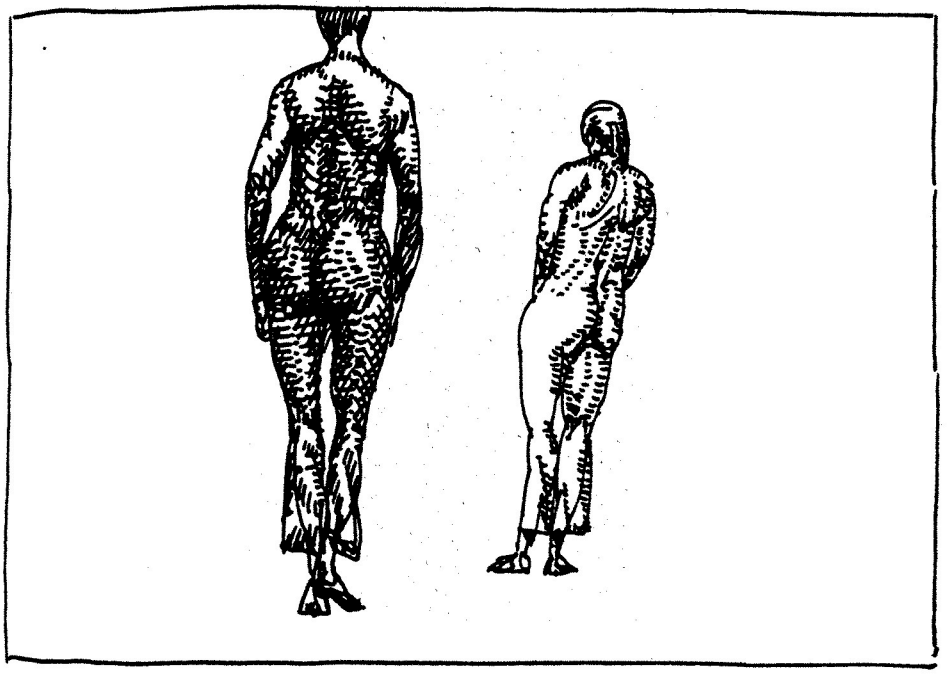
Nach Auskunft der sowjetischen Atombehörden soll der Betonsarkophag repariert worden sein, wodurch sie ca. 30 Jahre weitere Haltbarkeit meinen gewährleisten zu können.

Zwei Jahre lang ist der Bevölkerung in der Umgebung von Tschernobyl und in den vom Fall-Out belasteten Regionen jede Information über die tatsächliche Größenordnung der radioaktiven Kontamination ihrer Körper und Nahrung vorenthalten worden. Die Behörden gingen davon aus, daß die Menschen sowieso nichts mit den Meßwerten anfangen können und dementsprechend nur in Panik geraten.
Inzwischen ist der öffentliche Druck so groß geworden, daß die Dosiswerte herausgegeben werden mußten. Den Betroffenen hilft dies nicht. Sie leiden nicht nur unter den Krankheiten, die durch die hohe Strahlenbelastung hervorgerufen werden, sondern auch unter Mangelkrankheiten durch das stark eingeschränkte Nahrungsangebot. Immernoch werden strahlenbelastete Böden zur Nahrungsmittelproduktion landwirtschaftlich bebaut.
Die Bewegungsfreiheit ist ebenfalls total eingeschränkt, worunter besonders die Kinder zu leiden haben. Im nachfolgenden Bericht des Belorussischen Komitee's wird aus dem Alltag der Kinder aus Tschernobyl berichtet. Sie dürfen nicht mehr im Sand spielen, in Seen baden, frische Äpfel vom Baum pflücken und vieles Andere auch nicht mehr. An den Reaktionen der Kinder, die in diesem Jahr nach Westeuropa kamen, um wenigstens für eine kurze Zeit in vergleichsweise sauberer Umwelt sich frei bewegen und verhalten zu können.

Die Kinder von Tschernobyl

"Ich gehe nach Hause. Nicht weit von der Straße sitzen die Kinder im Staub und spielen... Radioaktivität. Es wurde mir einfach bange um sie. Nun gut, wir haben schon etwas gelebt, etwas gesehen..."
Das Mädchen, das diesen Brief geschrieben hat, heißt Oksana. In den 15 Jahren, die sie hinter sich hat, hat sie schon die größte Tragödie ihres Volkes erlebt und sie ist zu einer Teilnehmerin, ja zu einem Opfer geworden: Am 26. April 1986 ist der 4. Block des Atomkraftwerkes in Tschernobyl explodiert. Damals waren Oksana und ihre Altersgenossen 11-12 Jahre alt. Ihr Kinderverstand hat die Ereignisse anders wahrgenommen, als diese die Erwachsenen im Gedächtnis behielten.
"Zuerst war es uns zum Lachen, als wir die Kinder sahen, die in die Schule mit weißen Tüchern auf dem Kopf gingen, man sagte, daß an dem Weißen nichts anhaftet..." Janna Antonjuk, 16 Jahre.
"Ich bin 16. Als sich die Havarie ereignete, hatten wir keine Vorstellung von der Radioaktivität und auch davon, welchen Schaden sie den Menschen bringt. Noch einige Tage danach gingen wir zur Arbeit in die Kolchose. Dann begann die Evakuierung aus dem Gebiet um den Reaktor. Erst danach wurden die Leute aus unseren Dörfern fortgebracht..." Wladimir Skalskij.
Janna, Wladimir, Oksana und ihre Freunde wohnen im Kreiszentrum Chojniki. Dieses Städtchen liegt im südlichen Teil im Gomeler Gebiet. Allerdings ist es jetzt unter anderen Koordinaten bekannt: Der 47. Kilometer vom Atomkraftwerk. Der 7. Kilometer von dem Stacheldrahtzaun - von der Sperrzone. Hierher zu kommen, ist nur mit dem Auto möglich. Irgendwelche Verkehrszeichen, die vor der radioaktiven Gefahr warnen, trifft man hier kaum an. Etwas Ungewöhnliches empfindet man erst dahinter: Es kommt ein Augenblick (wo die saubere Erde zu Ende ist), wenn sie verwundert entdecken, daß ihr Auto ruhigem leise rauschend über die Bahn rollt. Die Autobahnen solcher Qualität sind überall auf dem Territorium gebaut, das "Zone der besonderen Aufmerksamkeit" heißt. Solche Autobahnen sind nirgends in der SU in den ländlichen Gebieten zu finden. Unwillkürlich fühlt man eine Hoffnung aufleuchten: Wenn wir mit dem ewigen Fluch Rußlands, mit den schlechten Wegen fertig geworden sind, überwältigen wir auch andere Schwierigkeiten!
Dieser Autobahnoptimismus reicht aber nicht für lange aus: Im Rückspiegel entdeckt man plötzlich eine "Verfolgung". Ein Zug von schwarzen "Wolga's" holt uns schnell ein und huscht rasch vorbei. Kaum schafft man die Regierungsnummern zu bemerken. Wer aber sonst erlaubt sich mit solcher Geschwindigkeit zu fahren. Eine Folgekomission fährt in die Zone. Am Rande der neuen, glänzenden, frisch gewaschenen Autobahn, laufen durch den radioaktiven Staub die Kinder. Diese Kinder leben hier, in der Zone. Die hohe Komission ist gekommen, um ihre Lebensbedingungen zu untersuchen.

"Einmal ist zu uns eine Komission mit dem Hubschrauber gekommen!" - Der dreizehnjährige Sascha weiß nicht mehr, wie vor vier Jahren wegen der Hubschrauber die Sonne nicht mehr zu sehen war. *"Der Chef dieser Komission zog jedesmal seine Schuhe aus, wenn er ins Auto stieg. Sein Begleiter steckte sie in eine Zellophantüte und wenn die Cortege an einem anderen Ort hielt, brachte er sie wieder zum Auto und ließ seinen Chef sie anziehen. Als sie fortflogen, stieg die hohe Person in den Hubschrauber auf einer Leiter hinaus und die Schuhe blieben auf der Erde stehen. Jemand von den Unsrigen muß sie genommen haben..."*
Diese Geschichte mit den Schuhen scheint nur eine Kinderphantasterei zu sein, aber dutzende Erwachsene behaupten, daß sie das alles mit eigenen Augen gesehen haben. Es geht um den Besuch des damaligen 1. Sekretärs des KPB Nikolai Sljunjkow in der Zone. Er war hergekommen, um mit den Einwohnern ihr Unglück zu teilen, ihren Schmerz zu fühlen, ihnen zu helfen. Und man muß zugeben, daß die zurückgelassenen Schuhe nicht das Einzige während der Reise waren, was Nutzen brachte. In den Hotels, wo Sljunjkow abstieg, wurde im voraus dringend renoviert, Möbel umgetauscht, Wäsche und Geschirr neu aufgetrieben. Bis auf Kleinigkeiten wurde alles aus unbelasteten Bezirken gebracht und das alles blieb in der Zone! Allerdings hat der hohe Gast nichts von dem neuen Hotel- bzw. Restaurant-Geschirr benutzt. Er hat eigenes mitgebracht. In seiner Begleitung hatte er auch eine Feldküche mit guten Lebensmitteln, auch eine Zisterne mit Trinkwasser. Ich kann annehmen, daß in jedem anderen Land ein solcher Beamter von der Menschenmege zerrissen worden wäre. Aber die sowjetische Gesellschaft, wie gekannt, ist auf Humanität stolz. Sljunjkow wurde lebendig "nach oben" genommen. Bald nach seiner Reise in die Zone wurde er Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und fuhr nach Moskau.



"Ich persönlich will niemand beschuldigen, daß so etwas geschehen ist. Ich verstehe vieles nicht in diesem Leben. Ich möchte unterstreichen, daß das ganze Volk für uns sorgt. Aber diese Hilfe ist nicht ausreichend." Sascha, 16 Jahre.

Die Vorsicht, mit der diese Zeilen geschrieben sind, spricht für sich selbst. Und die Hilfe, die den Tschernobyl-Betroffenen geleistet wird, ist viel zu gering, Man sagt, ein Wunder existiert nur drei Tage. Dann wird es vergessen. An Tschernobyl dachte man ein Jahr lang. Schon im Sommer 1987 wurde nur die Hälfte der Kinder zur Erholung in die sauberen Gebiete geschickt. Im nächsten Jahr ärgerte viele Leiter nur die Erwähnung der Kinder und ihre Bedürfnisse.

"1987 waren wir ins Ferienlager "Ozean" unterwegs. Das Lager liegt in Wladiwostok. In Moskau, wo wir umsteigen mußten, fragten uns viele auf dem Bahnhof, wo wir herkommen. Wir haben geantwortet und gleich bemerkten wir schiefe Blicke. "Tschernobyler Igel!" hörten wir." Ohne Unterschrift, 16 Jahre.

"Ich beende die Schule und verlasse unsere Stadt. Und ich will gar nicht, daß dort, weit weg von hier, die Leute wissen, in welcher Zone ich gelebt habe. Ich will nicht, daß ich als minderwertig gesehen werde. Das ist mir schon mal passiert. Ich habe noch Angst um meine künftigen Kinder..." Tschernjawskaja N., 16 Jahre.

Die Jugendlichen haben Angst um ihre künftigen Kinder, weil sie sehen, wie immer öfter achtbeinige Kälber und einäugige Ferkel zur Welt kommen.

"Es ist das Resultat von Imbriding" - so ist der offizielle Standpunkt in bezug auf die Mißgeburten bei Tieren.

Und wie ist es zu erklären, daß im Laufe von neun Monaten des Jahres 1989 im Bezirk Chojniki bei 200 Geburten 31 Kinder mit verschiedenen Erbschäden zur Welt kamen; 10 von ihnen sind gestorben. Der letzte Fall: Das geschlechtslose Kind mit 6 Anomalien, eingeschlossen Hasenscharte, Wolfsmaul, Hydrozephalie, je sechs Finger und sechs Zehen an den Händen und Füßen. Das Kind lebte zwei Tage. Seine Mutter hat zwei Kinder, die ganz normal und natürlich vor Tschernobyl geboren sind. Werden sie es erfahren, was für ein Brüderchen oder ein Schwesterchen sie haben?

Was den Imbriding anbetrifft, so sind etwa in 20 Jahren an diesen Orten auch die Ehen zwischen den Verwandten zu erwarten. Die Mädchen aus diesen Gegenden werden ungern von den Männern aus anderen Gebieten geheiratet.

"Meine älteste Schwester ist 20 Jahre alt. Sie ging mit einem Jungen aus Gomel. Als seine Eltern erfuhren, daß unsere Familie in der Zone lebt, kauften sie dem Sohn teure Kleidung, eine Videorecorder, versprachen ein Auto. Und er hat sich von Marina losgesagt. Marina wollte nicht leben, versuchte den Selbstmord zu begehen..." Ohne Unterschrift, 14 Jahre.

Die Geburt eines Kindes und die Radioaktivität ist für mich ein besonderes Thema. Als die Katastrophe geschah, war ich im achten Monat der Schwangerschaft. Ich befolgte die Ratschläge der Ärzte: verbrachte mehr Zeit draußen in der frischen Luft. Am 29. April wurde ich von allen drei radioaktiven Regen durchnäßt. Am Abend kam meine Freundin Judin angelaufen: man hat sie aus Washington angerufen und benachrichtigt, daß sich in Tschernobyl ein Störfall am Atomkraftwerk ereignet hat. Sie gab auch Empfehlungen: Haare waschen, Kleidung, Schuhe umziehen, alle Fenster und Klappfenster zumachen, keine Milch trinken...

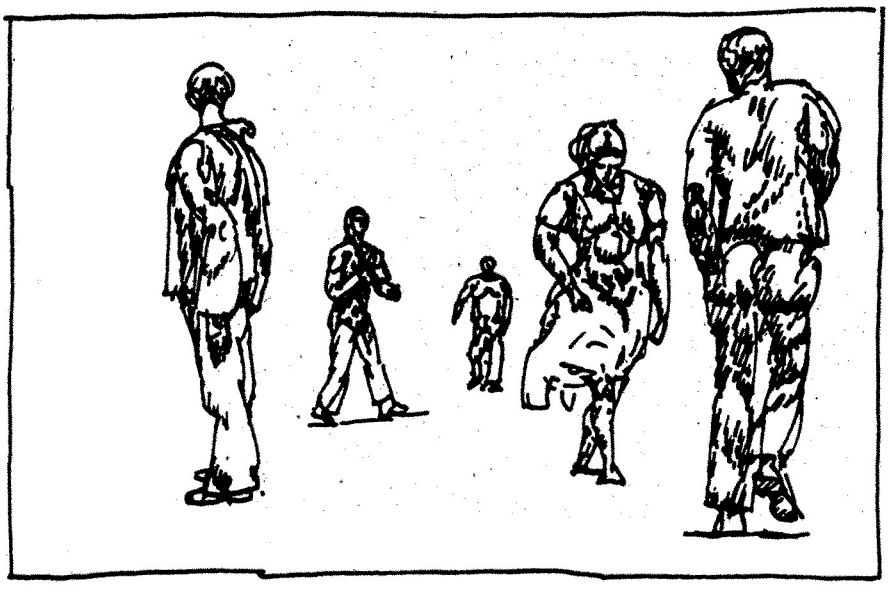
Wir haben alle unsere Bekannten, die wir erreichen konnten, angerufen und gewarnt. Zwei Tage danach gingen Tausende Minskerinnen mit ihren Kindern auf die Straße, um an der festlichen Maidemonstration teilzunehmen. Nach den offiziellen Angaben, die erst jetzt veröffentlicht werden, wurde der radioaktive Hintergrund erst drei Wochen später normal. Unsere Hauptstadt, deren Einwohnerzahl sich auf 1,6 Millionen beläuft, verblieb in Unkenntnis, außer Parteifunktionären und Mitarbeitern der sowjetischen Behörden.

Auch die Katze meiner Datschennachbarn ahnte nichts von der Radioaktivität. Jetzt wirft sie jedes Jahr Junge mit Flossen statt Pfoten.

Der ehemalige stellvertretende Chefarzt des belorussischen Sanitätsamtes, Wiktor Burjak, ist skeptisch: *"Wenn solche Kätzchen zur Welt kämen, wären schon die Straßen von ihnen überfüllt."*

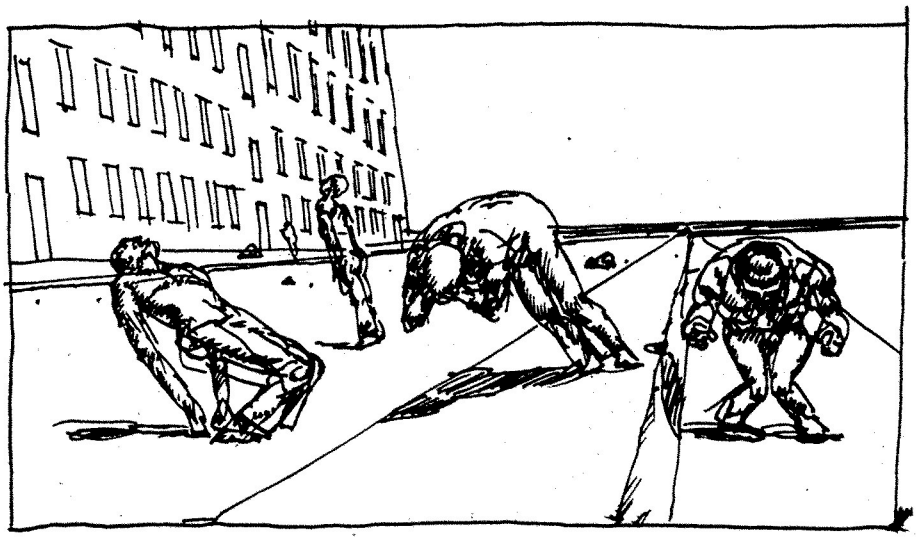
Ja, man sieht sie auf den Straßen nicht. Aber ich glaube, nicht deshalb, weil es sie nicht gibt, sondern weil es schwer ist, mit den Flossen statt mit Beinen zu laufen. Die Tiere mit den Erbschäden sind nicht lebensfähig, sterben oft, früher, als jemand von den Hochgestellten auf das fremde Wort "Imbriding" kommt.

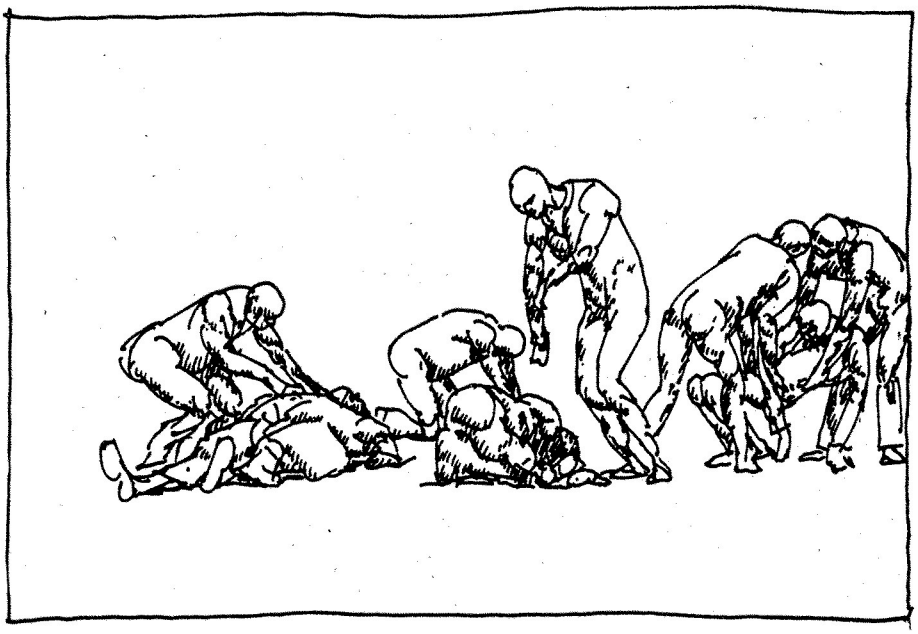
Ich habe, Gott sei Dank, einen normalen Jungen zur Welt gebracht. Die Körper der Mütter wirken wie Taucheranzüge, wenn sie sogar einer starken Ausstrahlung ausgesetzt wurden. Ein großes Problem hatten wir mit der Nahrung. Bei einigen Frauen in der Entbindungsanstalt war die Milch sauber, bei anderen - radioaktiv. Die Milch wurde "gepumpt" und irgendwo zur "Reinigung" geschickt. Wie es sich später herausstellte, gibt es keine Methoden, um aus der Milch die Radionuklide zu beseitigen. Die Chemiker aus der Akademie der Wissenschaften handelten auf eigene Faust, wie sie es verstanden: die verseuchte Milch wurde in die saubere untergemischt, - dadurch wurde ihre Radioaktivität reduziert - und in die Entbindungsanstalt zurückgebracht... Nach vier Monaten, als meine Milch zusammenlief und aus der Brust irgendwelche grüne Flüssigkeit tropfte, mußte ich 30 g davon zur



Strahlenanalyse bringen. Der höfliche Laborant errechnete etwas sehr lange mit dem Rechner und dann gratulierte er mir mit einem Lächeln: *"Nichts Ernstes! Ein klein bißchen von der Radioaktivität, der ihre Mutter während der Explosion in Hiroshima und Nagasaki ausgesetzt war."* Ich war verdutzt: *"Aber meine Mutter war zu dieser Zeit in der Stadt Wjatka, und das ist meine Milch, nicht ihre..."*

Es wurde mir erklärt, daß die Atombombenexplosionen in Japan die ganze Welt bestrahlt haben. Und das, was meine Mutter abbekommen hatte, übergab sie mir 16 Jahre später; ich hab´s geerbt, wie z.B. ein Muttermal. Von Haus aus bin ich Ingenieur-Radiotechniker. Ein Jahr vor der Havarie habe ich alle Prüfungen in Physik ausgezeichnet abgelegt, und meine Kenntnisse enthielten keine Anspielung darauf, daß es möglich ist, zu bestimmen, wo die Radioaktivität herkommt und zu behaupten, daß mein Kind ausgerechnet das Produkt von





Hiroshima konsumierte und nicht unseres von Tschernobyl.

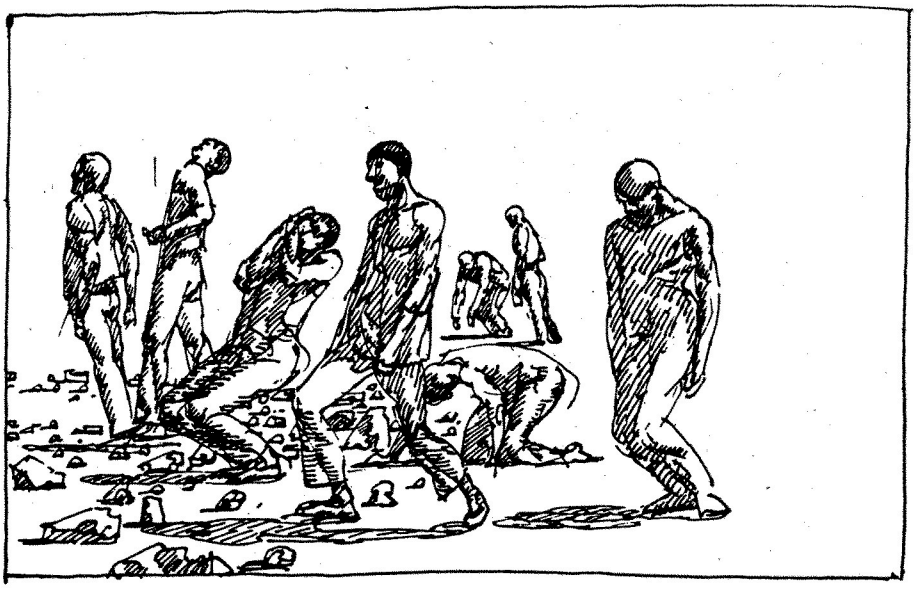
Mein Sohn wächst wie alle Kinder auf - manchmal ist er krank, manchmal hat er Launen. Ich kann ihn in den Kindergarten nicht gehen lassen, weil er an Diatäse leidet. Die Milchprodukte kann er nicht vertragen und extra für ihn wird ja niemand kochen. Alle Kindergärten sind überfüllt, in jeder Gruppe sind 30-40 Kinder bei einer Erzieherin und Kinderwärterin.

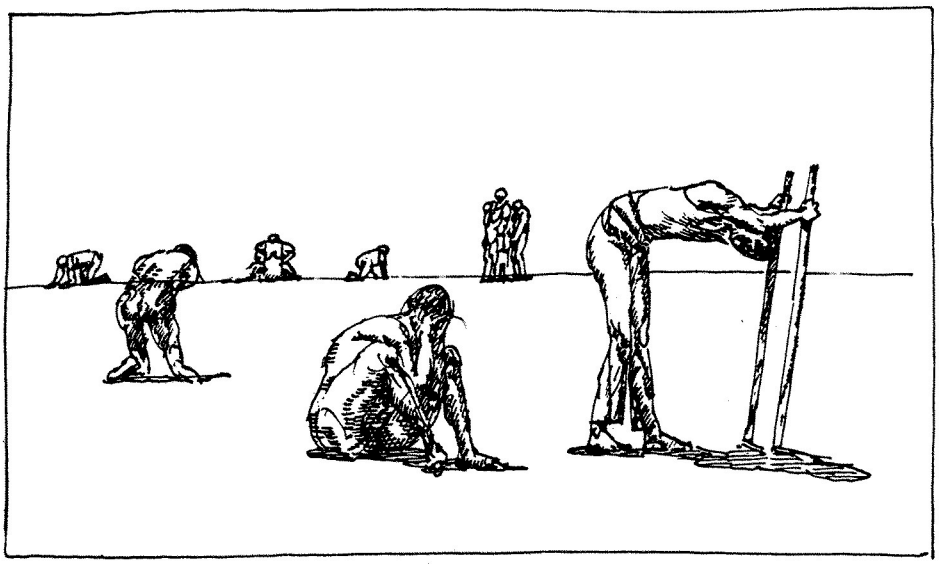
Jedesmal, wenn er sich unwohl fühlt, löst es bei mir eine arge Panik aus, und ich habe eine Todesangst um ihn. Meine beste Freundin ist an Blutkrebst gestorben, als wir 13 waren. Mein Großvater ist an Mastdarmkrebs mit 76 Jahren gestorben. Der Vater ist auch davon gestorben, im Alter von 58 Jahren... Auch vor Tschernobyl war Betomsland durch viele onkologische Erkrankungen berüchtigt. Über unser Land hinweg weht der Nordost, und was Europa nach den Atomtests in China in den 60er Jahren abbekommen mußte, ist in erster Linie auf uns niedergegangen.

Das Tschernobyler Atomkraftwerk liegt an der Grenze zwischen Belorußland und der Ukraine. So hat der Nord-Ost-Wind nach Belorußland 70 % seiner schrecklichen Last mitgebracht.

"Die Militärleute, die im Atomkraftwerk gearbeitet hatten, sagten uns, daß sie die Filter des beerdigten Reaktors erst dann zu reinigen beginnen, wenn der Wind in unsere Richtung weht. Mit Belorußland ist es sowieso aus, wozu werden wir die Ukraine noch mehr verseuchen, wenn sie noch Chancen hat zu überleben. Ist es wahr?" Alexander, 14 Jahre.

Ich weiß nicht, was ich Alexander antworten soll. Ich weiß auch nicht, wie soll ich der Mutter von vier Kindern aus Chojniki erklären, warum der Staat ausreichend Geld hat, um gute Autobahnen in der Zone anzulegen, und nicht imstande ist, die Fußgängerpfade zu bauen. Ich weiß auch nicht, warum in der Sperrzone eine Siedlung für Arbeiter gebaut wird, die für zwei bis drei Monate herkommen werden und es unmöglich ist, diese Frau mit ihren Kindern in eine saubere Gegend umzusiedeln. Ich weiß nicht, warum unser Staat alle Krimtataren oder Wolga-Deutschen nach Sibirien abtransportieren konnte und jetzt ist er der Aufgabe nicht gewachsen., 200 Menschen in ein Gebiet in derselben Republik zu versetzen. Ich kann nicht erklären, warum hier, in sauberen





Gegenden Belorußlands im vorigen Jahr das Obdach für die Türken-Menschen, die einst aus Georgien fortgejagd wurden, gefunden wurde, und die eigenen Einwohner entbehren es. Warum leben die Menschen fast vier Jahre so, als ob sie Versuchskaninchen bei einem umfangreichen Experiment sind, das von Moskauer Wissenschaftlern und Politikern durchgeführt wird?

"Unsere Gegend heißt jetzt "Die Zone der besonderen Aufmerksamkeit". Aber diese Aufmerksamkeit wird eigenartig gezeigt. Da kommen die Ärzte aus Minsk, aus Moskau. Jeden Monat macht man von uns Blutanalysen, untersucht man uns. Man schreibt etwas in die Hefte, aber uns sagt man kein Wort, die Ergebnisse werden nicht herausgegeben. Wenn man in die Poliklinik geht, so bekommt man zur Antwort: "Ihre Karteikarte ist verlorengegangen." Und man bekommt wieder eine neue, die auch verlorengeht. Vor kurzem ist Mutti hingegangen für irgendeine neue medizinische Einwohnerzählung, Auf der Liste steht vor unserem Namen der Name des Nachbarn - des Großvaters Witalij - und daneben ein Zeichen "Gesund". Großvater Witalij ist aber vor sieben Jahren gestorben, vor der Havarie noch." Olga, 16 Jahre.

Jetzt erlebt unser Volk Tschernobyl auf's Neue. Ich habe den Eindruck, daß der 4. Block noch einmal explodiert ist - diesmal in unseren Herzen und Köpfen. Die Presse ist laut, die Telekameras sind sehend geworden. Eine mächtige Welle von Konferenzen, Kundgebungen, Versammlungen rollte über die Republik hinweg. Es werden Komitees der gesellschaftlichen Hilfe gebildet, Bankkonten für Spenden eingerichtet. Offen gestanden, wir haben wenig Hoffnung auf die Wohltätigkeit. Wenn Arme noch Ärmeren helfen, so werden weder diese noch jene reicher. Da muß man radikal die ganze Lebensordnung sowie die Lebensweise unserer Gesellschaft ändern. Aber das liegt erst in der Zukunft. Inzwischen tut jeder das, was er kann.

"Das Schiff versinkt. Diejenigen, die schwimmen können, helfen denjenigen, die es nicht können, ohne daran zu denken, was weiter kommt", ungefähr so erklärt seine Tätigkeit der Vorsitzende und Begründer des Komitees "Die Kinder von Tschernobyl" Gennadij Gruschewoj, Doktor der Philosophie, Dozent an der Universität, einer der aktivsten Mitglieder der Belorussischen Volksfront.

Wir helfen diesen Kindern, wenn wir uns zu ihnen wie zu unseren eigenen verhalten. Wenn das Kind krank ist, wenn es leidet, darf niemand sagen: "Das ist ein fremdes Kind". Jedes unglückliche Kind hat das Recht auf die Hilfe und Unterstützung von jedem Erwachsenen.

Das Komitee bei der Belorussischen Volksfront "Die Kinder von Tschernobyl" sammelt Informationen über die Lage der Kinder in den verseuchten Gebieten, organisiert für sie Erholung in sauberen Gebieten, setzt sich in Kontakt mit verschiedenen ausländischen Organisationen, um die Weltöffentlichkeit zu informieren und sie um Hilfe zu bitten. Die Einwohner der BRD, von Berlin (West), Großbritanniens und Schwedens bieten ihre Hilfe an. Der Gandi-Fonds hat eine 20-tägige Erholung in Indien für 25 Kinder aus Chojniki finanziert. Das Komitee wendet alle Kräfte an, um die Schleier der Geheimhaltung um das Problem Tschernobyl zu heben. Natürlich ist die Tätigkeit unseres Komitees ein Tropfen im Meer von Tschernobyler Problemen. *Aber wir, seine Mitglieder, meinen: "Die Kinder von Tschernobyl ist eine Zeitzündschnur, an deren Ende die weltöffentliche Meinung ist. Vielleicht können wir alle zusammen die Situation verändern und die Jugendlichen werden solche Briefe nicht mehr schreiben."*

"Ich will diesen Ort nie verlassen. Ich liebe meine Heimat, Polessje. Ich brauche keine Tanzabende, keine Unterhaltung. Ich habe für mich eine Wunderwelt entdeckt - das sind Bücher. Ich will sie alle durchlesen, soviel ich schaffe.

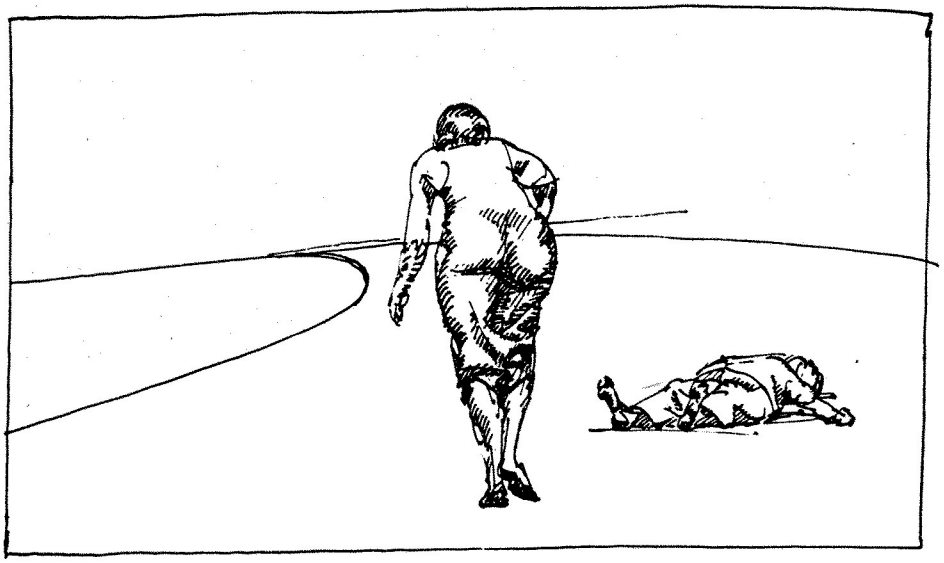
Ich lebe mit meinen Großeltern. Am stärksten hat mich der Tod meiner Mutter erschüttert. Ein Jahr nach dem Störfall ist sie an Krebs erkrankt und gestorben. Gewundert hat mich, wie roh und gleichgültig die Ärzte in der Klinik waren.

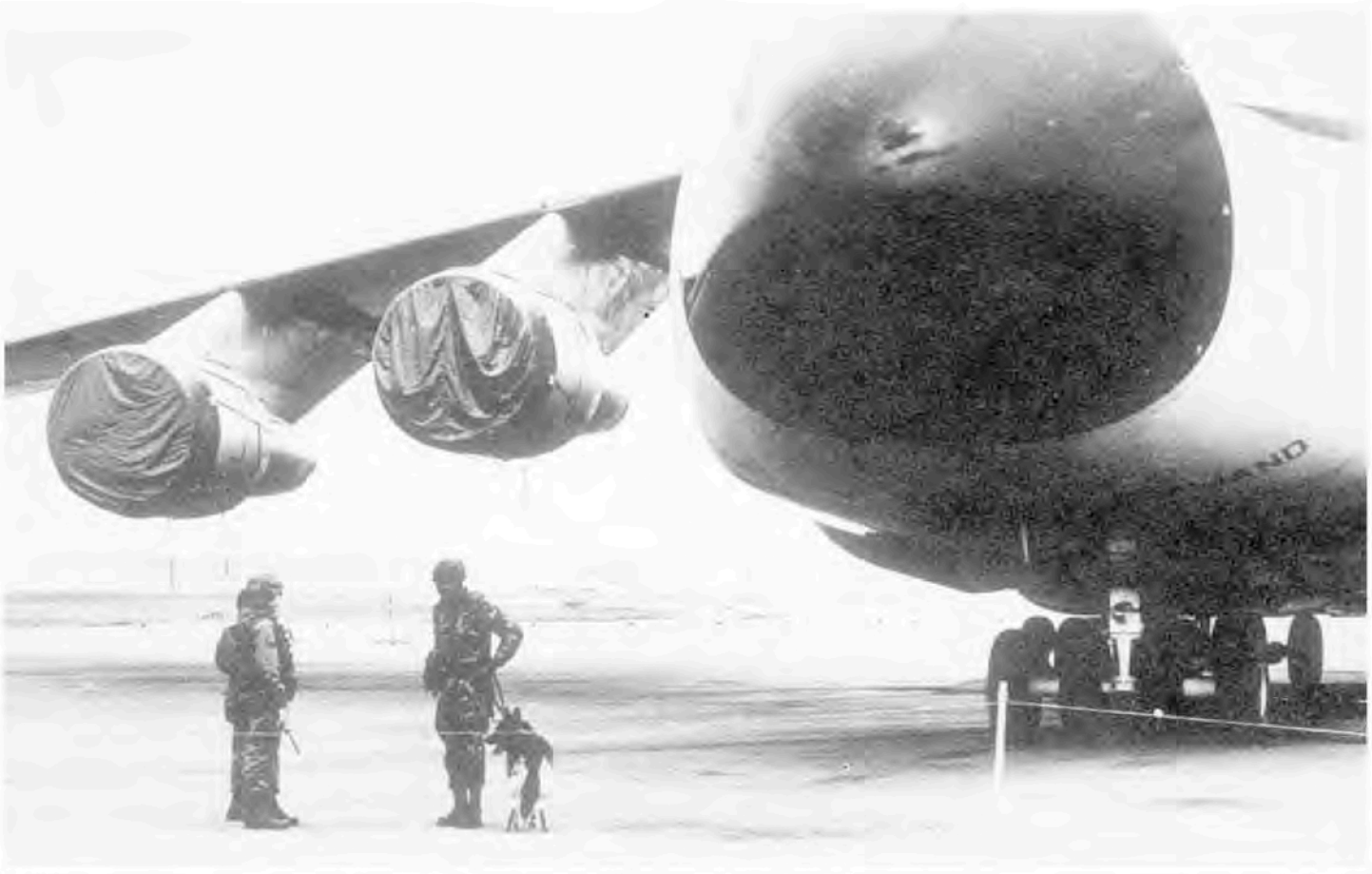
Ich weiß, in 2 bis 3 Jahren "frißt" mich auch der Blutkrebs auf, wegen dieser Dosis 3 Röntgen, die ich bekommen habe. Am 30. April wurde unsere Klasse ins Feld geschickt, um die Kartoffeln zu sortieren. Wir fanden die Mäusefamilien mit den Mäuschen im Alter von 6-9 Tagen. Alle waren tot. Wir verstanden es nicht, fragten einander danach.

Und doch will ich die Mitarbeiter des Atomkraftwerkes nicht beschuldigen. Sie sind strahlenkrank und sterben jetzt einer nach dem anderen. Ihnen und auch uns ist wohl nicht mehr zu helfen." Bolivar, 11.Klasse, Chojniki.

Belorissisches Komitee "Die Kinder von Tschernobyl"

Wenn Sie nähere Informationen über das Leben der Menschen, die in den betroffenen Gebieten leben, über die Tätigkeit des belorissischen Komittees "Die Kinder von Tschernobyl" bekommen wollen, können Sie an uns schreiben. Unsere Anschrift: CCCP, BCCP, 220082 Minsk, Prospekt Puschkina 47-89, Gruschewomu Gennadiju, Komitee "Djeti Tschernobylja"





KRIEGS-KURS

Die Welt steht wieder vor einem großen Krieg. Alles deutet daraufhin. Scheinbar von allen Seiten wird er gewollt. Nur militärische Konfliktlösungen sind gefragt. Die US-Regierung gibt die Richtung an - und alle folgen. Das Embargo oder die Blockade, beides nur Intermezzos um die Front der kriegführenden Staaten zu einigen und zu stärken. Wieder werden hundertausende Menschen sterben.

Hier alle Aspekte zu diskutieren, ist uns leider nicht möglich. Stattdessen haben wir uns entschlossen, eine Einschätzung aus Berliner Kreisen nachzudrucken, ohne in allen Punkten damit übereinzustimmen. Der Artikel bezieht sich nicht auf Waffendeals, Industrie-Knowhow, Deutsche Beteiligung oder Deutsches Großmachtstreben, ebensowenig auf die ungemein wichtige Frage nach der Neuaufteilung der Welthegemonien nach dem Abdanken des Sozialismus. Der Artikel beschäftigt sich vielmehr mit den im Inneren der Kriegsstaaten zu suchenden Ursachen, ebenso mit der Konfrontation "Industrienationen contra Dritte Welt/Schwellenländer". Der Artikel kommt zu dem Schluß, daß dieser Krieg ein Krieg gegen die aufbegehrenden Massen ist, sowohl in den arabischen Staaten als auch in den USA.

Ein weiterer Artikel kommt aus Frankfurt. Dort haben sich Leute aus der Startbahn-Bewegung hingesetzt und noch einmal die Rolle der Rhein-Main-Air-Base im aktuellen und in künftigen Konflikten beleuchtet.

Vielleicht kommen wir über gutes Hintergrundwissen zu guten Diskussionen, die dann vielleicht auch in Taten münden, und die Linke in diesem Land nicht wieder nur ohnmächtig zusehen läßt, wie in anderen Teilen der Welt Menschen abgeschlachtet werden. Deutschland finanziert diesen Krieg nicht nur, dieses Land stellt auch einen großen Teil der für diesen Krieg erforderlichen Infrastruktur: zum Anfang des US-Truppenaufmarsches flogen über Ramstein und Frankfurt an die Hundert Maschinen pro Nacht.

Gegen den Krieg

Fast stündlich wird in den Medien die Stimmung für einen offenen Krieg im »Nahen Osten« vorbereitet. Die aktuelle Konfrontation, mit der Option auf Krieg und Massenvernichtung im »Nahen Osten« ist für die zukünftigen Bedingungen der weltweiten sozialen Auseinandersetzung von zentraler Bedeutung. Der Schwerpunkt unserer Betrachtung liegt daher auf der Frage der sozialen Konfliktualität dieses Raums und der daraus resultierenden Bedrohung des »Nahen Ostens« als strategisch wichtige Region für den Imperialismus. (Die Frage der sich verändernden machtpolitischen Rolle der EG, WEU, BRD im Zusammenhang mit der aktuellen Konfrontation soll hier nicht weiter ausgeführt werden.)

Der aktuelle Konflikt findet vor dem Hintergrund einer noch nicht abgeschlossenen Phase globaler Neuordnung statt. Einerseits, der Krise und dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des realsozialistischen Entwicklungsmodells, andererseits der Krise der USA als dominierender imperialistischer Macht nach 1945. Gleichzeitig wird mit der Neuordnung Europas über das Projekt des EG-Binnenmarktes und dem Entstehen einer Yenzone im asiatischen Raum, die Nachkriegsordnung aufgelöst und in ein neues Herrschaftsmodell überführt. Der Imperialismus organisiert sein Akkumulationsmodell erneut in Großbritannien. Darin soll, in einem abgestuften Gefälle von der Metropole in die Peripherie, eine sich verschärfende Ausbeutung und Verwertung durchgesetzt werden. (...)

Diese Großräume sollen im Zuge sozialpolitischer Vereinheitlichung gegenüber den Menschen aus dem Trikont und ihren Ansprüchen auf Überleben rigoros und systematisch abgeschottet werden (EG-Asylgesetzgebung, Schengener Abkommen, Europa usw.)

Wir können dieser historischen Situation, in der der Nord-Südkonflikt augenscheinlich zutage tritt, nur annähernd gerecht werden, wenn wir die sozialen Inhalte hinter der Kriegsaktion am Golf, konsequent in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken.

Das ist nicht einfach, denn der soziale Prozeß ist vielfach gebrochen. Rassismus, Sexismus, Nationalismus und Chauvinismus wirken tief auch in die Subjektivität der Menschen hinein, auf die wir uns beziehen wollen. Die vorläufig unüberbrückbare Differenz zwischen uns, unserer Realität und den Menschen im Trikont, selbst noch, wenn viele von ihnen hier in der Metropole als Flüchtlinge und Asylsuchende leben, nicht zuletzt der Geschlechterwiderspruch, sind Bedingungen, die gemeinsame Ziele und Kämpfe erschweren, möglicherweise ausschließen.

Trotz diesen Schwierigkeiten, die sich im aktuellen »Nahost-Konflikt« durch die Zerissenheit der sozialen Kämpfe dort potenzieren, müssen wir uns konsequent auf die Seite der »Unterdrückten und Beleidigten« stellen, wollen wir nicht tatenlos der imperialistischen »Lösung« durch USA-EG-SU oder einem arabischen Despoten, gegenüberstehen.

Die aktuelle Konfrontation, mit der Option auf Krieg und Massenvernichtung der arabischen Unterklassen, drückt in Ansätzen die Härte und Dimension der künftigen Auseinandersetzungen zwischen den Metropolen und der Peripherie aus. Erstmals wird seitens der Metropolen (USA,EG,SU,Japan) versucht, die künftige Form weltweiter »Aufstandsbekämpfung« durchzusetzen. Dahinter steht ihr Wissen um die sich zuspitzende Konfrontation mit einer weltweiten Armutsbevölkerung. Ihr Spektrum von Maßnahmen der »Aufstandsbekämpfung« reicht von den Mitteln des Low Intensity Warfare bis hin zum offenen Krieg.

Die koordinierte Aktion der NATO, mit den USA an der Spitze und flankendeckender Arbeitsteilung auf der diplomatischen Ebene seitens der SU ist nur vor dem Hintergrund der zu erwartenden sozialen Auseinandersetzungen und der strategischen Bedeutung des »Nahen Ostens« zu verstehen. (...)

Seit langem ist der »Nahe Osten« eine herausragende Krisenregion. In immer neuen und bedrohlichen Formen der Auseinandersetzung äußern sich die sozialen Konflikte gegen die imperialistischen Verwertungsmodelle.

In der »iranischen Revolution«, in den Kämpfen im Libanon, in der palästinensischen Intifada, der kurdischen »Intifada«, in den IWF und Brotaufständen von Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Jordanien entwickeln die Menschen im arabischen Raum eine Vielzahl von Verweigerungs- und Kampfformen. Diese bedrohen nicht nur die Existenz der bestehenden autoritär-despotischen Regime, sondern drohen den »Nahen Osten«, als überaus wichtigen strategischen Raum des Imperialismus, insgesamt aufzulösen. (...)

Foto: G. Klaut

Den jeweiligen Regimen gelang es häufig, die aufbrechenden sozialen Erhebungen über rassistische, sexistische und religiös verbrämte Mobilisierungen einzudämmen und zu kanalisieren. (Z.B. Ermordung hunderter ägyptischer Migranten im Irak, Folter und Ermordung unverschleierter Frauen im Iran, Ausrufung des »Heiligen Krieges«.)

Wo immer die sozialrevolutionären Inhalte der Aufstände sich auszubreiten drohten, antwortete der Imperialismus und seine Statthalter mit einer nicht endenwollenden Reihe militärischer Massenvernichtungsaktionen. Sei es die Bombardierung von Lagern im Libanon (wo außer den Palästinenserinnen auch eine Vielzahl von Menschen aus den Unterschichten anderer arabischen Staaten lebten), den Massakern von Sabrah und Schatila durch die Zionnisten, der Krieg zwischen Irak und Iran, in dem 100.000 Menschen den Tod fanden, die Giftgasangriffe des irakischen Regimes gegen die Kurdinnen oder die Massenhinrichtungen in Iran.

Vor diesem Hintergrund der Drohung des sozialen Aufstandes ind gesamten Region,

im „Nahen Osten“

und vor dem Hintergrund der Drohung des sozialen Aufstands im Irak selbst, ist der Vorstoß des irakischen Regimes nach Kuwait, aber auch der koordinierte militärische Einsatz der Metropolenmächte zu sehen.
Neben den großmachtpolitischen Bestrebungen des irakischen Terrorregimes, beruht die Tendenz, fast nur in den militärischen Sektor zu investieren, auf dessen Schwierigkeiten, 1 Millionen Soldaten zu demobilisieren (diese werden sich nach jahrelangen Entbehrungen nicht in jede schlechtbezahlte Arbeit drängen lassen), und die Kriegswirtschaft in ein neues Entwicklungsmodell zu überführen. Es geht um die Rationalisierung/Modernisierung der gesamten Gesellschaft. Doch das scheint gegen die Menschen im Irak nicht durchsetzbar zu sein. Nur durch härteste Repressionsmaßnahmen, Folter, Hinrichtungen, Internierung von Zehntausenden von Oppositionellen, konnte sich da Regime überhaupt am Leben halten. Nun scheint die Vereinnahmung Kuwaits als einziger »Ausweg« geblieben zu sein.
Dabei hat sich S. Hussein bisher geschickt, sowohl den identitätsstiftenden islamischen Versatzstücken (Errichtung eines arabischen Paradieses), wie Formeln sozialrevolutionären Inhalts (Verteilung des Ölreichtums in alle arabischen Länder) bedient. Zehntausende von Freiwilligen haben sich besondern in Jordanien als Kämpfer gegen den Imperialismus gemeldet. Es ist aber weniger die dumpfe Begeisterung für den despotischen Saddam Hussein und sein Unterdrückungssystem, die sich darin ausdrückt, als ein tiefverwurzeltes antiwestlichen Moment. In der Hinwendung zum Islam als »Identitätsstiftende Klammer«, liegt aber die große Gefahr, daß die zugrundeliegenden sozialen Konflikte in reaktionärreligiöse Kategorien kanalisiert werden (können).
Zum Irak: Mitte 88 wird der achtjährige Krieg gegen Iran beendet, Irak geht dabei als »Sieger« hervor. Die westlichen Industrienationen und die SU hatten das durch umfangreiche Waffenlieferungen und logistische Unterstützung (z.B. US-Satelliten zur Aufklärung, Einsatz von US-Militär im Golf usw.) ermöglicht.
Sehr viel Geld hat das irakische Regime von den ölreichen Golfstaaten bekommen. Besonders Kuwait und Saudi Arabien fürchteten ebenfalls die Ausbreitung sozialer Unruhen wie im Iran. Im Verlauf des Krieges hatte es mehrere Anschläge von schiitischen Gruppen z.B. auf Öiraffinerien gegeben. Nach schweren Unruhen schiitischer Mekkapilgerer erhielt S. Hussein geheime Sonderzahlungen von Saudi Arabien in Höhe von 3,5 Mrd Dollar.

Wichtiger aber wohl war die »Kriegsmüdigkeit« der iranischen Unterschichten, die trotz der Mischung aus härtesten Repressionsmaßnahmen und islamischer Propagandea (Heiliger Krieg, Rekrutierung von Kindern, die mit einem Schlüssel behangen, der ihnen die Pforte zum Paradies öffnen sollte, massenhaft in den Tod geschickt wurden), nicht mehr bereit waren, für das Khomeni-Regime zu sterben.

Foto: G. Klaut

Im Irak lebt eine große Minderheit schiitischen Glaubens. Diese stellten für das Regime schon vor der 'iranischen Revolution' eine ernsthafte Gefahr dar, so gab es 1977 schwere Aufstände in etlichen schiitischen Städten Iraks (Najaf, Karbala), zudem konnte es den Kampf gegen die kurdischen Peschmerga erst nach Ende des Krieges durch die Giftgaseinsätze vorläufig für sich entscheiden. Presseberichten zufolge, drohte dem Regime gegen Ende des Krieges (1987) eher Gefahr von seinen inneren Feinden, als durch die Revolutionsgarden Khomeini's.
Bis Ende der 70er Jahre hatte Irak hauptsächlich aufgrund des Ölexports und hoher Rohölpreise einen großen Handelsbilanzüberschuß. Die lange Kriegsdauer und die rapide fallenden Ölpreise bis Mitte der 80er Jahre führten zu einer immensen Verschuldung bei westlichen Kreditgebern, (heute liegen die Angaben bei ca. 40 Mrd. Dollar), bei der SU aus Waffenkäufen (angeblich ca. 15 Mrd. Dollar) und den Golfstaaten (schwankende Angaben von 40 bis 60 Mrd. Dollar).
1987, schon ein Jahr vor Kriegsende, verkündete Hussein die Aufhebung des Staatseigentums (außer Öl und ein paar andere strategische Sektoren) und das Ende der Planwirtschaft. Der Druck zur Senkung der Staatsausgaben war zu groß geworden. Die Produktivität, der meist mit Verlust arbeitenden Staatsbetriebe sollte erhöht werden, der riesige Sektor staatlicher Bürokratie verkleinert, die Subventionen in die Grundnahrungsmittel zurückgenommen werden und investoren, vor allem aus arabischen Ländern, sollten gefunden werden.
Wie es sich für die »Welttendenz Demokratie« gehört, sollten auch kosmetische politische Reformen wie: mehr Pressefreiheit, Mehrpartelensystem, Parlamentswahlen usw. durchgeführt werden. Was so gut wie nicht geschah.
Markt und Preiskontrollen wurden aufgehoben, es kam zur Inflation ("Tomaten, ohne die keine Hausfrau eine Mahlzeit bereitet, kosten jetzt knapp 7 DM statt vorher 1,50 DM das Kilo", Spiegel 39/87). Die Angst vor sozialen Erhebungen ließ das Regime nach kurzer Zeit die Preiskontrollen wieder einführen, wenn auch nicht mehr auf dem vorherigen Niveau.
(...)
Das es die Frauen sind, die eine zentrale Rolle in der Frage der Durchsetzung sozialpolitischer Maßnahmen im Irak spielen, läßt sich erahnen. Gleich zu Beginn des aktuellen Konflikts hat S. Hussein in einem "nationalen Appell" die Frauen aufgefordert, Nahrungs- und Haushaltsmittel zu sparen. Seit den 70er Jahren findet im Irak eine für die arabisch/islamische Region beispiellose

Mobilisierung von Frauen in alle Bereiche der Lohnarbeit statt. Die Frauen sind in den meisten Fällen Alleinernährerinnen ihrer Familien, sie "sorgen" für den Haushalt und die Familie, die Heirat gilt als nationale Pflicht und natürlich sollen sie möglichst viele Kinder gebären. Die sexistisch-patriarchiale Unterdrückung geht bis zur Erlaubnis an den Mann, "seine" Frau ermorden zu dürfen, wenn sie "Ehebruch" begangen hat. Die Mobilisierung der Bevölkerung und besonders der Frauen, in die Arbeitsplätze der jetzt zwangsweise zurückkatapultierten Migrationsarbeiterinnen, ist ein Teil des gesellschaftlichen Rationalisierungsprogrammes, das das Regime über die laufende militärische Konfrontation durchzusetzen versucht.
(...)
ZUR USA: Der Entwicklungszyklus der USA wurde seit Anfang der 80er Jahre vor allem durch Spekulationsgelder/Kredite finanziert. Diese Phase scheint beendet zu sein. Die USA befinden sich nun Anfang der 90er Jahre vor einem sozialen und ökonomischen Scherbenhaufen. Alle Anzeichen in den letzten Monaten deuten auf eine sich verschärfende Krise hin. Die Versuche, das Haushaltsdefizit über die Kürzung der Sozialausgaben zumindest teilweise zu sanieren, scheiterte. Schon heute macht die Armutsbevölkerung weit über 10 % der Gesamtbevölkerung aus. Obdachlose nächtigen auf offener Straße. Hungernde und Besitzlose durchstreifen die Städte und betteln um Almosen. Vor allem in den Vororten und Slums der Großstädte organisieren sich die Puertoricanerinnen, Schwarzen und Chicanos. Kleinere Riots, Aneignungsaktionen sind der Ausdruck ihres Widerstandes gegen die rassistische Unterdrückung. Im letzten Jahr kam es zum erstenmal zu größeren Streikaktionen von Migrantinnen im Süden auf den Agroplantagen. Es spricht vieles dafür, daß die aktuelle Konfrontation seitens der USA innenpolitisch einerseits zur Kanalisierung der sozialen Widersprüche genutzt wird und andererseits sich die notwendige Rationalisierung der Gesellschaft (Streichung der Sozialausgaben, Steuererhöhung, Entlassungen), sozialpolitisch leichter durchsetzen läßt.

Der Nahe Osten ist seit langem eine Krisenregion, in der massiv die soziale Konfrontation auf der Tagesordnung steht. Sowohl für das irakische Regime wie auch die Metropolen ist das der Hintergrund für die militärische Konfrontation. Es scheint, als ob die Bedrohung durch die soziale Revolution im Nahen Osten durch die Option auf Massenvernichtung gelöst werden soll.
Angesichts dieser realen Bedrohung, muß die Propaganda gegen den Krieg ein zentraler Bestandteil unserer internationalistischen Solidarität sein. Schon jetzt wird im türkischen Teil Kurdistans der Aufmarsch von 70.000 türkischen Soldaten gegen die kurdische Intifada benutzt. Die Flüchtlingsströme sind ein anderer Ausdruck des sich auflösenden sozialen Gefüges im 'Nahen Osten'.

aus: **Interim 115**

Foto: argus Tag der „offenen Tür" in Ramstein, 1983

Rhein-Main-Airbase, 15.9.1985

Die Rhein-Main-Airbase

– die „Gateway to Europe"

Mit 10 000 Soldaten, Zivilbeschäftigten und deren Angehörigen ist es der größte Standort der amerikanischen Streitkräfte in der BRD und der größte Frachtflughafen der Air Force außerhalb der USA mit einem Frachtumschlag von 66.000 Tonnen Militärgütern im Jahr. Mehr als 500.000 in die BRD versetzte Soldaten und ihre Angehörigen werden jährlich im Air Passengers Terminal abgefertigt und vom dort stationierten 21. Replacement Battalion auf ihre Standorte verteilt. Diese Funktion hat vielleicht zu der Vermutung geführt, daß dort jetzt Terrain freigegeben werden könnte.

Weiterhin finden wir auf der Air Base Verbände der militärischen Flugsicherung (1868. Flight Control Squadron), Gruppen, die für den Flugbetrieb und die Nachrichtenübertragung zuständig sind (435. und 1945. Communication Squadron, 7575 Operation Section, 7405. Operation Section und 435. TAS).

Logistische Einheiten zur Wartung und Reperatur der Luftfahrzeuge in der 435. Combat Support Group. Diese wiederum unterstützt das Military Airlift Command (MAC) an Frachtmaterial durch den Weitertransport von gelandeten Gütern, die nicht über Gleisanschluß in der BRD verteilt werden. Für deren ca. 100 Fahrzeuge wurde im April 87 eine Ausrüstungswerkstatt für 2,18 Millionen Dollar gebaut.

Die zentrale militärische Dienststelle, der diese Gruppe zuarbeitet ist die 435. Tactical Airlift Wing der 21. Luftflotte des MAC. Das MAC ist ein selbständiger Teil der Luftwaffe. Es befördert Personal und Material (von der Unterhose bis zum Panzer oder Wasser für den Kampf in (mit, d.S.) der Wüste. Bei einem Einsatz im Golf brauchen die dortigen Verbände Tonnen von Wasser täglich zum strategischen oder taktischen Einsatz auf dem Luftweg.

Dem Oberkommando in Scott AFB Illinois unterstehen rund 90.000 aktive Soldaten auf 350 Plätzen in 33 Ländern. Die 21. Luftflotte ist zuständig für das Gebiet östlich des Mississippi bis zur Westgrenze Afghanistans und Pakistans, von der Arktis bis zur Antarktis und umfaßt Europa, Afrika, den Nahen- und mittleren Osten und Südamerika.

Welche Aufgaben haben diese Einheiten ?

Das 435. Tactical Airlift Wing ist verantwortlich für den strategischen, taktischen und luftfahrtmedizinischen und administrativen Betriebsablauf in Europa. Zu dieser Aufgabe gehört, daß Einheiten der US Armee vornehmlich in der BRD, mit Hilfe des Transportkommandos der Luftwaffe im Rahmen des ALOC Programms (Army Air Line of Communication) mit Vorrang Waffenersatzteile erhalten)...
Um sicherzustellen, daß das Heer rechtzeitig alles Notwendige erhält, fliegt das MAC diese Fracht in regulären militärischen Linienflügen von Dover, AFB Dela mit C-5 Galaxy oder C-141 Starlifter, entweder nach Frankfurt, oder nach Ramstein.

Das Military Airlift Command (MAC)

Um seine Fähigkeiten zu beweisen, nahm das MAC jedes Jahr an zahlreichen strategischen Übungen teil. Z.B. war eines ihrer größten »Reforger« (Return of Forces to Germany), in welcher Heeres- und Luftwaffenverbände über den Atlantik in die BRD verlegt wurden.
1973 versorgte das MAC Israel während des arabisch-israelischen Krieges. In 33 Tagen beförderten Galaxys und Starlifter mit 566 Flügen mehr als 22 000 Tonnen Waffen, Munition, Ersatzteile, Sanitätsmaterial und Versorgungsgüter.
Im November 81, während der Bauplatzbesetzung des 7 ha Geländes auf welcher später die Startbahn West gebaut wurde, fand ein Mammut Manöver, »Bright Star«, der »Rapid Deployment Force«, RDF, vom Hauptstützpunkt North Carolina, sowie 3 geheimgehaltenen europäischen Flughäfen in der Ägyptischen Wüste statt. Einer dieser Flughäfen war Frankfurt.

Auch nach der Ermordung des Präsidenten Ägyptens, Saddat, durch schiitische Fundamentalisten, starteten Maschinen des MAC von Frankfurt in Richtung Naher Osten, um das angeschlagene Regime zu unterstützen.

Die »Schnelle Eingreiftruppe« (RDF)

Diese auf mittlerweile 200 000 Soldaten konzipierte Expeditionsarmee soll jederzeit und an jedem Ort in der Welt »eingreifen« können. (Was wir in den letzten Wochen wieder verfolgen konnten.) Die politische Diskussion über die RDF beschrieb M.T. Klare in der Le Monde Diplomatique vom April 80 so: »Anstatt auf einer allgemeinen Bedrohung, die vom sowjetischen Expansionismus ausging, zu bestehen, versicherte Brown, daß die Hauptgefahr für die Sicherheit Amerikas von den wachsenden unkontrollierten Turbulenzen in der 3. Welt herrührt.« ... »Die Zahl der ungelösten internationalen Konflikte wächst,« bemerkt er, »während die Alten sich immer weiter zuspitzen.«

Die RDF soll fähig sein, schnell, hart aber flexibel zuzuschlagen, bevor Konflikte »sich zu einer Sache größere Bedeutung auswelten« (Taylor).
Der Aufbau der RDF seit spätestens 79 erforderte die Schaffung größerer Transportkapazitäten, zu Wasser und zu Luft, Einrichtungen und Ausbau von Militärstützpunkten (z.B. in der Türkei) und besonders in der Golfregion »Voreinlagerung von Waffen, Munition und Gerät in diesen Gebieten.«
Durch den Einsatz der RDF enstehende Lücken in der BRD sollten nach diesem WHNS Abkommen, für den Fall, daß die orientalische Krise auf Mitteleuropa durchschlägt, mit deutschen Reservisten aufgefüllt werden.
Im Rahmen von Zusatzvereinbarungen über einzelne zivile Flughäfen der BRD mit der US Regierung erklärte der US General Jim Allen vor dem Verteidigerausschuß des Repräsentantenhauses, sichere das Unterbringungsprogramm in Krisenzeiten den Amerikanern »den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt, eingeschlossen der Bodenfahrzeuge, der Frachtanlagen und anderer Flughafenausrüstungen.«

US-Galaxy beim Start von Rhein-Main, offizielles US-Foto

Die Rhein-Main-Airbase als zentraler Militärflughafen

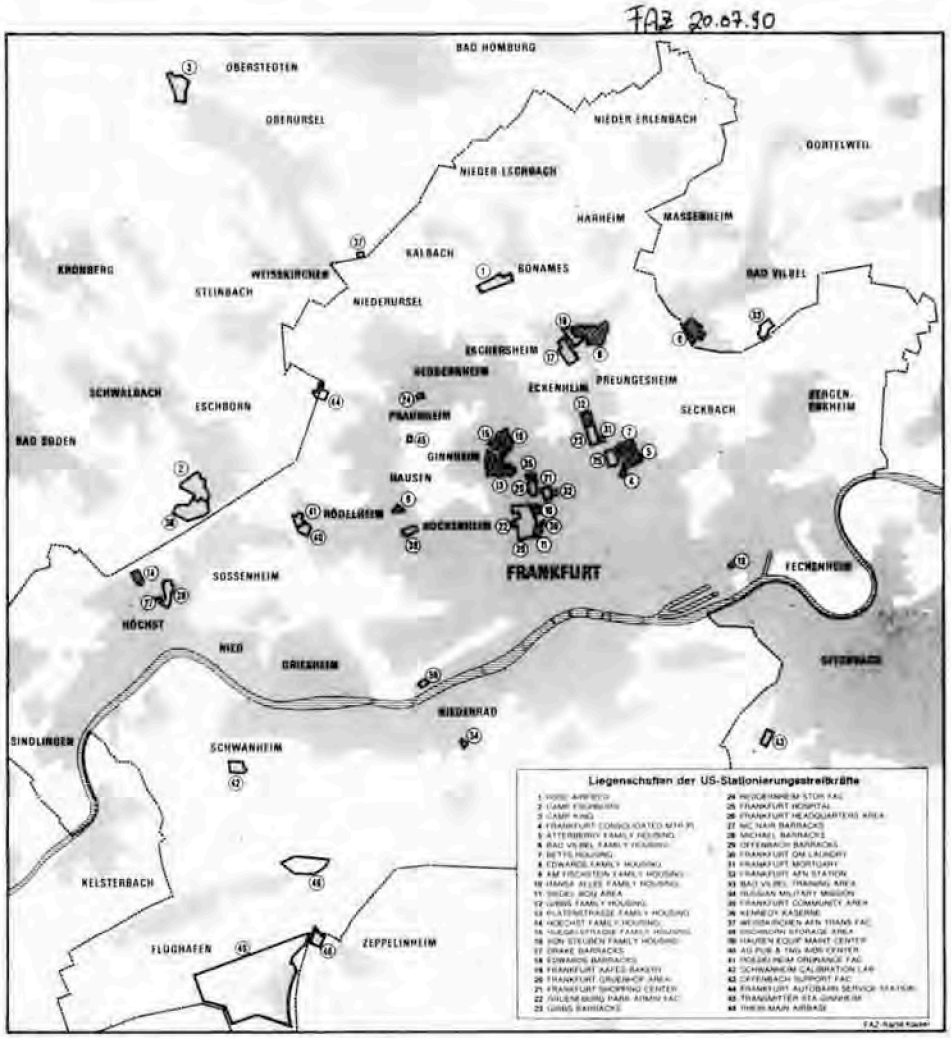
Der Frankfurter Flughafen liegt nicht nur für die Wirtschaft ausgesprochen zentral. Da ist das Frankfurter Kreuz, ein Autobahnenkreuz, was den Norden mit dem Süden und den Westen mit dem Osten verbindet, die im Notfall auch als Start- und Landebahnen, als auch als Aufmarschfläche genutzt werden können, da ist ein strategisch wichtiger Eisenbahnknotenpunkt.
In der Nähe von Köppern liegt auf ca. 150 ha Grundfläche eines der größten Depots der US-Streitkräfte in der BRD, auch ansonsten gibt es noch einige Depots im Rhein Main Gebiet. Unter anderem vermuteten Augenzeugen in den letzten Tagen einen Transport von Giftgas mit Spezialhubschraubern aus einem Depot bei Langen auf die Air Base.

Da sich die Luftwaffen- und Versorgungseinrichtungen des V. Corps in der Rhein-Main-Region konzentrieren, finden sich dort auch zahlreiche und vielfältige logistische Einrichtungen. Hinzu kommen die Versorgungskräfte oberhalb der Corpsebene und Einrichtungen für die US-Verstärkungskräfte.
Im Camp King, Oberursel, liegt das Hauptquartier der 4. Tranportations Brigade. Ihre Aufgabe ist das integrierte Transportsystem der Streitkräfte zu verwalten. Das bedeutet, wo immer Eisenbahnen, Schiffe oder Flugzeuge im Dienst der Streitkräfte in Europa eingesetzt werden, lenkt das Hauptquartier in Oberursel Wege und besorgt als Zentrale die Koordination mit anderen Dienststellen. Unterstellt sind den Mann-

schaften in Oberursel die 37. Lastwagen Transportgruppe in Kaiserslautern, die 205. Hubschrauber Kompanie in Mainz, die Hafenverwaltungtruppe in Rotterdam und 3 Verkehrsführungsbezirke mit Hauptsitz in Bremerhaven, Kaiserslautern und Frankfurt. Drei der zahlreichen Transportflugzeuge auf der Rhein Main Air Base gehören zur 55. Ambulance Squadron.
Als Zentralkrankenhaus der Air Force im Bereich des US EUCOM (European Command) ist das Wiesbadener Hospital via Rhein-Main Air Base für die medizinische Versorgung in Spezialfällen für US Soldaten in ganz Europa, Mordafrika (dieser Fehler ist einfach zu schön d.s.) und im Mittleren Osten zuständig. Krisenopfer aus diesem Bereich, wie die 52 amerikanischen Geisein, die 81 in der Teheraner Botschaft gefangengehalten wurden, oder die 39 Amerikaner, die sich im Sommer 85 in Beirut in der Gewalt schiitischer Entführer befunden haben, wurden in Wiesbaden versorgt. Grund hierfür ist sicherlich auch, daß es im Wiesbadener Hospital eine psychologische Abteilung gibt. Weiterhin, daß sich im IG-Farben Haus in Frankfurt die zuständigen Geheimdienste für den Nahen- und Mittleren Osten befinden. So durfte keine der Geisein vor den Untersuchungen der Presse ein Interview geben.

Auf der Rhein-Main Luftwaffenbasis benutzt die CIA zudem eine Übermittlungsanlage. Nach »Geheim« dürfte der Hauptstützpunkt der CIA in Westdeutschland eine der Armeebasen in und um Frankfurt sein. Diese Einheiten befassen sich mit Ermittlungen im ganzen Land. Sie bestehen aus hochqualifizierten Technikern, die Fernsprecheinrichtungen anzapfen, Briefe öffnen, Bürger observieren, Geheimsendungen chiffrieren und dechiffrieren.
Der dritte große Bereich auf der Air Base ist das Hauptquatier der europäischen Fernmeldekräfte der Air Force, die durch die 2063. Communications Squadron, die auch mit dem Fernmeldedienst der Bundespost zusammenwirkt und der 2063. Information Squadron unterstützt werden. Der Fernmeldestützpunkt wird im Jahr 87 der modernsten Kommunikationstechnologie durch den Bau einer Digital European Backbone Facility angepaßt.
Die Ballung nachrichtendienstlicher Organisationen im Rhein-Main Gebiet mag neben dem nahen Flughafen für die Überlegung der USA ausschlaggebend sein, eine Einsatzgruppe der »Delta Force« nach Frankfurt zu verlegen. Dies ist ein Anti Terror Einheit der amerikanischen Administration.

Im IG Farben Haus in Frankfurt, auf dessen Räumung die Stadt Frankfurt auch spekulierte, ist das Europäische Hauptquartier der National Security Agency und ein Teilstreitkräfte übergreifender Stab untergebracht,
»um die Arbeit der amerikanischen elektronischen Aufklärung in Europa zu konsolidieren. Die Joint Operations Support Activity Frankfurt übernimmt die Analyse des überwachten Fernmeldeverkehrs und kryptologische Aufgaben. Die NSA hat 2 grundlegende Aufgaben:



Die Liegenschaften der amerikanischen Streitkräfte

1. Übertragssicherheit (COMSEC N) und Fernmeldeaufklärung (SIGNT). In ihrer COMSEC Aufgabe entwirft, überwacht und genehmigt sie Übermittlungsformen und codes von 18 Regierungsbehörden ... Außerdem ist die NSA stark in die taktische Übertragungssicherheit eingebunden ... Ihre SIGNT Rolle übersteigt die traditionellen Dechiffrierungsaufgaben bei Weitem und richtet sich auf die Gewinnung ausländischer und militärisch- politisch- und ökonomischer Nachrichten. Diese Nachrichten beziehen sich auf den Osten, die 3. Welt und verbündeter Nationen.«
Nach unserer Information ist ein Schwerpunkt auch die Golfregion.

Die Flugsicherung findet in zivil- militärischer Zusammenarbeit statt. Im Rahmen der NATO besteht ein Ausschuß (Committee for European Airspace Coordination - CEAC), der sich mit Fragen der internationalen zivilen- und militärischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherung der Luftfahrt beschäftigt. Die BRD als Mitglied der NATO ist in diesem Ausschuß vertreten. Der Ausschuß hat u.a. die Aufgabe, den europäischen NATO Ländern internationale Empfehlungen im Hinblick auf die militärische und zivile Nutzung des Luftraums zu geben, um die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Flugbetriebes zu gewährleisten.
Die Sicherung des zivilen Flugverkehrs in der BRD obliegt der Bundesanstalt für Flugsicherung, die im Jahre 1953 mit Zustimmung der Alliierten errichtet wurde und seitdem mit militärischen Dienststellen eng zusammenarbeitet.
Bei einer Beobachtung im Jahre 1983 des Flughafens haben Mitglieder der BI festgestellt, daß des öfteren PanAm und Flying Tigers Maschinen in die Air Base einbiegen. Militärischer Transport unter ziviler Flagge. Condor, eine Tochtergesellschaft der Lufthansa, ist durch das Civil-Reserve-Air Fleet Programm mit seinen internationalen Lang- und Kurzstreckenmaschinen der zivilen Fluglinie in den NATO Staaten zur Ergänzung des MAC eingeplant.

Quellen: Mikel T. Klare, Heft 26 »Jederzeit, überall, mit allen Waffen«; »Geheim« Zeitschrift, erscheint 1/4 jährlich; »Der militarisierte Frieden«, Babara Dietrich; Schmidt Eenboom, Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V. Starnberg; »No Missile in Comiso«, eine Broschüre der Comiso Koordinationsstelle von 1983

Schlaflose Nächte

Lange dauert es, bis sie hoch oben über den Wolken schwebt, die Galaxay, das größte Transportflugzeug der westlichen Welt. Der Lärm dieser Maschine raubt den Anwohnerinnen des Rhein-Main-Gebietes den Schlaf. Sie sind mitten drin, im Weltgeschehen.
Für den Rhein-Main-Flughafen besteht ein eingeschränktes Nachtflugverbot. Doch in den letzten Wochen wurde dies endgültig aufgehoben. Um den zivilen Flugverkehr nicht all zu sehr zu behindern, fliegen die Galaxy und Starlifter (zur Freude der Fluglotsen) hauptsächlich nachts.
Alle Spekulationen über eine Räumung des militärischen Teils des Frankfurter Flughafens scheinen, trotz schon bestehender Planungen der FAG und der Landespolitiker, hinfällig. Die nicht überhör- und übersehbare Realität zeigt, wie wichtig dieser Militärstützpunkt ist, unabhängig von irgendwelcher Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Denn, was manche Startbahngegnerinnen und Friedensbewegte auch heute noch nicht sehen wollen, es geht um einen weiterhin bestehenden Konflikt, dem Nord-Süd-Konflikt, zwischen den Industriestaaten, den Machtblöcken und den Ländern und Völkern der 3. Welt.
Doch wie in der 70er Jahren tasten sich auch heute Ausbaugegnerinnen nur vorsichtig an die Problematik heran. Will mann doch nicht zu politisch erscheinen. Will mann sich doch zu sehr an der eigenen Betroffenheit orientieren. Nächtliche Telefonanrufe am Flughafen wegen Ruhestörung, Lärmmessungen, eine Auflistung der ökologischen Mehrbelastung durch die schweren amerikanischen Maschinen und Vorschläge, wie der Ablauf anders zu organisieren ist, verknüpfen sich mit der Einsicht, daß es richtig sei, wenn über bundesdeutschem Gebiet der Militärische Aufmarsch im Golf praktiziert und organisiert wird.
Dabei hatte die BI schon 1982 offensiver angesprochen, was sie hinter den Ausbauplänen des Flughafens vermutet (siehe »Offener Brief an die Bundesregierung«).

Die militärische Nutzung des Frankfurter Flughafens wurde in der Startbahnbewegung immer recht vorsichtig thematisiert. 1980 erschien ein Artikel in der damaligen BI-Zeitung, dem Umwelt-Express. Eine Anfrage des LKA zur Urheberschaft beeindruckte die Redaktion so, daß das militärische als zu brisant meist außen vor gelassen wurde.
Einzig die DKP und der KB knüpften eine Verbindung zwischen dem Ausbau des Flughafens und der Rhein-Main-Air Base.(?! d.s.) 1982 wurde die AG Frieden gegründet. Sie rief während der Hoch-Zeit der Friedensbewegung zur der Aktion »Bürger beobachten die Air Base« auf und veröffentlichte den »Offenen Brief an die Bundesregierung«. In den Jahren danach wurde zu den Tagen der »Offenen Tür« vor und auf das Air Base Gelände mobilisiert.

1983 wurde bekannt, daß über die Rhein-Main-Air Base Teile der Atomrakete Pershing zum Zusammensetzen nach Frankfurt Hausen transportiert wurden, noch bevor die Stadtionierungsverhandlungen (auch nicht schlecht, d.s.) endgültig abgeschlossen waren.
Danach wurde es still um die Air-Base, so, wie die Startbahnbewegung langsam immer kleiner wurde.
Neues Interesse gab es im Sommer 1987, als der Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom von neuen Ausbauplänen zu berichten wußte. Doch nach den Schüssen an der Startbahn-West und den massiven Ausbauforderungen der FAG, IHK und Landespolitik des zivilen Teils des Frankfurter Flughafens und dem Fall der Berliner Mauer schien die Air-Base keine Bedeutung mehr zu haben, bis hin zu dem Glauben, sie könnte geräumt werden.
Erst die tönenden Militärmaschinen in den letzten Wochen brachten in Erinnerung, was vor Jahren schon geschrieben wurde, die Funktion der Rhein-Main Air Base bei militärischen Aktionen im Nahen- und Mittleren Osten, samt der Einbeziehung der BRD in militärische Konflikte.

Unsere Vermutung, daß die US-Air-Base den Frankfurter Flughafen künftig stärker als bisher in Beschlag nehmen wird, drängt sich angesichts der militärischen Planungen der US-Regierung geradezu auf. Seit spätestens 1979 stellt die USA eine sogenannte »Schnelle Eingreiftruppe«, »Rapid Deployment Force« (RDF) genannt, bestehend aus 200 000 Soldaten, auf, vornehmlich für Einsätze im Nahen Osten und der Golfregion. Diese Planungen wurden immens beschleunigt nach der sog. »Carter-Doctrin« im Januar 1980, in der die USA die Golfregion zum eigenen Interessengebiet erklärte und mit militärischem Einsatz drohte, wenn die »Stabilität« dort von außen bedroht werde. Im März 1981 ging Außenminister Haig noch weiter, indem er erklärte, daß die USA »eine Änderung des Status quo« rund um die Golfregion »mit allen Machtmitteln verhindern« werde. (Südd. Zeitung 20.3.81)...
Entsprechend umfassend sind die militärischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten um die »große« Aufgabe bewältigen zu können. Die Ausgaben für den Aufbau der RDF und die dazugehörenden Infrastrukturen wie die Schaffung größerer Transportkapazitäten zu Wasser und zu Luft, Einrichtung und Ausbau von Militärbasen und Stützpunkten besonders in der Golfregion selbst, »Voreinlagerung« von Waffen, Munition und Gerät in dieses Gebiet und auf dem Weg dorthin verschlingen einen großen Teil des immens gewachsenen Rüstungshaushalts der USA. ...
Inwieweit die Bundesregierung dieses militärische Nahost-Unternehmen unterstützt und welche militärischen und infrastrukturellen Maßnahmen in der Bundesrepublik diesem Zwecke dienen, können wir bis jetzt nur mehr oder weniger mutmaßen, da es keine präzisen öffentlichen Äußerungen der Bundesregierung dazu gibt. ...
Bekannt sind die öffentlichen Kommuniques der Ministertagungen der NATO, in denen sich die Bündnispartner allgemein für die Unterstützung der RDF-PLanungen aussprechen. Zu einer dieser Sitzungen im Mai 1981 schreibt der »Spiegel« in Nr. 21/81:
» Zwar soll die (die Unterstützung des RDF-Einsatzes) nicht automatisch geschehen, wie Weinberger zunächst verlangt hatte, sondern erst nach Konsultationen. Aus Konflikten heraushalten können sich die Europäer noch dem Brüsseler Beschluß aber nicht mehr. Wo immer es künftig in der Welt kriselt, die Allianz muß, wenn nach amerikanischer Meinung westliche Interessen berührt sind, einen militärischen Einsatz der USA unterstützen. « ...
Das zwischen der Bundesregierung und der USA im April dieses Jahres unterzeichnete sog. »Host Nation Support« -Abkommen, nach dem in Friedenszeiten Einheiten von 2340 Mann und in Spannungs- und Kriegszeiten von 93 000 Reservisten zur logistischen Unterstützung der US-Verstärkungsstreitkräfte von der Bundesregierung aufgestellt werden sollen, wird von Kennern auch im Zusammenhang mit den amerikanischen Kriegsplanungen im Nahen Osten gesehen.
Im Rahmen dieses Abkommens sollen von ihnen Zusatzvereinbarungen über einzelne zivile Flughäfen der Bundesrepublik mit der US-Regierung getroffen worden sein. Der »Stern« vom 18.2.1982 schrieb dazu:
» Eines dieser Abkommen betrifft Frankfurt. Amerikanische Militärs sind sich ohnehin einig, daß der Flughafen Frankfurt zum Herzstück der US-Verteidigungsplanung gehört. Es besteht kein Zweifel, daß er Umschlagplatz für die sechs zusätzlichen US-Divisionen sei. Daraus erklärt sich der Umbau im großen Stil. «
Darüberhinaus, erklärte der US-General Jim Allen vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses, sichere dieses Unterbringungsprogramm in Krisenzeiten den Amerikanern »den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt, eingeschlossen der Bodenfahrzeuge, der Frachtanlagen und anderer Flughafenausrüstungen.«

Schwarzes Brett

Atommüll gesucht

Wer weiß, was mit den Atommüllfässern passiert ist, die aus Mol in die bundesdeutschen AKW's bzw. Zwischenlager geliefert wurden? Stehen die noch da, sind sie beschlagnahmt oder sind sie schon weiter verschoben worden? Hinweise bitte an Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung, c/o H. Meuser, Wanheimerstr. 479, 41 Duisburg 28

★★★

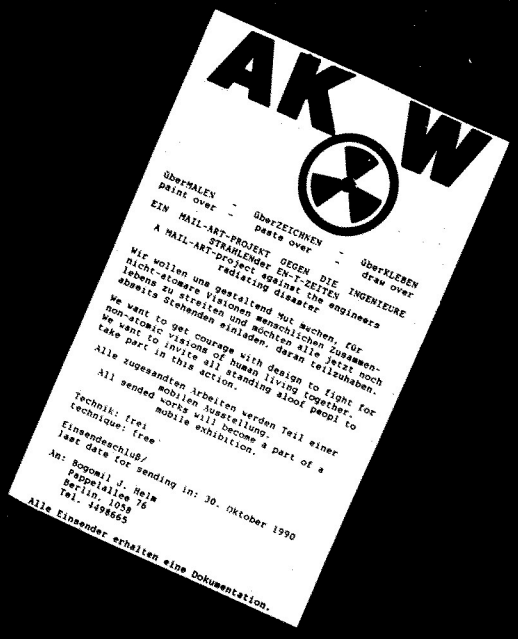
HTR-Gutachten

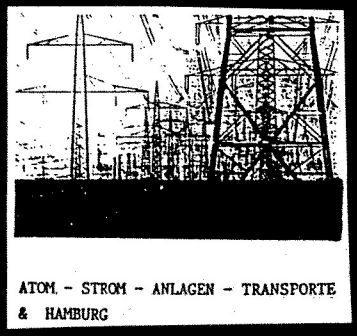
Das Öko-Institut Darmstadt hat im Auftrag von Greenpeace ein Gutachten mit dem Titel »Beurteilung der in- und ausländischen Konzepte für kleine Hochtemperaturreaktoren« erstellt. Dieses Gutachten untersucht umfassend alle bisherigen Planungen und Versuche mit verschiedenen HTR-Typen. Erfreulicherweise fällt das Ergebnis des Gutachtens vernichtend für die HTR-Technologie aus.
Zu beziehen bei Greenpeace, Vorsetzen 53, Hamburg 11

★★★

Buch zum deutschen Strom

»Zängls Leistung ist die minutiöse 'Kriegsberichterstattung' vom Schauplatz hundertjähriger, aggressiver Konzernpolitik. Der voluminösen Publikation liegt eine Dissertation zugrunde; die wissenschaftliche Zitierweise und argmumentative Diktion wird nicht allen LeserInnen behagen. Aber zwischen Aufschlagzündern und beheizbaren Dachrinnen, sich ständig spiralförmig verschiebenden Strombergen und -tälern, E-Herd und Aluminiumherstellung reift die Erkenntnis, daß in Bälde nicht ganz Deutschland Strom, sondern daß der Strom bald ganz Deutschland hat.«
So Wolfgang Ehmke in einer Rezension über das Buch »Deutschlands Strom. Die Politik der Elektrifizierung von 1866 bis heute«, von Wolfgang Zängl. Erschienen im Campus Verlag. 490 Seiten, 49 DM.





Drehscheibe Hamburg

Die Atomtransportegruppe bei der BUU Hamburg hat eine Broschüre zur »atomaren Drehscheibe Hamburg« verfaßte, mit Beiträgen u.a. zum europäischen Strommarkt, Atomtransporten, Uranimporten etc. Für DM 7,50 bei der BUU erhältlich (Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50)

★★★

Französische Atomtests

Bei der »Pazific Informationsstelle« ist ein neues Buch erschienen: »SOS Morura. Französische Atomtests im Pazifik«. Es ist eine umfassende und aktualisierte Darstellung der französischen Atomtests im Pazifik und beschreibt die medizinischen, ökologischen und sozialen Folgen der Versuche. Der Autor, Ulrich Delius, arbeitet für die Gesellschaft für bedrohte Völker. 80 Seiten, DM 8. Erhältlich bei: Pazifik-Informationsstelle, Hauptstr. 2, 8806 Neuendettelsau

★★★

Taschenkalender

Atomkraftfeinde können unter zwei Taschenkalendern wählen: »Atomkraft Nein!« Kalender vom Umweltzentrum Münster, der klassische Bewegungskalender mit der Chaos-Garantie. Oder »Kalender gegen den Strom« von der Göttinger atom-Redaktion, mit bewegungsübergreifenden Themen und Materialien, von Atom über Gen bis Großdeutsch.
Erhältlich im linken Buchhandel oder beim Verlag die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen

★★★

Feuer und Flamme

Das gleichnamige Buch in der Edition ID-Archiv hat bislang etliche Reaktionen und Anfragen ausgelöst. Der Text scheint innerhalb der autonomen Szene eine breite und kritische Aufnahme zu finden. Deshalb will der Verlag eine Kritik- und Diskussionsbroschüre nachliefern. Er fordert dazu auf, eigene Sichtweisen und Einschätzungen zur »autonomen Geschicht und Gegenwart« zu formulieren und bis 15.11.90 zu schicken an: ID-Archiv, c/o AurorA, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

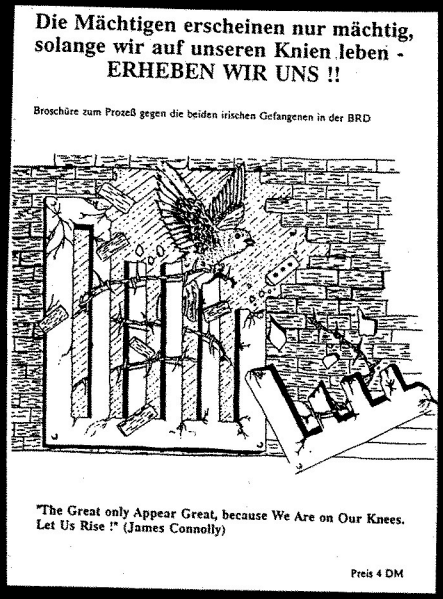
Materialien zur Kritik der PDS

Die Broschüre enthält die Kritik am linken Nationalismus, Realpolitik und konstruktivem Willen der PDS, Deutschland zu gestalten. Mit Materialien über die PDS-Positionen zu Wiedervereinigung, Sozialdemokratie, AKWs, Sicherheitspolitik und der PDS-Wirtschaftspolitik. Die Broschüre dokumentiert programmatische Aussagen und wichtige Beiträge aus der PDS — Gysi, Brie, Modrow, Steinitz — sowie linke Positionspapiere. Außerdem Nachdrucke zur Kritik der PDS: Ebermann, Trampert, Tolmein sowie der AK.

64 Seiten, DIN A4, DM 6

Herausgegeben vom Treffen der Minderheitsströmung des KB.

Bestellungen: H. Möller c/o Kommunistischer Bund, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36



Prozeß gegen irische Gefangene

Im August fing in Düsseldorf der Prozeß gegen die beiden irischen Gefangenen Gerry Hanratty und Gerry McGeough an. Zu dem ca. 1 Jahr dauernden Prozeß ist eine Broschüre erschienen, die bezogen werden kann über: Renate Müller Schmidt, Universität Göttingen, AStA-Außenreferat, Goßlerstraße, 3400 Göttingen

"BOMBENSICHER"

Rede von Günter Zint zur Eröffnung der Ausstellung "BOMBENSICHER" der ATOMIC-PHOTOGRAPHERS-GUILD im Kieler Rathaus

Für mich ist das Rathaus der Schleswig-Holsteinischen Landeshauptstadt als Ausstellungsort sehr makaber. Vor fast genau 10 Jahren arbeitete ich an dem Buch: "Gegen den Atomstaat". Dabei wurde ich von Polizeitruppen durch die Wilster Marsch gejagt, mit Tränengas aus Hubschraubern bombardiert, mehrfach meiner Filme beraubt, von Polizeibeamten geschlagen, meine Kameraausrüstung wurde mehrmals zerstört. MEK-Beamte mischten sich mit Maschinenpistolen unter der Demonstranten-Verkleidung direkt unter die Atomkraftgegner. Innerhalb von vier Jahren wurden die Firmenräume der Fotoagentur PAN-FOTO, meine Wohnung, mein PKW und das Büro meines Rechtsanwaltes rund ein Dutzend mal durchsucht, um Fotos, Tonbänder und Manuskripte zu beschlagnahmen. Für die daraus resultierenden Prozesse mußte meine Gewerkschaft über 20.000,- DM und viel Arbeit aufwenden. Journalisten, die sich weigerten, besondere Kennzeichnungen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung in Form von Lätzchen oder Armbinden zu tragen, da sie dies als eine Entwertung des bundeseinheitlichen Presseausweises sahen, wurden festgenommen und an der Arbeit gehindert. Einige meiner Kollegen, die sich ebenfalls der Sonderdiktatur des Herrn Stoltenberg nicht unterwerfen wollten, können hier noch schlimmere Erlebnisse schildern. Aber auch andere Berufsstände in diesem Land haben unter massiver Repression leiden müssen. Gegen den Rektor und zwei Lehrer der Wewelsflether Schule wurde auf Stoltenbergs persönliches Betreiben ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, da Schulkinder im Kunstunterricht die kriegerischen Ereignisse von Brokdorf per Malstift zu verarbeiten versuchten. Der Rektor resignierte, die Lehrer wanderten nach Irland aus,wo sie noch heute leben. Die Bespitzelungen in der Wilster Marsch zeigten Wirkungen. Dorfgemeinschaften zerbrachen. Familien fielen in Streit. Ein junger Mann, der sich mit dem Spaten gegen eine militärisch ausgestattete Polizei wehrte, wurde steckbrieflich gesucht und gefunden. Fünfeinhalb Jahre Gefängnis kassierte ein Demonstrant vor dem Landgericht Itzehoe für seinen Widerstand. Stoltenbergs Parole hieß: "Widerstand gleich linksextremistische Gewalt" und der verstorbene Landrat Dr. Brümmer flankierte ihn: "Wir müssen verhindern, daß der Frieden im Lande durch überwiegend landfremde Gewalttäter gebrochen wird." Stoltenberg als oberster Feldherr versuchte mit gutem Erfolg seine eigene Propagandapresse aufzubauen. Über diese Versuche wurde auch der bis dahin liberale NDR auf "Linie" gebracht. Bei vielen Zeitungen, die mit fetten Anzeigenaufträgen der Atomenergie geködert wurden, war das nicht nötig. Kurz nach dem Unglück von Harrisburg im Jahre 1979, kam mein kanadischer Kollege Robert del Tredici zu Besuch und sprach mit mir über die Gründung einer weltweiten Anti-Atom-Fotografen-Vereinigung. Ich wollte ihm bei dieser Gelegenheit die Brokdorfer Baustelle zeigen, was aber angesichts der Absperr- und Sicherungsmaßnahmen nur sehr unvollkommen gelang. Robert war erschreckt über die KZ-artigen Anlagen mit der rüden Bewachung, die uns mit Festnahme und Beschlagnahme unserer Geräte drohte. In USA herrscht da zumindest ein anderes Bewußtsein gegenüber der Presse. Robert del Tredici's Fotos aus dem Innenbereich militärischer und ziviler Atomanlagen beweisen dies. Doch zurück nach SWH: Alle Bemühungen, die Wilster Marsch wieder zu "befrieden" (O-Ton Stoltenberg im NDR) schlugen fehl. Die Anti-AKW-Bewegung bekam durch viele schlimme Pannen und Katastrophen Zulauf auch aus dem Lager der bislang schweigenden Mehrheit. Meine unter so schwierigen Umständen entstandenen Bücher erreichten eine Gesamtauflage von über einer Millionen Exemplaren. Das Honorar daraus wurde mir allerdings durch viele Prozesse von "Vater Staat" wieder abgenommen. Diese etwas lange Einleitung mußte ich machen, um klarzustellen, was dieser Ausstellungsort für mich bedeutet. Daß diese Fotos der ATOMIC-PHOTOGRAPHERS GUILD heute zu sehen sind, bedeutet nicht, daß ich meinen Frieden mit den Regierenden gefunden habe. Anerkennen will ich, daß die Schleswig-Holsteinische SPD schon immer bundesweit eine Ausnahmeposition in Sachen Atom eingenommen hat und sich da sogar oft auf Kollisionskurs mit der Parteizentrale in Bonn befand. Aber was ist real erreicht? Krümmel macht vielen Menschen Angst. Brokdorf hat sich nicht als der zuverlässige Superreaktor herausgestellt, als der er laut Vorauswerbung angekündigt war. Brunsbüttel macht viele Probleme. Die zehnfache Leukämierate ist in der Umgebung von Sellafield (GB) mit wissenschaftlich anerkannten Methoden nachgewiesen worden. Die Wissenschaft hat mittlerweile erkannt, daß die Niedrigstrahlung von Atomanlagen bisher mehrheitlich falsch eingeschätzt wurde. Bald wird der Krebs die Todesursache Nr. 1 sein. Es gibt also kaum Gründe, sich Dank einer veränderten Bewußtseinslage beruhigt zurückzulehnen. Die Grenzöffnung nach Osten läßt die Atombetreiber schon wieder Morgenluft wittern. In Stendal sind sie längst mit von der Partie. Nach der Entschärfung des Ost-West-Konfliktes haben wir nun, schneller als befürchtet, den Nord-Süd-Konflikt, der bei vielen Politikern wieder die Atomrüstung vertretbar macht. Trotzdem habe ich Hoffnung gerade hier an diesem Ausstellungsort noch etwas zu bewegen. Viele Mitarbeiter des Rathauses und hoffentlich auch hier durcheilende Mitarbeiter der Regierung, könnten ja mal kurz stehen bleiben und sich Gedanken über die gezeigten Fotos machen. Die Bevölkerung war ja schon vor zehn Jahren klüger als die Regierenden. Abschließend möchte ich hier noch fordern, daß sämtliche verurteilten Atomkraftgegner in der BRD amnestiert werden. Das Land Schleswig-Holstein sollte zusätzlich mit gutem Beispiel vorausgehen und eine Entschuldigung wegen der in Brokdorf erlittenen Ungerechtigkeiten aussprechen. Außerdem sollte in der Wilstermarsch ein Mahnmal für die an Körper und Seele Verletzten der Brokdorfer Schlachten aufgestellt werden. Ich habe in meinem eigenen Bekanntenkreis erleben müssen, wie die seelischen Verletzungen aus den verlorenen Kämpfen der letzten

zehn Jahre zur Staatsverdrossenheit, Radikalisierung oder Flucht in Drogen und Konsum geführt haben. Ich selbst bin vor diesem Schicksal wohl nur durch meine Arbeit und meine Kameras bewahrt worden. Zur Ausstellung selbst und zu den hier gezeigten Fotos der ATOMIC-PHOTOGRAPHERS GUILD habe ich nun gar nichts gesagt. Aber diese Fotos bedürfen keiner Erklärung und diese internationale Ausstellung braucht auch keinen Dolmetscher. Ich möchte der Projektgruppe FRIEDENSWISSENSCHAFTEN der Universität Kiel für ihr Engagement und die geleistete Arbeit danken. Ebenso gebührt der Vorbereitungsgruppe für das WORLD URANIUM HEARING in München und der HEINRICH BÖLL STIFTUNG Dank für das Zustandekommen dieser Wanderausstellung, die noch an vielen Orten der Welt gezeigt werden soll.

Solidaritätsaufruf

Bei PAN-Foto ist eingebrochen worden. Das Bildarchiv mit 2,5 Millionen Fotos ist zum Glück nicht davon berührt worden. Gestohlen wurde die über 100.000,- DM teure Ausrüstung, die von PAN-Foto nicht versichert werden konnte. Die Foto-JournalistInnen können nicht mehr arbeiten.
Das mag all jene freuen, die in engagierter Fotografie und kritischen Reportagen einen Angriff auf die Pressefreiheit sehen.
Uns freut es nicht. Die Dokumentation der "anderen Geschichte" der Bundesrepublik - und bald Gesamtdeutschlands - muß weitergeführt werden. PAN-Foto hat mit seiner bisherigen Arbeit einen wesentlichen Teil dazu beigetragen und sich immer gegen finanzielle und politische Widerstände behaupten müssen.
Wenn wir nicht wollen, daß Einbrechern gelingt, was Staatsanwälte nicht schaffen, müssen wir den Leuten von PAN-Foto zeigen, daß wir sie und ihre Arbeit brauchen - heute mehr denn je.

Spendenkonto der
PAN-Foto GmbH, beim Postgiroamt Hamburg,
BLZ: 200 100 20,
Kto. Nr.: 122 068 -201,

Wer mehr als 100,- DM spendet, erhält ein handsigniertes Originalfoto von Günter Zint; z.B. Rockszene der 60er: Jimi Hendrix oder die Beatles.

Ein Aufruf der Arbeitsgruppe Fotografie in der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst, Tempelhofer Ufer 22, 1000 Berlin 61 (V.i.S.d.P.: Manfred Rebentisch)

HURRA,

Wir sind noch da!

PAN-Foto ist ein "Kunststück" oder ist PAN-Foto Kunst?

Okay, einen alten Beitrag soll ich aktualisieren. Vor vier Jahren schrieb ich über PAN-Foto unter dem Titel: "So geht´s nicht weiter..." Es ist weiter gegangen, wenn auch nicht so. Blödsinnig also, altes aufzubereiten, wo viel neues passiert.

PAN-Foto war ursprünglich lediglich ein Pseudonym für Günter Zint. Schon vor gut 20 Jahren war er bei verschiedenen Verlagen "angeeckt" und mußte seine Fotos oft ohne seinen Namen unter die Leute bringen. Die Idee zu PAN-Foto als Team schwebte seit 1980 in unseren Köpfen. Offiziell existiert die "PAN-Foto Agentur zur Verbreitung alternativer Pressefotos GmbH" seit 1982 als Trio mit noch einigen freien Mitarbeitern. Seit 1984 hat die GmbH sechs Gesellschafter und noch drei freie Mitarbeiter. Um PAN-Foto kurz vorzustellen, hier eine sehr unkomplette Auflistung der Hauptakteure:

Gabi Schmidt: macht den alltäglichen Bürokram, das Archiv, das Labor, tröstet verzweifelte Kunden, fotografiert, politisiert und dressiert nebenbei unsere EDV-Anlage. (Neben all dieser Arbeit findet sie noch Zeit, durchreisende Handwerksgesellen von AXT & KELLE zu betreuen.)

Jutta Stadach: sorgt sich um unsere Anzeigen (nicht die bei der Polizei, sondern die für unsere Publikationen) und sorgt für den dokumentarischen "Hintergrund" unserer neuen Buchprojekte. Mit dem Abtippen von Tonbändern hat sie schon viele "Orden" verdient.

Werner Richarz: arbeitet hauptberuflich als Krankenpfleger und faßt bei PAN-Foto immer mit an, wenn´s "brennt": Mit Jutta hat er kürzlich 10 Zentner Star-Club-Akten entstaubt und sortiert.

Marily Stroux: hat bei Günter mal eine Fotokurs belegt und ist dann bei PAN-Foto hängengeblieben. Mittlerweile hat sie sich zu Hamburgs aktivster Pressefotografin gemausert, die sich von keinem Kollegen was vormachen läßt. Es gibt sogar Kollegen, die ihr schon freiwillig Platz machen!

Uwe Wichmann: gehört seit 15 Jahren zu PAN-Foto und arbeitet immer im "Untergrund" oder der "Szene" (sprich sszien), wenn er nicht gerade mal wieder beim Film eine Karriere versucht. Uwe fotografiert, organisiert, phantasiert und hat durch heldenhafte Einsätze schon mehr als einmal verhindert, daß PAN-Foto im Müll versinkt.

Heinrich Schultze: ist ein genialer Linsenakrobat und Hamburgs unangepaßtester Lichtbildner. Das gilt auch für seine Arbeitsweise (Heinrich ist der Erfinder der Luftfotografie ohne Flugzeuge - Auskunft erteilt er, wenn er Lust hat). Mehr sage ich lieber nicht über ihn, seine Bilder sprechen für sich.

Günter Handlögten: schreibende, graue Eminenz, muß leider oft für etablierte "Magazine" fremdgehen, um seine große Familie durchzubringen. Lektor der meisten Zint-Bücher.

Christof Krackhardt: ist unser Korrespon-

dent in der amerikanisch besetzten Zone und führt die PAN-Foto "Außenstelle SULZHOF" bei Fulda. Auf dem SULZHOF macht die PAN-Foto-Crew Urlaub, wann immer es geht (und das ist leider selten).
Nicht erwähnen können wir aus Platzgründen alle unsere anderen Korrespondenten und die diversen Volontäre und Praktikanten, die sich mit uns in den letzten Jahren herumgeschlagen haben.
Alle genannten Mitarbeiter sind jedenfalls Journalisten, die versuchen, mit den begrenzten Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, eine - nach ihrer Meinung - bessere Pressearbeit zu leisten, als sie bundesdeutsch üblich ist. Außer Tätigkeiten wie Fotografieren, Entwickeln, Vergrößern, Tippen, Einkuvertieren, Adressieren und Briefmarkenkleben haben wir mit den meisten anderen Pressefotoagenturen wenig gemeinsam.
Wir machen Fotos, schreiben, versuchen zu dokumentieren und kommentieren. Wir sind nicht heiß auf Sensationsfotos, obwohl wir registriert haben, daß scheinbar nur diese Fotos es wert sind, prämiert zu werden. Fensterstürze, fast verhungerte Kinder, Exekutionen, Henker und Opfer auf Papier sind preisverdächtig. Preisgekrönt wird vermutlich eher die emotionslose, professionelle Abgebrühtheit des Fotografen als das Schreckensfoto selbst. Wer in solch einem Moment noch fotografieren kann, muß schließlich gut sein.
Je dramatischer es in Publikationen zugeht, um so besser ist es. Wir kennen sie alle, diese Zeitungen und Zeitschriften. Vergewaltigungen, blutige Kämpfe, Unfälle usw. füllen die Tische der Redaktionen und dringen mehr und mehr auch in die Tageszeitungen vor. Bilder dieser Art haben Chancen, gedruckt zu werden und, vor allem, Geld zu bringen. Das führt zu einem Run vieler Kollegen auf Sensation und Skandal. Eine Eigendynamik der Branche, die uns erst dann auffällt, wenn z.B. ein befreundeter Kollege mit Stolz Fotos von einer Vergewaltigung präsentiert.
Als Kontrastprogramm bietet die Regenbogenpresse unter dem Motto: "Heile Welt!" alles, aber auch alles vom Geldadel. Vom Industriellen, Adeligen, Künstler, selten vom Politiker und noch seltener von einfachen Leuten wird erzählt. Hauptsache: nett. Dazu kommt die Werbung. Zu unseren zahlenden Kunden gehören weder königliche Familien noch strahlende Models oder glänzende Produkte der Industrie. Uns verpflichtet weder Adel noch Stellung irgendwelcher Leute. Geschminkt und gestylt ist für uns noch lange nicht gleichbedeutend mit fotoreif. Wir wollen keine Dinge und Menschen unterstützen, die wir schädlich, unnütz oder einfach nur gräßlich finden. Das tun andere gründlich genug.
Zwischen Skandal und Nettigkeit, Sensation und Schönheit klafft eine riesige Lücke. Zwar kann zur Entschuldigung der viel gelesenen Zeitschriften gesagt werden; "Jedes Volk hat die Presse, die es verdient", aber was macht das Volk, wenn ihm nichts anderes geboten wird?
Der Erfolg dieser Pressearbeit ist offensichtlich. Dem Leser wird vermittelt, Leute mit Geld haben bis zur Krankheits- und Todesgrenze höchstens Problemchen, Probleme haben andere, nämlich wir. Wir sind klein und unbedeutend, es sei denn, wir werden reich. Krieg, Mord und Totschlag gibt es ständig und überall, hat es immer gegeben, und wir können doch nichts daran ändern. Immer offener wird von Verbrechen, Korruption und üblen Machenschaften angesehener Persönlichkeiten berichtet. Daß Regierungen Mörder finanzieren und sich gleichzeitig über Terroristen empören, erschüttert niemanden mehr. Man hält sich raus und am Bewährten fest.
Um eine andere Berichterstattung bemühen sich viele. Engagierte junge Kollegen gibt es genug, aber leider häufig nicht lange. Resigniert, angepaßt oder "umgedreht" enden sie an den Schreibtischen großer Verlagshäuser. Sie gehören dort zu den Ängstlichen, wollen abgesteckte Grenzen nicht überschreiten, sind uns aber immer noch angenehmer als 150-%-ig konforme Meinungsmacher. Die Macht weniger Medienmultis ist mehr als deutlich. Sie zahlen gut, was früher oder später fast jeden hungrigen Journalisten überzeugt. Andere Möglichkeiten, dem eigenen Anspruch und dieser Misere zu entkommen, sind wenig verlokkend: Alkohol oder Berufswechsel.
Dem Rest der aktiven PAN-FOTO-Crex sind diese Dinge bisher erspart geblieben. Der Preis: Viel Arbeit, wenig Privatleben, selten Geld. Denn - wie gesagt - gekauft wird, was gefällt, gedruckt wird, was genehm ist. Wir sind selten genehm und gefallen nur wenigen. Unser Fehler, den wir immer wieder gern machen. Wenigstens eines zählt mittlerweile zu unseren bescheidenen Mitteln: Erfahrung. Mit Technik, Kollegen, Verlagen, Freunden und Feinden der Branche kennen wir uns aus. Oft wissen wir, wer guten Willens, aber finanzschwach, anderer Meinung, aber finanzstark ist. Selbst langjährige Freunde distanzierten sich von uns, nachdem sie ihr Bankkonto gut gefüllt hatten. Andere entschädigen uns für monatelange Kleinarbeit mit Almosen, als seien es Geschenke, mit dem Hinweis: *"Euch ging's finanziell ja immer schon schlecht."* Traurig, aber wahr.
Wir wählen unsere Themen selbst und bieten an. Das kostet viel Zeit und Geld und führt nicht immer zur Veröffentlichung und zum Honorar. Die Honorare von Zeitungen und Zeitschriften sind ohnehin selten hoch. Rechnet man Fahrtkosten, Filmmaterial, Entwicklungs- und Versandkosten dagegen und geht von einem geringen Stundenlohn aus, rentiert sich die Arbeit nicht. Um unsere Arbeit überhaupt öffentlich zu machen, um von der Oberflächlichkeit eines Artikels wegzukommen, haben wir mehr Bücher produziert, deren Auflagen aber nicht immer hoch sind. Wir sind froh, wenn wir langwierige Buchprojekte mit plus/minus Null abschließen. Aus dieser finanziellen Misere hilft uns nur die Flucht nach vorn: Machen, Arbeiten, Produzieren lautet die Devise. Ohne Kompromisse geht es nicht. Ohne neue Mitarbeiter mit neuem Schwung, neuem Mut und neuen Ideen hätten Günter und ich längst *"das Handtuch geschmissen"*. Vor allem Gabi, Jutta, Werner, Marily und auch Uwe verdanken wir viel. Sie entwickeln unglaubliche Energien bei der Arbeit, ohne dafür entlohnt zu werden. Sie und einige gute Freunde haben PAN-FOTO lebendig erhalten. Denn ich arbeite schon seit 1 1/2 Jahren an einer Auftragsproduktion außerhalb Hamburgs, um Luft zu schnappen und meine privaten Finanzen in den Griff zu bekommen. Günter und ich hatten diesen Abstand nach so langer Zusammenarbeit dringend nötig. So existiere ich bei PAN-FOTO hauptsächlich aus dem Telefonhörer.
Das bißchen Privatleben aller PAN-FOTO-grafen verdanken sie nicht sich selbst, sondern den ständig nervenden Partnern und Freunden. *"Wir könnten Euch manchmal zum Mond schießen, aber wir brauchen Euch sehr"*. Für uns alle ist es immer wieder verblüffend, daß wir trotz Schulden, wenig Zeit, häufig schlechter Laune und mangelnder Aufmerksamkeit doch gemocht werden. Günter und Mackie haben am 24.1.86 geheiratet. Anna Lena und ihre kleine Schwester Christine Marie, geboren am 6.5. sehen ihren Vater zu selten. Aber Günters Frauen geben die Hoffnung nicht auf.
Standhafte Gerüchte, Günter Zint und PAN-FOTO seien durch ihre diversen Veröffentlichungen reich geworden, können wir jederzeit widerlegen. Wenn's interessiert, der kann sich unsere Konten gerne ansehen. Wer unsere Arbeit unterstützen will, erwirbt am besten unsere Bücher und andere Produkte. Spenden nehmen wir nach wie vor dankbar an (...).
PAN-FOTO ist lebendig nach all den Jahren. Viele Projekte sind in Arbeit. Das jüngste Kind, die Monatszeitung "St-PauliDurchblick", ist kaum aus den Windeln. Trotz aller Nervereien sind wir froh, daß wir noch nicht aufgegeben haben. Ohne Günter gäbe es PAN-FOTO allerding nicht und vor allem nicht so. Wenn mich jemand fragt, warum ich immer noch mit ihm arbeite obwohl es doch *"nichts bringt"*, sage ich: Er ist Berufungsfotograf, ist immer noch nicht abgebrüht, ist nicht dem Wink des Geldes gefolgt, kann sich über kleine Ungerechtigkeiten noch genauso aufregen wie über große Schweinereien, ist sensibel geblieben und hat trotz Verzweiflung nie aufgegeben. Die *"leichten Schläge"* sind es nicht allein, die ihn dazu gebracht haben. Prozesse und Knüppel haben ihn bisher nicht aufgehalten. Ich wünsche ihm und uns, daß wir es auch weiterhin schaffen, unsere Arbeit zu tun, so gut es geht. Es bringt mir viel, mit ihm zu arbeiten. Bleibt mir nur zu sagen: ***"Hurra, wir sind noch da!"***

Inge Kramer:
muß als Geschäftsführerin für allen Unsinn, den die PAN-FOTO-Crew verzapft, den Kopf und den Geldbeutel hinhalten. Daher kommt sie selten genug zu kreativen Aktionen. Mitautorin fast aller Zint-Bücher.

Anm. atom:
Dieser Beitrag wurde vor dem Einbruch bei PAN-FOTO geschrieben.

Atomare Teilhabe oder Atomwaffenverzicht?

Nach dem Abschluß der "4 plus 2"-Gespräche in Moskau sind die *"äußeren Aspekte"* der Wiedervereinigung Deutschlands geregelt, der Sieg im Kalten Krieg ist perfekt: Die BRD und die NATO verleiben sich die DDR ein, die Deutsche Bank besorgt den Abzug der Roten Armee in den nächsten 4 Jahren - während Amerikaner, Briten und Franzosen weiter hier bleiben -, die Alliierten Vorbehaltsrechte entfallen schon vor Ratifizierung des Moskauer Abkommens am Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober, und dem neuen Deutschland wird ein Friedensvertrag erspart, bei dem möglicherweise noch einmal die Frage nach Entschädigungen in Milliardenhöhe auf die BRD zugekommen wäre. Voraussichtlich am 19. November soll dann eine KSZE-Konferenz die in kleinem Kreis ausgehandelten Wiedervereinigungs- und Neuordnungsbedingungen billigen und ihnen dadurch internationale Akzeptanz verschaffen.

Neben den Fragen von Bündniszugehörigkeiten und Übernahmekonditionen ist aber auch die nach dem atomaren Status der BRD oder eines wiedervereinigten Deutschlands interessant. Als in der zuständigen Kommission der UNO und im Auswärtigen Amt die Vorbereitungen für die nach 1975, 1980 und 1985 vierte Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag vom 20. August bis 14. September 1990 in Genf getroffen wurden, konnte niemand mit einer besonderen Aktualität dieses Themas rechnen. Auch daß die Frage deutscher Atomwaffenexporte in den Irak anläßlich dessen Überfall auf Kuwait zur tagespolitischen Diskussion werden würde, war nicht absehbar.

Aber auch ohne dies hätte die Überprüfungskonferenz genug Gesprächsstoff bieten müssen: Im Januar 1988, als in Hanau die Atomfässer überliefen, mußte der hessische Ministerpräsident Wallmann auf eine Frage von Joschka Fischer einräumen, er könne nicht ausschließen, daß mit den Atomexporten der Atomwaffensperrvertrag verletzt worden sei. Die Geschäfte des Atom-Export-Weltmeisters BRD und dessen Verstoß gegen Geist und Buchstaben des NPT waren aber kein Thema in Genf. Nach der bewährten Methode entzog sich die BRD einer Verurteilung: Die BRD-Politik hatte von alledem keine Ahnung und war also unschuldig, während die schmutzigen Geschäfte angeblichen Schwarzen Schafen in der Wirtschaft angelastet werden. Daß der Wirtschaftsliberalismus als Schmiermit-

tel zwischen Auswärtigem Amt, Wirtschaftsministerium und dem Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn hervorragend im Interesse der Atomexporte funktioniert, interessierte ebensowenig wie die Praxis, bekanntgewordene Verstöße gegen Exportverbote im Verein zwischen Politik und Wirtschaft zu verschleiern und möglichst nicht zu ahnden.

Nach 1980: Zum zweiten Mal platzt eine NPT-Überprüfungskonferenz

Da war es dann schon eine Sensation, daß entgegen aller Voraussagen am Samstagmorgen, den 15. September, um halb sechs die 4. Überprüfungskonferenz "platzte", d.h. ohne Abschlußkommunique auseinanderging. Ein aus ursprünglich 35 Ländern übriggebliebener "harter Kern" von 5 Ländern um den "Rädelsführer" Mexiko hatte darauf bestanden, daß im Abschlußdokument verbindliche Verhandlungen über einen umfassenden Atomteststopp festgeschrieben werden sollte. Außerdem rankte sich der Streit um den Artikel 6 des NPT, der die Atommächte zu "vertikaler Nonproliferation" verpflichtet. Der Verweis auf die 3 Prozent Abrüstung im INF-Vertrag genügte ihnen nicht. Die USA und Großbritannien hatten schon zu Beginn der Konferenz gedroht, sie würden eher den NPT zur Disposition stellen, als einem Verhandlungsmandat über Teststoppverhandlungen zustimmen. Die 5 Länder bewiesen den Mut, einen Dissens öffentlich zu machen: Sie sind nicht bereit, die im NPT festgeschriebene "Atomwaffen-Hierarchie" auf Dauer zu akzeptieren. Die Alternative lautet: entweder Abrüstung der Atomwaffenmächte, oder weitere Bemühungen der anderen Staaten, Atomwaffenmacht zu werden. So ist es wenig verwunderlich, wenn auch die bürgerlichen Medien für die 5. Überprüfungskonferenz in 5 Jahren düstere Prognosen abgeben: 1995 wird über die Verlängerung des NPT entschieden.

... und der atomare Status Großdeutschlands ?

Die aktuellen politischen Entwicklungen speziell mit der Wiedervereinigung und der

sicherheitspolitischen Neuordnung Europas stellen die Frage des Verhältnisses eines Großdeutschland zu den Atomwaffen. Eine Teilantwort lieferte im Frühjahr diesen Jahres eine Studie der Washingtoner Carnegie-Friedensstiftung. Darin wurde der BRD vorgeworfen, daß durch ihre Exporte Länder wie Pakistan, Indien, Argentinien und Brasilien eigene Atomwaffen entwickeln konnten. Diese internationale Atomwaffen-Kooperation verhalf der BRD zu einem umfangreichen Know, wodurch die Deutschen in puncto Atomwaffen-Technologie zu einer führenden Macht geworden sind. Die deutschen Atomexport-Weltmeister können sich sogar für ihre regen Aktivitäten auf den NPT berufen: Artikel 4 schreibt ausdrücklich die Förderung der "zivilen" Atomwirtschaft vor. Das nutzten auch die deutschen Exporteure weidlich aus. Interessant ist, daß Wirtschaftsminister Haussmann nach dem Überfall des Irak auf Kuwait plötzlich Exportgüter wie Spezialschmieden als rüstungsrelevant deklarierte, die bis dato stets als "zivil" durchgingen.

BRD-Exporte im eigenen Atomwaffen-Interesse

Die BRD-Exportinteressen sind aber auch eng mit eigenen BRD-Atomwaffeninteressen verknüpft. Die deutsche Atomwaffen-Wertarbeit ist nämlich weltweit nicht nur deswegen so begehrt, weil sie leicht zu haben ist. Die BRD ist zugleich bei der militärisch interessanten Atomtechnologie (Anreicherungsverfahren etc.) Weltspitze und für die internationalen Nachfrager besonders attraktiv. Was dem Export nützt, zahlt sich aber auch für eigene Atomwaffeninteressen aus: Schon lange gilt die BRD in einschlägigen außen- und sicherheitspolitischen Kreisen als "Atomwaffenstaat auf Abruf". Daß so ein Status schon weltpolitisch von Bedeutung ist, zeigt sich wiederum in der aktuellen Golfkrise: Israel wird beim Kräftevergleich mit 100 Atomsprengköpfen gezählt, obwohl es offiziell keine Atomwaffen hat. Ganz so weit sind die Bundesdeutschen nicht; aber ExpertInnen wie Lutz Mez von der FU Berlin wissen, daß die BRD-Techniker innerhalb weniger Wochen Atomsprengköpfe zusammenbasteln könnten, wenn der politische Wille da wäre.

Damit hat die BRD einen "atomaren Status" erlangt, der dem Nachfolger des massenmordenden Faschistenstaats nach '45 eigentlich vorenthalten bleiben sollte. Doch schon der WEU-Verzicht von 1954, die "Eintrittskarte" Adenauers in die NATO, untersagte weder den Aufbau einer "zivilen" Atomwirtschaft noch Atomwaffen-Kooperationen im Ausland. Der NPT hat ebenfalls seine Unzulänglichkeiten: Neben der Förderung (!) der "zivilen" Atomwirtschaft tritt er im Kriegsfall sowieso außer kraft (so daß sich das atomwaffentechnologisch im Weltspitzenbereich anzusiedelnde Großdeutschland im handumdrehen atomar bewaffnen könnte), und schließlich erlaubt er durch ein deutsch-amerikanisches Zusatz-Agreement, daß Deutschland im Rahmen einer "Europäischen Politischen Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik" über Atomwaffen mitverfügen darf.

Will Gesamtdeutschland Atomwaffen?

In der Vergangenheit gab es stets ein Jammern, daß der "ökonomische Riese" BRD nur ein "atomarer Zwerg" sei. Der "atomare Schutzschirm" der USA im Rahmen der NATO-Integration kompensierte in der Vergangenheit ein Stück weit die Entbehrung eines eigenen atomaren BRD-Abschreckungspotentials. Diese "Nukleargarantie" litt jedoch schon in den 60er Jahren mit dem Aufbau eines sowjetischen "atomaren Zweitschlagspotentials" an mangelnder Glaubwürdigkeit: Würden die USA im Interesse einer BRD-Außenpolitik mit Atomwaffen drohen, wenn Washington damit quasi die Selbstzerstörung drohte? So kam es schon Ende der 50er Jahre zu einem Streit über die Auslegung der NATO-Strategie: Die BRD forderte die Einbeziehung des US-Territoriums in den Kriegsschauplatz und somit die Drohung eines möglichst frühzeitig-massiven Einsatzes der US-Atomwaffen, die USA wollten ihn selektiv und möglichst zu einem späten Zeitpunkt im Kriegsablauf.

Daher wurde von deutscher Seite immer wieder der Ruf nach eigenen Atomwaffen laut. So beschaffte Verteidigungsminister Strauß den "Starfighter" als Atomwaffenträger, die Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) galt als "Versailles kosmischen Ausmaßes", und Außenminister Schröder drohte gar 1965 einmal mit der atomaren Bewaffnung, wenn die BRD weiterhin bei der Verfügung über Atomwaffen "außen vor" bliebe. 1985 enthüllte der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer, daß es zwischen 1975 und 1985 Atomwaffen-Forschung am Fraunhofer-Institut gegeben habe. Jüngste Versuche atomarer Eigenständigkeit waren das Gezerre um die Pershing 1a und der Entwicklung der KOLAS-Atomträgerraketen im Auftrag des Verteidigungsministeriums 1987/88.

Auch die die Stationierung der "Ankopplungswaffen" Pershing II und landgestützter Marschflugkörper sollte das "atomare Dilemma" der BRD beheben; nach dem INF-Vertrag trat dieses "Dilemma" erneut auf, und es verschärfte sich zunehmend mit der Veränderung der gesamtpolitischen Konstellation, sowohl global (Relativierung der Hegemonialrolle der USA durch die Wirtschaftsmacht Japans und der EG) wie auch speziell in Europa (als Folge des gorbatschowschen Reformkurses). Es setzte sich fort, als die NATO auf ihren Frühjahrstagungen 1990 den Atomwaffeneinsatz ganz ans Ende der Eskalationsleiter zu stellen. Damit ist der "first use", den die Deutschen stets gefordert hatten, endgültig passé. Damit stellt sich für die BRD bzw. Großdeutschland eine Situation ähnlich derer, die Helmut Schmidt 1977 veranlaßte, die Stationierung der "Ankopplungswaffen" Pershing II und Cruise Missiles zu fordern. Nach herrschender sicherheitspolitischer Logik ist somit wieder "Gefahr im Verzug". Denn eine grundsätzliche Wende in der Logik atomarer Abschreckung ist weder auf der Hardthöhe noch im Brüsseler NATO-Hauptquartier zu erkennen. Der angebliche abrüstungspolitische Kurs der Bundesregierung auch im atomaren Bereich gilt für Atomwaffen, die sowieso nur künftigen MitbürgerInnen aufs Haupt fallen können, also landgestützten Kurzstreckenraketen (Lance-Nachfolge). Statt dessen werden neue Feindbilder wie der "Teufel Saddam Hussein" aufgebläht, gegen die konventionell und atomar weitergerüstet oder gar das Bundeswehr-einsatzgebiet ausgedehnt werden darf. Aber auch die Sowjetunion wird so lange nicht "vergessen" werden, wie sie sich "sozialistisch" nennt.

Nach neuen Möglichkeiten atomarer Mitverfügung im europäischen Rahmen wird daher Ausschau gehalten. Zwar rollt bereits die Nachrüstungwelle luftgestützter atomarer Abstandswaffen (TASM), und die Bundeswehr soll an diesen Luftgeschwadern beteiligt werden. Doch zu dem nachhaltig erschütterten Vertrauen deutscher Atomdiplomaten in die Nukleargarantie des größten NATO-Partners USA tritt die Erkenntnis, daß die veränderten strategischen Rahmenbedingungen in Europa ein endgültiges Aus für eine stellvertretende Wahrnehmung atomarer Interessen durch die USA bedeutet. Aktuell erleben wir anhand der Diskussion um die Entsendung der Bundeswehr in den Golf die soundsovielte Neuauflage der Forderung, die Deutschen sollten auch militärisch Weltmachtniveau anstreben. Diese Diskussion wird sich kaum auf Soldaten beschränken. Die Sowjets, denen die Scheisse momentan bis zum Halse steht, sind offenkundig bereit, für Milliardenspritzen alles anzubieten: Kürzlich offerierte der Deutschland-Experte Portugalow einen Sitz als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UNO. Damit ist der Schritt zum Vetorecht, der nur Atomwaffenstaaten zusteht, nicht mehr weit.

Das "4 plus 2" - ABC

Im Moskauer Abkommen zur Regelung der "äußeren Aspekte" der Wiedervereinigung vom 12.9.90 wurde im Artikel 3 vereinbart: "Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird." Allein die Formulierung "bekräftigen <u>ihren Verzicht</u>" ist schon etwas irreführend: Die BRD hat noch nie in <u>einem</u> völkerrechtlich verbindlichen Vertrag eine solche umfassende Erklärung über "Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über" ABC-Waffen erklärt. Die vorliegende Erklärung von Moskau, eine Wiederholung der Genscher-Erklärung auf der 4. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag (NPT) von 22.9.90 in Genf, bezieht sich laut Aussage des Auswärtigen Amtes auf ein Sammelsurium von Verträgen: der Erklärung Adenauers zum WEU-Vertrag 1954, dem Artikel 2 des NPT von 1968, dem Artikel 1 des B-Waffen-Abkommens (BWÜ) von 1972 und der C-Waffen-Erklärung anläßlich der Ratifikation des BWÜ 1982.

Aus der Formulierung "bekräftigt" geht hervor, daß es sich bei dieser - völkerrechtlich verbindlichen - Erklärung nicht um einen zusammenfassenden **Ersatz**, sondern lediglich um eine **Neuauflage** bisheriger Verzichte handelt. Das heißt vor allem: Die Einschränkungen und Unzulänglichkeiten der bisherigen Verzichte (z.B. Beschränkung auf Herstellung auf BRD-Territorium im WEU-Verzicht; "Europäische Option" beim NPT) bleiben bestehen. Daß es sich nicht um einen völligen Verzicht auf "nukleare Teilhabe" handelt, macht das Moskauer Abkommen in Art. 5,3 deutlich: Die Trägersysteme für Atomsprengköpfe, die die Bundeswehr besitzt, werden nicht abgeschafft, sollen aber nicht auf dem Gebiet der noch-DDR stationiert werden. Auch das ist Augenwischerei: Während die sowohl konventionell als auch atomar verwendbaren Trägersysteme der Sowjetunion eine Unterscheidung durch Umbau (z.B. andersartige Artillerierohre) kennen, gibt es das bei der NATO nicht. Somit ist eine Verifizierbarkeit der Nichtstationierung der "dual capable systems" auf DDR-Territorium nicht gegeben.

Die Debatte um die Auslegung des Moskauer Abkommens ist im Gange. So wollen die Grünen im Bundestag zur Ratifikation des Abkommens Entschließungsanträge einbringen, durch die die Beschränkungen in den früheren Verzichtserklärungen (WEU, NPT) entfallen und die Bundeswehr - analog zum INF-Vertrag - alle Trägersysteme abschafft, deren zweifache Verwendbarkeit eine klare Trennung in "konventionell" und "atomar" unmöglich macht. An den Reaktionen auf diese Anträge wird sich ersehen lassen, welchen Wert des ABC-Waffen-Verzicht im Moskauer Abkommen hat.

"AViG" und "Genfer Zusatzprotokolle": 2 Indizien für einen Atomwaffenstaat Großdeutschland

Die sich friedlich gebenden Äußerungen der Bundesregierung, insbesondere Außenminister Genschers, werden nämlich durch aktuelle parlamentarische Vorgänge konterkariert: Zum einen weigern sich alle Altparteien, dem "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" zuzustimmen; auch die SPD, die die Forderung nach verfassungsrechtlicher Verankerung einen Massenvernichtungswaffen-Verzicht im Dezember 1989 auf ihrem Berliner Parteitag ins Programm aufgenommen hat, weigert sich nach wie vor, die Beschlußlage der Partei im Parlament umzusetzen.

Ein zweites Beispiel: Am 22.3.1990 brachte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung der Zusatzprotokolle der Genfer Konvention zum Humanitären Kriesgvölkerrecht von 1949 ein. Hinter diesem vordergründig unscheinbaren Vorgang verbirgt sich wiederum etwas, das in der Vergangenheit schon öfters für Aufregung sorgte. Die Zusatzprotokolle sollten die Unzulänglichkeiten, die sich durch die Entwicklung von Massenvernichtunswaffen nach dem II. Weltkrieg für den kodifizierten Schutz im Humanitären Kriegsvölkerrecht ergaben, der Kriegstechnologie anpassen. Sie warten inzwischen 13 Jahre auf ihre Ratifizierung im Parlament. Die BRD ist neben den USA international das einzig relevante Land, in dem diese Verträge noch nicht rechtskräftig sind. Selbst die "atomare Supermacht" UdSSR hat 1989 ratifiziert. Die zögerliche Haltung gerade der Atomwaffenstaaten erklärt sich aus dem Gegenstand selbst: Anfang der 70er Jahre initiierte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes Verhandlungen zur Angleichung der Regeln des Humanitären Kriegsvölkerrechts an die umfassende Vernichtungswirkung moderner Massenvernichtungswaffen durch Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention. Zwischen 1972 und 1976 handelten Delegierte des größten Teils der Staatenwelt die Zusatzprotolle aus, 1977 wurden sie paraphiert und dann zur Ratifikation freigegeben. Inzwischen haben über hundert Länder ratifiziert.

Die Bestimmungen der Zusatzprotokolle, insbesondere Art. 51 des ZP I, würden einen Atomwaffeneinsatz kriegsvölkerrechtlich praktisch ausschließen. So würde die NATO-Strategie völkerrechtswidrig. Das erklärt die dezente Zurückhaltung des NATO-Partners BRD nur zum Teil. Auch bei der Einbringung des Gesetzentwurfs vom 22.3.1990 hat die Bundesregierung für die Rechtmäßigkeit einer Drohung mit eigenen Atomwaffen gesorgt. Denn auf der letzten Seite des Entwurfs sind eine Reihe von Vorbehalten aufgelistet, unter denen die Ratifikation erfolgen soll. Erster Punkt dieser Vorbehalte besagt ganz lapidar, daß aus Sicht der BRD die Zusatzprotokolle nur für konventionelle Waffen gelten. Damit wird der Sinn der Zusatzprotokolle ins Gegenteil verkehrt.

Das Ratifikationsgesetz zu den Zusatzprotokollen soll am 20. September 1990 in 2. Lesung abschließend beraten werden. Die Grünen werden auch hier einen Entschließungsantrag einbringen, daß das Zusatzprotokoll 1 **ohne** den Nuklearvorbehalt verabschiedet wird.

Die genannten Beispiele zeigen, daß die Atomwaffen und eine (Mit-)Verfügung in der herrschenden sicherheitspolitischen Diskussion weiterhin aktuell sind. Noch stützt sich das Vorenthalten einer (Mit-)Verfügung der BRD über Atomwaffen wesentlich auf das Eingeständnis der Kriegsschuld. Dieses Argument hat als Ablehnungsgrund gegen die bevorstehende Wiedervereinigung inzwischen versagt. Ohne eine besondere Aufmerksamkeit der BRD-Öffentlichkeit sowie innen- wie außenpolitischen Widerstand wird auch der Weg zur "Atommacht BRD" mittelfristig nicht zu verhindern sein. Die Weichen werden heute gestellt.

Hans-Peter Hubert

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen im Bundestag

Startbahn-Prozeß

Vor dem Urteil

Der Prozeß nähert sich dem Ende. Nach über 100 Verhandlungstagen kündigte der vorsitzende Richter Schieferstein Mitte September die Urteilsverkündung für den 30. Oktober an. Daraus wird aber wohl doch nichts, denn nachdem die Verteidigung noch etliche Beweisanträge gestellt hat, die zumindest noch gewürdigt bzw. abgelehnt werden müssen, scheint dieser Tag doch etwas weiter in die Ferne gerückt.
Ob nun etwas früher oder später — es gehen alle Prozeßbeteiligten von einer Verurteilung beider — Frank Hoffmann und Andreas Eichler — wegen der tödlichen Schüsse aus. Selbst wenn die Bundesanwaltschaft keine eindeutigen Beweise liefern konnte, sondern sich nur auf ihre Indizienkonstruktion stützt.
Wir geben in dieser Ausgabe noch einmal einen kurzen Überblick über das in den letzten Wochen Geschehene und dokumentieren das Erscheinen einer Startbahngegnerin vor Gericht, die sich in keiner Weise von der einen oder anderen Prozeßseite vereinnahmen ließ.

Schon im August kündigte das Gericht das baldige Ende der Beweisaufnahme an und bat die Anklage- und Verteidigungsvertreter ihre letzten Anträge zu stellen und sich gegebenfalls auf die Plädoyers vorzubereiten. Im September konkretisierte das Gericht das Ziel: Urteilsverkündung am 30. Oktober. Hierbei spielte neben der allgemeinen Prozeßmüdigkeit sicherlich auch die psychologische Komponente, den Prozeß doch noch innerhalb von drei Jahren nach den Schüssen zu Ende zu bringen, eine Rolle. Aber höchstwahrscheinlich wird aus diesem Wunschdenken nichts werden.

Stand der Dinge

Wie schon in der letzten Ausgabe geschrieben, basiert die Anklage nach wie vor auf wenig Konkretem, daran haben auch die letzten Gutachten und Zeugenaussagen nichts geändert. Da sind: der Waffenfund bei Andreas Eichler, die Schüsse selber mit den verhehrenden Folgen, Schmauchspuren an Handschuhen, Gesichtsmaske und Kleidung von Andreas Eichler und Frank Hoffmann, ca. 50 Meter auseinderliegende Patronenhülsen. Belastend sind vor allem die Aussagen von Andreas Eichler und Baldur Obificius, die aber allesamt schon vor Gericht zurückgenommen worden sind - andersherum aber über die Vernehmung der Verhörbeamten als eingeführt gelten.
Daneben gibt es etliche Aussagen, die die Lichtverhältnisse in der Nacht beschreiben - natürlich allesamt unterschiedlich: mal ist etwas zu sehen, mal wieder nicht.

Es ist weder bewiesen, daß Frank Hoffmann geschossen hat, noch daß Andreas Eichler geschossen hat. Hierbei beruft sich die Bundesanwaltschaft ganz alleine auf Indizien - zudem wackelige.
Genauso sieht es mit der Anklagekonstruktion "terroristischer Vereinigung" aus. Auch hier sind die Anklagemomente so dünn, daß das Gericht schon ein eventuelles Fallenlassen des 129a angedeutet hat.
Hieraus allerdings die Schlüsse zu ziehen, daß nicht mehr mit einer horrenden Verurteilung zu rechnen sei - das wird in böses Erwachen übergehen. Der Verurteilungswille des Gerichts blitzt an allen Ecken auf: sei es in der selbstherrlichen Prozeßführung oder in der Art, wie Anträge zur Entlastung abgelehnt werden, bzw. wie Hindernisse auf dem Weg zur Urteilsverkündung aus dem Weg geräumt werden. Der psychiologische Gutachter zu Frank Hoffmann konnte im Gerichtssaal schon von dem Täter oder "der terroristischen Vereinigung" reden, ohne ernsthaft gerügt zu werden.

Psychiologisches Gutachten

Zu Beginn des Prozesses erging der Beschluss, Frank Hoffmann auf seine Schuldfähigkeit hin zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurde der Psychiologie-Professor Schuhmacher, Uni Gießen, als Gutachter herbeigezogen. Nachdem er die alle Prozeßtage dabei war und sich auch einen im ZDF gezeigten Film, der sich ausführlich mit Frank Hoffmann beschäftigt, angesehen hatte, kam er in seinem Gutachten am 21.8. zu dem Schluß, daß keinerlei Merkmale vorliegen, die eine Schuldunfähigkeit (bzw. eine Einschränkung) begründen würden.
Obwohl das Gutachten damit beendet war, mußte dieser Herr sich doch noch an seiner Materie ergötzen. Wir ersparen es uns, hier im einzelnen darauf einzugehen. Zusammenfassend ist zu berichten, daß Schuhmacher trotz seines Urteils doch noch einige Punkte "gefunden" hat, die über die Psyche Frank Hoffmanns Aufschluß geben sollen. Dabei geht er soweit, daß sich Frank als Speerspitze einer In-Group fühlte, daß er seine ureigene Weichheit durch die Härte der Aktionen überspielen wollte, und daß er aus schlechtem Gewissen seiner Mutter gegenüber sich in den Widerstand gegen die Startbahn hineingesteigert hätte. Er geht in seinen Ausführungen soweit, daß er Frank unterstellt, den verlorenen Kampf seiner Mutter gegen die Startbahn weiterverfolgen zu müssen. Frank habe für die Mutter, sozusagen in "geheimem Auftrag" der Mutter, den Wald weiter verteidigt.

Terroristische Vereinigung

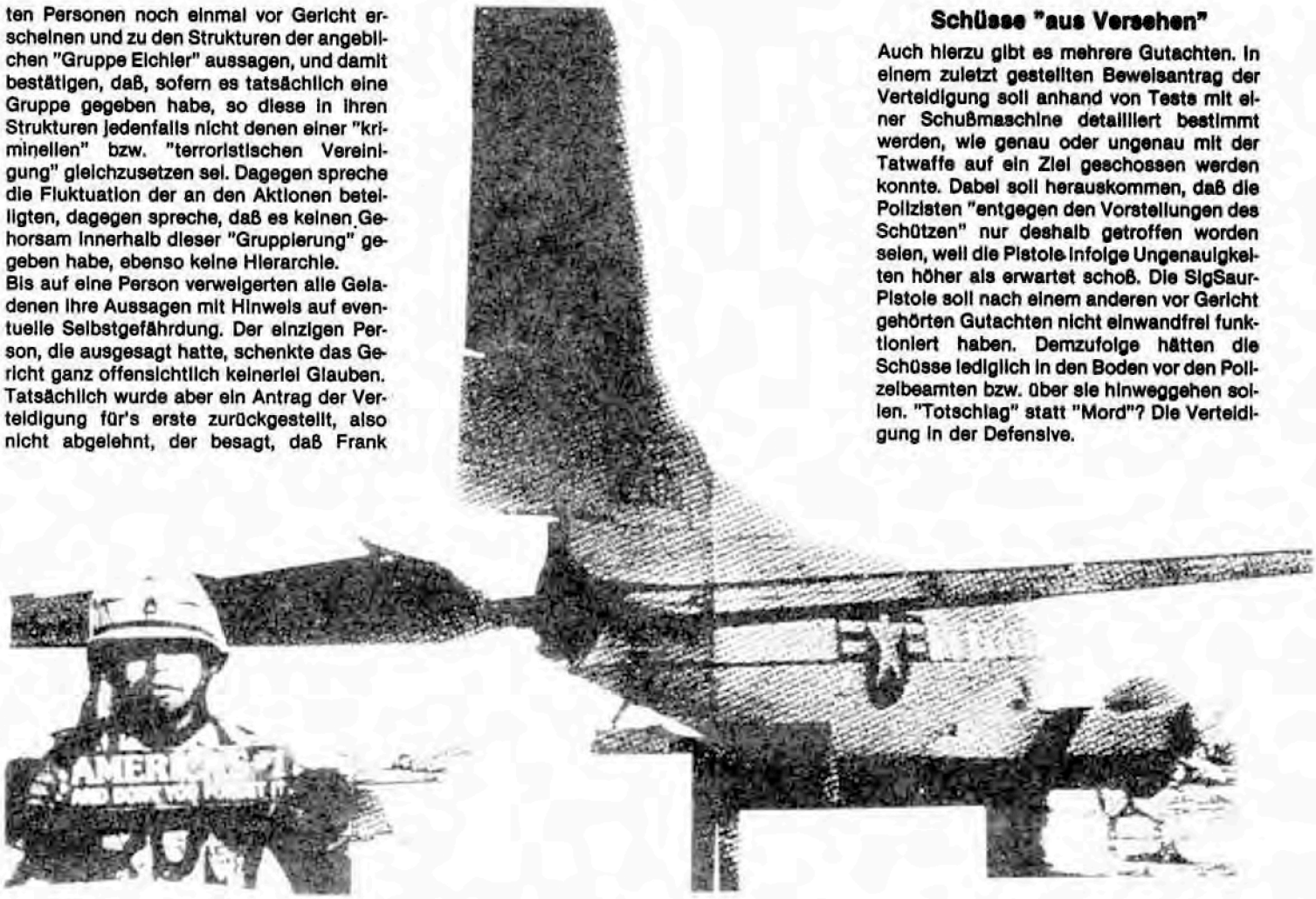
Auf Anträge der Verteidigung sollten alle bisher im ersten großen Komplex verurteil-

Startbahn

ten Personen noch einmal vor Gericht erscheinen und zu den Strukturen der angeblichen "Gruppe Eichler" aussagen, und damit bestätigen, daß, sofern es tatsächlich eine Gruppe gegeben habe, so diese in ihren Strukturen jedenfalls nicht denen einer "kriminellen" bzw. "terroristischen Vereinigung" gleichzusetzen sei. Dagegen spreche die Fluktuation der an den Aktionen beteiligten, dagegen spreche, daß es keinen Gehorsam innerhalb dieser "Gruppierung" gegeben habe, ebenso keine Hierarchie.
Bis auf eine Person verweigerten alle Geladenen ihre Aussagen mit Hinweis auf eventuelle Selbstgefährdung. Der einzigen Person, die ausgesagt hatte, schenkte das Gericht ganz offensichtlich keinerlei Glauben.
Tatsächlich wurde aber ein Antrag der Verteidigung für's erste zurückgestellt, also nicht abgelehnt, der besagt, daß Frank

Schüsse "aus Versehen"

Auch hierzu gibt es mehrere Gutachten. In einem zuletzt gestellten Beweisantrag der Verteidigung soll anhand von Tests mit einer Schußmaschine detailliert bestimmt werden, wie genau oder ungenau mit der Tatwaffe auf ein Ziel geschossen werden konnte. Dabei soll herauskommen, daß die Polizisten "entgegen den Vorstellungen des Schützen" nur deshalb getroffen worden seien, weil die Pistole infolge Ungenauigkeiten höher als erwartet schoß. Die SigSaur-Pistole soll nach einem anderen vor Gericht gehörten Gutachten nicht einwandfrei funktioniert haben. Demzufolge hätten die Schüsse lediglich in den Boden vor den Polizeibeamten bzw. über sie hinweggehen sollen. "Totschlag" statt "Mord"? Die Verteidigung in der Defensive.



Hoffmann als auch Andreas Eichler eventuell nur zwei Anschläge aus der Zeit seit dem 1.1.1987 nachgewiesen werden können, es sich also nicht um eine terroristische Vereinigung handeln könne, sondern "nur" um eine "kriminelle". Darüber ist allerdings noch nicht entschieden.

Schmauchspuren

Mehrere Gutachter des BKA und LKA Hessen gaben Berichte über ihre Untersuchungen zu Schmauchspuren sowohl an den Handschuhen in Andreas Eichlers Rucksack und seinem Auto, sowie an den Gesichtsmasken und an der Kleidung von Frank Hoffmann und Andreas Eichler. Dabei bleibt nach wie vor unklar, ob die Schmauchspuren bei dem Abgeben der tödlichen Schüsse entstanden sind, oder eventuell noch vom "Übungsschießen" herrühren. Uneinigkeit gab es auch darüber, ob die Schmauchspuren an den im Rucksack gefundenen Sachen eventuell allein durch den Kontakt darin mit der Waffe entstanden sein können. Ein weiteres Gutachten besagt auch, daß eine ganz charakteristische Spur, nämlich Zinnrückstände, nicht unbedingt eine Folge scharfer Munition sein muß, sondern ebenso durch Leuchtspurmunition hervorgerufen sein könnte. Die Würdigung hierüber liegt alleine im "Ermessen" des Gerichts. Ein zuletzt gestellter Antrag der Verteidigung Andreas Eichlers unterstellt zudem, daß an den ihm zugeschriebenen Handschuhen Nikotinspuren gefunden worden seien, und dies obwohl er Nichtraucher sei. Demzufolge könnten ihm diese Handschuhe nicht zugeschrieben werden.

Prozeßklima

Darüber ist nichts Gutes zu berichten. Die Verteidigungen von Frank und Andreas müssen gegeneinander arbeiten, da Andreas den Frank beschuldigt hat, er habe ihm die Pistole zugesteckt. Das alleine reicht für eine äußerst schwierige Situation aus. Hinzu kommt noch, daß es zwischen den Verteidigungen und den Leuten aus der Bewegung keinen guten Draht mehr gibt - was darauf hinausläuft, daß da nichts mehr zusammenläuft. Etliche Leute haben sich zudem aus der Prozeßgruppe zurückgezogen, sei es aus persönlichen Gründen oder aus vermeintlich politischen, da es "nicht mehr um einen § 129a - Prozeß gehe. Trotzdem erscheint weiterhin das Prozeßinfo SOLIDARITÄT, welches wir weiterhin wärmstens empfehlen. Zudem gibt es praktisch nichts anderes. Die taz schreibt sozusagen nichts mehr.
Deshalb von hier aus noch einmal einen herzlichen Gruß an die Prozeßgruppe.

Prozeß

Aus den ganzen Prozeßtagen, in denen etliche Gutachter gehört werden, Polizeizeugen zum x-ten Mal ihre Version von der Nacht erzählen, Befangenheitsanträge gestellt und wieder abgelehnt werden - aus diesem Ganzen (nach über 100 Prozeßtagen) reichlich öden Gerichts"Alltag" - ragte das Auftreten von Marie Luise S., erklärte Startbahngegnerin, in mehreren Belangen heraus. Wir dokumentieren ihr Auftreten (bis auf geringe Kürzungen) aus dem Prozeßinfo SOLIDARITÄT Nr. 47. Dies soll nicht das Zurschaustellen eines Anekdötchens aus dem Startbahn-Widerstand sein. Dafür läßt sich Marie Luise viel zu wenig in irgendeine "Schublade pressen" - Ihre Selbstzweifel geben Anlaß genug zum Nachdenken.

...es waren meine Leute...

Geladen: **Marie Luise S., 60 Jahre alt, seit 6 Jahren Startbahngegnerin**

Anmerkung der Schreiberin: Es fällt schwer, ein solches Protokoll zu schreiben. Das Auftreten von Marie Luise hatte etwas faszinierendes, da keiner im Gerichtsraum sie vereinnahmen konnte.
Doch, was wollte sie? Wen meint sie mit »uns«, »wir«?? Welche »Schuld« muß sie abtragen?

Von sich aus wollte sie mit ihrer Aussage am 1.11.87 beginnen, dem 300. Sonntagsspaziergang. Sie habe den Beamten Eichhöfer getroffen (Anmerkung des Setzers: Eichhöfer ist einer der beiden getöteten Polizisten). Beide waren gut gelaunt und hatten sich gegenseitig zum guten Ausgang des Tages gratuliert.
Aber, sie hatte ein schlechtes Gefühl, da an diesem Tag keinerlei Aktionen stattgefunden haben. Dies war nicht normal.
Am nächsten Tag, den 2.11.87 kam sie 20 Minuten vor 19.00 Uhr am SKG-Heim in Walldorf an. Dort sagte ihr jemand, sie solle ans Schlichter nach Mörfelden fahren.
Im Wald waren viele schwarz gekleidete junge Leute und Bürger mit Fackeln. Sie fuhr mit anderen Fahrradfahrern in den Wald. Dort befand sich eine Barrikade auf dem Weg, auf welcher junge Leute saßen. Man mußte mit dem Fahrrad vom Weg runter um an der Barrikade vorbeizukommen.
Ein Mann, den sie schon lange kenne, dunkel gekleidet mit einer Motorradmütze, sagte zu ihr, daß sie heute auf eigene Verantwortung in den Wald gehe, sie können heute keine übernehmen.
Sie empfand dies als lächerlich, da es am 2.11. immer Auseinandersetzungen gab, und somit eh jeder auf eigene Verantwortung in den Wald geht, anders sei dies gar nicht möglich.
Diese 2 Sätze blieben ihr im Kopf. Sie seien früher öfters gewarnt worden, »Haut hier ab«. Dies allerdings immer im Zusammenhang mit kurz bevorstehenden Aktionen. Eine generelle Warnung gab es noch nie. Und ihre Folgerung war »Dann kann es sich nur gegen die Polizei richten«.
Sie wurde unruhiger. Irgend etwas sei im Busch. Allerdings sei man nach 6 Jahren »im Gas stehen«, doch »sehr miteinander verbunden«. Aber, das Gefühl, etwas tun zu müssen, war stärker. Und so ging sie schließlich zu einer Waldschneise, in welcher, wenn die Polizei sich außerhalb der Mauer befindet, es üblich ist, daß welche dort ist.
Sie war da, und Luise erzählte diesen von ihrer Vorahnung. Aber, sie wurde ausgelacht. »Oma, geh doch nach Hause«, und, es sei doch klar, am 2.11. passiere immer etwas.
Als der Zugführer nach Erkenntnissen fragte, mußte sie passen und die Frage nach Namen habe sie auch nicht beantwortet.
Sie ging dann in einen anderen Weg, traf nochmals Polizisten, denen sie von ihrer Ahnung erzählte. Diese nahmen sie anscheinend ernster.
Dann fuhr sie mit dem Fahrrad in Richtung Westen. Ein Hubschrauber flog über dem Schotterweg, was sie vermuten ließ, daß die Demonstration sich dort aufhielt. Sie sah Fackeln, am Chaoteneck waren Vermummte. Dort gab es eine Vorführung für die Fotografen. Ein Vermummter schmiß einen Molli, der nicht zündete, und auch nicht nach Benzin roch.
Eine Bewegung mehrerer Schwarzgekleideter ließ sie vermuten, daß es gleich rummst. Deswegen stellte sie ihr Fahrrad in den Wald, außerhalb der Reichweite des Wasserwerfers. Da ging es auch schon los. Mollies. Das Übliche. Die Polizei, mit welcher sie gesprochen hatte, kam aus dem Wald. »Meine Leute standen im Rücken«. Der Polizeizug kam zwischen den Schonungen. Auf dem Weg befand sich eine brennende Barrikade. Aus dem Wald flogen Mollies gegen die Bäume, und es ergab sich das Bild einer brennenden Wand. Die Polizei schrie: »Die schießen mit Zwillen«. Die Mollies brannten langsam aus. Die Polizei zog vor, Marie Luise hinterher. Es ging über den Schotterweg zur Wegspinne. Auf der Brücke standen Polizisten. Sie ist dann quer durch das Gras zum Wassergraben gelaufen, um zu sehen, was sich auf der Wiese abspielt.
Weit unten sah man eine Menge weiße Helme. Weiße und rote Leuchtkugeln flogen durch die Luft. Es sah aus wie ein Gefecht.
Sie ging zurück zu ihrem Fahrrad, um runter zu fahren, da sie wissen wollte, was dort abgeht. Da sah sie einen Sanka-Wagen, der wegen einer Barrikade nicht durchkam. Am Tor 2 einen Krankenwagen. Am Tor selbst war großes Geschrei. Die Polizei hatte verletzte Leute festgenommen, und diese einfach hingeschmissen. Sie sprach einen Polizisten an, und dieser sagte ihr, daß er nichts mehr verstehe. Ein verletzter Kollege sei reingebracht worden, und die Leute hätten Beifall geklatscht.
Marie Luise hat sich hier nichts weiter gedacht. Verletzte, das war normal, die gab es immer.
Sie fuhr runter zum Knüppeldamm. Dort standen ein paar Leute. Eine Frau kam angefahren und erzählte, die Polizei habe 3 Schwerverletzte. Einen habe sie gesehen. Die Kleidung war geöffnet, eine Wunde im Unterbauch. Er sah aus wie tot.
Eine Frau, die dabei stand, meinte: »Das schadet nichts«.
Marie Luise ging zur Polizei. Dort erfuhr sie, daß es Eichhöfer am schlimmsten erwischt habe. Den kannte sie. Ausgerechnet der, der sich immer eingesetzt hatte.
Sie habe herumtelefoniert. Bei der Polizei, es wurde ihr bestätigt: 2 Tote. Daraufhin ist sie nach Hause gefahren, und wurde dort abgeholt (festgenommen).
Richter Schieferstein fragte sie, ob sie den jungen Mann mit Namen kannte? Nein, sie kannte viele auch nur mit Spitznamen. Damals wurde sie die ganze Nacht vernommen. Morgens habe man ihr eine Karteikiste hingestellt, Bilder vorgelegt. Und als sie vormittags ihre Aussagen durchlas, habe sie den Namen Eichler erfahren.
Am nächsten Tag war er auch schon im Fernsehen, und, daß bei ihm eine Pistole gefunden worden sei.
Richter Schieferstein fragte nach dem besonderen an der Äußerung von Andreas Eichler. Marie Luise meinte, sie kenne die Warnungen nur konkret. »Haut ab hier, wir wollen was machen«. »Pauschale Warnungen« habe sie noch nie gehört. Richter Schieferstein: ob sie schon früher die Polizei aufgesucht habe? Marie Luise: »Ne, das war gar nicht möglich. Man ist zur Seite ge-

gangen und es hat gekracht«.
Was das war, ein Gefühl, es passiere was? Marie: »Es ist schwer, vor Juristen Gefühle klar zu machen«. Wenn sie mit Eichhöfer geredet hätte, dieser hätte das anders aufgefaßt, und nicht von einer hysterischen Oma gesprochen. Sie war oft dabei, oft vorne, oft verletzt. »Nach vielen Jahren entwickelt man einen Instinkt«.
Angefangen habe dies ja mit Sonntag. Es war nicht normal. So viele Wasserwerfer und kein Stein. Es machte den Anschein, als sei abgesprochen »Heute läuft nichts«. Weiterhin war es nicht normal, daß man sich nicht am Dalles traf, und nicht um 18.00, sondern erst um 19.00 Uhr.
Die Gefühle waren jedenfalls so stark, daß sie alle ihre Hemmungen wegschieben mußte, sich gegen »meine Leute« verhalten mußte, als Polizeispitzel.
Richter Schieferstein fragte nochmals nach der Person, und nach der Barrikade, wo sie war, wie sie aussah.
Sie habe die Person viele Jahre gesehen, und deswegen erkannt, trotz Tarnmütze. Die Barrikade war an der Stelle, an der sich die Wege zum erstenmal teilen, wenn man vom Schlichter kommt.
(...)

Rechtsanwalt Baier fragte nach der Leuchtmunition. Marie Luise: Die Roten kamen aus dem Wald, die Weißen flogen in den Wald. An Tränengas am Gundbach kann sie sich nicht erinnern, aber an Tränengas an diesem Abend.
Die Wiese vor dem Wald war erleuchtet. »Als die Polizei vorging, hat sie mit Leuchtkugeln raufgeschossen«. Deswegen habe man »Helme gesehen«. An einer Stelle gab es eine große Menge weißer Helme, dicht gedrängt. Ob der Polizeihubschrauber auf der Wiese war, weiß sie nicht.
RA Baier fragte, ob Eichhöfer die Anweisung gegeben habe, mit Leuchtkugeln zu schießen. Das habe Luise im Bericht gelesen, aber sie könne es sich nicht vorstellen. Deswegen habe sie auch bei der Polizei nachgefragt. Es gab ein Gerücht, daß Eichhöfer kurz vor seinem Tod die Anweisung gegeben habe. Sie habe ihn 3 1/2 Jahre gekannt, und viel mit ihm gesprochen. Deshalb konnte sie sich dies nicht vorstellen. Sie ist sogar nach Darmstadt gefahren um mit dem RP darüber zu sprechen.
Hier wurde ihr ein Vorhalt gemacht. Aus der Vernehmung, die der Beamte Harvanek durchgeführt hatte. In dieser stehe, daß nach dem 2.11. ein Beamter der Bereitschaftspolizei Hanau, als es um den 2.11. ging, geäußert habe, daß es diese Anweisung, Leuchtkugeln zu schießen, gab.
Marie: Der Polizist hatte dieses gehört. Diese Einschränkung stehe nicht im Protokoll. Es war ihr klar, daß sich die Verteidigung darauf stürzen würde. Sie habe in Darmstadt einen Kolter angerufen, das Gespräch weitergegeben an die SoKo.
Die Verteidigung wollte wissen, wie der Beamte heißt. Marie Luise wollte es nicht sagen. Es war »ein privates Gespräch, von Mensch zu Mensch. Es trägt auch nichts dazu bei, zu der Aufklärung, wer geschossen habe«.
(...)
Nochmals ging es um die Barrikade. Richter Kern fragte, ob sie mit anderen zusammen war. Ja, mit Bürgern halt, eine Gruppe von Radfahrern. Er hält ihr vor, ob Andreas auch gesagt haben könnte »Wer alleine geht, der geht auf eigene Verantwortung«. Das weiß sie nicht mehr, sie hat ungefähr die 2 Sätze in Erinnerung, nichts anderes.
RA Golzem fragte, ob sie sich auf den Termin vorbereitet habe. Sie habe ihre Aufzeichnungen durchgelesen. Marie Luise führt Tagebuch. Allerdings habe sie erst einen Monat nach dem 2.11. ihre Erlebnisse eingetragen.
RA Golzem: Weitere Unterlagen? Marie: Nein! Was sie aufgezeichnet habe? Sie habe es draußen, ungefähr das, was sie gesagt habe. RA: Ob es Aufzeichnungen von der Startbahn waren oder von der Vernehmung? Marie: Ich habe ungefähr einen Monat nach dem 2.11. aufgeschrieben, was an diesem Abend passiert ist.
RA Golzem: Ob sie Kopien der Aussagen gelesen habe? Marie Luise lacht, und sagt: »Entschuldigung, ich habe wieder gelacht, nein!« RA: Ob ihr Aufzeichnungen zugänglich gemacht wurden? Nein, danach nicht mehr!
Rechtsanwalt Golzem fragte weiter, was an dem Gefühl, Mitteilungen machen zu müssen, was an der Situation, zur Polizei gehen zu müssen, so neu war? Er spielte darauf an, daß es bekannt ist, daß Marie Luise mit der Polizei öfters sprach. Sie verstand die Frage zuerst nicht. Auch Richter Klein und Richter Schieferstein verstanden die Frage nicht und es gab ein kleines von Emotionen geladenes Geplänkel um die Beantwortung der Frage. Schließlich meinte Marie Luise: »Ah, jetzt verstehe ich. Ich bin als Polizeispitzel gehandelt worden. Ja, ich habe versucht, Dinge zu verhindern«. »Zum Beispiel, als am SKG in einen offenen Streifenwagen ein Molli geschmissen werden sollte, habe ich mich hingestellt, durch mein Stehen den Weg versperrt und zu den Polizisten gebrüllt, 'haut ab'. In dem Sinne ist es nicht neu, daß ich die Polizisten gewarnt habe.«
Und was denn die inneren Hemmungen waren? Marie Luise: Es waren meine Leute. Ich habe auch nicht vergessen, daß ich Steineschmeißern mein Leben verdanke. »Ich vergesse nicht, niemals«, wie ein Wasserwerfer mich zusammengeschossen hat, und schwarz gekleidete Chaoten mich rausholten. Ich habe auch schon Schlagstöcke festgehalten, um zu verhindern, daß von der Polizei geschlagen wurde.
Rechtsanwalt Golzem hinterfragte ihre Verbindungen zur Polizei. Marie Luise: Sicher, ich habe keinen Hehl aus meinem Kontakt zu Eichhöfer gemacht. Er hatte dadurch genauso viel Ärger wie ich. Marie Luise sprach von Schubladen, »und wehe, man hält sich nicht dran«. Schließlich unterbricht das Gericht diese Befragung mit der Begründung, diese Beziehung sei ohne Relevanz.
RA Golzem fragt nochmals, warum nach 6 Jahren Tagebuchaufzeichnungen, sie nach dem 2.11. nicht sofort die Ereignisse aufgeschrieben habe.
Marie Luise: »Weil die ganze Sache mich sehr schwer getroffen hat.« Sie hatte Schuldgefühle, sie dachte, nicht genug »gegeben zu haben«, Schuld, nicht mehr dagegen getan zu haben. »Meine Leute haben geschossen, wir haben geschossen, weil wir eine Gemeinschaft gewesen sind.« »Wenn andere Leute was Schlimmes tun, ist es eher weg, als wenn die eigenen Leute dies machen.«
Richter Brinkmann fragte natürlich sofort, was sie damit meine, nicht genug getan zu haben. Ob es um die Äußerung des jungen Mannes gehe?
Marie Luise lacht wieder. Nein! Das Schuldgefühl habe etwas damit zu tun, daß sich all die Jahre Haß aufgestaut hat, bei der Polizei und »bei uns«. Daß man was gegen den Haß hätte tun müssen, »dann wäre das nicht passiert«.

Prozeß

Im Sommer 1986 wurde Luiti Hornstein in Wiesbaden verhaftet. Dies war der Anfang eines Staatsschutzszenarios insbesondere gegen Menschen, die in der Düsseldorfer Kiefernstraße leben, das bis heute anhält (siehe kl. Chronik). Unter dem Deckmantel »Mitgliedschaft in der RAF«, »legale RAF«, wird auch hier konsequente politische Gesinnung mit bis zu 10 Jahren Knast »belohnt«. Die Indizien in den Prozessen sind längst in sich zusammengebrochen, trotzdem wird weiter verurteilt.
Wir haben über diesen gesamten Komplex bisher nicht berichtet, dies würde auch den Rahmen dieser Zeitung sprengen. Stattdessen verweisen wir auf weitere und regelmäßige Informationen in:
»Clockwork 129a«, (Nummer 16, 17 und 18) c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36

Prozeßgruppe Düsseldorf, c/o Infoladaden, Kiefernstraße 15, 4000 Düsseldorf

Chronik der Ereignisse

2.8.86 Verhaftung von Eva Haule (RAF), Chris Kluth, Luiti Hornstein (beide aus Düsseldorf)
29.10.86 Razzia in der Kiefernstraße
1.9.87 Beginn der Hauptverhandlung gegen Eva, Chris, und Luiti in Stammheim.
Oktober 87 »Zeuginnen«vorladungen in diesem Prozeß
11.12.87 Ockelmann legt ein »Schriftgutachten« vor, das Andrea Sievering belastet.
16.12.87 Verhaftung von Andrea Sievering und Rico Prauss.
7.5.88 Gewaltsame ED-Behandlung von Rolf Hartung aus der Kiefernstr., im Anschluß an einen Knastbesuch bei Eva Haule in Stammheim.
28.6.88 Urteile im Prozeß gegen Luiti, Eva und Chris.
7.9.88 Ockelmann legt ein Gutachten gegen Rolf Hartung vor.
8.9.88 Verhaftung von Tommi Klipper (aus Düsseldorf) - gleichzeitig Razzien in Stuttgart, Verhaftung von Uli Winterhalter.
15.9.88 Beginn der Hauptverhandlung gegen Andrea und Rico in Stammheim.
4.10.88 Verhaftung von Rolf Hartung.
18.1.89 Urteile im Prozeß gegen Andrea und Rico.
1.2.89 Beginn des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der BRD.
8.6.89 Freilassung von Uli Winterhalter.
28.6.89 Freilassung von Rolf Hartung.
8.5.90 Beginn der Revisionsverhandlung gegen Luiti.
17.5.90 Freilassung von Tommi Klipper.

Aufruf zur Beobachtung des zweiten 129a-Verfahrens gegen Luitgard Hornstein in Stuttgart-Stammheim

Den 8. Mai 1990, den 45. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, befand das Oberlandesgericht Stuttgart als das passende Datum, um erneut einen Prozeß gegen Luitgard Hornstein zu eröffnen und damit die Forderung der Bundesanwaltschaft (BAW) nach einer höheren Haftstrafe zu erfüllen.

Im Juni 88 wurde Luitgard Hornstein zu 4 Jahren Knast verurteilt. Die hat sie jetzt fast abgesessen — in Untersuchungshaft und in der für politische Gefangene üblichen Isolation. Damals reichte die Anklage nur für die verwaschene Beschuldigung, die der Paragraph 129a des Strafgesetzbuches möglich macht: „Mitgliedschaftliche Betätigung in einer terroristischen Vereinigung". Der einzige „Beweis" im damaligen Verfahren war der Vorwurf gewesen, daß sie bei ihrer Verhaftung am 2. August 1986 in einem Rüsselsheimer Eiscafe zusammen mit Eva Haule, einem erklärten Mitglied der RAF, saß.

Das sind „Lebenstatsachen" — so jedenfalls bezeichnen es deutsche Richter, wenn ein Mensch sich nicht mit dem realkapitalistischen Alltag arrangiert und nicht bereit ist, den hochgelobten Wohlstand in diesem Land als deutsche Tüchtigkeit zu akzeptieren, sondern dessen Ursprung in Hunger und Tod der Völker in den Ländern der „Dritten Welt" erkennt und benennt.

Luiti hat sich an Diskussionen beteiligt und Politik entwickelt, die die Machtansprüche der Reichen und Herrschenden beseitigen helfen sollen. Sie hat es gewagt, auch mit Menschen zu sprechen, die sich zum bewaffneten Kampf bekennen. Bücher, Schriften und Drucksachen zu diesem Thema und ein Treffen mit Eva Haule brachten 4 Jahre Gefängnis, und Christian Kluth, der mit ihr zusammen verhaftet wurde, 10 Jahre. Ihm dichtete man im Verlauf des ersten Prozesses einen Anschlag auf die Rüstungsfirma Dornier aus dem Jahre 1986 an. Man verhaftete die mit Luiti und Chris befreundeten Andrea Sievering und Rico Prauss ebenfalls „wegen Dornier", obwohl der Ermittlungsbericht keinerlei Spuren ergeben hatte, sondern im April 1987 ergebnislos abgeschlossen wurde.

Die Prozesse gegen Luiti und Chris sowie gegen Andrea und Rico waren eine Farce; das wichtigste Beweismittel der Anklage, der Psychologe und Schriftgutachter Hans Ockelmann aus Hamburg, wurde selbst von den Sachverständigen des Bundeskriminalamtes (BKA) als leichtfertig und unglaubwürdig zurückgewiesen. Die längst verworfenen Beweise des für seine Gefälligkeitsgutachten bekannten Ockelmann sollen auf einmal im zweiten Prozeß wieder gelten, ungeachtet der Kritik des BKA und der Ausschlußverfahren, die im Verband der Schriftgutachter gegen diesen Herren laufen.

Ein zweites Gutachten vom BKA selbst wurde vom damals verhandelnden Gericht in sein Gegenteil umgedeutet.

Augenscheinlich soll an Luitgard Hornstein ein Exempel statuiert werden, zur Warnung und Einschüchterung von Menschen, die sich nicht an die Regeln des Paragraphen 129a halten, der politische Gesinnung verurteilen und politische Auseinandersetzungen auch mit Menschen aus illegalen Gruppen verbieten will.

Mittlerweile ist in der bundesdeutschen Rechtssprechung neben der „Kontaktschuld", wie sie jetzt Luiti vorgeworfen wird, einiges an Neuschöpfungen erarbeitet worden: „Gesinnungsnähe" heißt eine der Konstruktionen. „Lebenstatsachen" oder die „Beschäftigung mit anschlagsrelevanten Themen" heißen andere.

Ingrid Strobl saß zweieinhalb Jahre im Knast wegen der „Beschäftigung mit anschlagsrelevanten Themen" und Luitgard Hornstein soll jetzt nach gleichem Muster für weitere vier oder fünf Jahre einfahren — wegen **„Lebenstatsachen"!!!**

Diese Inszenierung eines Staatsschutzprozesses funktioniert vor allem deswegen, weil der 4. Senat des Oberlandesgerichtes Stuttgart vor einer kleinen und stark eingeschränkten Öffentlichkeit verhandeln kann. Die Verhandlungsführung in diesem Verfahren, die Einschränkung der Prozeßöffentlichkeit, die Beweisschöpfungsmethoden des Senates, die durch das Verfahren bezweckte Tabuisierung von Diskussionen waren bisher — und das ist bezeichnend für den Zustand der Öffentlichkeit in der BRD — auch der liberalen Presse keine Berichterstattung wert.

Deshalb rufen die UnterzeichnerInnen dazu auf, diesen weiteren Gesinnungsprozeß zu besuchen und die notwendige Öffentlichkeit herzustellen, als einen Schritt, dem Verurteilungswillen des Staatsschutzsenates entgegenzutreten.

Die Prozeßtermine: Di., 4.9.; Do., 6.9., danach weiterhin immer dienstags und donnerstags; jeweils ab 9 Uhr in Stuttgart-Stammheim, Asperger Straße.

clockwork 129a erscheint wieder!

In der Nummer 18 berichten wir u.a.:
- über das Verfahren gegen Luitgard Hornstein
- über das Verfahren gegen die beiden irischen Genossen Gerry und Gerry

und wir dokumentieren einen Brief von Bärbel Perau.

Bezugsbedingungen: Abo für 6 Ausgaben, Mindestabnahme 10 Exemplare (= 30 DM).

Bestellungen: clockwork 129a
c/o Hamburger Satz- u. Verlagskooperative
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36

Konto: G. Bauer, Sonderkonto E
Postgiroamt Hbg., Kto.-Nr.: 19 1708-207
BLZ 200 100 20

UNFASSBA Nr.3 ist da !
Themen: Häuserkampf in Ost-Bärlin, Spitzel, Schleppscheiße, Vom Unsinn jeglichen Glaubens, Anarchafeminismus, Freie Liebe, Italia 90/Lübke & Enkel gegen nazionale Besoffenheit, Rückblick: Antikapitalistische Aktionstage, Rassismus, Zuvieldienst, "Selbst"-morde im Dortmunder Knast, Antifa Bochum u.a., PANK-Gedichte, Atom, ...
Bestellen bei: UNFASSBA c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr.57, D-4400 Münster.
Preis: 3 DM in Briefmarken, Abo=10 DM
WiederverkäuferInnen: 5 St. = 10 DM.
Nur bar & im voraus.
Knastexemplare frei.

banal ☆

Nr.6

ANARCHISTISCHES MAGAZIN aus der Schweiz

Inhalt:

- Schlaf der Gerechten: Anarchismus als Herrschaftsideologie
- Polen: Ein Reisebericht
- Sprachloses Sein
- England: Der Knastaufstand
- Musik und Anarchie
- Jura: Espace Noir
- Neuseeland
- Dänemark: Sorte Kors und ASO
- Stalinisten nisten Nester

Einzelheft Fr.5.- (+Porto)
auch alte Nummern sind lieferbar

im Abo Fr.20.- (für 4 Nummern inkl. Porto)

für WiederverkäuferInnen Fr.3.- pro Heft ab 5 Expl.

für Eingeschlossene gratis

Anschrift: banal, Postfach 288, 8036 Zürich

Postcheck: Zürich, 80-38109-6

KOPFSPRUNG

weckenstr. 1 · 3000 Hannover 91

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016